

Hans Frey

Ja, das alles und mehr!

Geschichte und Geschichten aus 35 Jahren Politik

Autobiografische Anmerkungen mit vielen Abbildungen

Band 1

WILDER HONIG

seworema productions

Zu den Abbildungen:

Die Quelle der jeweiligen Text- und Bilddokumente ist in den Abbildungen selbst vermerkt. Da es sich bei ihnen fast durchweg um alte Artikel, Zeitungsfotos, Kopien von Originalen etc. handelt, ist die technische Qualität trotz Computerbearbeitung zumeist nicht optimal. Dies wird m. E. durch den dokumentarischen Wert der Abbildungen mehr als ausgeglichen.

Ja, das alles und mehr! Geschichte und Geschichten aus 35 Jahren Politik Band 1: Wilder Honig Copyright © 2009 by Hans Frey Alle Rechte vorbehalten seworema productions gelsenkirchen Titelbild und Layout: Hans Frey Druck und Beratung: Michael Ziebarth AirSystems Borken

ISBN 978-3-86931-084-8

"Wir sorgen uns zugleich um unsere privaten Angelegenheiten und um die des Gemeinwesens, und obgleich der eine dieser, der andere jener Beschäftigung nachgeht, versteht sich doch jeder auf die staatlichen Dinge. Allein bei uns gilt derjenige, der an den Staatsgeschäften keinen Anteil nimmt, nicht als ungeschäftig, sondern als unnütz.

Wir urteilen selbst über die Politik oder denken zumindest richtig über sie nach, wobei wir im Wort keinen Schaden für die Tat erblicken, es wohl aber für einen Fehler halten, sich nicht vorher durch Reden zu belehren, bevor man zur nötigen Tat schreitet."

Perikles, athenischer Staatsmann (aus einer Rede im Jahr 431 v. Chr.)

Ja, das alles und mehr!

Geschichte und Geschichten aus 35 Jahren Politik

Wilder Honig



INHALT

Vorwort oder Machen Memoiren überhaupt Sinn? 9

- 1. Wie alles begann 11
- 2. Abgeblitzt! 17
- 3. Eine Fügung namens Bulmke 19
- 4. Der alternative Stadtfilm 27
- 5. Antikommunismus und ein guter Wein 31
- 6. Ein "falscher" Vorstand und die Folgen 35
- 7. Neue Horizonte 41
- 8. Westliche Vandalen 45
- 9. Schlangengrube und Lichtgestalten 51
- 10. Der Juso Gerhard Schröder und die Stamokaps 53
- 11. Jusos forever! Politik und Lebensgefühl 59
- 12. Abnabelung 67
 - Exkurs 1: Parallelwelten 71
- 13. Hört die Signale! 73
- 14. Konfliktlinie "Innerparteiliche Demokratie" 79
 - Exkurs 2: SPD-Filz oder was? 87
- 15. Konfliktlinie "Kommunalpolitik" 89

16.	Eskalation und erste Entscheidungen 10)3
	Exkurs 3: Ein MdB und die Staatsgewalt	115

- 17. Atempause trotz stürmischer See 119
- 18. Die Partei hinter der Partei 127
- 19. Konspiration unter dem Apfelbaum 129
- 20. Fraktionierung 133
- 21. Von der "Uhle" zum "Lili-Kreis" 135

 Exkurs 4: Trauriges Nachspiel 141
- 22. Der Lili-Kreis muss weg! 143
- 23. Turbulenzen an der Basis 147
- 24. Der letzte Akt und ein neuer Anfang 151
- 25. Die Kommunalwahl 1975: Es geht um alles! 159

 Exkurs 5: Machen Wahlkämpfe Spaß? 165
- 26. Soll und Haben eine Bilanz der "Revolution" 169
- 27. Abschied auf Raten 177
- 28. Die Gelsenkirchener Jusos "nach Frey" 183Nachwort oder Ein Plädoyer für die Politik 185Ausblick 189

ANHANG 191 Personenverzeichnis 192 Literaturverzeichnis 195 Danksagung 196

Vorwort

oder

Machen Memoiren überhaupt Sinn?

Als ich im Juni 2005 meinen sog. "Ruhestand" antrat, konnte ich auf ein 35jähriges politisches Leben zurückblicken. Lange hatte ich mit mir gekämpft, ob ich so etwas wie meine politischen Memoiren schreiben und dann auch noch veröffentlichen sollte. Meine engsten Freunde und Freundinnen wissen, dass ich große Vorbehalte hatte.

- ► Einmal haftet Memoiren der Ruf an, eine Form von Selbstbeweihräucherung zu sein. Das mag ich nicht.
- ▶ Zweitens ist die menschliche Erinnerung ein höchst fragiles Konstrukt. Man legt sich Menschen, Dinge und Vorgänge oft so zurecht, wie man sie im Nachhinein gerne hätte möglicherweise auch zur nachträglichen Rechtfertigung. Insofern sind Autobiografien mit Vorsicht zu genießen. Das war mir immer bewusst, sodass ich überhaupt nicht ausschließen konnte und kann, demselben Phänomen zu erliegen.
- ▶ Drittens weiß man nicht, ob man damit mehr Schaden als Nutzen anrichtet. Es geht also auch um den menschlichen Anstand. Wer Autobiografien schreibt, redet nicht nur pausenlos über sich selbst, sondern auch über andere. In diese Schilderungen fließen dann, ob man es will oder nicht, ganz subjektive Sympathien und Antipathien ein, sodass aus dem Geschriebenen sehr schnell eine Form von Kolportageroman werden kann, mit dem man Klatsch und Tratsch verbreitet und hier und da auch alte Rechnungen begleicht. Wenn es um Politik geht, liegt diese Versuchung erst recht nahe. Genau das wollte ich aber auch nicht.

Also, so lautete die Konsequenz, Finger weg von diesem Unterfangen!

Da Sie das vorliegende Buch in Händen halten, können Sie unschwer erkennen, dass ich mich an meinen eigenen Vorsatz *nicht* gehalten habe. Ich habe mir nämlich irgendwann gesagt: Es ist einfach zu schade, die Geschichte, die ich erlebt habe, dem Vergessen anheim fallen zu lassen.

Das war in der Güterabwägung für mich letztlich ausschlaggebend. In diesem Moment war mir auch klar geworden, wie ich an das Unternehmen heran gehen musste. Um es sofort auf den Punkt zu bringen: Ich musste mich den Problemen, die ich oben genannt habe, stellen und mich zu ihnen bekennen.

Das heißt:

- ▶ Natürlich will ich darstellen, dass ich ein interessanter Mensch bin, der einiges geleistet hat. Meine Güte, wer will das nicht, zumal es bei mir wirklich gerechtfertigt ist.
- ▶ Selbstverständlich habe ich die Abläufe so geschildert, wie sie mir richtig erscheinen. Wie sagte schon Max Frisch? Jeder Mensch erzählt sich eine Geschichte, von der er irgendwann glaubt, dass sie seine eigene ist.
- ▶ Selbstredend mache ich bei der Darstellung von Personen und Vorgängen aus meinen Sympathien und Antipathien keinen Hehl. Es wäre doch unehrlich, anders zu verfahren, oder? Jedenfalls sehe ich das so, und ich stehe dazu.

Trotzdem behaupte ich: Aus diesem und dem nachfolgenden Band sind keine Hymnen des Eigenlobs, keine Klatschgeschichten, kein böses Nachkarten und keine zusammen fantasierten Märchen geworden. Warum?

Weil ich meine Berichte ständig mit Zeitdokumenten konfrontiere, die sozusagen eine Rückkoppelung für den kritischen Leser und für mich selbst darstellen. Sodann habe ich mich (gerade auch für meine Begriffe) eines moderaten Tons befleißigt und alles vermieden, so weit es möglich war, was andere verletzen könnte. Mehr, meine Damen und Herren, können Sie wirklich nicht von mir verlangen.

Es bleibt mir nur noch zu hoffen, dass Ihnen mein Buch zusagt. Sollten Sie darüber hinaus noch einen Gewinn daraus schöpfen, dann hat es sich sogar gelohnt.

Hans Frey

Gelsenkirchen, im Juni 2009

1. Wie alles begann

Im zarten Alter von 18 Jahren betrat ein aufgeweckter, aber noch recht naiver Jüngling mit klopfendem Herzen das Büro der Gelsenkirchener SPD, das sich 1968 im Woolworth-Haus an der Bahnhofstraße befand. Besagter Knabe war ich, und Sie ersehen daraus, dass ich ohne jede Werbung oder gar Überredung von anderer Seite ganz freiwillig und im Vollbesitz meiner geistigen Kräfte in die SPD eingetreten bin. (Ich habe es trotz allem nie bereut.)

So kam es zu meiner ersten Begegnung mit Karl-Heinz Wolf in seiner Funktion als Parteisekretär, mit dem ich dann noch so manchen Strauß ausfechten sollte, und der damaligen Bürobesatzung, bestehend aus der resoluten Itta Zintz und der zurückhaltenden Isolde Bandilla. Karl-Heinz Wolf hatte über seinem Schreibtisch, der immer regelrecht mit Papier zugemüllt war, einen Spruch hängen: "Nur das Genie überblickt das Chaos." Einmal sagte ich ihm, als er mich wieder geärgert hatte: "Das stimmt zwar, Karl-Heinz, aber leider bist du kein Genie!"

Karl-Heinz Wolf ist im vergangenen Jahr (2008) nach langer, schwerer Krankheit gestorben, und obwohl wir immer wieder aneinander gerieten, habe ich ihn geschätzt, ja sogar gemocht. Karl-Heinz war Sozialdemokrat mit Leib und Seele, und das ist etwas, das heute Seltenheitswert hat.

*

Mein Entschluss, Sozialdemokrat zu werden, hing mit mehreren Faktoren zusammen. Einmal spielte eine gewisse sozialdemokratische Vorprägung durch mein Elternhaus eine Rolle.

Auch Armut habe ich am eigenen Leib erfahren. Als mein Vater 1952 an den Folgen eines Autounfalls starb (ich war zwei Jahre alt), war meine Mutter mit ihren zwei Kindern ganz alleine auf sich gestellt. Da musste - ohne jegliche staatliche Unterstützung - mit dem Pfennig gerechnet werden. Das zog sich über Jahre hin und war streckenweise sehr hart. Ich habe also schon ziemlich früh erkannt, dass in Not geratene Menschen von der Gesellschaft nicht alleine gelassen werden dürfen. Den Begriff dafür, das "soziale Netz", Iernte ich zwar erst später, der Sachverhalt, den er beschreibt, war mir aber unmittelbar einsichtig.

Dann hatte ich ebenfalls schon ziemlich früh meine politische Ader entdeckt.

Mir fiel auf, dass es mir Freude machte, mich in öffentliche Angelegenheiten einzumischen - sei es als Klassensprecher, sei es als einer der Schülervertreter der gesamten Schule. In dieser Funktion durfte ich nach den Girgensohnschen Reformen (etwa um 1968) erstmalig in der Schulgeschichte des Landes an einer Lehrerkonferenz teilnehmen. Auch meine Mitarbeit an der legendären Schülerzeitung des Grillo-Gymnasiums, genannt "Janus", die zum Teil viel Ärger mit beleidigten Lehrern und verklemmten Lehrerinnen einbrachte, sorgte für erste politische Erfahrungen.

Ein Spot: In der dritten Janus-Ausgabe erschien der Artikel "Moderne Sexualität - und der Schüler?" von Bernd Aulich, der später Redakteur bei der Buerschen Zeitung war und für mich immer zu den besten Journalisten in Gelsenkirchen gezählt hat. In diesem Artikel bediente sich der junge Bernd allerdings noch einer sehr verquasten Soziologensprache. Das hatte den Effekt, dass sein Aufruf zur "freien Liebe" ungefähr die erotische Ausstrahlung einer Tiefkühltruhe hatte. Trotzdem entfachte eine vertrocknete Philosophielehrerin einen Sturm der Entrüstung mit der Folge, dass Bernd von der Schule gemobbt wurde. Das war das Empörende, nicht der Artikel!

Schließlich das wohl ausschlaggebende Moment:

Die Studentenbewegung! Die Studentenbewegung, die auch in der Gelsenkirchener Provinz ihre Spuren hinterließ, politisierte mich. Ich verehrte Rudi Dutschke, robbte mich Schritt für Schritt, d. h. Buch für Buch an eine demokratisch-sozialistische, marxistisch orientierte Weltanschauung heran und schritt auch zur Tat, indem ich z. B. eine Schülerdemonstration mitorganisierte, die von zwei extra angereisten SDS-Studenten agitatorisch "betreut" wurde. (Ich weiß gar nicht mehr, wofür oder wogegen wir demonstrierten. In Erinnerung geblieben ist nur ein schöner Spruch, den wir begeistert skandierten: "Bürger, lasst das Gaffen sein. Kommt herunter, reiht euch ein!").

SDS

Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) war ursprünglich eine sozialdemokratische Hochschulorganisation. Mit der Zeit rückte der SDS immer weiter nach links und entfernte sich programmatisch von der SPD, sodass sich die SPD vom SDS trennte (1961). In der Kernzeit der sog. "Außerparlamentarischen Opposition" (APO) - 1968 bis 1970 - war der SDS die führende politische Organisation der APO.



In diese Zeit fielen auch die Kämpfe um den Cola-Automaten in der Schule und den Raucherhof, eigentlich banale Geschichten, die aber doch ihren Stellenwert hatten.

Uns wurde nämlich durch die Reaktionen von Teilen des Lehrerkollegiums (in dem sich sogar noch alte Nazis tummelten) immer wieder ganz plastisch bewusst gemacht: Die Adenauer-Ära hatte uns trotz Aufbauleistung ein miefiges und verknöchertes gesellschaftliches Klima beschert, das wie Mehltau das Atmen schwer machte, ganz zu schweigen von der damals allseits üblichen Vergangenheitsverdrängung. Das schrie geradezu nach Reformen. So wurde mir zunehmend klarer, dass die Bundesrepublik Deutschland eine grundlegende Erneuerung bitter nötig hatte, wollte sie zu einem wirklichen demokratischen und sozialen Rechtsstaat werden.

Ich machte mir auch Gedanken über die Frage, wie ein derartiger Prozess zustande kommen könnte. Schon früh erkannte ich, dass nur eine Massenorganisation, die breit im Volk und besonders in der Arbeitnehmerschaft verankert war, derartiges zu leisten vermochte, und das war nun einmal die SPD. Natürlich gefielen mir Teile der aktuellen Politik der SPD und gewisse Vorkommnisse in ihrer Geschichte überhaupt nicht. Andererseits faszinierte mich die Idee des demokratischen Sozialismus - was mich übrigens von Anfang an immun machte gegen jede Form des Kommunismus, also auch gegenüber der DKP oder den ML-Richtungen, die noch schrecklicher waren -, und ich fand, dass sich die historische Bilanz der SPD trotz allem sehen lassen konnte.

Andere linke Gruppen, wie z. B. die Trotzkisten, das Sozialistische Büro usw. waren mir zwar durchaus sympathisch, stellten für mich aber wegen ihres Sektierertums keine Alternative dar.

*

Den letzten Anstoß für meinen Entschluss, mich der SPD anzuschließen, gaben die Jungsozialisten.

Denn just zu diesem Zeitpunkt begann ihr atemberaubender Aufstieg von einer bürokratisch-langweiligen Abnick-Organisation zu einem politisch bedeutenden Jugendverband mit eigener demokratischsozialistischer Identität. Die sich herausschälenden Konzeptionen der Jusos, zu deren Herzstücken die "systemüberwindenden Reformen", die "Doppelstrategie" und der "Marsch durch die Institutionen" gehörten, begeisterten mich. Das war genau das, was mir immer, wenn auch sehr verschwommen vor Augen gestanden hatte.

Herausgegeben von Norbert Gansel "rororo aktuell"-Taschenbuch vom Sept. 71

Jetzt gab es kein Halten mehr, zumal ich auf diese Weise auch einen Ausweg aus dem Dilemma fand, mich einer Partei anzuschließen, deren offizielle Politik ich teilweise ablehnte (z. B. den Eintritt in die große Koalition, die Notstandsgesetze, die Halbherzigkeit der SPD gegenüber dem Kampf gegen den Kapitalismus usw.).

Heute sehe ich manches anders, aber damals half es vielen kleinen Mini-Revolutionären à la Hans Frey, mit ihren Widersprüchlichkeiten fertig zu werden. Sie fanden den Weg in die SPD, die sie im Grunde, ohne es zugeben zu wollen, doch liebten. Anders jedenfalls sind m. E. die Jungsozialisten in dieser Zeit nicht erklärbar.

2. Abgeblitzt!

Zurück aus den olympischen Höhen der Theorie zu den Ereignissen in Gelsenkirchen!

Etliche Tage nach meinem denkwürdigen Besuch im SPD-Büro flatterte mir ein Schreiben ins Haus, das mich herzlich als neues Mitglied der SPD begrüßte - diese Freude sollte allerdings bald bei führenden Leuten der Gelsenkirchener SPD extrem abkühlen. Zudem wurde mir mitgeteilt, dass der für mich zuständige Ortsverein der Ortsverein Altstadt war. (Ich wohnte noch bei meiner Mutter in der Luitpoldstr. 36) Danach Sendepause!

Nichts rührte sich im Ortsverein Altstadt, der von Hans Gertzen geführt wurde, seines Zeichens Bundestagsabgeordneter, Stadtverordneter und noch bis weit in die 70er Jahre hinein ein mächtiger Mann in der lokalen Partei, der immer aus dem Hintergrund wie eine Spinne seine Fäden zog. Doch davon später mehr.

Ich machte also Bekanntschaft mit einem Phänomen, das nach mir noch viele Neumitglieder erleben sollten. Gemeint ist das Phänomen, dass die SPD (wahrscheinlich ist das in anderen Parteien genauso) zwar händeringend um Neumitglieder wirbt, wenn sie denn aber da sind, sie den Eindruck vermittelt bekommen, eigentlich zu stören. Damals war das jedenfalls so. Heute, so scheint mir, ist das Bewusstsein über die Notwendigkeit einer intensiven Neumitgliederbetreuung geschärft, wohl auch deshalb, weil Neumitglieder leider immer seltener werden.

Damals jedoch war die SPD auch und gerade in Gelsenkirchen immer noch so etwas wie eine geschlossene Gesellschaft, deren Funktionäre eher Angst statt Freude bei neuen Gesichtern empfanden, vor allem auch dann, wenn sie nicht über den üblichen Weg via Betriebe bzw. Gewerkschaften, Stadtverwaltung und/oder alteingesessener sozialdemokratischer Familie gekommen waren. Viele Betroffene verführte und verführt das dazu, die Flinte ins Korn zu werfen, ohne überhaupt einen einzigen Schuss abgegeben zu haben.

Selbstverständlich klappte diese Art des indirekten Vergraulens bei mir nicht! Ich war heiß darauf, Politik zu machen und in einer Juso-Arbeitsgemeinschaft mitzuarbeiten. Folglich wurde ich lästig.

Irgendwie bekam ich heraus, dass für die Altstadt eine gewisse Ulrike Waltenberg für die (nicht vorhandene) Juso-Arbeit zuständig war. Ich rief sie an, und wir vereinbarten einen Termin. Das Ergebnis des Treffens war enttäuschend, wurde mir doch deutlich beigebracht, dass man an einer politischen Juso-Arbeit nicht interessiert sei.



Anfangs konnte ich mir die ablehnende Haltung nicht erklären, denn Ulrike Waltenberg war mir zwar nicht sonderlich sympathisch gewesen und meinem Bild einer kämpferischen Sozialistin entsprach sie auch nicht unbedingt, aber dennoch - sie war eine junge Frau, Genossin und Juso und hätte doch froh darüber sein müssen, dass sich jemand aus freien Stücken engagieren wollte.

Sie merken schon: Ich, der Blauäugige, stand wirklich erst am Anfang meiner politischen Laufbahn. Erst später wurden mir einige Zusammenhänge klar, die allesamt auf das Bemühen hinausliefen, mögliche Konkurrenzen schon im Keim zu ersticken. Was also tun?

3. Eine Fügung namens Bulmke

Wie so oft im Leben, so auch im politischen Leben entpuppen sich manche Enttäuschungen - natürlich nicht alle - im Nachhinein als sinnvolle Fügungen. Diese Fügung trug bei mir den Namen Bulmke.

SPD-Mitglieder

Als ich der SPD 1968 beitrat, hatte die SPD in Gelsenkirchen ca. 8.000 Mitglieder. 1974/75 waren es sogar deutlich über 12.000. Heute in 2008 sind es noch knappe 4.500.

An diesen Zahlen erkennt man den massiven Mitgliederverlust innerhalb von 30 Jahren, den die SPD in Gelsenkirchen zu beklagen hat. (Die Zahlen der Gesamtpartei sind nicht besser.) Der Mitgliederschwund ist keine spezifische Entwicklung bei der SPD, sondern betrifft alle Parteien, aber auch Großorganisationen wie Gewerkschaften, Kirchen und sonstige Verbände und Vereine. Die Ursachen sind vielfältig, liegen aber m. E. wesentlich begründet in der zunehmenden Individualisierung der Lebensstile und dem Trend zum Rückzug ins Private.

Damals gab es im ganzen großen SPD-Unterbezirk Gelsenkirchen lediglich *vier* Juso-Arbeitsgemeinschaften (Juso-AGs), die obendrein für mich als autolosen Menschen alle fern ab vom Schuss lagen, z. B. in Buer. Jetzt hörte ich, dass eine fünfte gegründet werden sollte, und zwar im SPD-Ortsverein Bulmke, und Bulmke war für mich, den Unmotorisierten, sogar zu Fuß noch gut erreichbar! (Für alle Ortsunkundigen: Bulmke - genauer Bulmke-Hüllen - ist ein Ortsteil von Gelsenkirchen, der an den Ortsteil Altstadt grenzt.)

So begann meine Bulmker Ära, die sich als ursprünglich unbeabsichtigte, aber dann lang andauernde Liebesaffäre entpuppte. Nebenbei findet damit auch die oft gestellte Frage, warum ich dem SPD-Ortsverein Bulmke angehörte, obwohl ich dort nie gewohnt habe, ihre Antwort.

Heute bin ich zum Wohnortsprinzip der SPD zurückgekehrt. Ich wohne in der Altstadt, also bin ich auch Mitglied der SPD Altstadt. Zudem hat sich dieser Ortsverein sozusagen vom Saulus zum Paulus gewandelt, sodass ich mich auch hier heimisch fühle. Die alte Liebe zu Bulmke ist aber trotz der Trennung immer geblieben.

Hier ist der Ort, um etwas mehr über Bulmke zu sagen.

Da existierte z. B. die grandiose Juso-AG Bulmke, die nicht nur am Anfang einer gewaltigen Expansion der Juso-Organisation stand - es existierte ab 1971/72 kaum ein Ortsverein mehr in Gelsenkirchen, in dem es *keine* florierende Juso-AG gab -, sondern auch viele interessante Köpfe hervorgebracht hat.

*

Zu erwähnen ist der damalige Sportstudent Gregor Kalender aus dem Tossehof, ein politisches Talent. Leider stieg er aus persönlichen Gründen relativ früh wieder aus der Politik aus. Berühmt war seine reichhaltige Antrags-Produktion, die als "Kalender-Blätter" in die Geschichte einging.

Es gibt noch eine andere schöne Geschichte von Gregor, die in bemerkenswerter Weise fast bruchlos äußeres und inneres Wesen dieses kernigen, muskelbepackten Naturburschen auf einen Nenner bringt.

Nach der denkwürdigen Juso-Vollversammlung bei Holz in Erle (siehe die nächsten Kapitel), auf der der stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungsozialisten Loke Mernizka sein mächtiges Wort gemacht hatte, verabredeten wir uns zu einem Umtrunk in der Wohnung eines Bulmker Genossen, ich meine, es war Rolf Schröder. Alle Eingeladenen waren bereits eingetroffen - aber Gregor und Loke ließen auf sich warten. Wir machten uns schon Sorgen, als endlich ein völlig aufgelöster, schweißüberströmter Loke Mernizka und ein aufgekratzter Gregor Kalender erschienen.

Heute darf man die Geschichte, glaube ich, erzählen. Denn die zahlreichen Vergehen und Gesetzesübertretungen, die sie beinhaltet, sind hoffentlich verjährt.

Kurz und gut:

Gregor hatte Loke, der, das müssen Sie wissen, über eine ausladende Leibesfülle verfügte (und noch verfügt), in sein Auto verfrachtet, und dann, wie wir sagen, richtig Stoff gegeben. Plötzlich trat die Polizei auf den Plan. Anstatt nun, wie es sich gehört, brav anzuhalten, schaltete Gregor das Licht aus, trat aufs Gaspedal und raste als intimer Kenner der Szene über alle möglichen Schleichwege, natürlich beharrlich verfolgt von der Polizei. Schließlich landete man irgendwo in einem abgeschiedenen Busch. "Raus!" schrie Gregor. Beide verließen fluchtartig den Wagen und nahmen bäuchlings Deckung hinter diversen Gehölzen.

Eine Zeit lang geisterte noch das bleiche Licht der Polizeilampen durch die Nacht, bis die Ordnungshüter ihre Suche aufgaben. Als die Luft rein war, hieß es, ab nach Bulmke zum erlösenden, kühlen Bier! Mein üppiger Freund Loke, lange Jahre auch Landtagsabgeordneter, erschauert heute noch, wenn ich ihn an diese Tortur erinnere.

*

Was die AG betrifft, so wären viele zu nennen, z. B. Dieter Raschdorf, Vera Greiffer, Bernd Skrotzki, Alois Kleine-Geldermann, Helgard Geldermann, Rainer Lante, Rolf Schröder, Peter Weckmann und andere - die meisten von ihnen sind leider schon lange nicht mehr aktiv im "Club".

Zu nennen ist besonders der etwas später hinzu gestoßene Klaus Haertel, der prosaische Diplom-Chemiker mit der unverwechselbaren Lache und der schon pathologisch zu nennenden Liebe zu Schalke 04. Von ihm werden wir im zweiten Band noch öfter hören, und zwar nicht nur, weil er der amtierende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion ist

Ebenso Margret "Maggi" Schneegans, eine intelligente und attraktive Frau, die jahrelang umsichtig den Ortsverein führte und eine der wichtigen Stadtverordneten in der SPD-Ratsfraktion ist.

Drei Namen aus späteren Generationen:

Michael Wurmes (siehe Band Zwei); die zurückhaltende Karin Lizium, eine hochgebildete Frau und nun schon lange Jahre wissenschaftliche Mitarbeiterin von MdB Joachim Poß; dann Manfred Leichtweis, aus dem Arbeitermillieu stammend, lebendes Beispiel dafür, dass ein Mensch durch die Politik der Sozialdemokratie die Chance bekommt, seine Fähigkeiten und Begabungen entfalten zu können, heute Stadtverordneter.

*

Überhaupt war der gesamte Ortsverein (die Juso-AG war ja nur ein Teil von ihm) etwas Besonderes. Der erste OV-Vorsitzende, den ich kennen lernte, war Heinrich Walter, ein Mann, der von der katholischen Soziallehre her zur SPD gestoßen war. Seine zutiefst menschliche Art und, obwohl schon betagt, sein einfühlsames Verständnis für die neuen Zeiten beeindrucken mich noch heute.

Als Heinrich merkte, dass junge Leute nach vorne strebten, stellte er ohne Wenn und Aber seine Funktion zur Verfügung.

OffenerBrief zur Wahl des 1. Vorsitzenden des SPD-Ortsverein Gelsenkirchen - Bulnke am 16. Januar 169

Die im September d. J. eingebrachte Empfehlung, die älteren Genossen auf allen Ebenen unserem Partei - Organisation mögen ihre Ämter beizeiten jüngeren Genossen zur Verfügung stellen, - um die Parteiarbeit den Erfordernissen der Zeit entsprechend mit einer gewissen Dynamik zu versehen - wurde von der Versammlung des Ortsvereins nach langen, teil-weise leidenschaftlich geführten Diskussionen mit großer Mehrheit angenommen.

In diesem Zusammenhang verdient die vorbildliche Haltung des langjährigen 1. Vorsitzenden, des Genossen Heinrich Walter, besondre Würdigung, der diese Empfehlung in der Diskussion vorbehaltlos und mit Nachdruck unterstützte und - um anderen Genossen ein Beispiel zu geben - sein Amt zur Verfügung stellte.

In Anlehnung an § 13 des Organisationsstatuts der SPD vom 21.3. 1968 wäre es auch im Ortsverein Bulmke ein Erfordernis unserer Zeit, jüngeren Parteigenossen die Möglichkeit zu geben, Verantwortung zu tragen.

In meinem Archiv fand ich ein einmaliges Dokument. Es stammt vom 14.1.1969 und wirbt mit der Unterstützung des amtierenden Vorsitzenden Heinrich Walter für die Wahl eines jungen Genossen zum Vorsitzenden des OV Bulmke. Dies gelang auch. Leider erwies sich Uwe Obier, dessen Herz mehr für die Kunst denn für die Politik schlug, als wenig glückliche Wahl. Er blieb nur kurz im Amt. Immerhin war der "Offene Brief" eine der ersten Aktionen der blutjungen Juso-AG, und er war der Auftakt für viele Duelle um die Macht im Ortsverein. Erst sieben Jahre später hatten wir auch hier endgültig gesiegt.

Seite 2 des "Offenen Briefs" (siehe nächste Abbildung).

Wir sind davon überzeigt, daß der Genosse

Uwe Obier durch seine Erfahrungen
als 2. Landesvorsitzender der Jungsozialisten
und aufgrund seiner persönlichen Qualifikation
die notwendigen Voraussetzungen mitbringt, bei
der Wahl zum 1. Ortsvereinsvorsitzenden zu kandidieren.

Wenn Sie sich für unseren Ortsverein zielstrebige, politische Arbeit und ein aktives und atraktives Versammlungsleben wünschen, so kommen Sie am Donnerstag, dem 16.1. 1969, um 19.30 Uhr zur Hauptversammlung (Gaststätte Volkmar) und wählen Sie den Kandidaten Uwe Obier

Freiheit !

P.S. Bitte das Parteibach mitbringen.

```
gez. Fr. Angela Scherer (Ww.)
                                 gez. E. Tisch
    Fr. Marg. Schmitz
                                      J. Tisch
                                      H. Frey
" (Kalender, Gregor
  ·Klaus Göpfrich
                                      Manfred Döbler
    Anna Gausling
                                      H. Eickeler
    Edgar Kober
                                      R. Eickeler
   H. Weber
                                      B. Linde
    Emil Nicolet
                                      Ursel Linde
13
                                      Olaf Hellmich
    F. Klimczak
11
    S. Fröhlich
    H. Woitalla
   Günter Eifert
```

Die gängige Bockigkeit und die Vorstellung einer angeblichen Unersetzbarkeit, die bei so vielen älteren Damen- und Herrschaften nicht nur in der Politik üblich sind, waren ihm fremd. Er war ein Vorbild und ist es noch

*

Viele andere liebenswerte Menschen sind mir im Gedächtnis haften geblieben. Stellvertretend seien Hilde und Günter Eifert, die Unermüdlichen, genannt, dann der Journalist Dieter Neuberg und seine Frau Hanna, die ab 1980 meine erste Mitarbeiterin in meinem neuen MdL-Büro werden sollte, und der damalige AWO-Chef Fritz Pfeiffer. Ja, selbst Menschen wie das sozialdemokratische Urgestein Friedel Pfeiffer, der zeitweilige Vorsitzende Heinz Hamer und meine Stadtverordnetenkollegin Alma Muchowski mochte ich irgendwie, obwohl sie wahrlich nicht zu meinen Freunden zählten.



Das galt auch für Ernst-Otto Glasmeier, heute eine lebende Architektenlegende. Ernst-Otto, dessen zur Schau gestellte Arroganz nicht nur mich provozierte, war Bulmker Stadtverordneter, und selbstverständlich trat er bei der Kandidatenkür für die Kommunalwahl 75 wieder an.

Ich war sein Gegenkandidat und unterlag im Ortsverein.

Bei der folgenden Delegiertenkonferenz, die das letzte Wort hatte, sah es dann umgekehrt aus - für mich eine Gelegenheit, ihm endlich einmal ebenso arrogant zu begegnen, wie es bei ihm Usus war. Ich glaube, ich sagte ihm nach der Wahl sinngemäß: "Tja Ernst-Otto, bei deiner Intelligenz kann ich es mir gar nicht erklären, dass du auf das falsche Pferd gesetzt hast." (Ich meinte die Löbbert-Gruppe, der er angehörte.) Ernst-Otto musste passen, und damit waren wir quitt.

*

Um bei der Wahrheit zu bleiben, war natürlich auch der OV Bulmke keine Insel der Seeligen. Mir begegneten auch Menschen, mit denen ich nicht klar kam oder die ich sogar ablehnte - gelackte Bürokraten, prollige Ex-Kommunisten, politische Dummköpfe, Absahner und Opportunisten.

Aber jetzt, wo ich dabei bin, fallen mir spontan weitere liebe Menschen ein, die ich nie kennen gelernt hätte, wäre ich nicht zur SPD gegangen, und die heute zusammen mit einigen "Altvorderen" den Ortsverein tragen. Der jetzige Vorsitzender des Ortsvereins Wolfgang Hovenga, Berthold Plückthun und seine Frau, Reinhard Dudzik mit seiner besseren Hälfte, Dietmar Dieckmann und, und, und ... Entschuldigung, ich kann wirklich nicht alle nennen, die es verdient hätten. Ich bitte um Nachsicht.

Alles in allem war die Juso-AG und der Ortsverein die Keimzelle vieler politischer Talente, und da es eine Zeit gab, in der mehrere Spitzenpositionen der GE-Partei gleichzeitig von Bulmkern besetzt waren (und noch sind), kursierte in der Partei das neidische Wort vom "Unterbezirk Bulmke".

4. Der alternative Stadtfilm

Ende 1971 (ich dachte immer, es sei 73 gewesen, aber ich habe noch einmal nachgeschaut, und siehe da, es war tatsächlich schon 1971) wurde ich in Nachfolge des Sprechers Joachim Poß Vorsitzender der Gelsenkirchener Jungsozialisten.

Das war ein wichtiger Posten, denn Sie müssen wissen, dass die Jusos zu dieser Zeit über eine enorme Publizität verfügten. Die Äußerungen des Juso-Bundesvorstandes hatten ihren selbstverständlichen Platz in der ARD-Tagesschau - neben den Veröffentlichungen des Parteivorstandes der SPD. Manchmal wurden sie sogar vorrangig gehandelt.

Entsprechendes fand auf lokaler Ebene statt.

Die Presseerklärungen des Juso-UB-Vorstandes erfreuten sich hoher öffentlicher Beachtung, und es war keineswegs überraschend, wenn den Ansichten des Juso-Vorstandes mehr Platz im Redaktionsteil eingeräumt wurde als den offiziellen Mitteilungen der SPD. Überhaupt war damals für die Presse fast alles interessant, was von den Jungsozialisten kam.

Insofern fand auch folgende amüsante Geschichte aus der Juso-AG Bulmke ihren Platz in den Print-Medien.

Gelsenkirchener Medien - damals und heute

Die Presselandschaft der 70er Jahre war in Gelsenkirchen, gemessen am heutigen Zustand, enorm vielfältig. Das Lokalradio gab es zwar noch nicht, aber dafür gab es sage und schreibe vier (!) Zeitungen: die WAZ, die Westfälische Rundschau, die Ruhr-Nachrichten und die Buersche Zeitung. Das hatte verschiedene positive Konsequenzen, z. B. die, dass jede Zeitung sich selbstverständlich um eine umfassende Berichterstattung gerade auch aus dem politischen Bereich bemühte. Man wollte den Konkurrenten ja nicht hinterher hinken. Besonders in der BZ stand zudem viel Platz für Hintergrundkommentare und z. B. für eine eigene Jugendseite zur Verfügung, auf der herrlich mit der Jungen Union und der DKP/SDAJ gestritten werden konnte.

Wie reduziert ist dagegen die aktuelle Situation mit nur einer einzigen Monopolzeitung, bei der man auch nicht weiß, wie lange sie noch in der bestehenden Form existieren wird.

Die Geschichte, die ich erzählen will, trägt den Titel "Der alternative Stadtfilm".

Pikant ist sie auch deshalb, weil der bekannte Grüne Bernd Matz-kowski, seines Zeichens Kabarettist ("Nachtschalter") und staatsalimentierter Deutschlehrer, in diesem Stück eine tragende Rolle spielt. Matzkowski, der wie ich sein Abitur am Grillo-Gymnasium gemacht hatte (Bekanntschaft von daher vorausgesetzt), verirrte sich für eine kurze Zeit in die SPD, was er heute wahrscheinlich nicht mehr gerne hört. Auf alle Fälle hatte er schon damals, das muss man ihm lassen, originelle Ideen. Eine dieser Ideen war der "alternative Stadtfilm".

Hintergrund: Sie wissen vielleicht, dass die Stadt Gelsenkirchen jahrelang einen Stadtfilm herausgab, der in Form einer Jahreschronik zugegebenermaßen betulich und auch schönfärberisch die Geschichte Gelsenkirchens aufzuzeichnen versuchte. Warum auch nicht? Sollte etwa von einer offiziellen Auftragsarbeit erwartet werden, dass sie die Stadt in die Pfanne haut?

Gerade das aber provozierte den Gedanken, dem offiziellen Stadtfilm etwas Kritisches, Alternatives, schlichtweg etwas Anderes entgegenzusetzen, und das hatte fraglos seinen Reiz. Matzkowski drehte also einen entsprechenden Schmalfilm, von dem ich nur noch weiß, dass er die tristesten Ecken der Stadt genüsslich ausleuchtete. Von meiner Absicht, den Film in einer Versammlung der Juso-AG Bulmke aufführen zu lassen, hatte mittlerweile auch die Ortsvereins-Führung gehört. Sie reagierte umgehend, wahrscheinlich auch nicht ohne Beeinflussung von "höheren Stellen", und mir wurde unter Androhung eines Parteiordnungsverfahrens schlichtweg verboten, die Veranstaltung durchzuführen.

Wieder die Frage: Was tun?

Die Lösung des Problems war ganz einfach.

Ich kam in die Bulmker Juso-Versammlung, sah den aufgebauten Projektor und die erwartungsvollen Blicke der Anwesenden. Selbst der damalige Stadtfilmer Werner Nickel war dabei, was dem Ganzen noch einen besonderen Kick gab.

Also erklärte ich die Versammlung kurzerhand für aufgelöst, ohne natürlich auf den Hinweis zu verzichten, dass alles, was sich nun abspielen würde, eine reine Privatangelegenheit der Beteiligten sei. Alle, ich eingeschlossen, genossen daraufhin doppelt den Film, obwohl er tatsächlich miserabel war.

Immerhin: Zum wiederholten Male hatten wir die "Mafia", wie wir damals die SPD-Führungstruppe respektlos nannten, richtig schön vor die Pumpe laufen lassen.

Juso-Stadtfilm lief in aufgelöster Versammlung

Ortsvereinsvorstand hatte Aufführung untersagt

Die Versammlung wurde aufgelöst — und begann damit. Das geschah anläßlich der Premiere eines Alternativ-Films zum Stadtfilm, den Inge Schulz, Bernhard Skrotzki und Bernd Matzkowski von der Juso-AG Bulmke, mit einer schlichten Super-8-Kamera gedreht hatten. Einziger Tagesordnungspunkt dieser Versammlung sollte die Vorführung sein.

Skrotzki einen Brief des SPD- gen, Abfallplätzen. Als Kon-Ortsvereinsvorstandes an Jusos, in dem er die Auffüh- Prunkstätten. rung "aufs schärfste mißbilligt" und unter Berufung auf "die Richtlinien des Bundesvorstandes" die Aufführung untersage. Worauf Juso-Vorsitzender Hans Frey die Versammlung auflöste, den Anwesenden jedoch freistellte, sich den Film dennoch anzusehen.

Asyle und Verkehr

Das taten die etwa 30 Anwesenden dann auch mit leichtem Schmunzeln. Bernd Matzkowski bat die mangelde Qualität des Films zu übersehen. Die Situation in den Obdachlolicht wurde. In oft zu langen, der Film bei miesen Situatio- werden.

Zuvor jedoch verlas Bernhard nen, Kohlenhalden, Schuttberdie trast das Maritim und andere

Ergänzung

Immerhin, technisch ein wenig perfekter gedreht, wäre der Film eine gute Diskussionsgrundlage und eine gewiß nützliche, kritische Ergänzung zum Stadtfilm, der - wie Stadtfilmer Werner Nickel verdeutlichte - eine klare Aufgabenstellung habe, werbende Chronik zu sein.

Mit 50 DM

50 Mark kostete die Erstellung dieses Films, Matzkowski: "Mehr hatten wir nicht." Vielsenasylen und der Verkehrs-notstand waren die Themen, Film mehr Geld zusammen. leicht kommt für den nächsten deren konkreter Hintergrund Matzkowski: "Vielleicht finden allerdings nur schwach verdeut- wir Spender." Das wäre zu wünschen, denn die Idee ist es langsamen Schwenks verharrte wert, perfekter realisiert zu -efma-

WAZ Gelsenkirchen 31.5.1972



Jusofilmer Bernd Matzkowski (Mitte, sitzend) im Gespräch mit Stadtfilmer Werner Nickel (ganz rechts). Im Hintergrund (dritter v. links) Jusovorsitzender Hans Frey. (WAZ-Bild: Kampert)

Nachgetragen sei, dass Bernd Matzkowski nach seinem Intermezzo bei der SPD lange Jahre in einem heruntergekommenen Zechenhäuschen in Bulmke dem KPD/ML-Proletkult frönte, bis ihn dann seine reale bürgerliche Existenz doch einholte und er sich standesgemäß bei den Grünen verortete.

Wie sagte schon Karl Marx? Das Sein bestimmt das Bewusstsein.

Was sind "ML-Richtungen"?

KPD/ML heißt "Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten".

Diese Gruppe kam aus der 68er-Studentenbewegung, übertraf die orthodoxen Kommunisten (DKP) um ein Vielfaches an Radikalität und Sektierertum und spaltete sich wieder in andere Gruppen auf. Man orientierte sich nicht an Moskau, sondern an Peking und Mao - oder an dem, was man dafür hielt. Mir erzählte einmal jemand, der eine Zeit lang Mitglied der KPD/ML gewesen war, dass er sich mit der Begründung, in China gäbe es das nicht, keine Stereo-Anlage hatte kaufen dürfen.

Was lächerlich klingt, ist bitter ernst, denn die ML-Gruppen waren und sind antidemokratisch und totalitär. Es herrscht eine strikte Kommandostruktur von oben nach unten, und die Mitglieder werden bis ins Privatleben hinein streng reglementiert. Eines der Überbleibsel der ML-Richtung ist die Polit-Sekte MLPD (Marxistisch-leninistische Partei Deutschlands), die speziell in Gelsenkirchen ihr Unwesen treibt.

Was Bernd Matzkowski damals an dem ML-Misthaufen so faszinierend fand, ist mir heute noch ein Rätsel.

5. Antikommunismus und ein guter Wein

Mit Bulmke habe ich etwas vorgegriffen, denn vor meinen ersten Bulmker Aktivitäten stand eine Juso-Veranstaltung, die tatsächlich meine allererste war. Sie fand noch in der alten Juso-Phase statt, also *vor* dem berühmten Bundeskongress der Jungsozialisten 1969 in München, auf dem es zum "sozialistischen Umsturz" kam.

Zur allgemeinen Geschichte der Jungsozialisten

Die Jungsozialisten entstanden Anfang des 20. Jahrhunderts aus der Arbeiterjugendbewegung und waren auch schon in der Weimarer Republik die Jugendorganisation der SPD. Da sich die Kontroversen mit der Parteiführung immer weiter verschärften, wurden die Jusos 1931 durch Beschluss des Parteitages aufgelöst.

Nach dem 2. Weltkrieg entstand 1946 die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD. Bis zum Ende der 60er Jahre waren die Jusos eine parteitreue Organisation, die sich im Wesentlichen auf die Bildungs- und Schulungsarbeit konzentrierte. Der damals amtierende Juso-Bundessekretär Ernst Eichengrün wurde zur Symbolfigur für die Jusos als brave Abnick-Organisation.

Das änderte sich 1969 auf dem Bundeskongress in München. Mit der Wahl von Karsten D. Voigt zum neuen Bundesvorsitzenden wandelten sich die Jusos zu einer AG mit eigener demokratischsozialistischer Identität, die sich auch in der praktischen Politik von vielen Positionen der Gesamtpartei absetzte.

Nach einer mehrjährigen Blütezeit der Jusos führten die sich stetig verschärfenden Auseinandersetzungen über abstrakten Theoriefragen zu Fraktionierungen innerhalb des Verbandes und damit zu seinem politischen Niedergang. Davon haben sich die Jusos bis heute nicht erholt, obwohl man, so weit ich das beurteilen kann, gerade in den letzten Jahren von einer gewissen Stabilisierung der AG sprechen kann.

Die Bedeutung, die die Jusos in den 70ern hatten, haben sie allerdings bislang nicht ansatzweise wieder erreicht.

Tagungsort war das DGB-Haus der Jugend an der Gabelsberger Straße. Wie ich davon Wind bekam, weiß ich nicht mehr. In der Rückschau bleibt dieser Fakt jedoch allemal erstaunlich, da Sie ja in der Zwischenzeit gemerkt haben müssten, dass zu jener Zeit die Öffentlichkeitsarbeit und die interne Kommunikation der SPD Gelsenkirchen als eine höhere Form der Geheimhaltung praktiziert wurde.

Dagegen erinnere ich mich noch sehr präzise an die Veranstaltung selbst. Zur Debatte stand in der typischen Manier der Eichengrün-Jusos das Thema "Systemvergleich BRD - DDR". Referent des Abends war der NRW-Landesvorsitzende der Jungsozialisten, Franz-Josef Antwerpes!

Ja, genau, Sie haben richtig gehört!

Ich spreche von dem späteren Landtagsabgeordneten Franz-Josef Antwerpes, der sich in der kommunalen Neuordnung 1975 einen Namen machte, der anschließend - Johannes Rau wollte ihn partout nicht als Minister haben - als Regierungspräsident von Köln eine unvergleichliche Originalität entwickelte, die ihm zu Recht den Ruf einbrachte, der bekannteste Regierungspräsident Deutschlands zu sein, und der nach seiner Pensionierung zeitweise als Talkmaster beim WDR fungierte.

Tja, Franz-Josef! Immer wie aus dem Ei gepellt, immer dieser Hang zur Arroganz, immer etwas blasiert, immer dieser untergründige Eindruck, dass ihm ein guter Wein mehr bedeutete als der politischsoziale Fortschritt der Menschheit. Andererseits: Ein hochintelligenter, durch und durch politischer Mann mit feinem Witz, gekonnter Ironie, unnachahmlicher Rhetorik, rheinischer Lebensfreude und trotz aller Distanziertheit mit einer ganz nüchternen, erfrischenden Art, das Leben zu sehen.

Kurz: Ich mag Franz-Josef Antwerpes, was sich in unserer langen Bekanntschaft in der Folgezeit, unseren gemeinsamen Jahren als Beisitzer im SPD-Landesvorstand und in anderen Bezügen immer wieder bestätigte.

*

Am besagten Abend war ich allerdings entsetzt!

Sein Vortrag, der in den Fakten gar nicht so falsch war, strotzte nach meinem Empfinden nur so vor einem platten Antikommunismus, jener Ideologie, die ja letztlich nicht eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Kommunismus wollte.

Sie hatte allein die Aufgabe, unbequeme Kritiker des eigenen Systems mundtot zu machen - und das ausgerechnet bei den Jungsozialisten!

In der heutigen Zeit, in der der Kalte Krieg längst zur Vergangenheit gehört, ist es relativ schwer zu vermitteln, welch erdrückende Rolle der Antikommunismus im oben beschriebenen Sinn in der Bundesrepublik der 50er und 60er Jahre spielte.

McCarthy ließ an allen Ecken und Enden grüßen!

McCarthy

Der amerikanische Senator Joseph McCarthy steht für eine beispiellose Hetzkampagne gegen angebliche Kommunisten in den USA Anfang der 50er Jahre. Der bloße Verdacht genügte schon, um Menschen wirtschaftlich und gesellschaftlich zu ruinieren. Als McCarthys Anschuldigungen gegen renommierte Bürger immer absurder wurden, wendete sich das Blatt. Die öffentliche Meinung schlug um, und McCarthy war erledigt. Er endete als Alkoholiker.

Insofern war Franz-Josefs Referat für mich eine Bestätigung, dass zuerst einmal bei den Jusos selbst aufgeräumt werden musste, um dann zum eigentlichen großen Werk zu schreiten.

Vielleicht, aber ich bin mir da nicht ganz so sicher, habe ich an diesem Abend auch Jochen Poß und einige Bulmker Jusos wie Gregor Kalender und Uwe Obier kennen gelernt. Der Schneeball war jedenfalls losgetreten, und eine politische Lawine, von der ich damals nicht ansatzweise eine Ahnung hatte, kam ins Rollen!

6. Ein "falscher" Vorstand und die Folgen

1970 wurde ich in den Juso-Unterbezirksvorstand gewählt.

Diese Wahl hatte ein Vorspiel, hatte ich doch Jochen Poß, der *vor* dem Kollektivvorstand (siehe unten) bereits Juso-Vorsitzender war, einen Brief geschrieben, in dem ich mich sinngemäß über die "lahmen Juso-Enten" in Gelsenkirchen beschwerte. Offensichtlich führte das bei Jochen und anderen zu der Überlegung, mich in den Vorstand zu wählen. Sollte der Kleine mit der großen Klappe doch zeigen, was er drauf hatte! Mir war es recht.

Überhaupt! Die Juso-Vorstandswahl von 1970 hatte ihre eigentümliche Begleitmusik, denn der bundesweite Umbruch bei den Jusos hinterließ natürlich auch in Gelsenkirchen seine Spuren. Erfüllt von den Idealen antiautoritärer Demokratisierung, schafften wir kurzerhand die gängige Vorstandskonstruktion mit dem Vorsitzenden, seinen Stellvertretern und Beisitzern ab und kreierten den berühmtberüchtigten Kollektivvorstand, der lediglich über einen Sprecher verfügte, ansonsten aber nur gleichberechtigte Mitglieder kannte.

Mitglieder dieses siebenköpfigen historischen Gremiums waren in alphabetical order Manfred Depner, Hans Frey, Manfred Ganz, Gregor Kalender, Joachim Poß, Ulrich Stuchels und Kurt Woiwod. Zu Depner und Stuchels kann ich nichts mehr sagen, weil sie nur ganz kurz dabei waren. Gregor Kalender haben wir bereits kennen gelernt. Von Manfred Ganz, der auch nur kurz dabei war, weiß ich, dass er später als Gesamtschullehrer und als Vertreter des Lehrerverbandes VBE ab und an in Erscheinung trat, parteipolitisch aber nicht mehr im Rampenlicht stand. Zu den Übrigen wird in der Tat noch eine Menge zu sagen sein.

Die Einrichtung des Kollektivvorstandes hatte für Jochen Poß einen Schönheitsfehler. Denn mit meiner Stimme wurde nicht er, sondern Kurt Woiwod zum Sprecher benannt - was allerdings nur wenige Monate hielt. Kurt verfügte nämlich über das unbegreifliche Talent, fast genial über eine lange Zeit hinweg minutiös und taktisch geschickt ein politisches Kartenhaus aufzubauen, um es dann in Sekundenschnelle mit dem Hintern umzuwerfen (und das oft in den entscheidenden Situationen). Nach dieser Erkenntnis gehörte meine Stimme wieder Joachim Poß!

Nachdem nun Jochen zufrieden gestellt war, war das Thema trotzdem nicht erledigt. Die Einrichtung des Kollektivvorstandes missfiel vor allem dem SPD-UB-Vorstand mit seinen Wortführern Werner Kuhlmann, Josef Löbbert und Heinz Urban. In den folgenden Kapiteln werde ich ausführlich darauf eingehen. In diesem Teil geht es mir darum, etwas von der unvergleichlichen Atmosphäre überzubringen, die damals bei den Jungsozialisten herrschte. Da mein ganzes Buch ganz bewusst rein subjektiv angelegt ist, versuche ich, dies (auch) über die Beschreibung persönlicher Erlebnisse zu vermitteln.

Der Aufbau der SPD

Für die, die sich in der SPD-Organisation nicht auskennen, sei bemerkt, dass der Begriff "Unterbezirk" keine spezielle Form der Unterwürfigkeit ausdrückt, sondern eine wichtige Organisationseinheit der SPD ist.

Im Schnellkurs: Ortsverein, Unterbezirk, Bezirk (jetzt in NRW: Landesbezirk), Bundesorganisation - so baut sich die SPD auf. Entsprechend bauen sich die Arbeitsgemeinschaften auf, die keine Gliederungen sind, sondern zielgruppen- oder berufsspezifisch arbeiten (Beispiel: ASF = Frauen oder Jusos = Jugend; aber: ASJ = Juristen und alle, die am Rechtswesen beteiligt sind). Wir hatten immer den Vorteil, dass der Unterbezirk Gelsenkirchen deckungsgleich ist mit dem Stadtgebiet. Also gibt es bis heute eine klare Struktur: 27 Ortsvereine (OV) in den Ortsteilen und der Unterbezirk (UB), repräsentiert durch den UB-Parteitag, dem höchsten Organ der SPD Gelsenkirchen, und den UB-Vorstand, dem Führungsgremium der lokalen Partei. Zwischenebenen wie z. B. Stadtverbände (siehe Dortmund oder Recklinghausen) gibt es bei uns nicht.

Genauso funktioniert die Jungsozialisten-Organisation in Gelsenkirchen. Auf OV-Ebene gibt es die Arbeitsgemeinschaften, auf UB-Ebene (also Stadtebene) die Juso-Delegiertenkonferenz (DK) oder auch die Juso-Vollversammlung und den Unterbezirksvorstand der Jusos.

Sorry, dass ich jetzt etwas formal werden musste.

Aber Politik ist auch und gerade Organisationspolitik (wozu übrigens ganz entscheidend die Finanzen gehören). Das ist sogar die halbe Miete, denn die Frage, ob eine Organisation funktioniert oder nicht, entscheidet nicht unmaßgeblich über die Durchschlagskraft von Politik. Das wollen heute viele nicht mehr hören oder wahrhaben, aber es stimmt trotzdem.

"Meine" Juso-Vorstände I: Kontinuität und Fluktuation



Das neue Vorstandskollektiv der Jungsozialisten: Manfred Ganz, Winfried Schulz (Delegierter im Bezirksvorstand als Verbindungsmann), Kurt Woiwod, Ulrich Stuchels, Gregor Kalender, Hans Frey und Jochen Poß (von links nach rechts).

Links: Der erste Kollektivvorstand; Ruhr-Nachrichten vom 25.7.1970. Es fehlt Depner.



Das ist das Vorstandskollektiv der Gelsenkirchener Jungsozialisten, das das Arbeitsprogramm für 1971 in großen Zügen vorlegte (stehend von links): Gregor Kalender, Fritz Brüggemann, Werner Neubach (Bezirksausschuß-Mitglied); (sitzend von links): Hans Frey, Jochen Poß, Rolf Schröder und Bernd Eigenbrod. Es fehlt das Mitglied Rauer. Foto: W. Dom

Oben:

Der zweite Kollektivvorstand (Buersche Zeitung vom 6.3.1971); man sieht, dass sich bereits nach einem Jahr der Juso-Vorstand personell stark verändert hat.

"Meine" Juso-Vorstände II: Kontinuität und Fluktuation

JUSOS gewannen Nov. 1971 **Vorstandsrunde**

"Illegale" allesamt im Amt bestätigt

Selten so gestrahlt hatten die meisten Jusos des Unterhezirke Gelsenkirchen, als sie sich Donnerstag abend kurz vor 24 Uhr in den Zoo-Terrassen voneinander verabschiedeten. Da nämlich war klar, daß sie diese Runde gegen die "Mutterpartei" SPD gewonnen hatten. Der SPD-Unterbezirksvorstand hatte die gewönnen natten. Der SFD-Unterlozansvorstand unter die Jungsozialisten-Delegiertenkonferenz anberaumt, um einen neuen Juso-Vorstand aus der Taufe zu heben, nachdem mar Wahlen vom 2. November 1971 wegen formeller Mängel für iechtbar und den dort konstituierten Vorstand für "illegal" hielt.

Indes: Die Vorstands-Jusos | wichtigste Vorstands-Aufgabe wurden allesamt in ihrem Amt die Hans Frey, gegen den seit einigen Monaten ein Parteiord-nungsverfahren läuft. Gegen-kandidat Arno Urban, der als ski.

Vermittlerrolle zwischen bestätigt. 44 von 64 Delegier- Jusos und SPD angab, erhielt ten votierten für den 21 jähri-gen Studenten der Sozialwis- der Vorsitzender wurde Bernd senschaften und Germanistik Eigenbrod mit 51 Stimmen. Die Beisitzer: Jörg Reimann, Willi Maszun, Manfred Totzek, Kurt Woiwod und Klaus Kolodzin-



Kuhlmann-Rede abgesetzt

Von Bernd Eigenbrod stamm- daß er — da er auf Juso-Tref-te der Vorschlag, Mdl. Werner lien bisher nie zu sehen war — Kuhlmanns Referat über die nicht wisse, worum es ginge, Beziehungen zwischen Jungso-zialisten und SPD von der Ta- bla* sei, wenn man hier abstrakt gesordnung abzusetzen, da oh-nehin nicht speziell auf Gelsen-kirchener Verhältnisse einge-gangen werden könne. Zwar machten sich schon betagtere machten sich schon betagtere zu und fanden zudem, daß der Jusos aus dem Ortsverbau artige Referate vor den Wa' stand eine Lanze zu brechen, en der Klätten Eigenbrods Worte kurzerhand für "Blabi-».

Präsidiumsmitglied

nicht wisse, worum es ginge, und daß es im übrigen "Bla-bla" sei, wenn man hier abstrakt diskutierte und die Vorkomm-nisse der letzten Zeit nicht berücksichtigte. 49 Delegierte stimmten ihm in geheimer Wahl

eigentlich nicht stattfinden müs-sen. Die streitbaren Jusos aller-Jochen dings werden sie ob des Tri-



Erste Pressekonferenz des neuen Juso-Vorstandes: Kurt Woiwod, Jörg Reimann, Bernd Eigenbrod, Willi Maszun, Vorsitzender Hans Frey und Manfred Totzek (sitzend, von links) mit dem Referenten der Konferenz, Peter Krause.

Oben:

Westfälische Rundschau vom 14.4.1972.

Fünfstündige Juso-Tagung:

Klare Mehrheit bestätigt Frey

Aktionsprogramm für 1973 nächste Aufgabe

Gut fünf Stunden brauchten die über 90 Delegierten des Juso-Unterbezirks am Samstagnachmittag in den Bürgerstuben, um Unterbezirks am Samstegnachmitag in den butgerstuden, dat ihre Jahreshauptversammlung abzuwickeln und — mit weni-gen Ausnahmen — den alten Vorstand wiederzuwählen. Sie wollen, so ihr Vorsitzender Hans Frey, nun endlich zur Sache kommen und 1973 langtristige Kampagnen unter dem Aspekt der Doppelstrategie und im Hinblick auf die Kommunalwahlen 1974 planen. Dabei will man Prioritäten setzen und Kritik an konkreten Beispielen aufzeigen. Die nächste Delegiertenkonferenz soll der Aufstellung eines Aktionsprogramms für 1973

eine autonome Willensbildung Spaß gemacht. Er zeigte als bet den Jusos erst ermöglichten. Es gelte, nicht einzelne Strukturen etablierter Funktio-Personen in der Partei, son-dern Probleme der Parteistruktur anzugreifen. Dezu bedürfe es verstäckter Schulungsarbeit und der Beseitigung des Informutionsgefälles im Unterbe-

"Nicht existent"

Die zweistündige Diskussion Jahresberichts machte deutlich, daß auch bei den Jusos nicht eitel Zufriedenheit Feiner wurden 14 Deleg herrscht. Immerhin führte die für die Bezirkskonferenz Delegierten-Aufstellung sieben "nicht existente Juso-AG" auf. Auch persönliche Attacken wurden mehrfach geritten und pariort. Ihr Ergebnis schlug sich in den späteren Wahlen nieder.

Kommunale Probleme

Der frühere Vorsitzende Jochen Possur forderte eine verstärkte Einführung der zahlreichen neuen Mitglieder. Er kritisierte, daß sich auch bei den Jusos kleinbürgerliche Verhaltensweisen (Karrier(smus!) breitmachen und regte die Schulung von Multiplikatoren (vor allem Delegierte) an, dabei müsse man projektbezogen arbeiten. In den gut laufenden Juso-AG solle man kommunalpolitische Probleme aufgreifen, die relativ sehr gute Informa-tionsarbeit Jörg Reimanns wetter ausbauen.

"Lehrreiche Zusammenarbeit"

Weitere Diskussionsbeiträge machten die Schwierigkeiten der Kommunikation und der von UBZ-Vorstand übernommenen Betreuung der Juso-AG deutlich. Als letzter Sprecher Bezirksvorstandsmitglied Roland Ermrich für die zweieinhalbjährige, auch für

Frey wies auf die Entwick- ihn Jehrreiche Zusammenar-lung der letzten Jahre bio, die belt. Das Ergebnis der Parteiordnungsverfahren habe ihm Gefahr auf, daß zu starre näre den Informationsfluß hemmen. Dies könne man aber nicht durch stures Auswechsein von Personen ändern.

Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: Vorsitzender Hens Froi 75 (10 dagegen, 8 Erth.), Stelly, Kurt Woiwod 49 (37/6), Beisitzer Brockmann 77, Reimann 76, Maszun 65, Danoap-fel 65, Lavista 39, Bezirksaus-schuß: Priamus 54, Wittek 46. Ferner wurden 14 Delegierte wählt.

Januar 1973

Links WAZ vom 22.1.1973

"Meine" Juso-Vorstände III: Kontinuität und Fluktuation

Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: Vorsitzender Hans Frei 75 (10 dagegen, 8 Enth.), Stelly, Kurt Woiwod 49 (37/6), Beisitzer Brockmann 77, Reimann 76. Maszun 65. Dannapfel 65, Lavista 39. Bezirksausschuß: Priamus 54, Wittek 46. Ferner wurden 14 Delegierte für die Bezirkskonferenz gewählt.

Die Wahlen zeigen: Ein Kern bleibt (oder man ist wieder zu ihm gestoßen), Neue kommen hinzu.

Es sagte...

HANS FREY, Juso-UBZ-Vorsitzender, zu Beginn der Jahreshauptversammlung, als niemand recht zuhörte:

"Ich bitte um Ruhe, auch wenn es da hinten humoristische Einlagen gibt."

DERSELBE (etwas später):

"Ich darf bitten, daß auch bei der Parteiprominenz (die MdL Kuhlmann und Reinhardt sowie Willibald Heinrichs) etwas Ruhe ist."

TOTZEK, MANFRED sammlungsleiter der Jusos:

"Ich habe Schwierigkeiten mit dem Mikrofon, das Ding steht einfach nicht fest."

KURT WOIWOD, bei der Juso-Versammlung:

"Hinter den Juso-Delegierten ist ein weites Nichts!"

ROLAND ERMRICH, Juso-Bezirksvorstandsmitglied. innerparteilich kritischen Zeil der GE-Jusos:

"Bel den Partelordnungsverfahren im Bezirk wart ihr Spitzenreiter!"

"Meine" Juso-Vorstände IV: Kontinuität und Fluktuation

1974 - 1975

1974 kandidierte ich nicht mehr zum Vorsitzenden, blieb dem Juso-UBV aber als Beisitzer treu. Für ein Jahr wurde Kurt Woiwod "Chef", nachdem er sich in einer Kampfkandidatur gegen Jörg Reimann durchgesetzt hatte. Nach einem Jahr trat er nicht mehr an und gab 1975 den Stab weiter an Joachim Poß.



Ganz im Zeichen des Wahlkampfes steht für die Jungsozialisten die politische Arbeit in den kommenden Monaten. Im Bild der neue Juse-Vorstand (untere Reihe von links): Ernst Scott (Schulung und Bildung), der Unterbezirksvorsitzende der Jungsozialisten, Johen Poß, sein Stellvertretter Eberhard Strobel (Kommunalpolitik), Obere Reihe (von links): Wolfgang Bischoff (Betrierbsarbeit), Hans Frey (Schüler und Studenten), Paolo Lavista (Ausländer) und Peter Marzok, der dem Juso-Vostand als Vertreter des Jungsozialisten-Schülerbundes angehört.



"Organisatorische Unzulänglichkeiten" überwinden: Der neue Unterbezirksvorstand der Jungsozialisten mit dem stellvertretenden Vorsitzenden Ernst Sott, Detlef Bublisitz, dem Vorsitzenden Hans Frey, Paolo Lavista, Jörg Reimann und Karl Schwarz (von links). Nicht im Bild: der zweite stellvertretende Juso-Vorsitzende Kurt Woliwod. Foto: W. Dorn

7. Neue Horizonte

Jetzt wurde die Sache erst richtig spannend!

Während in Gelsenkirchen die Post abging, erlebte der noch taufrische Hans Frey eine ganz neue (politische) Welt, die sich auch in der Erweiterung der geografischen Räume ausdrückte. Mein bis dahin wichtigstes Erlebnis in diesem Zusammenhang war eine Klassenfahrt nach London gewesen. Diese pulsierende Metropole machte auf mich einen ungeheuren Eindruck, und ich spürte bei aller Liebe, Gelsenkirchen kann nicht alles sein!

Sie müssen sich jetzt bitte vergegenwärtigen, dass ich ein Junge war, der wenig von der Welt und den Menschen wusste. Aufgewachsen in einem behüteten, halbproletarischen Umfeld mit all seiner Enge und seinen Defiziten, begann ich langsam, mich über die Politik in bewusstere Sphären zu hangeln. Wahrscheinlich war dies, wenn auch untergründig, eine der entscheidenden Motivationen, die Richtung einzuschlagen, die ich dann auch tatsächlich genommen habe.

Zupass kam, dass ich - ich meine, es war um 1972 - vom Juso-Bezirk Westliches Westfalen zum Mitglied des Bundesausschusses der Jusos gewählt wurde. Übergangslos war ich plötzlich ständigen Reisen ausgesetzt - und es gefiel mir unglaublich! Heute Bonn, morgen Hannover, dann Berlin, Kassel, Wiesbaden, München, Hamburg, Nürnberg, Bremen, Köln, Düsseldorf usw. Bezeichnend auch folgende Begebenheit, die meiner Meinung nach nur in dieser Zeit so hatte geschehen können.

Irgendwann in einem heißen Sommer des Jahres 1971 stieg ich in einen Zug, um nach Würzburg zu fahren. In der dort ansässigen Bildungsstätte "Haus Frankenwarte" fand ein Bundesseminar der Jusos statt, an dem ich teilnehmen wollte. Ich hockte also im ruckelnden Zugabteil und las irgendein sozialistisches Magazin, vielleicht auch die "Konkret".

Mir gegenüber saß ein bärtiger junger Mann, vor sich die "Blätter für deutsche und internationale Politik". Es blieb nicht aus, dass wir Augenkontakt aufnahmen, denn die jeweilige Lektüre ließ natürlich einige Spekulationen aufkommen.

Schließlich fragte mein Gegenüber: "Auch bei den Jusos?"

Ich bestätigte, und schnell war heraus, dass besagter junger Mann genauso wie ich unterwegs zum "Haus Frankenwarte" war. Das war, ohne "Casablanca" zu bemühen, der Beginn einer Freundschaft, die bis heute gehalten hat.

Der Mann war übrigens Hans Pflug aus Duisburg, heute MdB. Über eine lange Wegstrecke teilten wir das gemeinsame Schicksal als NRW-Landtagsabgeordnete und als Vorsitzende von zwei großen Ruhrgebiets-Unterbezirken der SPD - er in Duisburg, ich in Gelsenkirchen.

*

Da die Jusos zu dieser Zeit noch über richtiges Geld verfügten, machte der Juso-Bezirksvorstand WW, in dem ich kooptiertes (scherzhaft sagte ich immer "korrumpiertes") Mitglied war, auch schon mal so eben eine seiner Klausurtagungen im geteilten Berlin. So kam ich zu meinem ersten Flug (noch nach Tempelhof), für mich ein großes Erlebnis. Heute hat die Begeisterung bei dem Gedanken, in eine dieser Sardinenbüchsen einsteigen zu müssen, merklich nachgelassen, damals aber war ich tief beeindruckt!

Nebenbei traf man auf dem Flughafen Hannover Josef Beuys oder beim Frühstück im Berliner "Hotel am Funkturm" den bekannten, leider schon verstorbenen Schauspieler Klaus Schwarzkopf - um nur einige wenige Beispiele der "Weltläufigkeit" zu nennen, die mir nun zuteil wurde.

Und ich lernte in Scharen Polit-Größen kennen, angefangen von den (damaligen) Juso-Halbgöttern bis zu den Großkopferten der Partei, die mir allesamt bis dahin nur fern entrückt in Presse, Funk und Fernsehen erschienen waren.

Das ehrfürchtige Erschauern vor den großen Namen, das ich damals zwar hatte, aber selbstverständlich für mich behielt, hat sich im Laufe der Zeit auf ein Normalmaß reduziert. Denn glauben Sie mir, es kochen tatsächlich alle nur mit Wasser, wenn auch zugegebenermaßen unterschiedlich virtuos!

*

Roland Ermrich, heute im Mediengeschäft, war der Erste im Konzert der Juso-Bundesausschuss-Mitglieder von WW, den ich kennen lernte. Roland war nicht nur politisch versiert, sondern auch ein "Energiewandler". Obwohl schlank an Gestalt (damals jedenfalls), konnte er Unmengen von Nahrungsmitteln vertilgen. Ich weiß noch, wie er ohne Probleme eine Speisekarte quasi rauf und runter aß. Auch sonst war er nicht ohne.



Juso-Vorsitzender Roth, GE-Juso-Boß Hans Frey, Bezirksvorstandsmitglied Ermrich und Kurt Woiwod, Ge (von links), nahmen an der 14. Bundeskonferenz der Falken im Hans-Sachs-Haus teil. (WAZ-Bild

Nur eine Anekdote: Mit Roland, der mir stolz seinen nagelneuen Wagen vorführte, fuhr ich nach Siegen, um dort Loke Mernizka abzuholen. Unterwegs hielt Roland vor einem Spielzeuggeschäft, kaufte ein Kindertelefon und erklärte: "Den Loke lege ich heute rein. Ich behaupte, dass ich ein Autotelefon habe (früher eine außerordentliche Sache, H. F.), mit dem ich sofort Willy Brandt und Herbert Wehner erreichen kann."

Wir kamen in Siegen an und suchten verzweifelt die angegebene Straße. Wir fragten einen Passanten, der die Straße aber auch nicht kannte. Zufällig ließ ich fallen, in dieser Straße müsste ein gewisser Loke Mernizka wohnen. Schlagartig hellte sich das Gesicht des Passanten auf. "Ach so", meinte er, "Sie suchen den Loke. Ja, der wohnt genau dort!"

Loke wurde also erfolgreich gefunden und eingeladen. Der gewichtige, mit großer Leibesfülle gesegnete Siegener nahm auf dem Beifahrersitz Platz. Dann legte Roland los.

"Mit diesem Knopf bewege ich beim stärksten Regen die Scheibenwischer. Kein Tropfen bleibt auf der Windschutzscheibe. Hier ist das Radio, mit dem ich alle Weltprogramme empfangen kann.

Und jetzt das Beste! Mein Autotelefon, mit dem ich sofort Willy oder Herbert anrufen kann!"

In Erwartung größter Anerkennung entstand plötzlich eine kurze Stille. Dann sagte Loke stoisch mit seinem rollenden Siegerland-,R': "Und wo ist der automatische Fotzenkitzler?"

*

Das Original Loke (der ungewöhnliche Vorname leitet sich wohl von dem Namen des germanischen Gottes Loki ab) war für viele wunderbare Dönekes gut. Sie bringen noch heute andere und mich zum herzhaften Lachen. Das darf allerdings nicht über sein ernsthaftes Engagement und seine politischen Fähigkeiten hinweg täuschen.

Er stammte aus armen Verhältnissen und musste noch als halbes Kind auf einem Stahlwerk in Hüttental-Geisweid malochen gehen, obwohl er, wie er mir einmal gestand, von Herzen gerne Opernsänger geworden wäre (das Talent hatte er, wie er uns oft bei unseren "Singeabenden" bewies). Die Wahl zum stellvertretenden Juso-Bundesvorsitzenden war für ihn eine Art politischer Durchbruch, den er nach der Juso-Zeit als Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion in Siegen und als mein Landtagskollege fortsetze.

Loke spielte bei den Jusos eine spezielle Rolle. Die Jusos, die nicht ganz zu Unrecht als kopflastig und akademisch galten, mussten ihren Anspruch, Arbeitnehmerinteressen zu vertreten, irgendwie belegen - und sei es nur symbolisch. Mit dem Walzwerker aus dem Siegerland hatte man nun endlich einen waschechten Arbeiter zum Vorzeigen.

Die Rolle füllte Loke auch exzellent aus, aber nicht als Schablone, sondern als bodenständiger Politiker, der *tatsächlich* immer wieder die theoretischen Überflieger auf den Boden der Tatsachen zurückholte. Seine Rolle als "Vorzeigearbeiter" war mithin nur zu einem geringen Teil die, schmückendes Beiwerk zu sein, sondern v. a. die eines oft heilsamen Korrektivs für die Jusos selbst. Viele veröffentlichte Meinungen sahen das fälschlicherweise umgekehrt.

8. Westliche Vandalen

In dem damals mächtigen SPD-Bezirk Westliches Westfalen (WW), für den es eine organisatorische Entsprechung in Form des *Juso-Bezirks* WW gab, unternahm ich meine ersten überörtlichen Gehversuche.

Es waren nicht nur Roland und Loke (und dessen damaliger "Co-Pilot" Siegfried Dreher, auch ein markanter Arbeitertyp), sondern Genossen wie Manfred Degen aus Marl, Bernd Kasperek aus Herten und Klaus Strehl aus Bottrop, die ich auf dieser Ebene kennen lernte. In dieser "connection" lag übrigens auch einer der Grundsteine für die Emscher-Lippe-Initiative, die wir Jahre später zusammen mit Jochen Poß aus der Taufe hoben, um dem Einzelkämpfertum der Städte und Kreise unserer Region (und dem der jeweiligen Ortsparteien) etwas entgegenzusetzen.

*

Erdmann Linde, der nach dem SHB-Bundesvorsitz (Sozialdemokratischer Hochschulbund) für drei Jahre den Juso-Bezirksvorsitz übernahm (1969-1972), war für mich eine der ersten Juso-Größen, der ich Auge in Auge begegnete. Erdmann hatte allein schon deshalb einen Nimbus, weil er enge Kontakte zu Willy Brandt und Günter Grass hatte, und er selbst war und ist eben eine Persönlichkeit, die es nicht an jeder Ecke gibt.

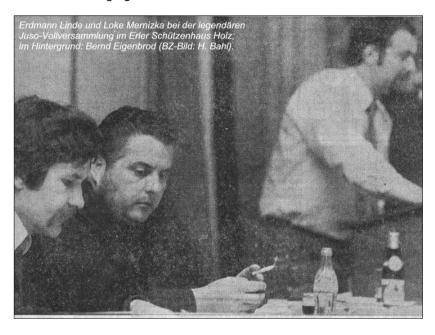
Mit Erdmann verbinden mich viele Geschichte. Eine von ihnen erzähle ich, weil sie auch so wunderbar in den Zusammenhang passt. Aufgehängt an der Bild-Zeitung hatten wir im Herbst 72 in Gelsenkirchen eine Kampagne für die Unabhängigkeit der Presse von den Kapitalgebern gestartet. Eine Podiumsdiskussion, unter anderem mit Erdmann Linde und Walter Plevka, seines Zeichens Gelsenkirchener Redaktionsleiter der CDU-lastigen Ruhr-Nachrichten, rundete die Aktion ab. (Der eingeladene Bild-Redakteur war erst gar nicht gekommen.)

Direkt am Anfang fuhr Plevka bereits schweres Geschütz auf. Er erklärte, die Aktion der Jusos sei ein Angriff auf die Pressefreiheit und führe zum Parteidirigismus. Offensichtlich hatte Plevka die Problematik (Abhängigkeit der Journalisten von den Verlegern) nicht begriffen oder begreifen wollen.

So dachte wohl auch Erdmann und zahlte in gleicher Münze heim. Er bezeichnete Plevkas Beitrag kurz und bündig als "Schwachsinn".

Daraufhin sprang Plevka empört auf und verließ wutentbrannt den Saal. Schade, denn der Mann der Ruhr-Nachrichten hätte doch genug Gelegenheit gehabt, den forschen Juso-Bezirksvorsitzenden mit guten Argumenten in die Schranken zu weisen - wenn er denn welche gehabt hätte.

Wie dem auch sei. Wir fanden Plevkas Theaterdonner lustig und freuten uns, dass er die Vorlage für die anschließende Berichterstattung geliefert hatte. Denn die anderen Redakteure, die anwesend war (z. B. Werner Conrad von der WAZ), hatten sehr wohl verstanden, worum es ging.



Viele andere Bezirksbekanntschaften müssten eigentlich noch genannt werden, aber ich unterlasse das, um nicht ins Uferlose zu kommen.

Zwei Ausnahmen mache ich doch.

Die eine heißt Franz-Josef Kniola. Der Dortmunder Franz-Josef war der zuständige Juso-Bezirkssekretär, der seine Aufgaben souverän und effektiv erledigte, ansonsten aber, so meine Wahrnehmung, mit dem "Juso-Quatsch" eigentlich nichts am Hut hatte.

Von ihm wurden die Bezirksjusos (v. a. die um den Juso-Bezirksvorsitzenden Klaus Heimann herum) kräftig veräppelt, ohne dass diese es überhaupt merkten. Natürlich machte er das nie explizit deutlich, aber sein ganzes Verhalten erzeugte bei mir ein tiefes Misstrauen, sodass unser Verhältnis zu dieser Zeit äußerst gespannt war.

Als Landtagsabgeordnete trafen wir uns Jahre später wieder, und der clevere Kniola machte mit Hilfe der Dortmunder Quelle namens "Bezirk Westliches Westfalen" eine rasante Karriere in der Landesregierung.

Da Franz-Josefs Familie eine Steinmetz-Firma hatte, die u. a. Grabsteine produzierte, kursierte schon zu Juso-Zeiten der Spruch: "Jeder Bürger fühlt sich wohla mit einem Grabstein von Kniola." Als er dann Innenminister war, dichtete ich den Vers um: "Jeder Bürger fühlt sich wohla mit einem Knüppel von Kniola."

Im Landtag entspannte sich unser Verhältnis zusehends, und das hing wohl damit zusammen, dass ich seine Art zunehmend besser zu verstehen lernte. Franz-Josef war ein ausgebuffter Technokrat, der sich nie groß um Inhalte gekümmert hatte. Für ihn war, so schätze ich, Politik ein großes "Monopoly", wobei jeder weiß, worum es bei dem Spiel geht.

Damals wie heute liegt mir diese Einstellung nicht, aber ich musste anerkennen, dass er seine Jobs gut machte. Ich akzeptierte, dass Politik, will sie denn auch administrativ funktionieren, Menschen mit solchen Strickmustern braucht. Das ist nicht abwertend gemeint, vorausgesetzt, derartige Menschen verfügen über ein Mindestmaß an politischer Überzeugung.

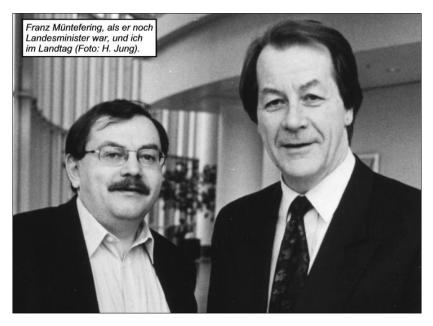
Das war bei Franz-Josef der Fall, und so schlossen wir beide Frieden.

*

Der andere, über den ich noch etwas sagen will, heißt Franz Müntefering.

"Münte" (ich behaupte, dass ich seinen Spitznamen erfunden oder ihn zumindest als einer der Ersten in Umlauf gebracht habe), der Sauerländer, ist sicherlich der Bezirks-Juso, der es von allen anderen zu den höchsten Weihen des Staates gebracht hat. Und zweimal hintereinander SPD-Parteivorsitzender zu werden, ist auch nicht von schlechten Eltern.

Einen herzlichen Kontakt zu ihm hatte ich allerdings schon damals nicht gehabt, was vielleicht auch daran lag, dass ich nicht sonderlich viel von ihm hielt (und er von mir höchstwahrscheinlich auch nicht). Er hechelte mir zu willig hinter der SPD-Bezirksspitze um den Vorsitzenden Hermann Heinemann hinterher und erschien mir auch sonst zu eilfertig.



Irgendwie hatte er für mich schon immer etwas von dem aufregenden Charme eines Sachbearbeiters einer Ortskrankenkasse an sich gehabt, ohne damit Sachbearbeitern bei Ortskrankenkassen zu nahe treten zu wollen. Diesen Eindruck konnten auch seine späteren hohen Würden bei mir nie ganz beseitigen. (Sorry Franz, ich will deine Verdienste nicht schmälern, aber so ist es nun mal.)

So kreuzten sich unsere Wege immer wieder, z. B. vor allem im Landtag. Die Distanz aber blieb.

*

Der Juso-Bezirk WW hatte bundesweit einen eher schlechten Ruf. Man hofierte ihn zwar wegen seiner vielen Delegiertenstimmen, indirekt galt er aber als "graue Masse" ohne inhaltliche Substanz. Nicht von ungefähr kursierte im gesamten Verband für WW die spöttischwitzige Bezeichnung "westliche Vandalen" - etwa in dem Sinn: viele Leute, tölpelhaft, laut, trinkfest und tumb, eben Barbaren.

Die abfällige Haltung gegenüber den WW-Jusos war in ihrer Pauschalität sicher ungerecht. Andererseits war der Verdacht, WW biete eher Masse statt Klasse, auch nicht gänzlich unberechtigt. Denn das Verhalten der WW-Delegationen bestätigte zuweilen diese Unterstellung. Der andere Grund war, dass der Vorwurf auf den *gesamten SPD-Bezirk WW* noch weit mehr zutraf als auf den Juso-Bezirk. Das färbte natürlich auf die Jusos ab.

*

In der Rückschau kann ich nur sagen, dass der SPD-Bezirk WW im Wesentlichen eine Machtverteilungszentrale war (v. a. im Interesse Dortmunds), und das war nicht gut. Als Jahrzehnte später der Bezirk zugunsten eines SPD-Landesbezirks NRW abgeschafft wurde, hatte ich im Gegensatz zu vielen anderen überhaupt keine Bauchschmerzen. Im Gegenteil, ich unterstützte mit Genuss das Unterfangen, während "Bezirksvasallen" wie z. B. Karsten Rudolph und Norbert Römer (beide heute MdL) über mich herfielen und Zeter und Mordio schrieen.

Zu dem politisch blutleeren Norbert Römer, ursprünglich ein sich stark rechts gerierender IGBE-Funktionär, sagte ich immer: "Es ist unglaublich, was sich heute alles Römer schimpfen darf." Und der intellektuelle, aber zum Opportunismus neigende Karsten Rudolph, der so vehement gegen den Landesbezirk polemisiert hatte, war plötzlich ohne nennenswerte Gewissensbisse dessen stellvertretender Vorsitzender. So kann es kommen.

Ob die Landesorganisation die großen Erwartungen, die an sie geknüpft wurden, bis heute erfüllt hat, mag bezweifelt werden. Trotzdem halte ich im Grundsatz die Entscheidung immer noch für richtig, und zwar nicht nur, aber auch wegen der zwei Genannten.

9. Schlangengrube und Lichtgestalten

Wie schon bemerkt, war ich zwei Jahre lang Mitglied des Bundesausschusses der Jungsozialisten, der so etwas wie ein Sammelbecken aus politischer Schlangengrube und Lichtgestalten war. Er hatte neben dem Bundesvorstand den Status eines Leitungsgremiums der Bundes-Jusos. Das hieß u. a., dass sich in seinen Tagungen sozusagen en miniature die Konflikte widerspiegelten, die auch die Bundeskongresse beherrschten.

In der Retrospektive ist für mich aber viel bedeutender, dass ich durch den Bundesausschuss viele interessante Menschen kennen gelernt habe, die später hier und da eine wichtige bis sehr wichtige politische Rolle spielen sollten.



Kennen gelernt habe ich z. B. den später glücklosen Rudolf Scharping, damals Juso-Vorsitzender von Rheinland-Pfalz, Wolfgang Roth, heute Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank, den klugen Johano Strasser und den "ethischen" Sozialisten Norbert Gansel.

Dann Hans Eichel, der Oberbürgermeister von Kassel werden sollte und Jahre später für einige Zeit Bundesfinanzminister war, und Heidi Wieczorek-Zeul, die noch immer Bundesministerin ist.

"Die rote Heidi", die ich sehr mag, war Nachfolgerin von Wolfgang Roth im Bundesvorsitz. Mit ihr hatte ich im Gegensatz zu den meisten anderen auch nach der Juso-Zeit manchmal, wenn auch selten gemeinsame politische Auftritte.

Weiter gehörten dazu: Der mittlerweile zum innerparteilichen Daueropponenten gewordene Ottmar Schreiner, dann Klaus-Uwe Benneter (siehe nächstes Kapitel), Dietmar Thieser, Wilhelm Vollmann, zu der Zeit Juso-Landesvorsitzender von NRW, (dem man später - siehe Band 2 - sehr, sehr böse mitspielen sollte), Manfred Dammeyer und viele, viele mehr.

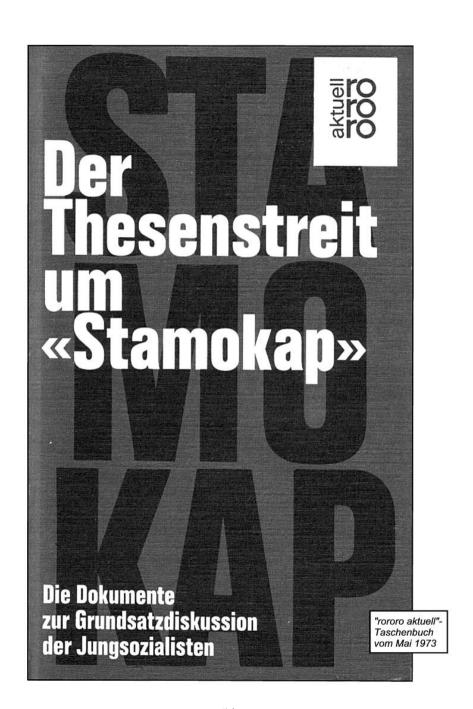
Nur Oskar Lafontaine war nicht dabei, da er sich auf dieser Ebene der Jusos nicht engagierte. Ihm sollte ich erst viel später begegnen.

10. Der Juso Gerhard Schröder und die Stamokaps

Im Lichte der realen geschichtlichen Entwicklung ist natürlich das Juso-Bundesausschussmitglied Gerhard Schröder besonders zu nennen, wobei ich vorab zum besseren Verständnis kurz auf einige politische Hintergründe eingehen muss. Zu diesem Zeitpunkt nämlich zerfiel die Juso-Organisation bereits in drei Fraktionen, die sich zunehmend unversöhnlicher gegenüber standen.

- ▶ Da waren zum einen die "Stamokaps", also die, die die Theorie des "Staatsmonopolitischen Kapitalismus" vertraten und in Teilen eine verdächtige Nähe zur DKP und ihren Vorfeldorganisationen wie z. B. dem Studentenbund MSB Spartakus aufwiesen. Wortführer waren Kurt Wand, der mir besonders durch seine grünen Brillengläser in Erinnerung ist, der "Zocker" Kurt Neumann aus Berlin und Detlef Albers, der später nicht nur Professor, sondern auch, nachdem er sich wohl die Hörner abgestoßen hatte, Landesvorsitzender der SPD Bremen wurde. Leider weilt er nicht mehr unter uns.
- ▶ Nummer Zwei im Bunde war die Mehrheitsfraktion der "Reformsozialisten" (zu denen ich mich zählte), die sog. "Bundesvorstandslinie", welche am Konzept der "systemüberwindenden Reformen" festhielt. Intellektueller Kopf dieser Gruppe war Johano Strasser, der ebenfalls Professor wurde und heute zu den wichtigen Denkern der SPD gehört.
- ▶ Schließlich die "Spontis" oder "Antirevis" (Antirevisionisten) aus Hannover, die in ihrem Politikansatz verschwommen blieben, dafür aber eine Art Gegenkultur mit Wohngemeinschaften, Jesuslatschen und Öko-Outfit zelebrierten. Sie hatten regelrechte Gurus, denen sie an den Lippen hingen, und vertraten m. E. eine Art anarchosyndikalistische Richtung, bei der die SPD nur so etwas wie ein Durchlauferhitzer zu einer neuen "spontanen" Volksbewegung sein sollte. Alles in allem konnte ich mit dem Gros der Hannoveraner, so wie sie sich im Bundesausschuss gerierten, noch weniger anfangen als mit den "Stamokaps" nämlich rein gar nichts.

Am Rande sei erwähnt, dass sich in dieser Fraktionierung bereits der spätere Niedergang und Bedeutungsverlust der Jungsozialisten abzeichnete. Die Fraktionen zerfleischten sich gegenseitig. "Stamokaps" und "Antirevis" waren sich spinnefeind, trafen sich gleichwohl in ihrer gemeinsamen Abscheu gegen die "Reformsozialisten" - ein Muster, das in der Linken viele historische Vorbilder und Epigonen hat.



Gerhard Schröder war nun, man höre und staune, *Chef* des "Sponti"-Bezirks Hannover

Ich wunderte mich nicht zu knapp darüber, wie ein derart kumpeliger, doch gleichzeitig alerter und unideologischer Managertyp (er trug auch Anzüge) Vorsitzender einer Truppe sein konnte, die in allem das fleischgewordene Gegenteil zu Schröder war. Auf alle Fälle war er zwischen seinen Exoten wiederum ein Exot, und es war schon damals ein Phänomen, dass er sich bei den niedersächsischen Paradiesvögeln als Vorsitzender halten konnte. Mehr noch!

Fakt ist: Schröder hat sie alle überlebt, denn von den Spontis, soweit ich das überblicken kann, ist nichts übrig geblieben (außer Wolfgang Jüttner, dem das auch nicht viel brachte). Nur Gerhard Schröder war politisch erfolgreich, ja man kann sagen, extrem erfolgreich. Er hat es über die Zwischenstation Ministerpräsident sogar zum Bundeskanzler gebracht - ein weiterer Beweis für seine politischen Qualitäten, lässt man einmal eher moralisierende Kategorien beiseite.

Als diese Weihen noch in weiter Ferne lagen, wurde Schröder, dennoch ein weiterer Beleg dieser Fähigkeiten, einige Jahre später Bundesvorsitzender der Jusos (1978), obwohl ihn eigentlich keiner haben wollte. Und das kam so:

Die Jusos hatten trotz der Warnungen des Parteivorstands den Berliner Klaus-Uwe Benneter als neuen Vorsitzenden aufs Schild gehoben, der als gefährlicher, verkappter Kommunist galt. (Heute ist Klaus-Uwe Benneter wieder ein angesehenes SPD-Mitglied mit wichtigen Ämtern. Auch das ist die SPD!) Nach einem unglücklichen Interview wurde er kurzerhand aus der SPD ausgeschlossen, und der Vorsitz war wieder vakant.

In diese Lücke stieß Gerhard Schröder, wobei für ihn sogar die Juso-Richtlinien neu interpretiert werden mussten. Schröder war nämlich zu diesem Zeitpunkt bereits 35 Jahre alt, also eigentlich schon dem Juso-Alter entwachsen. Flugs erklärte man, dass das Juso-Alter erst mit dem Beginn des 36. Lebensjahrs endete, während man vorher allgemein davon ausgegangen war, dass der Beginn des 35. Jahres die Grenze wäre. Wie auch immer, auch diese formale Hürde nahm Schröder mit Bravour.

Nach diesem Ablauf wurde mir auch die für mich zuerst unerklärliche Tatsache verständlich, warum ausgerechnet der Niedersachse so vehement die Wahl Benneters, also eines Stamokaps, zum Vorsitzenden unterstützt hatte, obwohl sich doch die Spontis und die Stamokaps so gerne mochten wie die Schalker und die Dortmunder.

Natürlich - dem gewieften Fuchs war schon vorher klar gewesen, dass es mit Benneter nicht lange gut gehen würde. In der dann existierenden Notsituation konnte er sich als Retter anbieten.

Auf diese Weise kam er doch noch zu Vorsitzendenehren, die er auf normalem Weg höchstwahrscheinlich nie erreicht hätte. Zwei Jahre lang (bis 1980) war er dann - Altersgrenze hin oder her - Bundesvorsitzender der Jungsozialisten. Na bitte!



Viele Jahre später, als Gerd Schröder 1997 einen Besuch in Gelsenkirchen machte, erzählte er mir, wie er nach der Wahl mit den Stamokaps verfahren war. Sie hatten ihn ja entsprechend des Schröder-Kalküls nach dem Benneter-Debakel mit gekürt, natürlich in der Erwartung ihres Lohnes, sprich eines deutlich gestiegenen Einflusses für ihre Richtung.

Für Gerd war das allerdings kein Thema mehr.

Gerd erzählte: Nach dem Bundeskongress lud ich die führenden Stamokaps zu mir nach Hause zum Essen ein. Als sie dann mit dem unanständigen Ansinnen herauskamen, als eine Art "Neben- oder Hintergrundregierung" fungieren zu wollen, habe ich ihnen gesagt: Ihr habt meinen guten Wein getrunken, und ihr habt mein hervorragendes Essen gegessen. Mehr könnt ihr wirklich nicht erwarten. Und jetzt raus!

11. Jusos forever! Politik und Lebensgefühl

Bundeskongresse waren die Höhepunkte des Juso-Lebens.

Mein erster war der von 1970 in Bremen mit dem unvergesslichen Auftritt von Herbert Wehner. Obwohl ihn viele der angereisten Westentaschen-Revoluzzer als "Revisionisten" einstuften (ich aber nicht!), wurde er frenetisch gefeiert - oh, rätselhafte Juso-Seele.

Unvergesslich auch die Passage, als während Herberts Rede jemand aus dem Auditorium heraus irgendetwas mit "Kommunist" rief. Daraufhin Wehner in seiner blaffenden Art: "Das braucht man mir hier doch nicht im Stil der "Schweinische Pest" vorzuwerfen!" Er meinte natürlich die rabenschwarze Zeitung "Rheinische Post". Der Saal tobte vor Begeisterung.

In bleibender Erinnerung ist mir auch der sog. "Strategiekongress" von Hannover 1971. Hier sollte endgültig der theoretische Kurs der Jusos geklärt werden. Daraus wurde zwar nichts, aber dafür waren die Begleiterscheinungen umso witziger.

Der Bundesvorstand hatte nämlich fast das ganze Maritim-Hotel angemietet. Das empfand ich zuerst als sehr anstößig ("Was sollen Jusos in dieser Kapitalistenbude?"), aber als mir erklärt wurde, diese Operation sei finanziell und organisatorisch viel günstiger als eine Unterbringung der Delegierten in vielen kleinen Hotels, war ich besänftigt.

Jetzt muss man sich folgendes Bild vorstellen: Plötzlich fielen in Scharen Jusos, natürlich "standesgemäß" in Jeans, Rollis und Parkas, in das vornehme Hotel ein - darunter waren auch Jochen Poß und ich. Die adrett gekleideten Damen und Herren an der Rezeption bekamen immer größere Augen, die Gesichter wurden bleich, und einigen sah man an, dass sie an ihrem geordneten Hotelweltbild schier verzweifelten. Damit nicht genug!

Da viele Jusos gewohnt waren, zu diesen Events Freunde und Freundinnen mitzubringen (die nicht Delegierte waren), quoll das Hotel nicht nur vor "roten Garden" über, sondern auch die übliche Doppelbelegung der Zimmer wurde ins Reich der Legenden verwiesen. Das war natürlich nicht statthaft, aber keinen kümmerte es (die Hotelleitung hatte offensichtlich in weiser Voraussicht von vornherein kapituliert).

Am späten Abend wäre es dann beinahe zum Eklat gekommen. Denn ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt fand in einem der Säle ein Ball der jungen Unternehmer statt! Als wir davon Wind bekamen, zogen wir unter Leitung des stimmgewaltigen Loke Mernizka (wieder Loke!), Arbeiterlieder singend, provozierend in den Saal ein. Glücklicherweise war der Ball schon fast zu Ende und für die wenigen Hansels im Smoking, die noch da waren, lohnte es sich nicht, eine Rauferei anzufangen.

So wurde dann ersatzweise der Kampf mit dem Klassenfeind an die Hotelbar verlegt und endete beduselt, aber friedlich.

*

Bei den Juso-Kongressen waren es nicht nur die inhaltlichen Debatten, die Redeschlachten, die Beschlüsse, die Auftritte prominenter Persönlichkeiten und die Personalentscheidungen, die hoch spannend waren, sondern auch und in gewisser Weise gleichrangig das ganze "Drumherum".

Die abenteuerlichen An- und Abreisen in z. T. schrottreifen Autos, die Kongresssäle mit den Kohorten von Journalisten, Mikrophonen und Kameras, die Tatsache, dass man alle Nase lang bekannte Gesichter aus den tiefsten Winkeln der Republik begrüßen konnte, die eilig einberufenen Delegationstreffen, auf denen furchtbar Wichtiges abzusprechen war, die diversen Ausstellungen und Info-Tische regionaler Juso-Gruppen mit ihren neuen Ideen und Anregungen, die durchzechten Nächte, die neu geschlossenen Kontakte und Freundschaften, die kleinen Kurzausflüge rund um die Halle in einer fremden Stadt, vielleicht hier und da ein amouröses Intermezzo - alles das und noch viel mehr vermittelten den "Duft der großen weiten Welt" und eine fast berauschende Atemlosigkeit, in der man etwas erlebte, was ganz und gar dem Alltagstrott entzogen war.

Die heute oft verzweifelten Beschwörungen des Satzes "Politik muss auch Spaß machen" waren in diesen Situationen fehl am Platze. Es wurde nicht nur gestritten, sondern v. a. auch viel gelacht, und Politik machte unendlich viel Spaß! Punkt!

Selbstverständlich hatte das eine Menge mit der neuen Jugendkultur zu tun, die sich mit den 68ern Bahn gebrochen hatte und die anschließend selbst Generationengrenzen überschritt. Die 68er waren nun einmal eine *Aufbruchs- und Erneuerungsbewegung*, die Hirn *und* Herz ansprach, und die Jungsozialisten waren ein wichtiger Teil von ihr.

Dass sich auf Dauer eine derartige Atmosphäre nicht konservieren lässt, entspricht der Lebenserfahrung und bestätigte sich in der historischen Entwicklung.



Zeitschrift der Jungsozialisten in der SPD

Januar 1971

Bundeskongress 70



Bremer Bundeskongreß 1970

Sondernummer: Kongreßbeschlüsse

Der Bremer Juso-Kongress war mein erster. Auf dem Titel des JS-Magazins erkennt man am Vorstandstisch unter anderem Manfred Dammeyer, Ex-MdL und Staatsminister a. D., und Herbert Schmalstieg, den langjährigen Oberbürgermeister von Hannover - hier noch als Jusos!

THESEN

Zur Politischen Ökonomie und Strategie

 außerordentlicher Bundeskongreß der Jungsozialisten in Hannover 11. bis 12. Dezember 1971 Nichtsdestotrotz war in diesen Jahren die politische Arbeit immer untrennbar verbunden mit einem unbeschwerten, "himmelsstürmenden" Lebensgefühl. So erging es jedenfalls mir und vielen meiner Mitstreiter/innen, und ich hätte es um kein Geld in der Welt missen wollen.

*

Es versteht sich, dass wir auch in der "normalen" Politik vor Ort von der geschilderten Stimmung getragen wurden. Wir hatten das Gefühl, Bäume ausreißen zu können - und wir konnten tatsächlich Bäume ausreißen, zumindest einige.

Dass andere und ich dabei viele utopistische Flausen mit sich herumtrugen und erheblich unterschätzten, dass die hehren Ansprüche relativ schnell vor der Wirklichkeit verpuffen würden, sei uns ebenso nachgesehen wie die Tatsache, dass, wie ich später erkannte, bestimmte Ansichten und Einschätzung politisch schlicht falsch waren. Immerhin sei zu unserer Ehrenrettung gesagt: Diese "Leichtigkeit des Seins" war nicht unwesentlich dafür verantwortlich, dass wir als Jusos eine beträchtliche politische Dynamik in Gelsenkirchen entwickeln konnten.

*

Dabei ging es nicht nur um die Inhalte der Politik, sondern auch um eine andere Art, sie zu präsentieren. Wir fingen an, mit neuen Veranstaltungsformen zu experimentieren. Wir wollten weg von Veranstaltungsschemata, die letztlich noch in der Weimarer Republik mit ihren Massenaufmärschen und Volkstanzgruppen wurzelten.

Das erste Ergebnis war der "Junibumms"!

Ein provozierender Titel, den Kurt Woiwod erfunden hatte, und - heute würde man sagen - ein Multimedia-Mix aus Musik, Tanz, Politik, Film und Interview, das war das Rezept, und es war mehr als erfolgreich. Es folgten der "Polit-Basar" als erste Open Air-Session vor dem Musiktheater und andere "Infotainment"-Ereignisse. Hier wurden auch Erfahrungen gesammelt, die dann ab 72 in die offenen Straßenwahlkämpfe einflossen. "Polit-Feten" aller Art gehörten in unserer Juso-Zeit zum Standard der öffentlichen Darstellung.

Herausheben möchte ich noch eine Veranstaltung im September 1976, weil es so etwas in Gelsenkirchen vorher noch nie gegeben hatte.



ZU EINER POLIT-FETE hatte der Gelsenkirchener Unterbezirk der Jungsozialisten in die Gesamtschule Buer eingeladen. Vor der Aula war ein Informationsstand aufgebaut, an dem sich die eingeladenen Erstwähler mit Informationsmaterial eindecken konnten. Die Rockband "Topsy Turvy" aus Buer und die "Riverside-Jazzband" aus Recklinghausen sorgten für den musikalischen Rahmen. Der Juso Alois Geldermann präsentierte sein Lied "Wenn Deutschland wieder untergeht". Bei einer "Polithek" wurden "Schnulzen" gespielt und von kurzen pssenden Kommentaren unterbrochen. Schließlich diskutierte Kurt Wolwod, Bundestagskandidat Jochen Poß und Egbert Reinhard (MdL) u. a.
über die Reformpolitik der SPD, das Problem "Innere Sicherheit" und über die Situation in den Schulen. Unser Bild
zeigt (von Ilnks) Egbert Reinhard sowie die Jusos Kurt Wolwod, Hans Frey und Jochen Poß. Foto: H. Bahl

Buersche Zeitung vom 13.11.1972

Wir entdeckten den Gelsenkirchener Stadthafen, mieteten ein Schiff der "weißen Flotte" und kreierten ein ganztägiges *Hafenfest*.

Der Zuspruch war enorm. Zigtausende von Bürgerinnen und Bürgern pilgerten an einem Sonntag zum Hafen, machten eine Schiffsfahrt auf dem Rhein-Herne-Kanal und erfreuten sich am bunten Getümmel in ungewöhnlichem Ambiente. Wir wiederum freuten uns ob des Erfolgs. Jahre später gab es noch einmal eine Neuauflage, diesmal von der gesamten SPD organisiert.

Als im Kommunalwahlkampf 2004 Wittke und die CDU "ihr" Hafenfest als etwas ganz Neues anpriesen, konnte ich nur müde lächeln. Tatsächlich hatte es der nassforsche Wittke schlicht von uns Jusos abgekupfert - ja richtig, genau jener Wittke, der zu meinem Entsetzen Oberbürgermeister von Gelsenkirchen werden sollte, es dann aber - übrigens auch mit meiner Mithilfe - nicht lange blieb und mittlerweile eine atemberaubende politische Talfahrt erlebt hat.

Politik soll Spaß machen!

Die Jusos probierten neue Formen von Veranstaltungen aus - sehr erfolgreich. Trendsetter war der JUNIBUMMS. Nicht nur der provozierende Titel, sondern v. a. die ersten Formen von Multi-Media. im bunten Mix angeboten, waren der Renner, Das war 1971.



12.00 bis 19.00 Uhr

Kleines Haus

Multi» Media Show Bücher-Botique

Gespräche Szenen

Politisches Straßentheater Notizen

4.6.1971 19 Uhr 30 Eintritt: 1,- DM

Marcoro

Veranstalter: JUSO Gelsenkirchen Gelsenkirchen-Buer Aula der Gesamtschule Rathausplatz 3

Group pertowns

ion

nterviews

TEN

Mit dem POLIT-BASAR. Multi-Media als Open Air, wurde das Konzept fortgesetzt. Diese Erfahrungen flossen in die ersten echten Straßenwahlkämpfe ab 1972 ein.



EINE INFO-FETE veranstalten die Jungsozialisten aus Bülse und Scholven WAZ vom Samstag, 22. April, 18 Uhr, in der Pausenhalle der Hauptschule 22.4.1972: Mehringstraße. Maeggy Coreen (Bild) bringt Protestlieder und Songs, die "News" sorgen für Tanzmusik. Dazu wird der amerikanische Zeichentrickfilm "Bugs-Bunny-Show" gezeigt. Interessierten steht Informationsmaterial über die "politische Landschaft" zur Verfügung. Die Jusos werden besonders über Betriebsverfassungsgesetz und Ostpolitik Auskünfte geben.

(WAZ-Bild)

Auch die trat bei den Jusos auf.

12. Abnabelung

Doch gnadenlos tickte die Uhr.

Es gibt einen ziemlich konkret zu benennenden Zeitpunkt, an dem ich für mich ganz persönlich das Ende der ersten Etappe meines politischen Lebens festmachen kann.

Es war wieder ein Juso-Bundeskongress, und zwar der von 1975 in Wiesbaden. Als sich dort so gegen zwei Uhr in der Nacht die Juso-Fraktionen darüber stritten, ob der Staat ein "ideeler Gesamtkapitalist sei" oder "nur als ein solcher *wirke*", kam mir schlagartig die Erkenntnis, dass die schöne Zeit der politischen Weltformeln und der Gebrauchsanweisungen zur Schaffung eines makellosen demokratischen Sozialismus vorbei war.

Die Abnabelung von der Welt der reinen Lehren hatte aber schon früher begonnen, und zwar schon zu der Zeit, als ich noch im Bundesausschuss der Jusos war. Meine dortigen Beiträge veranlassten v. a. die Stamokaps dazu, mich zunehmend mehr in eine rechte (!) Ecke zu drücken.

Es störte und ärgerte mich nämlich, dass einige Gruppen sich ein Definitionsmonopol über den Begriff "links" anmaßten. Dabei war ihre Vorgehensweise simpel. Wie von einer Glaubenskongregation wurden Position X oder Y für "links" erklärt. Wer das nicht nachplapperte, war dann eben "rechts". Natürlich war eine Qualifizierung als "rechts" für jeden Jungsozialisten ein schlimmer Makel, den keiner auf sich sitzen lassen wollte. Deshalb funktionierte die Methode auch bei relativ vielen.

Bei mir funktionierte sie nicht, denn ich hatte keine Lust, mir Denkverbote erteilen zu lassen. Das war übrigens ein Grund mit, warum ich Anhänger der sog. "Bundesvorstandslinie" war. Hier gab es klare Positionen, aber keinen Dogmatismus, und ich erlebte oft genug, wie BuVo-Mitglieder, die wirklich etwas auf dem Kasten hatten (z. B. Johano Strasser), unter dem gebetsmühlenartig vorgetragenen Ideologiebrei litten.

Da ich meine Gewohnheit, meine Meinung laut und deutlich zu sagen, auch bei den Jusos nicht abgelegt hatte, wurde ich nun auch hier für einige Gruppen zum Stein des Anstoßes, wobei sie durch ihr Vorgehen genau das bestätigten, was ich kritisierte. Die Diffamierungsversuche gipfelte in einer regelrechten kleinen Kampagne, sodass z. B. die DKP nahe "Sozialistische Korrespondenz" in ihrem Käseblatt schrieb, es gäbe eine "Juso-Rechte um Hans Frey".

Im Grunde ließ mich das kalt - bis auf eine Tatsache.

Die Kampagne zeigte Wirkung in meinem Juso-Heimatbezirk WW! Auch hier formierte sich Widerstand gegen den "rechts angehauchten" Frey. Das wurde zwar nie offen gesagt (man traute sich wohl nicht), aber ich bemerkte bei vielen unbedarften Delegierten ein untergründiges Misstrauen.

Das Ende der Scharade: Ich verlor 1974 mein Bundesausschussmandat, das von der Juso-Bezirkskonferenz WW per Wahl vergeben wurde. Richtig gewurmt hatte mich das nicht, da ich in Gelsenkirchen genug zu tun hatte, aber es signalisierte doch so etwas wie eine erste Abkehr vom allerersten Überschwang.

Die oben angesprochene nächtliche Erkenntnis in Wiesbaden war somit das Ende eines innerlichen Prozesses, der irgendwann im Jahr 1973 begonnen hatte. Meine politischen Werte und Ideale hatte (und habe) ich mir bewahrt, aber es schien ab 1975 doch angesagt, mehr Pragmatismus und Realitätsnähe walten zu lassen.

Der Wiesbadener Bundeskongress der Jungsozialisten war mithin auch der letzte, an dem ich teilgenommen habe.

*

Heute interpretiere ich den Vorgang zudem als das Wachsen der Einsicht, dass es für den großen politischen Rahmen eine bessere und auch sozialverträglichere Orientierung ist, von demokratischen Werten und nicht von vorgegebenen oder gar vorgestanzten Modellen auszugehen. Politik- und Gesellschaftsmodelle sind etwas Feines, wenn sie Hilfen geben, im Meer der Meinungsfluten den Kurs halten zu können. Werden diese Modelle aber zu Korsetts mit Ausschließlichkeitsanspruch, droht Unbill oder Schlimmeres.

In diesem Licht erscheint mir heute das Godesberger SPD-Programm von 1959 gleichbedeutend mit einer Großtat der SPD für eine demokratische Zivilgesellschaft zu sein. Noch das bis dahin gültige Heidelberger Programm von 1925 hatte ja eine marxistische Weltanschauung *verbindlich* vorgeschrieben, obwohl diese vorher und nachher nie irgendeine Bedeutung für die Realpolitik der SPD gehabt hatte.

Die Loslösung der SPD vom Heidelberger Programm durch Godesberg war, so meine ich, in einer gewissen Weise nur die Bestätigung des berühmten Wortes von Karl Marx "Ich bin kein Marxist". Wer also Teile der Marxschen Geschichtsauffassung und Grundzüge seiner Kapitalismuskritik für richtig hält, muss noch lange nicht für die Planwirtschaft oder den sog. "demokratischen Zentralismus" sein.

Mit anderen Worten: Was ich als Jungsozialist an Godesberg tadelnswert fand, finde ich heute (und schon seit langem) richtig. Aus diesen Überlegungen ersehen Sie vielleicht auch, dass ich immer wieder versucht habe, Neues und Anderes dazu zu lernen. Das ist mir, hoffe ich wenigstens, hier und da sogar gelungen. Quod erat demonstrandum!

Exkurs 1: Parallelwelten

Während meiner bisherigen Schilderungen mag sich so mancher gefragt haben, ob ich eigentlich außer Politik nichts anderes getan habe. (Damals kursierte ein bös gemeinter Witz, der da lautete: "Die Jusos bestreiten alles, nur nicht ihren Lebensunterhalt." Wir lachten trotzdem.) War Hans Frey hauptberuflich "Juso"? War das seine "Ausbildung" und bezog er hier sein Einkommen?

Selbstverständlich nichts von alledem!

Alles, was ich ab 1968 bei den Jusos und in der SPD gemacht habe, habe ich *neben* meiner Ausbildung, *neben* meinem Beruf und *neben* meiner Familie gemacht. Erst als ich 1980 in den Landtag einzog, wurde ich Berufspolitiker, u. a. auch deshalb, weil ich aufgrund der Gewaltenteilung meinen Beruf als Lehrer gar nicht mehr ausüben durfte.

Nur wegen des besseren Verständnisses ein kurzer Überblick über eine meiner Parallelwelten im Schweinsgalopp:

- ▶ 1969 machte ich mein Abitur.
- ▶ Dann ging es zwecks Grundwehrdiensts ab zur Bundeswehr, der ich allerdings schon im Oktober 1970 den Rücken kehren durfte, da ich zu diesem Zeitpunkt mein Studium an der sich noch im Aufbau begriffenen Ruhr-Universität Bochum aufnahm.
- ▶ 1976 legte ich mein 1. Staatsexamen ab. Es folgte ein einjähriges Referendariat mit dem 2. Staatsexamen. Ab 1977 war ich Studienrat am Grillo-Gymnasium bis zu meiner Wahl zum MdL 1980.
- ► Zwischendurch hatte ich mich dann auch noch verliebt, geheiratet, einen eigenen Hausstand gegründet und Kinder bekommen.

Ja, Sie haben Recht. Seit 1968 war mein Leben randvoll, und das ist eigentlich so geblieben, obwohl ich seit meinem Ruhestand ab Juni 2005 wesentlich mehr Zeit zum Luftholen habe und vor allen Dingen meine Aktivitäten bedeutend selbstbestimmter gestalten kann als zu der Zeit, als mich noch die Termine jagten.

*

Ich gestatte mir diesen Exkurs auch deshalb, weil ich mittlerweile die Klagen vieler, vor allem auch junger Leute satt habe, die sich über die "drückenden" Belastungen durch Ausbildung und Studium beschweren und damit ihre politische Abstinenz begründen. Ich will das nicht über Gebühr breittreten, aber doch sagen dürfen, dass hier viel Wind über den Zaun geschaufelt wird.

Natürlich gibt es bei diesem oder jenem besonderen Belastungen, und wer sie tatsächlich hat, der braucht sich auch nicht zu entschuldigen. Für alle hat der Tag nur 24 Stunden!

Andererseits werde ich bei vielen den Verdacht nicht los, dass es sich hier nur um Ausreden handelt. Da ich selbst, der ich weder ein Einstein noch der Allerfleißigste bin, das o. g. Pensum *plus* des politischen Engagements ohne übermäßige Mühe geschafft habe, gehe ich davon aus, dass es viele andere auch können bzw. könnten, wenn sie denn nur wollten.

(Nebenbei: Auch ich musste zur Finanzierung des Studiums arbeiten gehen - z. B. im Strangguss-Lager bei der Metallfirma Seppelfricke, bei der Stadtverwaltung oder als Werkstudent beim Falken Landesverband - wo ich übrigens Helmut Hellwig kennen lernte, mit dem mich später v. a. das aktuelle forum verbinden sollte. Das alles war für mich aber kein Grund, in einem fiktiven 20. Semester immer noch kein Examen anzusteuern.)

Okay! Die Entscheidung, sich nicht politisch zu betätigen, sondern lieber Tennis spielen zu gehen oder "Party zu machen", muss akzeptiert werden. Dies aber mit mangelnder Zeit oder Überlastung zu begründen, finde ich anrüchig.

Ich halte es mit den alten Athenern, die die Demokratie erfunden haben. Dort wurde der Begriff "Idiot" nicht in dem bei uns üblichen Sinn ("Blödmann") gebraucht, sondern genau definiert. Ein Idiot war der, der sich nur um sein Privatleben kümmerte und sich nicht an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten beteiligte.

Ich finde, die Athener hatten damit schon vor 2300 Jahren den Nagel auf den Kopf getroffen.

13. Hört die Signale!

Richten wir jetzt den Scheinwerferkegel wieder auf Gelsenkirchen. Die Wahl des Juso-Kollektivvorstandes (1970) war das erste Signal, das die nun folgenden stürmischen Jahre für die GE-SPD ankündigen sollte. Der Kollektivvorstand entwickelte sich sofort zum Zankapfel zwischen uns und den etablierten Mächten der Partei, denn während wir in ihm eine besondere demokratische Errungenschaft sahen, wurde uns von den anderen unterstellt, man wolle unter Vertuschung von Verantwortlichkeiten die Partei unterwandern.

Während wir mehr demokratische Kontrolle einforderten (u. a. mit dem zugegeben missverständlichen Begriff des "imperativen Mandats"), vermuteten die Altvorderen darin den Versuch, die persönliche politische Verantwortung und das Gewissen v. a. bei den Mandatsträgern abschaffen zu wollen.

Jungsozialisten wollen SPD aus dem "alten Trott" bringen

Neues Vorstandskollektiv legte Arbeitsprogramm vor

(A) Wie schon berichtet, wählte der Unterbezirk Gelsenkirchen der Jungsozialisten in der vergangenen Woche seinen Vorstand neu. Man verzichtete auf die Berufung eines Vorsitzenden. Ein Siebenerausschuß sell die Arbeit im Kollektiv leisten. Ihm gehören an: Manfred Ganz, Kurt Weiwod, Gregor Kalender, Jochen Poß, Ulrich Stuchels, Hans Frey und Manfred Deppner, Koordinator und für die organisatorische Zusammenarbeit verantwortlich ist Gregor Kalender.

Gestern erläuterte der Kollektiv-Vorstand sein Arbeitsprogramm. Kalender: "Wir wollen gegen den atten Trott in der Sozialdemokratischen Partei angehen.

Unser Ziel ist, die Arbeit sowohl innerhalb der Partei als auch in den Ausschüssen des Rates der Städt, der Öffenklichkeit mehr bekannte und für die Bewilkerung tragsparent zu stachen."

Mit Ellan wollen die Jungsozialisten darangehen, die Parteimitgliedes stiftser zu "politisieren" als bishga. In gewissen Abständen sollen gewold die Mandstritiger (Bundestagie, Landtansmitglieder und Studitererdnete) als such die Funktionistikgen der Furtei Rachanachaft über Ehre Tätiglindt geben. Für die Delegiertenkonferenzen des SPD-Unterheuring winsichen die Juson eitzei anderen Abstri. Dem Vorstand wöllen sie "heue Impulse" Wolwod: "Solite der Unterbezirksvorstand unsere Vorschläge ablehnen, so werden wir ohne Zögern einen Mißtrauensantrag stellen"

Der Schwerpunkt der künftigen Juso-Tätigkeit soll bei der Kommunalpolitik liegen. Unter anderem wollen die Jungsozialisten einige Ratsausschüsse "unter die Lupe nehmen" und die Vergabe von Baugrundstücken und Bauarbeiten prüfen.

Raiender: "Eingehend werden wir uns mit dem Projekt "Tossenof" befassen, nachdem bekanntgeworden ist, daß dort Ärzte, Apetheker und Fußballstars Eigenheime errichten, während die Bewohner der geplanten Hochhäuser warten müssen. Auch über den vorgesehenen Stadionbau ist das letzte Wort noch nicht gesprechen!"

Die Jusos wollen ihre Vorstellungen auf allen Partielebenen verwirklichen und dafür die SPD-Ortsvereine "stärker demokratisieren". Der Kontakt zur Bevölkerung soll durch intensivere Informationatitigkeit verbessert werden. Wolwod: "Wir wollen die Vorstände der Ortsversiene nicht schwächen, sondern nur kontrolleren. Schließlich steht der politische Gegner nicht in der eigenen Partei."

Buersche Zeitung vom 24.7.1970

So sahen sich Otto Gorny, bis November 1971 Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion (Nachfolger war Willibald Heinrichs bis 1975), und Oberbürgermeister Josef Löbbert veranlasst, gegen den frischgebackenen Juso-Vorstand in der Presse Front zu machen.

SPD-Fraktion kritisiert Juso-Konzept

Scharf kritisiert hat der Vorstand der SPD-Ratsfraktion die Vorstellungen des neuen Kollektivvorstandes der Gelsenkirchener Jungsozialisten die in einer Pressekonferenz am vergangenen Donnerstag entwickelt wurden (WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU von Samstag, 25. Juli). Gleichzeitig "garantiert die SPD-Fraktion, daß diese Vorstellungen vom "imperativen Mandat" nicht zur Anwendung kommen". In einer von Fraktionschef Otto Gorny und Oberbürgermeister Josef Löbbert unterzeichneten Presseerklärung heißt es: "Die Vorstellungen und

Westfälische Rundschau vom 27.7.1970: Mit der Einschätzung, die Vorstellungen des Juso-Vorstandes würden in keinem Fall verwirklicht werden, lagen Löbbert und Gorny falsch.

Auffassungen des Kollektivvorstandes Gelsenkirchener Jungsozialisten...können nicht uawidersprochen hingenommen werden .. Der Kollektivvorstand der Jungsozialisten ist weder berechtigt noch beauftragt. sich zum Kontrolleur über kommunalpolitische Entscheidungen aufzuwerfen. Ob es Arroganz oder Unkenntnis ist, was sieben junge Männer bewegt. alles ihrer Kontrolle unterstellen zu wollen, sei dahingestellt. Fest steht aber, daß sie weder ein Mandat noch das Vertrauen der SPD besitzen, um eine solche Tätigkeit auszuüben.

Die SPD-Fraktion wird sicherstellen, daß die Organe, die für die Kommunalpolitik verantwortlich sind und dazu von der Bevölkerung einen Auftrag erhielten, ungestört ihre Aufgaben erfüllen können. Sie wird es nicht dulden, daß unter dem Schlagwort Politisierung parlamentarische Entscheidungen auf eine Ebene verlagert werden, die eindeutig gegen geltendes Recht verstößt.

Die SPD-Fraktion im Gelsenkirchener Stadtparlament garantiert, daß die Vorstellungen der Jungsozialisten vom "imperativen Mandat" nicht zur Anwendung kommen und daß die Bevölkerung damit die Gewißheit behält, daß die wirklichen Entscheidungen auch von denen getroffen werden, die sie mit ihrem Vertrauen auszeichnet. Nach Beendigung der Palamentsferien wird sich die SPD-Fraktion mit den Anmaßungen des Kollektivvorstandes der Jungsozialisten befassen. Schon heute aber kann gesagt werden, daß die Vorstellungen dieses Vorstandes sich in keinem Fall in dieser Stadt verwirklichen werden.

Das Verhalten der Etablierten, sofort auf öffentlichen Konfrontationskurs zu gehen, ohne mit uns überhaupt ein einziges Wort gewechselt zu haben, war, um es diplomatisch auszudrücken, außerordentlich unklug. Denn erstens begaben sie sich von Anfang an der Chance, die Sache zu deeskalieren, und zweitens steigerten sie (ungewollt, versteht sich) unser politisches Gewicht in der sich anbahnenden Auseinandersetzung. Jedenfalls wurden wir, obwohl wir noch gar nichts vorzuweisen hatten, zweifellos wichtig, in der Anfangszeit wohl auch *zu* wichtig genommen.

Wir aber fanden das gut.

*

Die Jungsozialisten waren nicht die Einzigen, die mit den Zuständen in der Gelsenkirchener SPD unzufrieden waren. Wir trafen auf eine Parteiströmung, die nicht so offen und auch nicht so radikal wie wir das Bestehende kritisierte, die aber durchaus nachhaltig und bereits stärker verankert Gegenpositionen in die Debatte einbrachte. Die Strömung gegen die Alteingesessenen mit Josef Löbbert, Heinz Urban, Hans Gertzen, Werner Kuhlmann und Werner Nuth an der Spitze sammelte sich hauptsächlich um Heinz Meya und Egbert Reinhard

Beide waren nicht nur für die Jusos enorm wichtige Personen. Denn: Heinz Meya, damals Schul- und Kulturdezernent, hatte in diesem Amt eine Art Brückenkopf der innerparteilichen Opposition im Beigeordnetengremium inne, saß also im Zentrum der kommunalen Verwaltungsmacht, während es Egbert Reinhard, von Hause aus Jurist und städtischer Rechtsdirektor, bereits 1969 gelungen war, gegen den versammelten Widerstand der Löbbert-Gruppe zum Landtagskandidaten nominiert zu werden. Egbert Reinhard war damit ab 1970 gewählter Landtagsabgeordneter und verfügte so als überörtlicher Mandatsträger über eine gewichtige Stimme in der Partei. Da sich beide zudem betont fortschrittlich und links gaben (was bei Egbert mit Sicherheit inhaltlich mehr zutraf als bei Heinz Meya), waren sie die geborenen Bündnispartner für die Jusos.

Umgekehrt brauchten sie uns aber auch - sozusagen als Speerspitze, da sie selbst wegen ihrer Doppelrolle als Außenseiter und Amtsträger in einer Person mehr Rücksichten zu nehmen hatten und vorsichtiger agieren mussten, als es bei uns "Frischlingen" der Fall war. Die Kombination war ideal, und sie trug ihre ersten Früchte, als der Parteitag am 1.7.1970 eine Kommission zur Reformierung der Parteiarbeit einsetzte. Da das Gegenlager der Kommission offensichtlich keine besondere Bedeutung zumaß, ließ man es geschehen, dass Heinz Meya ihr Vorsitzender wurde.

Die Zusammensetzung der Kommission bestand zudem aus Menschen, die *tatsächlich* die Parteiarbeit verbessern wollten (Mitglieder waren auch Poß und Woiwod).

Diese Nachlässigkeit sollte sich neben der sofortigen öffentlichen Eskalation als zweiter schwerer Fehler der Etablierten zu einem Zeitpunkt erweisen, als eigentlich noch gar nichts passiert war.

*

Zwei zentrale Politikfelder waren es, die die damaligen Juso-Aktivitäten in Gelsenkirchen dominierten: die *innerparteiliche Demokratie* und die *Kommunalpolitik*.

Natürlich waren wir auch auf vielen anderen Gebieten rührig.

- ▶ So versuchten wir zusammen mit den Gewerkschaften, Betriebsräte dort zu installieren, wo es noch keine gab (eine Art Juso-Betriebsarbeit, die aber scheiterte und scheitern musste).
- ► Wir machten Anti-Bildzeitungs-Aktionen und
- ▶ stiegen f
 ür Willy Brandt und die Ostpolitik in den Ring.
- ▶ Wir bekämpften Strauß, die CDU/CSU, die Junge Union, die DKP/SDAJ und selbstverständlich den aufkommenden Neonazismus.

Zuweilen kam es auch zur direkten Konfrontation mit der Jungen Union (JU); hier Gerd Schulte, der damals schon alt aussah, und Peter Paziorek, heute Regierungspräsident RP Münster. Der Diskussionsleiter Spiegelberg ist übrigens der Vater von Ulli Spiegelberg, mit dem ich ab 1956 zur Volksschule ging. Ja, so ist das in einer Großstadt mit Dorfcharakter.



N.ZCHT "STIMMUNGSVOLL" ging es mitunter bei einer Podiumsdiskussion zwischen den Jungsozialisten, der Jungen Union und den Jungdemokraten im gut besüchten Saal des Gelsenkirchener Kolpinghauses zu. Je zwei Vertreter der Partie-Nachwuchsorganisationen diskutierten über das Grundgesetz, das in diesem Jahr 25 Jahre alt wurde, Am Tisch saßen – von links – Unterbezirks-Vorstandsmitglied Hans Frey, Unterbezirks-Vorsitzender Kurt Wolwod (Jungsozialisten), der Redakteur der Deutschen Presseagentur, Fritz Spiegelberg (Diskussionsleiter),

Kreis-Vorsitzender Gerd Schulte, Bezirksvorsitzender Peter Paziorek (Junge Union), Michael Krug, FDP-Kreisvorsitzender, und Kreis-Vorsitzender Ulf Börstinghaus (Jungdemokratien), Daß die Verfassung der Bundesrepublik eine gute Grundlage für eine Demokratie sei, darin waren sich alle einig. Natürlich läge in einigen Bereichen in der Praxis noch einiges im argen. Nur als man aktuelle Themen wie Mitbestimmung, Berufsverbote und Kontrolle von Machtmonopolen in Wirtschaft und Gesellschaft anschnitt, entbrannten heftige Diskussionen.

- ▶ Wir machten Front gegen den sog. "Radikalenerlass" von 1972,
- ▶ beteiligten uns an den diversen bundesweiten Programmdiskussionen der SPD und der Jusos,
- ▶ kreierten erste Formen der Ausländerarbeit.



Heinz Meya und ich bei einer Podiumsdiskussion (WAZ 13.10.1975). Viele wollten das Thema wegdrücken, wir aber nahmen offensiv Stellung zur "Ausländerfrage". Im Bild auch Peter Paziorek (CDU). Er bildete damals mit Wolfgang Meckelburg (schon lange überfälliger MdB und GE-CDU-Vorsitzender) und Gerd Schulte (lange Jahre Vors. der CDU-Ratsfraktion) das Führungstrio der Jungen Union. Während ich Meckelburg und Schulte nie überzeugend fand, schätzte und schätze ich Peter Paziorek wegen seiner Art, Probleme intellektuell zu durchdringen. Das heißt nicht, dass ich seiner Meinung war bzw. bin, aber es bedeutet, dass er immer ein ernstzunehmender und seriöser Streiter im demokratischen Wettkampf gewesen ist.

- ▶ machten eine Kampagne für das Grundgesetz,
- ▶ unterstützten die Forderung nach einem selbstverwalteten Jugendzentrum (das KOMIC wurde im Arminbunker realisiert, driftete aber später in die Anarcho-Szene ab und überlebte nicht),
- ► forcierten die Bildungspolitik,
- ▶ gründeten einen Juso-Schülerbund (meine Erfindung) als Gegengewicht zur rechten Schüler-Union und so weiter und so fort.

*

Trotzdem! Nichts bestimmte stärker das Bild der Jahre zwischen 1970 und 1975 als die beiden eingangs genannten Themenkreise. Das hatte zwei Gründe:

- Einmal hatten wir hier einen *unmittelbaren* Gestaltungsspielraum, der von enormer politischer Relevanz war.
- Zum anderen entzündeten sich an ihnen in besonderem Maße die inhaltlichen und personellen Konfliktlagen der Ortspartei. Hier wurden die unterschiedlichen Auffassungen ganz konkret. Hier wurde ganz konkret gekämpft, gewonnen oder verloren.

14. Konfliktlinie "Innerparteiliche Demokratie"

Wie meistens in der Politik (und nicht nur da) sind Konflikte oft das Ergebnis eines Konglomerats aus Menschen, Inhalten, Umständen und Interessenslagen, aus Sympathien und Antipathien, aus Generationenproblemen, Zeitgeist, Moden, Tradition und Zukunft. Das war auch bei uns so, und es galt umgekehrt auch für unsere Widersacher.

Dennoch muss man sich hüten, die Vorgänge als "allgemeines Gezänk" zu banalisieren, sie auf simple Gegensätze wie "alt-jung" oder oberflächliche Begriffe wie "Machtkampf" zu reduzieren.

Selbstverständlich war es *auch* eine Auseinandersetzung zwischen Jungen und Älteren, selbstverständlich war es *auch* ein Machtkampf, aber eben immer nur "auch". Die spezifische politische Dimension des Konflikts, die über Jahrzehnte Auswirkungen hatte auf die Gelsenkirchener Partei, ist der eigentliche Kern des Geschehens.

Dieser Kern soll herausgearbeitet werden.

*

Ich will das nun ganz anschaulich machen, indem ich zuerst auf die wichtigsten Akteure unseres zentralen Gegenparts, der sog. "Löbbert-Gruppe" eingehe. Die Leserinnen und Leser sollen schließlich verstehen, warum was, wo, weshalb und wie mit wem passierte.

- ▶ Da war Josef Löbbert, ein im Grunde redlicher und aufrichtiger Mann, dem politisch aber zu viel zugemutet wurde. Den Anforderungen seiner Ämter und Mandate konnte er auf Dauer nicht gerecht werden. Er war in dem in Rede stehenden Zeitraum Bundestagsabgeordneter, Stadtverordneter und Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen.
- ▶ Da gab es den Stadtverordneten und Landtagsabgeordneten Heinz Urban. Heinz war der Inbegriff des lauten, polternden, autokratischen Arbeiterführers, der für seine Kumpel immer das Beste wollte und sich einen Namen gemacht hatte bei der Gründung und dem Bau von Jugendheimen in Gelsenkirchen. Aber wehe, man stellte sich ihm in den Weg. Dann wurde er rabiat und kannte (außer seinen eigenen) keine Verwandten mehr.

Es kursierte die Behauptung, er habe einmal einen CDU-Abgeordneten, natürlich nur aus "Versehen", auf dem Landtags-Klo eingesperrt. Jedenfalls fehlte dieser dann bei einer wichtigen Abstimmung.

Die Geschichte ist bis auf eine Erzählung von Egbert Reinhard nicht belegt, hätte aber zu Urbans Wesen gepasst.

An dieser Stelle fällt mir eine weitere Landtagsanekdote über ihn ein, die weniger krass ist, aber doch etwas von seinem bärbeißigen Naturell wiedergibt. Bei einer Plenardebatte soll er die Ausführungen eines CDU-Kollegen als "Tinnef" bezeichnet haben. Als der Präsident die Wortwahl rügte, habe sich Urban an den Protokollanten gewandt und gesagt: "Streichen Sie 'Tinnef', und schreiben Sie 'Kappes'."

Bezeugt ist ein Vorfall aus dem Bundestagswahlkampf 1976. Der Spitzenkandidat der SPD, Bundeskanzler Helmut Schmidt, weilte in Gelsenkirchen und wollte in Begleitung der frischgebackenen Stadtspitze OB Werner Kuhlmann und Oberstadtdirektor Prof. Dr. Heinrich Meya das Gussstahlwerk in Ückendorf besichtigen. Heinz Urban, in der SPD kaltgestellt, aber immer noch mächtiger Betriebsratsvorsitzender, empfing das Trio am Tor und ordnete an: "Du, Helmut, kannst reinkommen. Aber die da (er meinte Kuhlmann und Meya) bleiben draußen!"

▶ Dann Hans Gertzen, Stadtverordneter und Bundestagsabgeordneter, aus meiner Sicht die fragwürdigste Person der Altriege. Er blieb stets im Hintergrund, vertrat niemals mit offenem Visier seine Positionen (wenn er denn welche hatte) und hielt nie eine Rede, sei es im Landtag, dem Bundestag oder auf dem Parteitag. Doch wo immer es um Kungeleien und Seilschaften ging, da hatte er seine Finger drin.

Zur Charakterisierung von Gertzen, der in den 50er Jahren auch Landtagsabgeordneter gewesen war, eine Geschichte, die Johannes Rau des Öfteren erzählt hatte.

Es habe einmal einen Abgeordneten gegeben, den er (Rau) immer für taubstumm gehalten habe, da sich dieser während seines gesamten MdL-Daseins in keiner Weise irgendwie habe bemerkbar gemacht. Eines Tages sei dieser für taubstumm gehaltene Abgeordnete auf ihn zugekommen und habe gesagt: "Johannes, ich möchte mich von dir verabschieden." Auf die Frage, was er denn jetzt tun wolle, habe er geantwortet: "Jetzt gehe ich in den Bundestag."

Rau pflegte die Anekdote immer mit dem genüsslichen Hinweis zu beenden, dass es sich bei besagtem MdL um Hans Gertzen aus Gelsenkirchen gehandelt habe - übrigens eine Spitze, mit der er wohl auch im Sinne einer unzulässigen "Sippenhaft" die ungeliebte Emscher-Lippe-Region (und mich) treffen wollte.

An dieser Stelle muss ich allerdings einem Eindruck, den gelegentlich auch einige Boulevardmedien zu erzeugen versuchten, widersprechen, nämlich dem Eindruck, Gertzen sei dumm und faul gewesen. Ein derartiger Vorwurf ist falsch und ungerecht. Allerdings nährte er diesen Verdacht durch seine verhängnisvolle Art, Politik zu machen. Gerade er repräsentierte wie kein Zweiter den *falschen* Gebrauch eines Doppelmandats, weil er m. E. sein überörtliches Mandat nur als materielle Basis für seine kommunalpolitische Tätigkeit angesehen hat. Seine Kommunalpolitik wiederum hatte sich im Geheimen abzuspielen und diente im Wesentlichen dem Ziel, Klientelinteressen zu befriedigen.

- ▶ Schließlich war da *Werner Nuth*, SPD-Unterbezirksvorsitzender und zugleich Personaldezernent der Stadt (!). Werner war ein ruhiger, introvertierter Mann mit einem eher melancholischen Temperament, der zuverlässig seine Arbeit machte, ohne allerdings viel zu fragen, ob das, was er politisch tat, richtig oder falsch war. Er war ein Ausführender, kein Gestalter. Werner Nuth blieb auch nach dem Umschwung loyal. Richtig verkraftet hatte er ihn aber nie.
- ▶ Last not least *Werner Kuhlmann*, ohne jede Frage der politische Kopf der Truppe. Ihn zeichneten politische Intelligenz, strategischtaktisches Gespür, eine gekonnte Rhetorik und eine ausgeprägte Arbeitswut aus. Werner Kuhlmann, damals Stadtverordneter und Landtagsabgeordneter, war auch Bundesvorsitzender der Polizeigewerkschaft. Damit war er auch bundesweit eine Hausnummer.

Was ihm auf die negative Seite schlug, war sein Hang zur Intoleranz, der sich in einer z. T. unerträglichen Rechthaberei äußerte, seine cholerischen Jähzornsanfälle, sein Rigorismus im Umgang mit anderen und seine paranoischen Anwandlungen. Es ist wegen seiner politischen Fähigkeiten kein Zufall, dass er von allen Genannten politisch am längsten überlebte, aber schließlich doch an seinen dunklen Seiten scheiterte.

Weitere Personen der Löbbert-Gruppe will ich hier vernachlässigen, da sie auf Sicht gesehen keine wesentliche Bedeutung für unseren Zusammenhang haben und auch nicht zum Machtzentrum gehörten. Moment, einer soll doch noch genannt werden.

Es ist Willibald Heinrichs, der Ende 1971 Otto Gorny im Vorsitz der SPD-Ratsfraktion ablöste. Der ÖTV-Sekretär Willibald Heinrichs, eigentlich ein intelligenter, politisch und rhetorisch versierter Mann, ist ein Beispiel dafür, wie aus einer ständigen Unentschlossenheit, ja Wankelmütigkeit heraus unausweichlich die politische Bedeutungslosigkeit folgt.

Willibald war einmal bei der Löbbert-Gruppe, dann wieder bei uns und schließlich wieder beim Gegenlager. Mir ist bis heute unverständlich, warum er sich kurz vor Tores Schluss wieder zu Löbbert hin orientierte, obwohl sich dessen Untergang bereits zu diesem Zeitpunkt für jeden, der über ein gewisses politisches Gespür verfügte, deutlich abzeichnete.

*

Meiner Beschreibung der fünf Genannten soll nun nicht der Kolportage dienen, sondern die dichte, in sich verzahnte Vermachtung der GE-SPD am Anfang der 70er Jahre deutlich machen.

Fünf Personen hatten in einer bemerkenswerten Kumulation alle Spitzenfunktionen der Partei, alle zentralen Mandate und weitere Schlüsselämter auf sich vereinigt.

Wenn man sich nun noch vor Augen hält, dass sich das alles in einem Umfeld absoluter SPD-Mehrheiten bewegte, d. h. also auch der direkte Zugriff zum Verwaltungsapparat gegeben war, dann kann man sich vorstellen, wie es um eine offene Diskussion, um personelle und inhaltliche Alternativen, kurz um die innerparteiliche Demokratie bestellt war. So konnte z. B. ein Verwaltungsangestellter, der als Genosse unangenehm auffiel, schnell zur Raison gebracht werden war der Vorsitzende der SPD Werner Nuth doch gleichzeitig *Personaldezernent* und Hans Gertzen *Vorsitzender* des städtischen Personalausschusses, ein Ausschuss, der u. a. über Beförderungen entschied.

Es kommt nicht von ungefähr, dass einer der Köpfe der Opposition (ich meine Joachim Poß, zu jener Zeit Bediensteter der Stadtverwaltung) auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung seinen sicheren Job quittierte, um beim Falken Bildungs- und Freizeitwerk einer (aus damaliger Sicht) eher unsicheren Zukunft entgegenzublicken.

Ähnliches gab es auch in der Verzahnung von Partei, Gewerkschaften und Industriebetrieben. Heinz Urban z. B. herrschte als absolutistischer König auf dem Gussstahlwerk in Ückendorf. Ohne ihn ging dort nichts.

Die Verquickung von Funktion, Amt und Mandat, die weitreichende Auswirkungen auch auf berufliche Stellungen und auf das persönliche Fortkommen haben konnte, dies konzentriert in wenigen Händen, stellte eine enorme Machtzusammenballung dar, die man unter dem urdemokratischen Aspekt der "balance of power" - um es vorsichtig zu sagen - nur als hoch problematisch bezeichnen konnte.

Stadt Gelsenkirchen

Der Oberstadtdirektor



Stadt Gelsenkirchen - 465 Gelsenkirchen - Postfächer 2105, 2107, 2109, 2120

Stadiami 11 - Personalamt -

Herrn Hans Frey

465 Gelsenkirchen Luitpoldstr. 36 Verwoltungsgeböude Hans-Sachs-Haus

Herr Kleinwächter

69 27 66

Fernschreibe 08 24 788

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Mein Zeichen StA.11/2 Bei Antwort bitte angeben Datum 24. 4. 1972

Einstellung als Werkstudent

Sehr geehrter Herr Frey!

Nach der über Sie abgegebenen Beurteilung des Amtsleiters des Ordnungsamtes ließ Ihr Fleiß während der Beschäftigung vom 21. 2. - 31. 3. 1972 zu wünschen übrig. Auch waren Ihre Leistungen kaum ausreichend.

Bei diesem Sachverhalt sehe ich mich außerstande, Ihre Bewerbung zu berücksichtigen.

Die eingereichte Studienbescheinigung ist diesem Schreiben als Anlage beigefügt.

Hochachtungsvoll

In Vertretung

huth

Nuth

4

Konten der Stor Konto-Nr. 101 0 und bei allen 8 Postscheckkonto Jochen Poß quittierte aus den bekannten Gründen den Dienst bei der Verwaltung eine existentielle Entscheidung. Ich selbst hatte ein Erlebnis, dass zwar damit nicht ansatzweise vergleichbar, aber dennoch bezeichnend ist. Um mein Studium zu finanzieren, arbeitete ich u. a. als Werkstudent bei der Stadtverwaltung. Nach meinen ersten Runden, die allseits anerkannt wurden, bewarb ich mich erneut. Diesmal war ich faul und ungeeignet. Merkwürdigerweise fiel die Ablehnung genau in die Zeit der großen Auseinandersetzung zwischen den Jusos und der damaligen SPD-Spitze. Noch merkwürdiger war, dass die Ablehnung eines Werkstudenten (!) vom Personaldezernenten, d. h. dem obersten Personalchef von 6000 Bediensteten persönlich (!) unterzeichnet wurde. Hatten da etwa andere Gründe eine Rolle gespielt?

Die Kontroversen um mehr Demokratie in der Partei fokussierten sich in unserer Kritik an der Arbeit (bzw. Nicht-Arbeit) des Unterbezirksvorstandes. Sie mündeten in unserem Vorwurf, die Partei sei entpolitisiert, würde nur noch verwaltet und als Wahlmaschine benutzt, und in der Frage nach dem Verhältnis zwischen Partei und Ratsfraktion.

Die sich daraus ergebenden Forderungen bezogen sich auf die Aufwertung der UB-Delegiertenkonferenz zu einem echten Parteitag, auf den Aufbau von verbesserten Kommunikations- und Informationsstrukturen mit dem Einbezug von mehr Mitgliedern in die aktive Parteiarbeit (d. h. mehr Mitwirkung) und auf die Qualifizierung der Arbeit des UB-Vorstandes.

Wir forderten eine offensivere Öffentlichkeitsarbeit, eine härtere Auseinandersetzung mit der CDU und die Organisierung von "antikapitalistischen" Kampagnen.

In dem Verhältnis Partei - Ratsfraktion kritisierten wir, die Fraktion habe sich verselbstständigt und bräuchte die Partei nur noch als Mandatsbeschaffer in den Wahlkämpfen.

Wir klagten eine stärkere Kontrolle der (auch überörtlichen) Mandatsträger ein und definierten das Verhältnis von Partei und Fraktion dergestalt, dass die Partei die grundsätzliche Richtlinienkompetenz habe, während die Fraktion die konkrete Kommunalpolitik erledigen müsse. Um eine stärkere Anbindung der Fraktion an die Partei zu gewährleisten, schlugen wir eine Öffnung der Ratsfraktionssitzungen für Vertreter der Partei vor.

Blitzlicht am Rande: Das wurde, wen wundert's, abgelehnt. Selbst dem Landtagsabgeordneten Reinhard wurde eine Sitzungsteilnahme mit dem "Argument" verweigert, es seien nicht genug Stühle da.

*

Als der *entscheidendste* Hebel zur Veränderung der damaligen Machtkonstellation erwies sich aber unsere Forderung nach einem *Verbot der Doppelmandate*.

Damit war gemeint: Mitglieder der SPD Gelsenkirchen sollten in Zukunft nur noch ein Mandat innehaben dürfen - also entweder Stadtverordneter oder MdL oder MdB (Europaabgeordnete, aber auch kommunale Bezirksvertretungen gab es da noch nicht, wobei natürlich auch für derartige Mandate, wenn sie denn zu vergeben sind, das Doppelmandatsverbot gilt.)

Nach langer Debatte im Hans-Sachs-Haus:

)-Fraction wehrt Parteimitarbeit ab

Antrag auf Mitsprache zurückgestellt

Mit viel Beredsamkeit wehrte sich SPD-Fraktionsvorsitzender Willibald Heinrichs Donnerstag im Hans-Sachs-Haus gegen das Bestreben von Antragstellern aus dem SPD-Parteitag, Einfluß auf die Arbeit der Fraktion zu nehmen.

Frey, Jochen Poss, Kurt Woiwod und Fritz Spie- Arbeitsunterlagen haben. gelberg setzten sich dafür ein, durch intensive Beratung Ortsvereinen und Fraktionen nach einem Weg zu suchen, über wichtige kommunalpolitische Entscheidungen schon in der Partie zu diskutieren. Denn - so Frey - die Partei muß diese Entscheidungen im Wahlkampf und in der Bevölkerung vertreten.

Was ist wichtig?

An der Frage, was eine wichtige Entscheidung ist, entzündete sich die letzte Diskussion, als Prof. Heinz Meya den Initiativantrag 2 als Kompromiß ins Spiel brachte, nach dem die Ratsfraktion ihre kommunalpolitischen Entscheidungen so einrichten müsse, daß diese jeweils auf einem kommunalpolitischen Unterbezirksparteitag beraten werden könne. Dazu müsse man die für l

die Entscheidung notwendigen

Dagegen sprach neben Heinrichs auch OB Löbbert und empfahl Ablehnung, Fritz Kowallek und Werner Kuhlmann MdL (auf keinen Fall imperati-Mandat!) setzten ves für diesen Kompromißvorschlag ein. Meya regte an, die Fraktion solle - dies Vertrauen habe man - selbst entscheiden, was eine wichtige Entscheidung sei. Gerade diese Frage aber nutzte Willibald Heinrichs, für Zurückstellung zu plädieren, nachdem ein neuformulierter Antrag sich für eine "rechtzeitige Information des UBZ-Parteitages" einsetzte, "um der Fraktion eine Entscheidungshilfe anzubieten".

Heinrichs Vertagungsantrag wurde als weitestgehend abgestimmt, zweimal per Handschließlich heben, Aufstehen, Mit 104 Stimmen wurde er angenommen.

WAZ vom 31.3.1973

Wer sich an den Anfang dieses Kapitels erinnert, erkennt sofort, dass die Antidoppelmandatskampagne für jeden sichtbar mehrere mächtige Bastionen gleichzeitig zur Disposition stellte.

*

Da es zu einem deutlich späteren Zeitpunkt gewisse unterschiedliche Interpretationen über die Wertigkeit des Doppelmandatskonflikts gab, will ich an dieser Stelle meine Sicht der Dinge zusammenfassend vortragen:

- 1) Bei der Doppelmandatsfrage ging es *nicht* um eine unpolitische Verteufelung politischer Macht als solcher (politische Macht ist notwendig, um gestalten zu können), sondern um eine *Entflechtung* von Macht durch die Verteilung von Funktionen und Mandaten auf zusätzliche Schultern.
- 2) Es ging auch *nicht* um ein rein taktisches Manöver mit dem einzigen Ziel, bestimmte Personen auszuhebeln. Vielleicht mag das bei diesem oder jenem sogar das entscheidende Motiv gewesen sein, aber den meisten Jusos und mir lag die *Strukturfrage* am Herzen. Wir wollten objektive *Sperren* einbauen, um menschlich verständliche Begehrlichkeiten zu begrenzen.

Fazit: Das Doppelmandatsverbot ist auch nach fast 40 Jahren in der Gelsenkirchener Partei unumstritten, für mich *der* unabweisbare Beleg, dass es tatsächlich eine Strukturentscheidung war und *kein* kurzlebiges, taktisches Kalkül.

Exkurs 2: SPD-Filz - oder was?

An dieser Stelle ist ein Einschub erforderlich, da ich schon den vielstimmigen Chor höre, der mich zum Kronzeugen für den sog. "Filz-Vorwurf" gegen der SPD machen will. Na bitte, so tönt es, besser kann man dieses System doch gar nicht beschreiben.

Meine Antwort: Ein bedingtes "Ja" und ein deutliches "Nein"!

- ▶ Ja, meine Damen und Herren, gerade das hat uns ja gestört, und deshalb sind wir dagegen angegangen, und zwar *innerhalb* der SPD! Bemerkenswert ist, dass die Opposition in der SPD nicht nur möglich war, sondern dass wir auch entscheidende Strukturreformen durchsetzen konnten. Das hat gezeigt: In der SPD gab (und gibt) es immer noch so viel demokratische Substanz, um aus *eigener* Kraft Fehlentwicklungen korrigieren zu können.
- ▶ Nein, meine Damen und Herren (v. a. aus dem bürgerlichen Lager), den pauschalen Filz-Vorwurf akzeptiere ich *nicht*!

Die Geschichte der Sozialdemokratie ist über weite Strecken durch Entbehrung, Verfolgung und Unterdrückung gekennzeichnet. Daraus entwickelte sich als historische Überlebensnotwendigkeit ein besonderes Zusammengehörigkeitsgefühl, das sich in gegenseitiger Hilfestellung und Unterstützung äußerte. Erst diese Art der Organisation gab den ansonsten Machtlosen einen gewissen *Schutz* vor materieller Not, Repressalien, Diskriminierung und Ausgrenzung.

Das ist etwas grundsätzlich anderes als der Filz des Bürgertums. Ungeniert schiebt sich das Bürgertum schon seit Jahrhunderten die Pfründe zu, ohne dabei die Spur eines schlechten Gewissens zu haben. Hier handelt es sich übrigens um *echte* Pfründe mit *richtigem* Geld und *großen* Privilegien, *nicht* etwa um eine zugige Zwei-Zimmer-Wohnung oder einen Hausmeisterposten.

Da die Stadtverwaltungen seit Jahren unter chronischem Stellenabbau leiden, Mietwohnungen kein begehrtes Gut mehr sind und sich überhaupt die Einstellung zu derlei Unterstützungen auch in der SPD grundsätzlich gewandelt hat, haben sich mittlerweile auch diese begrenzten Möglichkeiten gegen Null bewegt.

Derweil sind die bürgerlichen Seilschaften wie eh und je fröhlich dabei, sich gegenseitig die gebratenen Fasane in den Mund zu stopfen.

*

Mein Einschub ist auch deshalb notwendig, um einer möglichen Schieflage in der historischen Beurteilung der beteiligten Personen entgegenzuwirken.

Kurz gesagt: Wir waren *nicht* "die Guten", und die anderen waren *nicht* "die Bösen".

Unabhängig von persönlichen Defiziten und politischem Fehlverhalten auf dieser oder jener Seite ging es in Wirklichkeit *auch* um unterschiedliche historische Erfahrungen und Sozialisationen, die aufeinander prallten und die sich in graduell anderen Politikverständnissen und anderen politischen Verkehrsformen niederschlugen.

Die sozialdemokratische "Altriege" hatte durchweg Weimar, die Nazi-Barbarei, den Krieg und die harten Nachkriegsjahre u. a. mit dem erneuten Abwehrkampf gegen die Kommunisten erlebt und war entsprechend geprägt.

Wir dagegen waren Kinder der jungen Demokratie und des neuen Wohlstands, die die ungenutzten Potenziale der Republik erkannt hatten und ausreizen wollten. Was die Altvorderen oft als Gefahr und Bedrohung empfanden, waren in unseren Augen Chancen, die man am Schopfe packen musste.

Den berühmten Ausspruch Willy Brandts "Mehr Demokratie wagen" bezogen wir nicht nur auf andere, sondern auch auf die *eigene* Partei, und ich vermute, dass Willy Brandt dem nicht widersprochen hätte.

15. Konfliktlinie "Kommunalpolitik"

Das wichtigste, weil wirkungsvollste Programm, das die Jungsozialisten jemals beschlossen haben, ist meiner Meinung nach das kommunalpolitische Arbeitsprogramm von Mannheim (Konferenz am 24. und 25.4.1971).

In einer Vielzahl von Städten und Gemeinden quer durch die gesamte BRD animierte es Juso-Gruppen zu eigenen lokalen Aktivitäten. Außerdem schuf es auch weit über den Juso-Dunstkreis hinaus ein neues Bewusstsein über den bedeutenden gesellschaftspolitischen Stellenwert der Kommunalpolitik - ein Bereich, der vordem oft als "Laternen- und Mülleimerpolitik" verächtlich abgetan worden war.

Jusos: Linke Kommunalpolitik durchschaubar machen

Die Grundsätze ihrer künftigen Arbeit / Für eine bessere Entwicklungsplanung

(A) Die Jungsozialisten proben zwar nicht den Aufstand, aber sie werden der etablierten Macht in unserer Stadt unbequem. Und das nicht nur durch die Auseinandersetzung in einigen Ortsvereinen und mit der Ratsfraktionsspitze, sondern vor silem durch eigene Vorsteilungen zur Gelsenkirchener Kommunalpolitik. Im Zusemmenhang mit ihrer Kommunalpolitischen Konferenz stellten die Jungsozialisten in einer umfangreichen Schrift, die allen Mitgliedern zugestellt wurde, eine linke und - wie sie meinen - bessere Kommunalpolitik zur Diskussion. Einige Auszüge aus diesen Untersuchungen lassen ahnen, daß die Jusos der Ratsfraktionsspitze noch des öfteren recht unbequem sein werden.

meinen die Gelsenkirchener Jusos, den Bürger X oder den Genossen Y für sozialistische Alternativen zu gewinnen, indem sie versuchen, strategische Probleme des Vietkong in ihrem Ortsverein zu diskutieren. "Wer so ctwas primär will, der hat nicht begriffen, daß sich die Widersprüche unserer Gesellschaft tag-täglich in allen Bereichen zeigen. Es gilt nur, diese bewußt zu machen."

Die Jusos wollen also in Gelsen-kirchen linke Politik an konkreten Objekten deutlich machen. In dem Arbeitspapier der Jusos kann man u.n. folgendes lesen:

Sociale Investitionen

Es ist sicherlich nicht möglich, so rend z.B. in Duisburg (übrigens unter der Leitung des Juso-Landesvorsitzenden Antwerpes), Wuppertal und Köln entsprechende Abteilungen bereits Arbeitsergebnisse lieferten. Der Oberstadtdirektor Gelsenkirchens, Dr. König, meinte auf eine Frage eines Reporters, die kommunale Entwicklungsplanung werde in der Stadt Gelsenkirchen in der Beigeordnetenkonferenz betrieben. Diese Außerung veranlaßte den WDR-Redakteur Rolf Buttler den WDR-Redakteur Roif Buttler zu der Feststellung, daß aus den Worten Dr. Königs entweder Arro-ganz oder "Unwissenheit" spreche. Eine Abtellung für kommunale Entwicklungsplanung, in der Raum-planer, Politk-, Wirschafts- und Verwaltunswissenschaftler. Sozio-

z. B. den Bau einer Riesenarena deren praktischen Wert jeder Einsichtige begrenzt nennen muß, verhindern können. Stehen doch so wichtige Projekte an, die Hunderte von Millionen Mark verschlingen werden, wie Stadtbahn-Bau, Sanierungsmaßnahmen, (u.a. Neustadt, Hauptbahnhof-Umgebung, Buer-Mitte, Horst) Gesamtschule Berger Feld und Schulzentrum Uckendorf, Revierpark Nienhausen, umfang-reiche Straßenbaumsßnahmen (u.s. Nord-Süd-Verbingung, Ausbau Kurt-Schumacher-Straße in Schalke/Sutum, Südring Buer).

Bei den letztgenannten Projekten handelt es sich um soziale Investitionen, die allen Bürgern zugute kommen und deshalb von Jusos begrüßt werden. Das Gladiatorensta-dion hat jedoch einen eindeutigen kapitalistischen Hintergrund, da

Wirtschaftsunternehmen "Schalke 04" davon profitiert, wo-mit nichts gegen Fußball als Volkssport gesagt werden soll.

Entwicklungsplanung

Die Verwaltungschefs, die meinen, Entwicklungsplanung sei für

Oben: Buersche Zeitung vom 19.10.1970

Das Erfolgsgeheimnis des Programms lag in der gelungenen Kombination von Praxis und Theorie.



Praktische Handlungsanleitung auf der einen Seite und fundierte theoretischer Unterfütterung auf der anderen Seite machten die Sache für uns hoch attraktiv. Nirgendwo sonst wurde die relativ abstrakte Juso-Vorstellung von antikapitalistischer Politik so handfest und fassbar umgesetzt wie in diesem Programm.

Zu erwähnen ist noch, dass in dem Programm der Begriff der "Doppelstrategie" herumgeisterte, ein Wort, das uns in den immer heftiger werdenden Scharmützeln regelmäßig um die Ohren geschlagen wurde.

Dabei ging es bei der Doppelstrategie nur darum, die konkrete Aktion nicht nur für sich selbst stehen zu lassen, sondern sie mit einer Bewusstmachung der allgemeinen Widersprüche des Kapitalismus zu verbinden und damit bessere Voraussetzungen für eine gerechte Gesellschaft zu schaffen.

Doppelstrategie

Im Programm der Jusos wird Doppelstrategie folgendermaßen definiert (in: Wolfgang Roth (Hrsg.), Kommunalpolitik - für wen?, Frankfurt am Main 1971, S. 23):

- "1. Schaffung und Unterstützung eines umfassenden politischen Problembewusstseins bei der Bevölkerung und daraus resultierend ihre Mobilisierung, Politisierung und Organisierung. Zielvorstellung muss sein, dass die Bürger im Wege der Eigeninitiative ihre Interessen und Forderungen den politischen Entscheidungsträgern gegenüber nachdrücklich artikulieren und vertreten.
- 2. Intensive Mitarbeit auf allen Ebenen der Partei, um auf dem Wege über demokratische Mehrheitsentscheidungen die politischen Voraussetzungen für eine bessere Gesellschaftsordnung zu schaffen.
- 3. Reform der Partei (...)."

Ohne Soziologendeutsch:

Die Doppelstrategie verbindet die politische Arbeit in der Bevölkerung (z. B. in Bürgerinitiativen) mit der Arbeit in der Partei. Ihr Ziel ist es, die Interessen der breiten Schichten in den Mittelpunkt zu rücken, um so demokratische und antikapitalistische Machtpositionen zu stärken.

SPD

JUNGSOZIALISTEN im Unterbezirk Gelsenkirchen

Einladung zur

Podiumsdiskussion

Zum Thema:

"Ist sozialistische Kommunalpolitik möglich?"

diskutieren:

Josef Löbbert MdB Oberbürgermeister Werner Kuhlmann MdL Wolfgang Roth Juso-Bundesvorstand Christoph Zöpel Juso-Landesvorstand Jochen Poss Juso-Unterbezirksvorstand

Diskussionsleiter: Bernd Eigenbrod

Mittwoch, 16. Juni 1971, 20.00 Uhr in der Aula der Gertrud Bäumer Schule, Gelsenkirchen, Machensplatz

> Bezeichnend: Da Löbbert und Kuhlmann kurzfristig absagten, blieben die Jusos bei dieser Veranstaltung unter sich.

Juso sind für "Doppelstrategie" in der Kommunalpolitik

Podiumsdiskussion verlief wegen Absagen etwas einseitig

(A) Mit Gelächter und bissigen Kommentaren quittierten - wie schon kurz berichtet — die etwa 100 Besucher einer von den Jungsozialisten (Juso) des Unterbezirkes Gelsenkirchen veranstalteten Podiumsdiskussion zum Thema "Ist sozialistische Kommunalpolitik möglich?" in der Aula der Gertrud-Bäumer-Realschule die Bekanntgabe der kurzfristi-gen Absage von Oberbürgermeister Josef Löbbert. Da Landtagsabgeordneter Werner Kuhlmann ebenfalls seine Teilnahme abgelehnt hatte, sa-Ben nur Wolfgang Roth vom Juso-Bundesvorstand, Christoph Zöpel, Mitglied des Juso-Landesvorstandes und des Bochumer Stadtparlaments, sowie Jochen Poss vom Juso-Unterbezirksvorstand Gelsenkirchen auf dem

Für eine sozialistische Kommunalpolitik verfolgten die Juso eine Doppelstrategie, die sich an den Bedürfnissen der Lohnabhängigen und anderer Unterprivilegierter der Gesellschaften orientiere, erklärte

Aktivierung und Mobilisie-

rung der Interessen der Bevölkerung sowie

O Veränderung der kommunalpolitischen Institutionen und Rahmenbedingungen durch Parteiar-beit und Mitarbeit in Institutionen. Zusammen mit der Bevölkerung

müsse man Druck auf die Gesetz-

geber ausüben, um eine Umstrukturierung von privaten zu öffent-lichen Interessen (Automobile in einer Stadt, öffentlicher Nahverkehr usw.) zu erreichen.

.Kommunalpolitik mit Konzeption wird allgemein als ideologiebezogen diffamiert", meinte Zöpel. Auch er vertrat die Thesen von Roth, Er meinte, daß sich die Städte und Gemeinden zur Zeit in einem anachronistischen Wettlauf um Industrieansiedlungen befänden, da die Betriebe sich nicht an kommunale Grenzen hielten. Auf den kommunalen Nahverkehr könne er nicht eingehen, da ein "geeigneter Dis-kussionspartner" wie Löbbert feh-le. Dem Gelsenkirchener OB warf vor, sich nicht genügend für die Nahverkehrsbetriebe eingesetzt zu haben.

• "Die Selbstverwaltung der Städte darf nicht der kommunalen Neugliederung des Ruhrgebietes zum Opfer fallen", meinte Poss.

Die Demokratisierung der kommunalen Institutionen, das Verhindern einer "Austrocknung" der Städte-Etats und die Stärkung der Rechte der kommunalen Institu-tionen und der Bevölkerung gehörten zu den Grundvoraussetzungen einer sozialistischen Kommunalpo-

Poss beklagte, daß die Bürger und selbst Politiker nicht genügend über kommunale Vorgänge infor-miert würden. Er kritisierte auch, daß der Gelsenkirchener Landtagsabgeordnete Egbert Reinhardt nicht an Fraktionssitzungen der örtlichen SPD teilnehmen darf, obwohl ein "heißer Draht" zwischen der Stadt und dem Land unbedingt notwen-

Wichtig sei die Bildung eines Gremiums für "Städteentwicklungs-planung", das die Juso seit langem vorgeschlagen hätten.

Jusos unter sich

Echte Diskussion konnte nicht zustande kommen

Eingeladene Gesprächspartner sagten ab

Eher zur Plauderstunde in kleinem Kreis geriet eine Dis-kussion, von den Jungsoziall-hatten sich ausgeladen und so sten organisiert, in der Aula der Gertrud-Bäumer-Realschule

umer-Realschule
"Ist sozialistische
bert seine, einen Tag zuvor einzum Thema "Ist sozialistische Kommunalpolitik möglich?" Aufgeboten hatten die Jusos den Ereignisse und Außerun-den Ereignisse und Außerun-den Ereignisse und Außerun-gen der letzten Wochen und Tathr "Establishment": Wolfgang recht, Mittellen des Bundesvorg et aben gezeigt, daß eine Verstendess Christoph Zopel, Mittelsen Landesvorstandess Christoph Zopel, Mittelsen des Landesvorstandes Kollektiv-Vorstand der Jusos und Ratsherr in Bochum, Joa-drim Poß. Mitglied des Vord dieser Stadt nicht mehr besteht, aus diesem Grunde halte ich pickuns Josepher der Vorstand Bernd Eigenbrod. zweckmäßig."

Die Bürger mobilisieren

Der ebenfalls eingeladene auch der OB zugestimmt, der Werner Kuhlmann MdL, begründete seine Ablehung die der Mommanipolitik gelöst
mehr kompetent fühle. Er ompsish, sich an einen anderen zu
wenden. Nach Angaben von
Bernel Eigenbroch datte sich Polis kird zustellen.
zu wenden. Nach Angaben von
Bernel Eigenbroch datte sich Polis kird zuften nicht unter den
verwandt.
So beschärnkten sich die Juso-Vorstandsmitgieder darbeit geschen bernel kird
zu die Bevölkerung
kommunalpolitik müßte mobilsierend in die Bevölkerung
konnen unalpolitik müßte mobilsierend in die Bevölkerung
konnen die

Das Ergebnis, grob umrissen, et-wa: In dieser Gesellschaft, die Fragen wa' in dieser uessiendent, die auf Profitsteigerung und Kommunen wurden des eine Socialisierung der Kommunalpolitk nicht möglich, Und. diesen Thesen hatte gewiß men. –efna

Fragen der "finanziellen Aus-

Buersche Zeitung vom 21.6.1971

I inke

WAZ vom 19.6.1971

In einer böswilligen Uminterpretation der innerparteilichen Gegner (und der CDU!) wurde die Doppelstrategie *verbogen* zu einer besonders hinterhältigen Methode des *politischen Betrugs*. Man sage dies und das, so diese Lesart, meine aber etwas ganz anderes - so sei man z. B. angeblich für die SPD, wolle sie aber in Wirklichkeit zerstören. Das war dümmlich, aber gefährlich, weil diese Propaganda bei bestimmten Genossinnen und Genossen ihre Wirkung nicht verfehlte.

Sei's drum. Die Kommunalpolitik wurde trotzdem zum Juso-Hit, und es verwundert nicht, dass auch wir in Gelsenkirchen von diesem segensreichen Bazillus angesteckt wurden.

Also stürzten wir uns auf die Kommunalpolitik.

*

Vorab sei selbstkritisch festgestellt, dass wir in unserem klassenpolitischen Eifer auch zu Forderungen kamen, bei denen ich heute nur noch den Kopf schütteln kann.

So waren wir gegen das Parkstadion, weil es nur dem Wirtschaftsunternehmen Schalke 04 diene (Unsinn). Wir sprachen uns gegen den Bau der beiden Maritim-Türme im Stadtgarten aus (Quatsch). Und wir stellten das Musiktheater in Frage. Es sei ein großbürgerlicher Geldfresser, der den Arbeitern nichts bringe (Unfug).

Vom Stellenwert her waren derartige Aussagen aber, das muss fairerweise auch festgestellt werden, nur Marginalien, die mehr provozieren sollten. Sie kamen mal hoch, waren dann aber wieder schnell vergessen.

Da, wo wir uns wirklich "reinhängten", sah es anders aus. Ich behaupte, dass diese Aktionen in ihrer Grundkonzeption auch heute noch tragfähig sind. Zwei Beispiele sollen das demonstrieren.

*

Ein Schwerpunkt unserer kommunalpolitischen Arbeit war die Wohnungspolitik.

Wir prangerten an, dass ein Grundbedürfnis des Menschen, nämlich eine menschenwürdige Wohnung, im Kapitalismus als Ware gehandelt wird. (Man muss wissen, dass zu dieser Zeit - im Gegensatz zu heute - Wohnungen tatsächlich noch Mangelgut waren.)

Juso-Papier fordert:

Wohnungen durch Kommune makeln

"Die Wohnung ist eine Ware" – Grundlage

Ausgehend von dem im Aktionsprogramm der Gelsenkirchener Jungsozialisten gegebenen Auftrag, im Rahmen des Arbeitskreises "Kommunalpolitik" ein Aktionsmodell für eine kommunale Wohnungsvermittlung zu entwickeln, haben Jusos das Papier "Wohnen und Mieten - Analyse und Zielvorstellung" erarbeitet. Es soll die Grundlage auf dem Weg zur angestrebten kommunalen Wohnungsvermittlung darstellen.

Im ersten Kapitel ("Der sen die Jusos zwei Aufgaben Wohnungsmarkt") wird der zu: Ausgangspunkt der Betrachtungsweise der Jusos nung ist eine Ware, die nach den Gesetzen der Marktwirtschaft gehandelt wird - dargestellt. Hier kommt man auch zu dem Schluß, daß "Grund und Boden — und damit auch die Wohnungen - in die Bereiche der Daseinsvorsorge gehören" ("Grundbedürfnis"). Unter der Überschrift "Die Abhängigkeit des Mieters" stellen die Jusos dann fest: "Die freie Markt-wirtschaft des Vermieters stellt sich dem Mieter als Vermieters Zwangswirtschaft dar." In diesem Kapitel sind zehn detaillierte Ziele und Forderungen Notsituation der Jungsozialisten zu erfah-

Situation in GE

Zur "Wohnungssituation in Gelsenkirchen" (zweites Kapi-tel) heißt es: "Der Nachfrage der Wohnungssuchenden stehen, soweit billige, gut ausgestattete Wohnungen gesucht werden, nicht genügend Angebote entgegen. Finanziell Schwache sind folglich von der Wohnungsnot am schwersten betroffen.

Die Maklersituation in GE beschreibt das dritte Kapitel. Sie unterscheidet sich nach Juso-Feststellungen den nicht von der in vergleichbaren Großstädten der BRD. Deshalb enthält das Papier auch ein SPIEGEL-Interview mit Juso Jörg Jordan, Mitinitiator des in Hannover von der SPD gefaßten Maklerbeschlusses.

Zwei Aufgaben

Der angestrebten kommunalen Wohnungsvermittlung wei-

- e zentrale, kostenfreie (oder kostendeckende - nach Erfahrungswerten anderer Städte etwa 20 DM) Vermittlung von Wohnraum
- detaillierte Ermittlung des Wohnungsfehlbedarfs

Die Wohnungsvermittlung soll ohne die Einrichtung eines neuen Amtes möglich sein durch Angliederung an das Bauförderungsamt und Umbenennung dieses Amtes in "Amt für Wohnungswesen" (Bochumer Beispiel).

GE-Juso-Chef Hans Frey: Die Jusos gehen davon aus, daß die Makler aus der bestehenden Notsituation heraus große Profite herausschlagen, ohne entsprechende Leistungen zu liefern. Es geht aber nicht darum, die Makler als böse Leute hinzustellen; denn der eigentliche Skandal be-steht darin, daß unser Wirt-schaftssystem sowas zuläßt."

Weitere Aktionen

Nach der Vorlage Grundlagenpapiers soll es demnächst weitergehen mit Flugblatt- und Unterschriftenaktionen, einer kussion und politischer Umsetzung des Konzeptes innerhalb der SPD und im Rat. -weco-

WAZ vom 30.5.1973

Als verabscheuungswürdiger Gipfel dieses Phänomens erschien uns das Makler(un)wesen. Leuten, die mit der Wohnungsnot noch zusätzliche Geschäfte machten, musste ein Riegel vorgeschoben werden. Unsere Lösung: Eine kommunale Wohnungsvermittlung!

Eine KWV konnte zumindest den Warencharakter der Wohnung abmildern, indem sie *ohne* Provision und evtl. sogar ohne Kaution Wohnungen vermittelte.

Bei dieser Kampagne haben wir richtig "malocht". Wir veranstalteten Vorbereitungsseminare, schrieben Papiere, machten Flugblattaktionen, Podiumsdiskussionen und Pressekonferenzen.

Tatsächlich: Die kommunale Wohnungsvermittlung wurde (wenigstens zeitweise) Realität in Gelsenkirchen! Und den Mietspiegel (ebenfalls unsere Initiative) gibt es noch heute.

*

Die zweite Aktion, die ich in diesem Zusammenhang herausstellen möchte, war aus den verschiedensten Gründen von noch größerer Bedeutung.

Zu dieser Zeit kam nämlich eine bundesweite Diskussion über den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auf, wobei es im Wesentlichen um die städtischen Straßenbahnen ging. In Hannover hatten linke Gruppen einen großen Erfolg verbucht, da dort durch öffentlichen Druck ein Einheitstarif von 50 Pfennig (egal für welche Strecke) eingeführt wurde - oder war es sogar ein Nulltarif? Wie dem auch sei. Jetzt schossen auch in anderen Städten die "Rote-Punkt"-Aktionen wie Pilze aus dem Boden - so auch in Gelsenkirchen und Bochum, die durch die gemeinsame Straßenbahngesellschaft BO-GESTRA noch heute miteinander verbunden sind.

Wo war der Haken?

Die Rote-Punkt-Aktionen waren zumindest im Ruhrgebiet eine Domäne v. a. der DKP (Deutsche Kommunistische Partei), die über diese Aktivitäten bei anderen linken Organisationen (z. B. den Jusos) Fuß fassen und neue Mitglieder rekrutieren wollte. Am Problem selbst war die DKP kaum interessiert. Entscheidend war das "Bündnis der Arbeiterklasse", natürlich unter Führung der (politisch faktisch bedeutungslosen) DKP. Diese Strategie hatten wir schnell durchschaut und waren deshalb auch immun. Für uns war also nicht das Problem, dass hier die DKP und ihre Jugendorganisation SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend) mitmischten - trotz des Abgrenzungsbeschlusses des Parteivorstands der SPD.

Für uns war vielmehr die *inhaltliche* Ausrichtung der Proteste, welche sich übrigens in Demonstrationen und Straßenbahnblockaden äußerten, der Stein des Anstoßes.

Gegner für den "Roten Punkt" waren nämlich die BOGESTRA und damit mittelbar die Städte Bochum und Gelsenkirchen als Anteilseigner der Straßenbahngesellschaft. Da nun jeder halbwegs kundige Thebaner wusste, dass die BOGESTRA hoch defizitär war und u. a. nur durch die Zuschüsse der Städte leben konnte, hätte die Durchsetzung der Forderungen des "Roten Punktes" den Crash bedeutet. Die Städte, selber finanzschwach, hätten alles bezahlen müssen natürlich mit Steuergeldern, die sich ja auch nicht vermehrt hätten. Folge: Kahlschlagkürzungen in anderen Bereichen und/oder zusätzliche enorme Schuldenaufnahmen (was illusorisch war und ist, da sich Defizite durch weitere Defizite, sprich Dauerpump, nicht finanzieren lassen).

Diese Überlegungen interessierten die DKP überhaupt nicht. Für sie gehörte ausnahmslos alles zum verkommenen westdeutschen Kapitalismus, der durch einen Sozialismus à la DDR (ausgerechnet!) ersetzt werden müsste. Uns dagegen interessierten die Zusammenhänge sehr wohl, und deshalb war für uns die DKP-Haltung auch völlig indiskutabel.

Christoph Zöpel, damals Juso-Landesvorstand, Ratsherr in Bochum und immer schon ein Vordenker, entwarf unter dem Namen "Aktion Nahverkehr" die Alternativstrategie: Land und Bund hatten die armen Städte zu entlasten, um auf Dauer einen guten ÖPNV mit tragbaren Preisen zu sichern. Das erschien uns sehr plausibel, und deshalb riefen wir nicht nur in Gelsenkirchen die "Aktion Nahverkehr" ins Leben!

*

Vertrackt und im Nachhinein fast tragikkomisch war nun die Gemengelage, in die wir hinein gerieten. Während uns die Kommunisten als "Spalter", "Karrieristen" und "Opportunisten" beschimpften, wurden wir von unseren innerparteilichen Widersachern als "verkappte Kommunisten" an den Pranger gestellt - und das nur, weil wir mit den DKP-Leuten um der Sache willen *redeten*.

Beruhigend ist, dass der Rote Punkt wie auch seine Protagonisten im Orkus der Geschichte verschwunden sind, während die "Aktion Nahverkehr" tatsächlich zu nennenswerten überörtlichen Finanzhilfen für den ÖPNV geführt hat.



Aktion Nahverkehr -Jusos gegen Fahrpreiserhöhungen!

Pressebilder vom 15.2.1971: Fritz Brüggemann und ich (links); Dieter Rauer und Jochen Poß (Mitte); Juso aus der AG Bulmke (unten); ich mit "Flüstertüte" (rechts unten).



GEGEN DIE FAHRPREISERHÖHUNGEN bei der Bochum-Gelenkrichenen Straßenbahnen AG und bei der Vestische Skraßenbahnen dim dem demostreten die Jurgeschallsten des Unterbechten Gelenkrichen am Samstag in Buer-Mitt sie der Vertrag der Vertr



EINE FLUGBLATTAKTION der Gelsenkirchener Jungsozialisten gegen die geplanten Tariferhöhungen der Nahverkehrsbetriebe am Samstagmorgen fand Resonanz bei den Bürgern. Am Stein in Horst, am Busbanhnof in Buer und auf der Bahnhofstraße in Gelsenkirchen unterhielten sich die Jusos mit den Passanten, von denen sich vor allem die Aelteren mit den Juso-Forderungen solldarisierten.



PROTEST gegen die geplante Fahrpreiserhöhung der BoGeStra erhoben die Jungsozialisten, Unterbezirk Gelsenkirchen, am Wochenende mit einer Flugblattaktion auf der Bahnhöfstraße. Für heute, Montag, 17.30 Uhr, ist eine Demonstration auf dem Husemannplatz in Bochum geplant. WAZ-Bild: Weingand

Nahverkehr

ruft auf zu einer Demonstration der Vernunft,

gegen Fahrpreiserhöhungen bei Bus und Straßenbahn,

für eine Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs zum Wohle unserer Stadt und seiner Bürger.

für eine bessere Politik die den Bedürfnissen der Menschen entspricht.

Zum 1, April 1973 sollen ein weiteres Mal die Preise bei Bus und Straßenbahn erhöht werden. Das muß die letzte Preiserhöhung sein!

lede Fahrpreiserhöhung beim öffentl. Nahverkehr führt zu weiterer Abwanderung von Fahrgästen zum PKW.

Das bedeutet beim PKW-Verkehr:

- Eine Zunahme der Luftverschmutzung durch Abgase und innerhalb der städt. Ballungsgebiete zu einer unverantwortlichen Erhöhung der Gesundheitsgefahren.
- b) Mehr Geld für den Straßenbau zur Aufnahme des erweiterten PKW-Verkehrs, mehr und immer größere tote Parkflächen und damit Zerstörung der heutigen Stadtsubstanz.
- c) Eine Erhöhung der Verkehrsgefährdung, mehr Unfälle, Verletzte, Tote-

Das bedeutet bei Straßenbahn und Bus:

- a) Weniger Fahrgäste und damit dauernder Zwang zu weiteren Preiserhöhungen (Abwälzung der Kosten auf immer weniger Fahrgäste).
- b) Weitere Verkehrseinschränkungen, Stillegung sog, unrentabler Fahrstrecken und damit Verkleinerung des Netzes, verbunden mit verstärkter Auflockerung der Fahrdichte.
 (Längere Wartezeiten an den Haltestellen). Weniger Fahrgäste...

Aber so werden auch noch die letzten Fahrgäste wegrationalisiert und die Arbeitsplätze der Arbeitnehmer auch im Nahverkehr gefährdet . . .

Nur wer das will, kann für weitere Fahrpreiserhöhungen sein.

Verantwortliche Politiker in Bund, Land Maßnahmen zukünftige Fahrpreiserhöhunger

- Die Investitionshilfen des Bundes sind a erweitern.
- Durch angemessene Teile des bisher für neralölsteueraufkommens ist die Finanz
- Der Personennahverkehr ist steuerlich zung des Steuersatzes der Umsatzsteu
- Der Bundesgesetzgeber hat durch Ergän: Nahverkehrsunternehmen einen Anspruci Leistungen durch die öffentliche Hand zu
- Der bisherige Vorrang des PKW-Verkehrs ist im Sinne der Regierungserkl\u00e4rung des Bundeskanzlers Willy Brandt gegen\u00fcber dem \u00f6fentlichen Nahverkehr abzubauen.

Wir halten ROT-PUNKT-AKTIONEN für nicht richtig, weil sie mindestens zeitweise zur Abwanderung der Fahrgäste auffordern, wo es notwendig ist, daß gerade die Fahrgastzahl steiot.

weil sie sich gegen die Nahverkehrsunternehmen und deren Beschäftigten richten, für die wir uns einsetzen müssen.

Verantword, i. S. d. Presserechtes: JuSo-US-Verstand Gelsenkirchen und DGB-Kreis Gelsenkirchen

Wir nicht! Und Sie???

Die öffentliche Kundgebung, zu der neben den JuSos der DGB-Kreis Gelsenkirchen einlädt, beginnt am Freitag, dem 30. März 73, um 16.00 Uhr auf dem Marktplatz, Gabelsberger Straße, in Gelsenkirchen.

> Vor- und Rückseite unseres Flugblattes zur "Aktion Nahverkehr". Wie die gemeinsame Kundgebung zeigt, war sie mit den Gewerkschaften abgesprochen.

Auch die SPD-Genossen, die uns als Kommunisten aus der Partei entfernen wollten, haben es nicht geschafft. Doch das werde ich gleich erzählen.

*

Was im Rahmen des geschilderten ÖPNV-Konflikts noch bleibt, sind amüsante Erinnerungen.

Ein Farbtupfer: Wir bildeten aus Gründen der Hinhaltetaktik für eine kurze Zeit zur "Koordination der Aktivitäten" ein sog. "Achter-Kollektiv" mit der DKP/SDAJ, in dem wir natürlich die Mehrheit hatten. Aki Broekmann sprach immer von einem "After-Kollektiv". Recht hatte er.

Die schönste Geschichte aber ist für mich die mit einem Mädchen, das ich während der Kontakte mit der DKP kennen lernte.

Das Mädchen, dessen Namen ich verschweige, glich einer wunderhübschen Fee mit langen, wallenden Haaren und einem Madonnengesicht. Im ersten Moment, in dem ich sie gesehen hatte, war ich verliebt. Da sie fest in die DKP eingebunden war, blieb mir, wollte ich sie sehen, nichts anderes übrig, als mich ab und zu in diese Gefilde zu begeben. Also tauchte ich öfter im DKP-Büro an der Luitpoldstraße auf, weil dort auch die Versammlungen abgehalten wurden.

Übrigens: Die Straße ist ein Ort, der für mich eine große Bedeutung hat. Schließlich bin ich in der Luitpoldstr. 36 aufgewachsen - zusammen mit meinem ältesten Freund Peter Blank, der später lange Jahre Personalratsvorsitzender bei der Stadtverwaltung war.

Zurück zum DKP-Büro und meiner Fee. Mein häufigeres Erscheinen fiel natürlich auf und wurde flugs fehlinterpretiert. Ich vermute begründet, dass sich einige DKP-Funktionäre in Verkennung der Sachlage schon vor Freude die Hände gerieben haben über das neue Mitglied Hans Frey.

Das "Mitglied in spe" war aber wieder so schnell verschwunden, wie es gekommen war, denn leider klappte es mit der erwünschten Liaison nicht - womit die DKP schlagartig für mich auch noch den letzten Rest an Attraktivität verloren hatte.

Nur der Ordnung halber und um weitergehende Spekulationen im Keim zu ersticken, weise ich darauf hin, dass sich die Geschichte in der ersten Hälfte des Jahres 1971 abgespielt hat und dort auch ihr Ende fand

*

Was die kommunalpolitischen Aktionen auf der einen Seite waren, waren die konzeptionellen Alternativen auf der anderen Seite.

Zum Verhältnis von Partei und Ratsfraktion habe ich schon einiges gesagt. Es mag nur noch hinzugefügt werden, dass dieses Thema in der innerparteilichen Diskussion immer wieder eine Rolle gespielt hat. Es hat auch heute nichts an Aktualität verloren, da die Tendenz zur Verselbstständigung ein politisches Grundphänomen ist, dem stets neu Einhalt geboten werden muss.

Ein Zweites war unser Eindruck, dass die Kommunalpolitik von den Verantwortlichen im Großen und Ganzen ziemlich konzeptionslos betrieben wurde. Man lebte, so unsere Wahrnehmung, von der Hand in den Mund bzw. von den Tagesproblemen, die abzuarbeiten waren. Langfristige Planungen, geschweige denn Visionen über eine Stadtpolitik, in der große Linien erkennbar waren, fehlten.

Genährt wurden diese Eindrücke durch Äußerungen führender Stadtpolitiker. So reagierte der damalige Sozialdezernent Bruno Lange auf die Forderung der Jusos nach einer gezielten Stadtentwicklungsplanung mit der saloppen Bemerkung, das brauche man alles nicht, denn Stadtentwicklungsplanung würde in der Beigeordnetenkonferenz gemacht.

Das war ebenso ignorant wie töricht und bestärkte uns in unserer Auffassung, dass es nicht nur um den Streit verschiedener politischer Meinungen ging, sondern schlichtweg auch um eine Verbesserung der *Qualität* von Stadtpolitik.



Immerhin! Die eher humorlose WAZ brachte in ihrer Sylvesterausgabe 1971 dieses Bild.

16. Eskalation und erste Entscheidungen

Aus der Distanz von fast vier Jahrzehnten gesehen sage ich heute: Obwohl der Konflikt in der GE-SPD erst mit der grandios gewonnen Kommunalwahl von 1975 sein endgültiges Ende fand, haben sich doch in dem einen einzigen Jahr 1971 fast alle Entwicklungen abgespielt, die schließlich zu diesem für uns wahrlich erfolgreichen, für etliche andere aber desaströsen Ende geführt haben. Deshalb nenne ich das Jahr 1971 das Jahr der Eskalation und der ersten Grundsatzentscheidungen!

Warum? Die Abfolge der Ereignisse spricht Bände.

*

Auf der denkwürdigen SPD-UB-Delegiertenkonferenz vom 28.5.1971 wurde nicht nur das inzwischen erarbeitete Papier der Kommission zur Reform der Parteiarbeit angenommen, sondern - noch viel entscheidender - der Beschluss *gegen die Doppelmandate* gefasst.

Einige Ortsvereine (an der Spitze Buer-Mitte I, OV-Vorsitzender: Heinz Meya) brachten entsprechende Anträge ein, und tatsächlich beschloss die Unterbezirks-Delegiertenkonferenz (später UB-Parteitag) gegen den vehementen Widerstand der Löbbert-Gruppe am 28.5.1971 ein *grundsätzliches Doppelmandatsverbot*.

Für die GE-SPD war dieser Beschluss in mehrfacher Hinsicht wegweisend und beeinflusste ihre Entwicklung nachhaltig. Auch in späteren Jahren, als die Umwälzung schon längst Geschichte war, sollte das Doppelmandatsverbot noch einmal eine wichtige Rolle bei einer personalpolitischen Weichenstellung spielen. Das Verbot gilt übrigens immer noch, und es gibt aus meiner Sicht keinen Grund, es abzuschaffen.

Gehört diese Regelung heute sozusagen zum unumstrittenen Kernbestand der lokalen SPD, so wirkte der Beschluss 1971 aus den bekannten Gründen wie eine Bombe. Man hatte regelrecht in ein Wespennest gestochen. Noch wichtiger war, dass damit das politische Sterben der "alten" SPD-Führung eingeleitet worden war, allerdings ein Sterben, das sich noch über mehrere Jahre hinziehen sollte.

*

OB Josef Löbbert zum Jahr 1971:

ifrieden und enttäusc

WAZ-Gespräch über aktuelle Probleme – Hoffnung auf 1972

Zum Jahreswechsel sprach die WAZ mit OB Josef Löbbert MdB. Sie fragte ihn, was er am alten Jahr für gut und schlecht befand, und was er sich im neuen Jahr für die Stadt und privat wünscht. Zwei gezielte Fragen galten den Doppelmandaten in der SPD und dem Bau der Floatglasanlage.

schung überwogen 1971, stellte zeß sei zu Ende. Löbbert fest; denn die Entwicklung der Stadt ging nicht so voran, wie er sich das vorgestellt hatte.

Die Neustadt-Bürger haben zu lange gewartet, sie wollen - zu Recht - Fakten sehen.

Böse Konjunktursperre

Die Konjunktursperre kostete die Mittel für den Beginn Stadtbahnbau (sie stehen auch für 1972 nicht im Ansatz), für den Bau der Brücken über Ka-nal und Emscher sowie beide Eisenbahnlinien, damit die Stadtteile enger zusammen-wachsen, für den Ausbau der Balkenstraße nach Osten zur Aufschließung des Bismarck-Geländes, sowie das Geld für den Bau der Straße um VEBA Scholven.

Politischer Arger

Er ist enttäuscht über den Fortgang der Arbeiten im Tossehof, der noch fünf Jahre Baustelle zu sein drohe, über den noch nicht aufgehaltenen Bevölkerungsrückgang über die finanzielle Entwicklung der Gemeinden der Emscherzone. Politisch habe es OB JOSEF LÖBBERT: Viele Behätten sich die Wogen in der erreicht. (WAZ-Bild Weingandt) Arger als 1971!

Unzufriedenheit und Enttäu- ¡SPD geglättet, der Gärungspro- | nenstadt

Zufrieden ist der OB über den Fortgang der Arbeiten am Stadion, wo sich für die Finanzierung günstige Entwicklungen abzeichnen (bis zu 40 Mill. Mark Zuschüsse von Bund, Land und Glücksspirale), über Fertigstellung und Erfolg des neuen Hallenbades und das erkennbare neue Gesicht der In-



viel Ärger gegeben, doch nun mühungen eingeleitet, nicht alles

Grundsteinlegung Hochhaus der Hamburg-Mannheimer, Hochhaus Westfälische Landesbausparkasse), Ausbau Revierpark Nienhausen.

Doppelmandate in der SPD, Dazu eine erneute Diskussion infolge vorliegender und noch zu erwartender Anträge in der Delegiertenkonferenz am 18. Januar. 1972 seien schon die Kandidaten für kommende Wahlen zu wählen.

Floatglas-Anlage: sie sollte in Gelsenkirchen gebaut werden auf dem Gelände zwischen Emscherschnellweg und Halde an der Rennbahn in der Feldmark. Welche Industrie außer könne den Menschen Glas sonst hier Arbeit geben. Nach dem Verfahren im Februar/ März werde die Delog ihren Standpunkt überprüfen. Dazu sei auch ein Teil der Kläger

Für 1972 wünscht sich Josef Löbbert für die Stadt eine bes sere Finanzausstattung für die geplanten Baumaßnahmen Fortschritte in Sanierungsge bieten und im Wohnungsbau (Wunschziel 2000 Wohnunger im Jahr, um auch Führungs kräfte zu halten) sowie die ak tive Mitarbeit der Bürger.

Privater OB-Wunsch: wenige Hal

Möglicherweise ahnte Josef Löbbert schon Ende 1971, dass seine Politik nicht erfolgreich sein würde (WAZ-Artikel vom 31.12.1971).

Als Gegenreaktion der Löbbert-Gruppe erfolgte einen Monat später der Beschluss über die Trennung von Amt und Mandat. Das war ein gezielter Racheakt gegen Egbert Reinhard, der MdL war, trotzdem aber als Kommunalbeamter seinen Beruf als städt. Rechtsdirektor weiter ausüben durfte. (Das Problem wurde später per Gesetz bereinigt.)

Weiterer Markstein dieser Strategie war am 21.8.1971 die Vorlage eines "Schwarzbuches" über den Juso-Kollektivvorstand durch Josef Löbbert, in dem, um es ironisch zu sagen, die abgrundtiefe Verdorbenheit und die die Partei zerrüttenden Umtriebe dieser Gruppe schonungslos offen gelegt wurden.

In Wirklichkeit war das "Schwarzbuch" ein wirres Sammelsurium aus Zeitungsartikeln und abstrusen kommentierenden Passagen beleidigendster Art. So wurden wir einmal als "Kommunisten" und dann wieder als "Nazis" beschimpft. Alleiniger Zweck des Machwerks war es, unsere "Wühlarbeit" darzustellen und zu belegen, dass wir Kommunisten seien. Eher witzig war, dass uns das "Schwarzbuch" krampfhaft einen ständigen Verstoß gegen Parteibeschlüsse nachweisen wollte, während es doch z. B. gerade Jupp Löbbert war, der einen unzweideutigen Beschluss der Partei einfach ignorierte (Antidoppelmandate).

Später erfuhr ich, dass das "Schwarzbuch" gar nicht von Jupp Löbbert stammte, sondern als Auftragsarbeit von Karl-Heinz Wolf, dem Geschäftsführer des Unterbezirks, zusammengestoppelt worden war. Nichtsdestotrotz hatte Jupp Löbbert als politisch Verantwortlicher den Kopf dafür hinzuhalten.

Damit ging eine massive Repressionskampagne gegen die Jusos einher. Der UB-Vorstand beschloss nicht nur ein Parteiordnungsverfahren gegen einige Bulmker Jusos (ich war natürlich dabei), sondern verabschiedete auch etliche Knebelungsmaßnahmen wie z. B. die Vorschrift, dass Jusos erst dann eine öffentliche Erklärung abgeben durften, wenn sie vorher vom Ortsverein oder vom Unterbezirk genehmigt worden war. Außerdem wurde beschlossen, vom SPD-UB-Vorstand eine außerordentliche Juso-Hauptversammlung einzuberufen, in der der Kollektivvorstand abgeschafft und ein "ordentlicher" Juso-UB-Vorstand gewählt werden sollte. Dahinter verbarg sich natürlich die Absicht, uns durch UB-Vorstands genehme Personen zu ersetzen. (Schon kursierte in der Partei die Unterscheidung zwischen bösen "Jungsozialisten" und guten "jungen Sozialdemokraten".)

Damit nicht genug.

SPD Unterbezirksvorstand will Jusos ein "Ultimatum" stellen

... und "keine Nachsicht mehr üben" / Parteiordnungsverfahren

Das Vorgeplänkel: Buersche Zeitung vom 2.7.1971

(A) Nach den Ereignissen der letzten Wochen und Monate überrascht es kaum, daß sich der Vorstand des SPD-Unterbezirks Gelsenkirchen am Montag eingehend mit dem "Problem Jungsozialisten (Juso)" befaßt und seine Haltung dazu festgelegt hat. Er will den Parteinachwuchs gewissermaßen fester "an die Kandare nehmen" und ihm dafür eine Art Ultimatum stellen: Entweder die jungen Genossen schwenken auf die vorgegebene Parteilinie ein, oder sie sollen die Konsequenzen aus ihrer "Rebellen-Haltung" ziehen. Generationen-Auseinandersetzungen dieser Art gibt es bei den Sozialdemokraten seit langem in vielen Bereichen der Bundesrepublik und auf allen Parteiebenen

SPD-Unterbezirk leitet Verfahren gegen Jusos ein

Gegen Kollektivvorstand - 3 Nein-Stimmen

Mit 13 Ja- und drei Nein-Stimmen hat der Unterbezirksvorstand der SPD Gelsenkirchen am Dienstag in fünfstündiger Sitzung beschlossen, gegen die zehn Mitglieder des Kollektivvorstands der Jungsozialisten ein Parteiordnungsverfahren einzu-

aller Außerungen zur Sache nungsverfahren zu sein. außerhalb des Verfahrens zu Nochmals vortragen enthalten haben. In einem Brief wurde Polizeipräsident Rolf Dieses "Schwarzbuch" sollte Conrad, Vorsitzender der nach einem Beschluß der Delebezirks, an seinem Geburtstag von dem auf ihn zukommenden Verfahren unterrichtet.

Der Kollektivvorstand

Mitglieder des Kollektivvor-Frey, Bernd Eigenbrod, Gregor Kalender, Kurt Woiwod, Ul- Presseverlautbarung der SPD. rich Stuchels, Manfred Ganz, Rolf Schröder, Dieter Rauer und Auf eigenen Wunsch Fritz Brüggemann.

Arbeitspapier

Weitere Mitteilungen gab das von OB Josef Löbbert MdL der Unterbezirksvorstand nicht, auf 40 Seiten zusammengetraweil sich nach der Schiedsord-eignet schien, Gegenstand einung der SPD die Beteiligten nes Antrags auf ein Parteiord-

Conrad, Vorsitzender der nach einem Beschluß der Dele-Schiedskommission des Unter-giertenkonferenz vom 31. August den Delegierten ausgehändigt werden. In seiner Sit-zung am Dienstag "war sich der Unterbezirksvorstand einig (13 ja, 3 nein, 1 Enthaltung), diese Frage erneut den Delegierten standes sind Joachim Poß, Hans (am 14. Oktober. Die Red.) vorzutragen" - so wörtlich die

Einstimmig wurde ferner die Einleitung eines Parteiordnungsverfahrens gegen die Grundlage für die Diskussion Mitglieder Helmut Czimmek und den späteren Beschluß war und Josef Wolters (Kämmereiein an dem Abend noch etwas direktor) beschlossen, um das abgeändertes Arbeitspapier, Wolters zur Rehabilitierung das MdL Werner Kuhlmann zuwegen gegen ihn erhobener sammengestellt hat, weil ihm Vorwürfe gebeten hat.

Links und unten: WAZ vom 23.9.1971. Der UBV schreitet zur Tat und die Gegenreaktion!

Jusos tagen Freitag im Schützenhaus Holz

Zu einer Vollversammlung treffen die Jungsozialisten Gelsenkirchens am Freitag, 24. September, 18 Uhr, im Schützenhaus Holz in Erle zusammen. Dort soll zu der - durch die Einleitung des Parteiordnungsverfahrens noch aktualisierten - Lage im SPD-Unterbezirk Stellung genommen und die Meinungen von Sprechern des Juso-Bundes-, Bezirks- und Landesvorstands gehört wer-den. Ferner sollen die Delegierten der Jusos zu den Bezirksund Landestagungen gewählt werden.

Um ganz sicher zu gehen, hatte Werner Kuhlmann, dem natürlich das Bizarre des "Schwarzbuches" klar war, aus diesem eine abgespeckte, aber keineswegs ungefährliche Anklageschrift entwickelt. Mit ihr leitete man - sozusagen als Höhepunkt der "Sozialistenverfolgung" - ein PO-Verfahren gegen den Kollektivvorstand ein, also u. a. gegen Joachim Poß, Kurt Woiwod, Dieter Rauer und mich mit dem Ziel des Ausschlusses aus der SPD!

*

Wir reagierten prompt.

Ich schrieb ein "Weißbuch", in dem ich Stil, Methode und Inhalte des Löbbert/Wolf-Pamphlets zerpflückte und zum Angriff blies. Das Papier erschien als gemeinsames Dokument des amtierenden Juso-UB-Vorstandes, wurde vom Juso-Landesverband in großer Auflage gedruckt und verbreitet (der Anhang des "Weißbuches" bestand aus dem Original-"Schwarzbuch").

Wir hatten nicht nur ein landesweites Echo, da wir sozusagen die Spitze des Eisbergs einer allgemeinen Juso-Hatz waren, sondern die Stellung des Juso-Vorstandes bei den Gelsenkirchener Jusos wurde dadurch natürlich noch weiter gestärkt.

So brach als Erstes die Absicht des SPD-Vorstandes in sich zusammen, uns abwählen zu lassen.

In einer außerordentlichen Vollversammlung im Erler Schützenhaus Holz - es waren ca. 100 (!) Jusos anwesend - wurde uns das uneingeschränkte Vertrauen ausgesprochen. In der dann folgenden, vom Parteivorstand einberufenen Konferenz wurde zwar wieder ein "ordentlicher" Vorstand mit Vorsitzendem, Stellvertretern etc. etabliert, gewählt aber wurden mit überwältigender Mehrheit genau wieder die Personen, die die Parteiführung eigentlich in die Wüste hatte schicken wollen. Ich wurde bzw. blieb also Juso-Vorsitzender.

Auch das PO-Verfahren verlief wie das Hornberger Schießen.

Exzellent vertreten durch Egbert Reinhard endete der Spruch der ersten Instanz auf GE-Ebene mit Rügen für meine Mitstreiter und mit einem einjährigen Funktionsverbot für mich (ich wurde als der "Gefährlichste" aller Beteiligten eingestuft). Doch schon bei der Revision der Bezirksschiedskommission wurde auch mein Funktionsverbot in eine Rüge umgewandelt. Außerdem wurde wohltuend deutlich festgestellt, das PO-Verfahren keine Mittel seien, um innerparteiliche Kontroversen zu klären.

Wieder hatte der SPD-UB-Vorstand den Kürzeren gezogen!

JUNGSOZIALISTEN IN DER SPD

UNTERBEZIRK GGELSENKIRCHEN

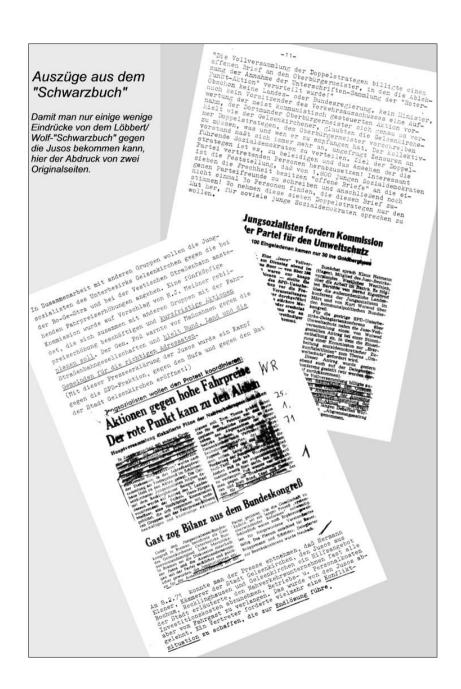
Im September 1971

Analyse und Stellungnahme des Unterbezirksvorstandes der Jungsozialisten zu dem von Josef Löbbert vorgelegten "Schwarzbuch", Würdigung der politischen Situation des UBs und Konsequenzen daraus für die Partei und die Jungsozialisten

Inhalt:

- I.) VORBEMERKUNG
- II.) ZUR METHODE DES SCHWARZBUCHES
- III.) DER FALL JOSEF LÖBBERT
- IV.) ZUM POLITISCHEN STELLENWERT DES SCHWARZBUCHES
 - V.) KONSEQUENZEN FÜR DIE JUSOS UND DIE PARTEI
- VI.) ANHANG

Verantwortlich: UB-Vorstand der Jungsozialisten in der SPD Gelsenkirchen



Selbst der "Maulkorberlass" wurde nach einiger Zeit dahingehend geändert, dass die Jusos sehr wohl eigene öffentliche Erklärungen ohne Genehmigung abgeben konnten. Sie hätten dafür dann allerdings auch die politische Verantwortung zu übernehmen - was wir gerne taten.

Alles in allem hatte sich also die Repressionskampagne der Mächtigen im UB Gelsenkirchen nicht nur in der Sache als Riesenflop erwiesen. Auch ihr politisches Ansehen und ihre Autorität hatten weiter Federn lassen müssen. Das politische Grab, das sie für uns hatten schaufeln wollen, entpuppte sich als ihr eigenes.

Zur Problematik von Parteiordnungsverfahren

Da Parteien ein gewisses Maß an Geschlossenheit brauchen, um politische Kraft zu entfalten, gibt es Grundregeln, die jedes Mitglied (das ja freiwillig der Partei beigetreten ist) zu beachten hat. Verletzt ein Mitglied diese Regeln, gibt es Parteischiedsgerichte, die im Wege des Parteiordnungsverfahrens entscheiden, ob und wenn ja, welche Sanktionen verhängt werden. Das kann bis zum Ausschluss aus der Partei gehen. Soweit die formale Seite.

Inhaltlich muss klipp und klar gesagt werden, dass PO-Verfahren prinzipiell *nicht* dazu da sind, innerparteiliche Meinungsverschiedenheiten oder Machtkämpfe zu klären. Der Versuch der Löbbert-Gruppe, lästige Parteikonkurrenten per Schiedsgericht loszuwerden, war deshalb unzulässig. Anders verhält es sich, wenn tatsächlich Grundregeln der Partei missachtet werden. Wenn z. B. ein SPD-Mitglied vor einer Wahl öffentlich aufruft, nicht SPD zu wählen, dann ist das m. E. ein Grund zum Ausschluss.

Der Fall Wolfgang Clement zeigt den Zusammenhang sehr schön auf. Clement hätte eine bestimmte Energiepolitik oder Frau Ypsilanti nach Herzenslust kritisieren können (das hätte man unter Meinungsfreiheit abhaken können).

Indem er aber vor der Hessenwahl zur Nichtwahl der SPD aufrief, überschritt er die Grenze. Dass er im anschließenden PO-Verfahren mit einer Rüge davon kam (meiner Meinung nach völlig unangemessen), war nur einer betulichen politischen Rücksichtnahme zuzuschreiben. Doch selbst das dankte er der Partei nicht, die so viel für ihn getan hat.

Das, Wolfgang, war eine ganz miese Nummer!

SOZIALDEMOKRATEN

Hatz auf Jusos

Wegen "beharrlichen Zuwiderhandelns" und "grober Verstöße" will die SPD in Gelsenkirchen die zehn Juso-Vorstandsmitglieder aus der Partei ausschließen.

Gelsenkirchens SPD-Oberbürgermeister Josef Löbbert, zugleich Bundestagsabgeordneter, machte im Urlaub Schwarzarbeit. Er sortierte und kommentierte Zeitungsberichte — für die Partei und über die Partei.

Was Löbbert auf 41 Seiten in einem "Schwarzbuch" zusammentrug, war für ihn Beweis genug, daß die Jungsozialisten der Revierstadt nichts mehr "in dieser Partei zu suchen haben". Der SPD-Unterbezirksvorstand Gelsenkir-



Sozialdemokrat Kuhlmann Signal gesetzt

Selbst DER SPIEGEL (Nr. 41) berichtete am 4.10.1971 bundesweit über die Vorfälle in Gelsenkirchen. Pikant: W. Kuhlmann, der als GDP-Vorsitzender überregional ein linkes Image hatte, wurde als "Rechter enttarnt".

chen folgte am Dienstag vorletzter Woche der Löbbert-Lesart und beantragte mit 13 gegen drei Stimmen Ordnungsverfahren gegen die zehn Mitglieder des Juso-Kollektiv-Vorstandes.

Der Konflikt zwischen Alt- und Junggenossen hatte vor fast einem Jahr begonnen, als der SPD-Nachwuchs beschloß, sich intensiver um lokale Probleme zu kümmern. In Arbeitsgemeinschaften, Konferenzen und Leserbriefen machten die Jusos Front gegen höhere Straßenbahntarife und den kostspieligen Bau eines Groß-Stadions; sie fochen für abendliche Öffnungszeiten des neuen Hallenbades und gegen Ämterhäufung.

Die "Juso-Hatz" (Vorstandsmitglied Jochen Poss) aber setzte ein, nachdem sich im Mai die SPD-Delegiertenkonferenz mit knapper Mehrheit für ein "Verbot der Doppelmandate" ausgesprochen hatte. Von dem Beschluß betroffen sind zwei Bundestags- und zwei Landtagsabgeordnete, unter ihnen OB/MdB Löbbert und der stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Düsseldorfer Landtag, der Vorsitzende de Gewerkschaft der Polizei Werner Kuhlmann

Kuhlmann erkannte, "hinter sachlicher Verbrämung geht es um Personen", und legte seinen Ratssitz nieder. OB Löbbert hingegen zog keine Konsequenzen, kündigte statt dessen aber ein "Schwarzbuch" gegen die Jusos an.

In dem Werk, bislang als vertrauliche Vorstandsinformation geheimgehalten, wettert das Stadtoberhaupt gegen die permanenten "Diffamierungen, Lügen, Manipulationen und Ehrabschneidungen" durch die "Doppelstrategen" und fühlt sich "an das "Stürmer"-Niveau früherer Zeiten" erinnert. Er wirft den Jusos vor "ungefragt Zensuren an führende Sozialdemokraten" zu verteilen, und empfindet "ein Verbleiben des Kollektivvorstandes in der SPD" als "eine Beleidigung für diese Partei".

Das Löbbert-Lamento klingt nun schon vertraut in einer Partei, die sich — je näher die Bundestagswahl 1973 rückt — um so ungenierter von ihren linken Junggenossen trennt, Rechtsaußen wie den Vertriebenen-Obmann Herbert Hupka dagegen ungeschoren läßt. So wurden in Hamburg erst Ende Juli acht Jusos ausgeschlossen, weil sie, entgegen einem Parteitagsbeschluß, Fahrpreiserhöhungen ablehnten und "Rote-Punkt"-Aktionen initiierten.

Mit Löbberts Schwarzbuch allerdings wollten die Gelsenkirchener Genossen nicht vor die Schiedskommission ziehen, die sie von den roten Jusos befreien soll. Und so destillierte Kriminaloberkommissar Kuhlmann aus dem "Zuviel an Prosa" eine "nüchterne Klageschrift". Mit Löbbert und Kuhlmann sind sich die Genossen aber einig, daß (so Kuhlmann) dem Juso-Vorstand "nichts heilig ist" und die Partei "ein Signal setzen muß".

Schiedskommission beschloß im Juso-Ordnungsverfahren:

Nur Heinz Frey wird mit "Funktionsverbot" belegt

Rügen für Poß, Brüggemann, Rauer, Schröder, Eigenbrod, Wolwod und Kalender

(A) Mit einem einjährigen "Funktionsverbot" für Hans Frey (21), den erst kürzlich neugewählten Juso-Unterbezirksvorsitzenden, und Rügen für Jochen Poß, Fritz Brüggemann, Dleter Rauer, Rolf Schröder, Bernd Eigenbrood, Kurt Wolwod, Gregor Kalender sowie der Einstellung des Verfahrens gegen Ulrich Stuchels und Manfred Ganzendete am Samstag im Alfred-Zingler-Haus in Bismarck das Parteiordnungsverfahren gegen diese zehn Jungsozialisten (Jusos) vor der Schledskommission des SPD-Unterbezirks Gelsenkirchen.



In seinem Plädoyer betonte "Ankläger" Werner Kuhlmann, keine politische Partei könne auf das Mittel innerparteilicher Disziplinierrung verzichten. Er wolle "bei aller Schwere der Vorwürfe" nicht die härtesten Maßnahmen beantragen, um keinem Genossen die Möglichkeit zu nehmen, selbst darüber nachzudenken, ob sein Verhalten richtig war. Der kuhrflige Weg der Beschuldigten solle nicht verbaut werden.

• Kuhlmann forderte Rügen für Stuchels und Ganz, ein Jahr Aberkennung des Rechtes auf Bekteldung von Ehrensmtern für Kurt Wolwod, zwei Jahre Funktionsverbot für Gregor Kalender und drei Jahre Funktionsverbot für alle anderen "Angeklagten".

Egbert Reinhard, der (außer Stuchels) die Jusos vertrat, beantragte für seine "Mandanten" Freispruch, da der Tatbestand des § 38 des Organisationsstatutes — beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse der Partei — in keiner Hinsicht erfüllt sei.

In der kurzen mündlichen "Urteils"-Begründung, die eine ziemlich scharfe Mißbilligung des Vorgehens der Jusos enthielt, erklärte Vorsitzender Roft Conrad, die Schiedskommission sel zu der Überzeugung gekommen, daß alle zehn Beteiligten durch "beharrliches Zuwiderhandeln" gegen Beschüßse dem Ansehen der Partei geschadet hätten.

Gegen den Spruch der Kommission des Unterbezirkes können die Betroffenen Berufung bei der Schiedskommission des Bezirkes einlegen. Wie aus ersten Stellungnahmen zu entnehmen war, wollen alle "Verurteilten" von diesem Recht Gebrauch machen. Am zweiten Verhandlungstag des vom Unterbezirksvorstand der Partei angestrengten Verfahrens wurde zunächst die Beweisaufnahme durch Zeugenaussagen und Prüfen von Dokumenten fortgesetzt, nachdem man sich am 13. November vertagt hatte.

Der Antragsteller, vertreten durch den stellv. Unterbezirksvorsitzenden Werner Kuhlmann, hatte eine ganze Reihe von Gründen für sein Vorgehen vorgebracht:

• Verstoß gegen Parteirichtlinien durch die Juso, Formulierung einer eigenen Politik, rücksichtslose Auseinandersetzungen mit der Partei in der Öffentlichkeit, Diffamierung von Mandatsträgern, Zusammenarbeit mit Kommunisten, vorsätzlicher Verstoß gegen § 8 der Schiedsordnung durch Stellungnahmei im "Weißbuch" und Einberufung einer Juso-Delegiertenkonferenz.

Bei der Zeugenanhörung ging es zunächst um eine Veranstaltung der Frauen-Arbeitsgemeinschaft Rotthausen, in der Jusos angeblich verurteilungswürdige Äußerungen gemacht haben. Die geladene derzeitige Vorsitzende der Frauen-AG erschien nicht, Statt dessen stand der Schriftführer der Vorstandssitzung, die sich später mit dem Verlauf der Versammlung befaßt hatte, zur Verfügung. Auf seine "Vernehmung" verzichtete man jedoch.

Gehört wurden noch Luise Ittmann vom Ortsverein Buer-Mitte I
zu ihrem "Schwarzbuch"-Antrag
während der Unterbezirks-Delegiertenkonferenz am 31. August
und zu Äußerungen, die Dieter
Rauer gegen den Partiertatsbeschluß
zur Abgrenzung gegen die Kommunisten während einer Versammlung der Ortsvereins-Vorsitzenden
gemacht haben soll. Zu letzterem
Punkt sprachen auch — kontrovers
zu den Aussagen von Luise Ittmann
die beiden Unterbezirkssekretäre Karl-Heinz Wolf und Karl-Heinz
Bettinger als Zeugen.

An Dokumenten lagen der Schiedskommission unter anderem mehrere Flugblätter vor. Eines, das der Antragsteller nicht hatte auftreiben können, stellten die Jusos selbst zur Verfügung.

Buersche Zeitung vom 6.12.1971; obwohl mich die BZ in der Schlagzeile in Heinz umtaufte, war ich mit dem Artikel nicht unzufrieden.

Vor einer Woche schlossen nach der Berufungsverhandlung in Dortmund, wie berichtet, acht Gelsenkir-chener Jungsozialisten und der SPD-Unterbezirksvorstand einen Vergleich in dem Parteiordnungsverfahren. das der Vorstand angestrengt hatte. Von dem in der ersten Instanz in Gelsenkirchen gefällten Spruch war am härtesten Juso-Vorsitzender Hans Frey betroffen, der mit einem einjährigen Funktionsverbot belegt worden war, WAZ-Redakteur Werner Conrad sprach mit Hans Frey, der sein Amt nun weiter ausüben kann.

fensive Position

Interview mit Juso-Vorsitzendem Hans Frey

WAZ: Wie heut eilen Sie den hinausgeschossen ist, haben wir schon vor Abschluß des FREY. Wann man davon ausgeht, daß das Patteiord-nungsverfahren mit dem Ziel der Ausschlusses eingeleitet wurde, miß man feststellen, der Dermünde Graben den Waz: Meinen Sie, daß usch Hornberger Schießen — alle inhlen Ster sich seitz wird, oder Hornberger Schießen — alle inhlen Sie sich seitz wird, oder ein der Menscher Schießen — alle inhlen Sie sich seitz wird, oder ein der Stenen der Schießen — alle inhlen Sie sich seitz wird, oder sien der Schießen — alle inhlen Sie sich seitz weine Jestand.

WAZ: Hat das praktische Konsequenzen für die Arbeit in der Partei?

FREY: Ich hoife, man hat eingesehen, daß innerparleiliche Konflikte nicht mit Disziplinarmaßnahmen gelöst werden kön-

WAZ; Worauf führen Sie die vier Enthaltungen bei der Ent-scheidung des Urkerbezirksvor-standes über den Vergleich zu-rück, ohwohl der stellvertreten-de Vorsitzende Kuhlmenn die Arnshme empfohlen hat?

FREY: Euige Mitglieder des Unterbezirksvorstandes wollten den Vergleich dahingehend interpretieren, daß die Jungsozia-listen in Zukunit keine heißen Eisen anpacken dürften. Die Jungsozialisten sind jedoch der Ansicht, daß Kritik dann be-

the Arbeit leichter wird, oder rohlen Sie sich jeizt von eintgen besonders streng beobachtet, die Ihnen vielleicht neue Ver-fehlungen" nachzuweisen ver-

suchen?
FREY: Ich meine, daß es
leichter gewo²den ist, eben auf
Grund des vohher Gesagten.
Letztlich wird sich diese Fraga
am 18. März entscheiden (Neuwahl des Unterbezirksvor-

slands, die Red.)
WAZ: Wie wird nun konktet die Arbeit der Jusos in Gelsen-kirchen in der Zukunft ausse-hen, einmal in der Parlei, zum



IHANS FREY: Mohrheiten gewinnen

der SPD ausgesprochen. Wie werden sich die GE-Jusos bei den bevorstebenden

FREY; In Oberhausen haben die Jusos beschlossen, einer eigenständigen Waldkampfbeitrag zu leisten, mit dem Ziel, der SPD die absolute Mehrheit zu verschaffen. Dabet halten die Arbeit der Jusons in Gelsenklichen in der Zukunft wusse wir sei für notwendigt, diesen
hen, einmal in der Parlei, 20m
anderen nach außen?
PREY: Innerpaffellich werden die Jusos weiterhin versichen, die fortschriftlichen Krötie
un stärken und für Juso-Vierleitung der SPD als Ordstellungen Mehrbeiten zu gewinnen. Auferparfellich weiwinnen Außerparfellich weiwinnen Außerparfellich und Verdeutlicklung odbez winnen
winnen Außerparfellich und Verdeutlicklung odbez winnen
Außerparfellich wir der Wahlkampi ausgerichtet.
Damit mul heute schon begonnen werden.
WAZ: Der Juso-Bundeskonlittusioner Gemeinsamkeiten zu
betonen, sondern die CDU/CSU. Hierbetonen, sondern die CDU/CSU. die
der Verdeutlicklung odbez
der der der der der
der Verdeutlicklung odbez
der
der Greiffen der Gemeinsamkeiten zu
betonen, sondern die CDU/CSU
als dan zu bereichene, was sie rechtigi jet, wenn die sachlichen Grundlagen simmen. Daß ein werden.

WAZ: Der Juso-Bundeskonformulagen simmen. Daß ergel in Oberhausen hat sich for anachmal verbal über dass, alle eine Walkkampfunterstötzung geferen und des Größkapitals. als das zu bezeichnen, was sie ist: als eine Pattei der Privile-

Versuch: Alternativ-Kandidaten bringen

WAZ: Wenn die gleichen Geschicke lenken, habte ich ganisationen Kanddaten für Land- und Bunnichts. Es ist leider eine Tatsa- durchführbar, dessag in Gelesektichen aufge- de, daß Versitzende und Inhalands bei ihrer Unterstützung der Öffentlichkeit zu Stars Aktionseinhe alle gleich bedenken oder diffealle gleich bedenken oder diffehand der Start der Start der Start der Start der Start der Start des Start der Start de rengieren?

FREY: Die Jusos werden bei denjenigen SPD-Mandatsträ-gern, mit denen sie erhebliche gern, int den sie eine stellen denheiten haben, versuchen, Alternativ-Kandidalen in der Pariei aufzustellen und durch-zubringen. Diejenigen Kandidaten, die man von der Parlei endgültig nominiert, werden meiner Meinung nach von den Jusos unterstützt werden, da man nicht nur Kirchlurmspolitik betreiben kann.

WAZ: Win sichen Sie die Funktion des Vorstzenden In-nerhalb der Jungsozialisten? FREY: Obwohl die Jungso-zlalisten seit dem Z. November 1971 wieder einen sogenannten erkentlichen Vorstand mit d. ordentlitichen Vortsand mit I. automatisch eine Abgrenzung Vorsitzendem, Stellvefrieter von Ilnksopportunistischen unw. haben, arbeiten wir weisterha auf Grund des kollekti- Ansicht nach die Die Austreau Gedankens, d. h. jede stellt. Abgeschen von grunder Vorlimme hat gleichtes Gewichtl. sätzlichen Unterschabender in der Vorlimme hat gleichte Gewichtl. sätzlichen Unterschabenden von grunden der Vorlimme hat geleichte Gewichtlich sätzlichen Unterschabenden von der Vorlimme der Vorlimme von der V Identifican Vorstand mit 1.

Geschicke lenken, hatte ich ganisationen möglich untichts, Es ist leider eiter Tats-durchtührbar, die die Masse der che, daß Vorsitzende und Inha-lohe ähnlicher Funktionen von SPD und Gewerkschaften. Eine der Offentlichkeit zu Stars Aktionseinheit mit der SDAJ hochstillisiert werden. Hier ist ist eht deskable uicht zur Debatte. ber ähnlicher Funktionen von der Offentlichkeit zu Stars hochstilisiert werden. Hier ist eben wichtig, daß die betref-fende Basis ihre Kontrollfunk-tion voll in Anspruch ninnt, um eine Verselbständigung von Funktionische zu verhändern

Funktionären zu verhindern. WAZ: Ihre Front gagen die Jung-Union ist recht klar. Wer-den sich die Jusos in Gelsenkirden sich die Jusos in Ceisenkur-chen nur nach dem Vorgleich, nach dem ja Zweideutigkeiten, die nach Zusammenarbeit mit u. a. mit Kommunisten riechen, ausgeschlossen werden sollen, dentlich von kommunistischer Gruppen abgrenzen?

FREY: Da die Jusos eine offensive Position des demokratischen Sozialismus verireten und auch schon ziemlich kon-krete Strategie-Vorsiellungen entwickeit haben, ergibt sich automatisch eine Abgrenzung

mäalich steht doshalb nicht zur Debatte. Diese Abgrenzung ist theoretisch und praktisch begründet und liegt auf einer ganz anderen Ebeze, wie die von der CDU/CSU entiadhe antikommunistische Hysterie, die nur auf Emotionen aufbaut und in Wirklichkeit die Sozialdemo-

> Nach der Schlacht um das Parteiordnungsverfahren: Bilanz und Ausblick! (WAZ vom 11.3.1972)

WAZ vom 19.2.1974: Der Artikel, der die Chile-Aktion verschiedener Gelsenkirchener Jugendverbände vorstellt, hat unabhängig von der Sache noch einen beredten Nebenaspekt. Das Bild zeigt Peter Weckmann (hier für die Falken), Siegfried Rutz von der DKP/SDAJ und mich in trauter Runde. Noch zwei Jahre vorher hätte dies für einen Aufruhr in der SPD gesorgt. Zum Zeitpunkt des Artikels juckte das niemanden mehr.

Anders gesagt: Das Foto macht indirekt die Verschiebungen in der Orts-SPD nach dem gescheiterten PO-Verfahren deutlich. Die Jusos waren stark, die Löbbert-Gruppe stand vor dem Aus, und jedem (außer der DKP) war klar, dass Rutz nicht am Tisch saß, weil wir verkappte Kommunisten waren, sondern weil wir so die DKP bei den iungen Leuten am besten kaltstellen konnten. Komitee-Veranstaltung am 21. 2.

Chile-Information und Solidarität

Intensiver Kontakt zu GE-Chilenen gesucht

Uber die Politik der Regierung Allende, die derzeitige Verhältnisse in Chile und den Putsch informieren, möglich Parallelen zur BRD aufzeigen und materielle Solidarität für diverfolgten Chilenen üben will das Chile-Solidaritätskomite Gelsenkirchen. Bei der Verwirklichung dieser Ziele soll ein Veranstaltung helfen, die am 21. 2., 19 Uhr, in der Aula de Frauenbildungsanstalt (Nähe Musiktheater) stattfindet.

Manfred Dammeyer (Ex-NRW-Juso-Vorsitzender), Simon Pe-ter Gerlach (Pfarrer), ein Vertreter der Unidad Popular und ein Vertreter der Chilenen, die GE nach dem Unterbringungsstreit wieder verlassen haben. Eine szenische Dokumentation "Chile lebt" bringt die Naturfreundejugend: eine Ausstellung ist ebenfalls vorgesehen.

Nicht ausspielen

Wiewohl das Komitee aus-drücklich darauf hinweist, daß die Veranstaltung am 21.2. nicht direkt etwas mit der Anvon Chilenen in GE zu kunft von Chilenen in GE zu tun habe, nimmt es doch noch einmal Stellung. Zum einen wendet sich das Komitee ge-gen die Tendenz, die Frage der gen die Tendenz, die Frage der Aussiedler und die der Chile-nen gegeneinander auszuspielen. Zum anderen werden Au-Berungen des CDU-Kreisvorsit-Volmer auf dem CDU-

Unter dem Leitsatz "Chile — Kreisparteitag über die Chil ein Lehrstück?" sind für den 21.2. als Redner angekündigt: rückgewiesen. Mit Kritik re Kreisparteitag über die Chile gieren die im Komitee vertr tenen Falken auf eine Ste lungnahme von Sozialhelfer Die Falken hätten nicht nu "Lippenbekenntnisse" abgeg ben, sondern den Chilene Kindern kostenlos Ferienplätz zugesichert und Geld gesan melt. Die Ferienhilfe der Fa ken sei 1972 und 1973 auc Kindern polnischer Aussiedle zugutegekommen.

Künftige Arbeit

Für die künftige Arbeit de Chile-Solidaritäts-Komitees sind drei Schwerpunkte vorg sehen

- Weiteres Bemühen auf I nennung einer Straße nach A lende und der Gesamtschu nach Pablo Neruda,
- Straßensammlung im Mai,
 Bemühen um einen intens ven Kontakt zu den in GE we lenden Chilenen



Vertreter der Jusos, der Falken, der SDAJ, der Naturfreundeiu gend, der Deutsche Friedensgesellschatt/Internationale der Kriegsdienstverweigerer, des Bezirksvorstandes der SMV und de Jugendvertretung der VEBA-Chemie bilden das Chile-Solidaritäts-Komitee Gelsenkirchen. Siegfried Rutz (SDAJ), Hans Frey (Juso) und Peter Weckmann (Falken) – v. l. – erläuterten Sinn und Zweck der Veranstaltung am 21. 2.

(WAZ-Bild: Kampert

Exkurs 3: Ein MdB und die Staatsgewalt

Noch heute frage ich mich manchmal, was Löbbert & Co. zu dieser dummen Strategie veranlasst hatte. Sicher spielten Wut und vielleicht sogar Hass eine Rolle, Gemütszustände, die ja bekanntlich das Gehirn vernebeln. Dann überschätzte man wohl auch die eigenen Machtmöglichkeiten, und die Sozialisation in einem eher autoritär geprägten Parteiapparat legte es nahe, bürokratisch und nicht politisch zu reagieren.

Doch war das alles? Ich meine, dass schlichtweg auch pure Angst im Spiel war, und dafür habe ich einen Beleg.

Es war im März 1972. Der Ortsverein Altstadt (Vorsitzender: Hans Gertzen MdB) machte eine Versammlung zu einem Thema, das ich vergessen habe. Jedenfalls war es weder etwas Aufregendes noch Brisantes. Trotzdem hatte ich die Idee, einfach dort hinzugehen und mir anzusehen, was da abläuft. Dazu kam es aber nicht, denn als Gertzen mich sah, eröffnete er nicht die Versammlung, sondern forderte mich ultimativ auf, den Raum zu verlassen. Ich sei ja kein OV-Mitglied.

Ich weigerte mich. Ich sei Mitglied im UB-Vorstand und hätte damit das Recht, an allen SPD-Veranstaltungen in GE teilnehmen zu können. (Das war nicht ganz korrekt. Ich war zwar Juso-Vertreter im SPD-Vorstand, aber nicht gewähltes Mitglied, wobei eben nur den Gewählten das o. g. Recht zusteht. Na gut, ich habe es einfach behauptet.)

Genau mit diesem Hinweis forderte mich Gertzen erneut auf zu gehen. Ich weigerte mich noch immer. Und jetzt kommt's!

Plötzlich herrschte Gertzen (Hausrecht!) einen neben ihm sitzenden Genossen an, die *Polizei* zu holen. Die Versammlung erstarrte zur Salzsäule, und auch der Angesprochene machte nicht die geringsten Anstalten, der Aufforderung nachzukommen. Da lief der Vorsitzende höchstpersönlich mit hochrotem Kopf aus dem Raum und alarmierte die Staatsmacht.

Diese erschien dann auch in Form von zwei Beamten. Angesichts einer derartigen Übermacht gab ich nun klein bei und verließ, eskortiert von den Polizisten, den Ort mit dem Ausspruch: "Ich weiche der Gewalt!"

SPD-Ortsverein Altstadt wollte Dienstag intern beraten

Vorsitzender MdB Gertzen ließ Juso Frey durch Polizei entfernen

Nächster UB-Parteitag soll Fragen der Öffentlichkeit klären helfen

Gelsenkirchen. "Befremdet" über das Verhalten des Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins Altstadt, Hans Frey: "Als ich weiterhin auf mein (Stadtverordneter Gertzen (Stadtverordneter und MdB), zeigte sich Mittwoch Juso im UB-Vorstand Hans Frey. "Gertzen wollte mich mit Hillte der Polizei aus dem DGB-Jugendheim en der Gabelsbergerstraße schaffen lassen, da ich bei der Schulungsveranstaltung des Ortsvereins Altstadt nichts zu suchen hätte", beklagte sich Frey.

Folgendes hatte sich Dienstag abend während der Veranstaltung, von 30 bis 40 Mitgliedern besucht, nach seinen Worten abgespielt:

Hans Frey kam auf Einladung der Juso AG Altstadt zu dem Informa-tionsabend mit IG Metall-Sekretär Teichmann, der über das neue Be-triebsverfassungsgesetz sprach.

"Idh setzte mich also hin und wartete auf das Referat. Nachdem Hans Gertzen die Versammlung eröffnet hatte, wies er darauf hin, daß die Schulungsveranstaltung intern sei. Dann schmiß er mich raus."

tera sei. Dann schmiß er mich raus."
Frey gab daraufhin – so orkläte
er – zu versiehen, daß ihm als
Mitiglied des Unterbezirks-Vorsiandes das Recht zustehe, an der Versammlung ielbzunehmen. Gertzen
habe darauf erklärt, Frey sei
schließlich nicht vom Parteilag, sondern von den Jusso in den UB-Vordern von den Jusso in den UB-Vorden von den Jusso in den UB-Vor-

genen.
Frey: "Als ich weiterhin auf mein
Recht pochte, dabei zu sein, rief
Gertzen die Polizei. Als zwei Beamte
kurz darauf erschienen, ging ich
freiwillig."

freiwillig."
Wie Hans Frey zu verstehen gab, wird man diesen Rausschmiß während der Juso-Delegiertenkonferen am 12. April in den Zoo-Terrassen zur Diskussion stellen. "Während des nächsten UB-Parteitages werden



Will die Sachlage klären: Juso Hans RN-Foto

mehrere Anträge auf die SPD zu-kommen, die sich mit der Frage der Offentlichkeit bei Ortsvereinsveran-staltungen befassen", betonte er.

Juso Kurt Woiwod (Buer-Mitte I) sei es vor einer Woche während einer Informationsverenstaltung des Ortsvereins Altstadt ebenso gegan-gen wie ihm. "Auch Woiwod wurde rausgeschmissen."

Hans Gertzen sieht das Verhalten Hans Freys "als reine Provokation" und als ein "eigentümliches Beneh-men".

"Es besteht der Beschluß daß Schulungsveranstaltungen intern sind. Trotzdem hätte ich nichts gegen sind. Trotzdem hätte ich nichts gegen die Anwesenheit von Frey gehabt, wenn er sich bei mir, dem Vorsit-zenden, oder beim Vorstand ange-meldet hätte. Hans Frey hat sich je-doch einfach hingesetzt, ohne sich auch nur zu räuspern, damit hat er die einfachsten Anstandsregeln ver-letzt.*

Auch die Jusos der Altstadt hätten Frey nicht einladen können, hob Gertzen hervor. "Eine Einladung obliegt allein der Funktionärssitzung, die Jusos können also nicht für den Ortsverein einladen."

Ortsverein einladen."

Gertzen betonte, er habe Frey zweimal aufgefordert, zu gehen. Erst als Hans Frey gesagt habe, er gehe nur unter Zwang, habe er die Polizei



.Gar nicht so kleinlich": Hans Gert

gerufen. Mit Wojwod sei das ähnlich

gewesen.
Gertzen ("so kleinlich sind wir gar nicht"): "Man hat es wohl auf uns, den Ortsverein Altstadt, abgesehen."
H. Wi

Ruhr-Nachrichten er vom 30.3.1972

Freys "Provokation" soll noch untersucht werden

UB-Vorstand: Polizei nicht wünschenswert

Als nicht gerade wünschenswert klassifizierte der Unterbezirksvorstand der SPD in seiner ersten Sitzung nach den Neu-wahlen das Rufen von Polizei während einer Parteiveranstal-

Der hatte sich mit diesem Problem wie Gertzen behauptet hatte. zu befassen, nachdem Jungsozialisten-Vorsitzender Hans Frey, wie berichtet, Ende März in der Altstadt vom Ortsver-einsvorsitzenden Hans Gertzen aus einer Versammlung gewiesen worden war. Als Frey sich weigerte, hatte Gertzen die Polizei zu Hilfe gerufen.

Weiter kam der Gelsenkirchener Prateivorstand zu der Auffassung, daß Frey als Juso-Sprecher nicht dem Vorstand Sprecher nicht dem des Unterbezirksvorstandes angehöre und daß die Ortsvereine selbst entscheiden könnten, wer als Gast oder Nicht-mitglied des Vereins an Veranstaltungen teilnehmen dürfe. Als letztes Mittel stehe dem Ortsverein das Parteiordnungs-

ob sich hinter dem Besuch Freys plant.

Unterbezirksvorstand | eine Provokation"

Geschäftsverteilung

Nach der neuen Geschäftsverteilung wurden zweiköpfige Kontaktgruppen des Vorstan-des zu den einzelnen Arbeitsgemeinschaften und der Ratsfraktion gebildet. Drei Arbeitsgruppen-sollen sich den Vorbereitungen von Wahlen, Strukturpapier und der Erarbeieiner Geschäftsordnung tung für die Unterbezirksparteitage widmen.

Plakataktion

Mit den Ostverträgen wird sich der nächste Parteitag auf örtlicher Ebene am 2. Mai be-schäftigen. Zur Unterstützung der Ostpolitik der Bundesregierung ist außerdem die Beteiverfahren zur Verfügung. ligung an einer bundesweiten Untersucht werden soll noch, Plakat- und Flugblattaktion ge-

WAZ vom 8.4.1972

Natürlich hatte die Sache ein Nachspiel.

Dicke Schlagzeilen in der Presse, heftige Debatten in der Partei und eine vorsichtige Distanzierung, der sich selbst der von der Löbbert-Gruppe beherrschte SPD-Vorstand nicht entziehen konnte. Immerhin war es wirklich ein starkes Stück (und ich glaube auch historisch einmalig), dass ein SPD-Mitglied, das nur dabei sein wollte, per Polizei aus einer Versammlung der SPD geworfen wurde.

Für mich waren allerdings zwei Dinge noch bemerkenswerter.

Einmal fand ich es schon gut, dass von den anwesenden Genossinnen und Genossen keine/r (!) bereit gewesen war, den Büttel zu mimen. Das sprach wieder für meine SPD.

Zum anderen war es das Motiv von Hans Gertzen. Wäre er souverän über meine Anwesenheit hinweggegangen, dann wäre an diesem Abend überhaupt nichts passiert.

Was hatte ihn dazu gebracht, so hysterisch zu reagieren? Angst?

17. Atempause trotz stürmischer See

So paradox es klingt:

Das Jahr 1972, das prall gefüllt war mit Schlüsselereignissen, die sich sonst in einem Jahrzehnt nicht abspielen (der Kampf um die Ostpolitik und um innere Reformen, das Misstrauensvotum gegen Willy Brandt, die für die SPD grandios gewonnene Bundestagswahl, aber auch das schreckliche Attentat bei den Olympischen Spielen in München), war gleichzeitig für die innerparteiliche Auseinandersetzung der GE-SPD so etwas wie eine Atempause.

Natürlich brodelte er untergründig weiter. V. a. in den Ortsvereinen wurde hartnäckig um jeden Zentimeter politischen Bodens gekämpft. Schließlich ging es um Vorstandsfunktionen und Delegiertenmandate, die den Ausschlag gaben für Macht oder Ohnmacht bei der Meinungsführung und den Entscheidungen auf dem Parteitag.

Mittlerweile boomte es regelrecht bei den Jusos (und der SPD). Entsprechend waren auf der Leitungsebene der Jusos viele neue Gesichter aufgetaucht, z. B. Dieter Rauer, Paolo Lavista, Fritz Brüggemann, Lutz Dworzak, Jörg Reimann, Ingo Westen, Aki Broekmann, Gerd Dannapfel, Willi Maszun, Manfred Totzek und andere - übrigens, wie man sieht, eine reine Herrenriege. Genossinnen gab es zwar auch, aber nicht in Führungsfunktionen, was belegt, dass Gleichstellungspolitik bei uns (wie auch in der Gesamtpartei) noch kein wirklich ernsthaftes Thema war. In dieser Frage waren selbst wir Jusos noch ziemlich rückständig.

Die "Neuen" wie selbstverständlich auch Jochen Poß, Kurt Woiwod und ich hatten neben der UB-Ebene immer auch ein Standbein in einem Ortsverein, um dort - und nur dort an der Basis ging es - für neue Mehrheiten zu sorgen. Das war zum überwiegenden Teil ein zähes, mühseliges Geschäft, das viel Zeit und Nerven kostete.

In einigen Ortsvereinen nahmen die Kontroversen sogar Formen an, die jegliches Niveau vermissen ließen (z. B. in Horst-Süd mit dem unsäglichen Vorsitzenden Weispfennig, einem zwielichtigen und gestörten Menschen, der später wegen nachgewiesenen Wahlbetrugs rechtskräftig verurteilt werden sollte).

*

Gingen also die Grabenkämpfe munter weiter, so ist das Wort von der "Atempause" doch gerechtfertigt, weil im Gegensatz zu 1971 die großen lokalen Highlights fehlten.

EXPERTEN

CONTRA STRAUSS Barzei

ES diskutieren: BERNT ENGELMANN PROF. DR. ERICH KÜCHENHOFF MANFRED DAMMEYER

GERTRUD-BAUMER-SCHULE - 28. 10. 72



19.00 Uhr
JUNGSOZIALISTEN
IN DER SPD UB Gelsenkirchen



Unter dem Motto "Experten kontra Strauß/Barzel" diskutieren in einer Veranstaltung der Jungsozialisten am Samstag, 28. Oktober, 19 Uhr, in der Gertrud-Bäumer-Schule Schriftsteller Bernt Engelmann, Prof. Dr. Erich Küchenhoff und Juso-Landesvorsitzender Manfred Dammeyer.

Oben: Wir nutzen sowohl den redaktionellen Teil der Zeitung als auch Anzeigen; WAZ 27.10.72.

Die sog. "Willy-Wahl" von 1972 - für uns war es Ehrensache, uns hier voll zu engagieren.

Unten: Buersche Zeitung vom 19.10.1972

Jungsozialisten wollen mit Info-Bus "voll in den Wahlkampf einsteigen"

In erster Linie Gespräche mit Lohnabhängigen und Jungwählern



Vor dem Info-Bus des Juso-Bezirks Westliches Westfalen: Jochen Poß, Jörg Reimann (halb verdeckt), Manfred Totzek, Jochen Kappler, Kurt Woiwod, Klaus Kolodzinski, Hans Frey und Willi Maszun.



EIN INFO-BUS des Jungsozialisten- (Juso-) Bezirks Westliches Westfalen steht seit einigen Tagen dem Juso-Unterbezirk Gelsenkirchen zur Verfügung. Auf der Bahnhofstraße in Gelsenkirchen, am Hauptmarkt, an verschiedenen Schulen und auf der Ahstraße (Bild) wurde daraus bereits Informationsmaterial verteilt. Aus Lautsprechern ertönen dazu Musik und Leitsätze. Am Samstag soll der Bus auf der Hochstraße in Buer und noch einmal auf der Bahnhofstraße Station machen. Wie Frey (im Bild rechts), Vorsitzender des Juso-Unterbezirks Gelsenkirchen, mitteilte, wird zur Zeit am Ort ein großer Busumgebaut, der dann allein für das Stadtgebiet zur Verfügung stehen wird. Für Oktober planen die Jusos eine "Anti-Rechts-Kampagne", für November eine Aktion für die demokratische Gesellschaft.

Das ist auch schnell erklärt, denn diesmal lieferte die Bundespolitik die Highlights, und diese beschäftigten uns alle, egal wo wir innerparteilich standen.

Man kann sogar von einem gewissen Burgfrieden sprechen, denn jetzt ging es darum, sich als gesamte Sozialdemokratie gegen den vereinigten Rechtskonservatismus in der Republik zu behaupten.

*

Es versteht sich von selbst, dass wir, ohne zu zögern, für Josef Löbbert und Hans Gertzen, die wieder für den Bundestag nominiert worden waren, Wahlkampf machten.

Und das, obwohl wir natürlich versucht hatten, Selbiges zu verhindern. Zu dieser Zeit gehörte es bei den Jusos zum guten Ton, Alternativkandidaten aufzustellen - so natürlich auch in Gelsenkirchen. Jochen Poß trat an und wurde von den Jusos mit überwältigender Mehrheit nominiert. Die Gesamtpartei vollzog diesen Schritt allerdings (noch) nicht. Es war zu früh gewesen, aber dennoch war die Aktion nicht ohne Sinn.

Der Partei wurde nach langer Zeit eine personelle Alternative angeboten, die man zwar zu diesem Zeitpunkt noch nicht akzeptierte, die aber etwas bewegte. Es dauerte noch acht Jahre, bis Jochen das Mandat bekam - das allerdings dann so nachhaltig, dass er inzwischen zum Urgestein des Bundestags gehört.

*

Ich erinnere mich an 1972 auch deshalb sehr gerne, weil zu jener Zeit eine politische Atmosphäre herrschte, die ich in dieser Frische und Zukunftszugewandtheit nie mehr wieder erlebt habe. Während Teile der Konservativen auf primitivstem und unanständigstem Niveau agitierten (z. B. wurde Willy Brandt "vorgeworfen", ein uneheliches Kind zu sein - unglaublich!), gab es in der breiten Bevölkerung (und in Gelsenkirchen allemal) eine durchgehende Stimmung, die von einem bislang nie dagewesenen Enthusiasmus und Optimismus getragen wurde.

Wir taten alles, um Willy Brandt und die SPD zu unterstützen - auch überörtlich. Zwei große Veranstaltungen sind bei mir noch haften geblieben.

Einmal die Kundgebung in der Philips-Halle in Düsseldorf, auf der Willy vor 7000 jungen Leuten sprach.

Jochen Poß: Die SPD muß viel offensiver werden

Die Delegierten der Jungsozialisten entschieden sich für J. Poß als Kandidaten

(A) Ganz im Zeichen des bevorstehenden Wahlkampfes stand eine Unterbezirksdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten in den Zoo-Terrassen in Bismarck. So fiel denn auch eine bemerkenswerte Entscheidung in der Diskussion um "personelle Alternativen zu den bisherigen Bundes-tagsabgeordneten der Partei", die die Jungsozialisten in der SPD inzwischen bundesweit für die Kandidatur solcher SPD-Politiker führen, de-nen es um die "Interessen der Lohnabhängigen" geht.

Delegierten eine Bundestagskandidatur von Jochen Poß, dem bislang einzigen als "progressiv" geltenden Bewerber neben Josef Löbbert, Hans Gertzen und Willibald Hein-

Ein Antrag des Kollektivvorstan-

Buersche Zeitung 21.8.1972

Fast geschlossen begrüßten die des der Jungsozialsten wurde mit 47 gegen fünf Stimmen angenom-men. Darin heißt es: Neubewerber men. Darm neist es: Neubewerber für ein Bundestagsmandat sollten sich... nicht durch Karrierenden-ken auszeichnen, sondern durch klare politische Positionen zu den Grundfragen unserer Gesellschaft. Ein hohles Bekenntnis zu Refor-Ein hohles Bekenntnis zu Refor-men reicht nach Meinung der Jung-sozialisten nicht aus, sozialdemo-kratische Politik als eine gesell-schaftsverändernde glanbwürdige zu vertreten und zu praktizeiren. Die Jungsozialisten sehen in dem Genossen Poß den Kandidaten, der sowohl über eine fundlerte demokratisch-sozialistische Position ver-fügt, als auch über die Fähigkeit, den Anforderungen eines Bundestagsabgeordneten gerecht zu wer-

> Angenommen wurde auch der Antrag der Delegierten der Juso-Arbeitsgemeinschaft Schalke, ei-nen "Gegenkandidaten" zu suchen, da die amtierenden Gelsenkirchener Bundestagsabgeordneten (Löb-bert und Gertzen) "ungenügend er-schienen und außerdem Doppelmandatsträger sind".

Die Jungsozialisten in Gelsenwollen außerdem einen indigen Wahlkampfbeigeigenständigen Wahlkampfbei-trag" leisten. Zu diesem Zweck wurde eine 29köpfige Juso-Wahlwurde eine 29köpfige Juso-Wahl-kampfkommission gebildet. Vorge-sehen sind, wie Vorsitzender Hans Frey mitteilte, drei Großveranstal-tungen, der Einsatz eines Infor-mationsbusses und ein Marktsfand der Jungsozialisten, der Anlaß zur Diskussion über die Preiserhöhun-gen geben soll. Daneben will mat auch wieder in der "Diaspora", nämlich in der "schwarzen Hoch-burg" Bocholt aktiv werden.

In einem Referat zur Kandidan einem Referat zur Kandida-tenaufstellung teilte Klaus Hei-mann, Mitglied im Juso-Vorstand des Bezirks Westliches Westfalen, mit, daß der Wahlkampfbeitrag der Jungsozialisten am ersten Septem ber mit einer bundesweiten "Anti-Rechts-Kampagne" einsetze. Diese ber mit einer bundesweiten "Anti-Rechts-Kampagne" einsetze. Diese Aktion, die die Gelsenkirchener Jungsozialisten durch ihre "Anti-Springer-Kampagne" mittragen, ist als "Offensive gegen die Verleum-dung von rechts" gedacht.

In der Diskussion um die Auf-stellung von Gegenkandidaten kristeilung von Gegenkandidaten kri-tisierte einer der Delegierten: "Sol-len Jungsozialisten ihre Position ausgerechnet in der Zeit des Wahl-kampfes verdeutlichen?" Hans Frey konterte, der Wahlkampf müs-se so geführt werden, daß die Position der SPD klar werde. Stimmengewinne der SPD in Bremen,



Delegierten der zirkskonferenz begrüßten fast ge-schlossen Jochen Poß' Kandidatur für die neuen Bundestagswahlen.

Baden-Württemberg und München hätten gezeigt, daß eine "offensive Position" im Wahlkampf eher ei-nen Zuwachs an Stimmen bringe.

Auch Jochen Poß vertrat die An-sicht: "Die PSD muß viel offensisicht: "Die PSD muß viel offensi-ver werden". Der Bevölkerung sei vor Augen zu führen, daß die CDU, die ihren Wahlkampf mit einer Fül-le von Industriespenden führe, wohl kaum die Interessen der Iohn-abhängigen Mehrheit vertrete. Zur abhangigen Menrheit vertrete. Zur Diffamierung von Jungsozialisten als "rote Buhmänner" meinte Poß, die Juso hätten das Godesberger Programm nur weiter diskutiert und es mit neuem Inhalt versehen. Wie Werner Kuhlmann, Beauf-

Wie Werner Kuhlmann, Beauftragter des Unterbezirks-Parteivor-standes für die Jungsozialisten, lehnte auch Jochen Poß die von Klaus Heimann vertretene Forderung ab, nach Möglichkeit nicht mehr mit der FDP zusammenzugehen: "Die Koalition steht im Mittelpunkt."

Damals fand ich, Brandt hätte mehr auf die Pauke hauen sollen. Heute weiß ich, dass er in dem aufgeheizten Klima immer wieder bremsen musste, um zu verhindern, dass wir uns zu unüberlegten Handlungen hinreißen ließen.

Dann gab es am Vorabend des Misstrauensvotums eine Großkundgebung auf dem Rathausplatz in Bonn, zu der der Juso-Bundesvorstand, die Falken, die Jungdemokraten und noch einige andere Jugendverbände aufgerufen hatten. Der Andrang war so groß, dass die Einfallstraßen nach Bonn heillos verstopft waren. Als wir uns endlich doch noch bis zum Rathaus durchgeschlagen hatten, wurde die Veranstaltung gerade beendet.

Enttäuscht waren wir trotzdem nicht, denn der Sinn der Sache hatte sich erfüllt: Die demokratische Jugend der Republik hatte machtvoll demonstriert, was sie von dem Versuch der CDU/CSU, Brandt als Bundeskanzler zu stürzen, hielt - nämlich rein gar nichts!

*

Am Tag des Misstrauensvotums herrschte in Gelsenkirchen Generalstreikstimmung. Am Vormittag lief nichts mehr. Die Straßenbahnen standen still, in vielen Betrieben hatte man die Arbeit niedergelegt, und etliche Geschäfte hatten vorübergehend geschlossen, da sowieso keine Kunden zu bedienen waren. Alles hockte vor den Fernsehern, die die Geschehnisse live aus dem Bundestag übertrugen.

Ich weiß nicht, was geschehen wäre, wenn das Misstrauensvotum Erfolg gehabt hätte. Mit Sicherheit hätte es mittlere Erdbeben gegeben - Richterskala nach oben offen. Doch glücklicherweise hat die Entwicklung einen anderen Verlauf genommen.

Selbstverständlich saß auch ich zitternd und bebend zusammen mit meiner Mutter vor der "Glotze" in unserem Wohnzimmer.

Dann die Erlösung!

Mit starrer Miene verkündete Bundestagspräsident Kai Uwe von Hassel das Ergebnis, das in einem vielstimmigen Jubel unterging, nicht nur im Parlament, sondern auch in ganz Gelsenkirchen und im Wohnzimmer der Familie Frey.

*

Nun geschah noch etwas Erstaunliches!

Meine Mutter hatte ganz oben auf einem Regal eine Flasche Sekt für einen ganz besonderen Zweck liegen. Sie sollte nämlich erst dann geöffnet werden, wenn sich die ersehnten sechs Richtige im Lotto eingestellt hätten.

In diesem Moment war selbiger Vorsatz passé.

"Jetzt trinken wir ein Glas Sekt, Lotto hin oder her!" sagte meine Mutter und köpfte die "heilige" Flasche. So kam das prickelnde Getränk doch noch zu Ehren, da es anderenfalls wohl auf dem Regal verrottet wäre.

Denn sechs Richtige im Lotto hat meine Mutter nie gehabt.

SPD-Mitgliederwerbung

Beitritte nach Sympathicheweisen

Delegierte geschlossen für Ostverträge

Eine solche Solidarisierung mit der Politik Willy Brandts, wie sie in der vergangenen Woche erfolgte, sei noch nie dagewesen, sagte Werner Kuhlmann, MdL, stellvertretender Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Gelsenkirchen, zu Beginn des Unterbezirksparteitages Dienstag abend im Hans-Sachs-Haus. Zwei Ortsvereine wollten denn auch die Situation nutzen und die "deutlichen Sympathiebeweise in Beitrittserklärungen" verwandeln.

ve Mitgliederwerbung wurde von Strauß, Barzel und Co. von den Delegierten einstim- einfach lächerlich" und versimig angenommen, um — so die cherte, daß auch die Frauen Begründung - der SPD-Poli-Brandts Ostpolitik bejahten. tiik eine breitere Basis zu si- Juso-Vorsitzender Hans Frey chern. Einige 100 Eintritte wa- erklärte Gleiches für die Jungren in der letzten Woche in Gel-sozialisten, kritisierte jedoch, senkirchen schon zu verzeich- daß "dieser Parteitag im eige-

tag im Zeichen der Einmütig- internen Versammlung vorgeikeit und Geschlossenheit. Kein zogen. Wunder — es ging ausschließlich um die Ostverträge, Unterbezirksvorsitzender und MdB nötig, daß der Unterbezirk sich Josef Löbbert referierte über dazu meldet und sich dabei abdie Ostpolitik der Bundesregierung: "Der Aussöhnung mit dem Westen folgt jetzt die Aussöhnung mit dem Osten." Dabei sei man sich der Zustimmung der westlichen Verbündeten sicher, "Sie würden auch auf Entspannungskurs zu lösen, soll der Bundestag weitersegeln, wenn wir in Ab- jetzt aufgefordert werden, die stinenz verharrten."

IM EIGENEN SAFT

Frauen-Arbeitsgemein- fen.

Der Antrag für eine intensi-|schaft, fand die "Argumente nen Saft schmort". Er hätte eine Ohnedies stand der Partei-|öffentliche Veranstaltung der

> Dazu Kuhlmann: "Es ist auch grenzt von Gruppen, die ebenfalls für die Ratifizierung der Ostverträge sind - aber aus völlig anderen Gründen."

MANDATSRUCKGABE

Um das Überläufer-Problem rechtlichen Voraussetzungen für eine Mandatsrückgabe an die Partei bei Gesinnungswechsel Ruth Kowalski, Vorsitzende eines Abgeordneten zu schaf-

WAZ vom 4.5.1972

18. Die Partei hinter der Partei

Jetzt muss ich von einem Phänomen berichten, das einmalig in der SPD-Geschichte Gelsenkirchens ist.

Die Phase des innerparteilichen Umbruchs zwischen 1970 und 1975 führte nämlich dazu, dass sich *hinter* den offiziellen, d. h. hinter den von der Satzung vorgesehenen Organisationsstrukturen der Partei neue Strukturen bildeten, in denen die *eigentliche* Willensbildung stattfand. Bildhaft gesagt: Wie beim Film lief der Streifen auf der Leinwand ab, gedreht wurde er aber woanders.



Am Beginn dieser Entwicklung stand die Tatsache, dass wir einer gewaltigen Übermacht gegenüberstanden, die nicht nur alle Entscheidungsgremien der Partei beherrschte, sondern auch über den Apparat und über die informellen Kanäle verfügte. Außerdem hatte sich um Löbbert eine Art Kungelkreis gebildet, der intern wichtige Sitzungen vorbereitete.

Dieser wurde "Waldhauskreis" genannt, da er sich in der Buerschen Gaststätte "Waldhaus" traf. Später verlegte man die Zusammenkünfte in das Jugendheim an der Düppelstraße, ein Ort, den wir dann scherzhaft als die "Düppeler Schanzen" bezeichneten.

Und was hatten wir?

Wir hatten die Juso-Organisation selbst, die aber unter Aufsicht des Parteiapparates stand, wir hatten eine verschwindend geringe Anzahl von Spitzengenossen als Bündnispartner, und wir hatten vereinzelt und mehr zufällig Kontakte zu Genossinnen und Genossen in den Ortsvereinen und den anderen Arbeitsgemeinschaften, die mit uns sympathisierten. Das war's schon.

Es ging also kein Weg daran vorbei: Wollten wir wenigstens ansatzweise Paroli bieten können, mussten wir eigene Informations- und Kommunikationsstrukturen aufbauen, die weit über den kleinen Jusobereich hinausgingen. Das war notwendig und eine zwingende Voraussetzung dafür, um so etwas wie eine halbwegs ernstzunehmende "Gegenmacht" organisieren zu können.

Um diese Erkenntnis in die Tat umzusetzen, trafen sich eines Tages sechs Menschen unter einem Apfelbaum. Das sollte die eigentliche Geburtsstunde einer schlagkräftigen innerparteilichen Opposition sein, die schließlich zur Mehrheit wurde.

19. Konspiration unter dem Apfelbaum

So traf sich denn auf Anregung von Heinz Meya irgendwann im Frühling 1971 (ich meine, es muss in dieser Zeit gewesen sein) erstmalig eine Gruppe von sechs Menschen unter einem Apfelbaum im Garten von Kurt Bartlewski an der Frankampstraße in Gelsenkirchen-Erle. Außer den beiden bereits Genannten gehörten dazu: Egbert Reinhard MdL, Joachim Poß, Kurt Woiwod und ich.

Heinrich Meya

Zweifellos hat sich Heinz Meya große Verdienste bei der geschilderten Veränderung der GE-SPD erworben. Ohne ihn wäre vieles nicht möglich gewesen. Dies ist m. E. zu wenig gewürdigt worden.

Dennoch hatte er eine Achillesferse. Sie bestand aus meiner Sicht darin, dass er, ein hochintelligenter und gebildeter Mann, politisch zu sehr Taktiker und "Eventpolitiker" und persönlich zu sehr auf Repräsentationsposten fixiert war. Sein Hang zu klingenden Titeln wie auch seine wiederholten Versuche, sich mit einem internationalen Flair zu umgeben, waren da nur die Spitze des Eisbergs.

Inhaltlich habe ich ihn als sozialdemokratischen Linksliberalen verortet, der sich für den sozialen Ausgleich einsetzte, sich aber bei der Operngala bedeutend wohler fühlte als in der Laubenkolonie. So waren ihm die Jusos wohl auch nur als Bündnispartner wichtig gewesen, während ihm ihre gesellschaftspolitischen Vorstellungen letztlich immer fremd geblieben waren.

Mir scheint, dass die politische Isolation, in die er nach 1976 zunehmend geriet, und die schlussendlich zu seinem politischen Scheitern führte, viel damit zu tun hat.

Nebenbei: Der einzig "Neue" im Bunde war für mich Kurt Bartlewski. Wie mir heute auffällt, ist mir merkwürdigerweise wenig über seine Vorgeschichte bekannt. Jedenfalls stieß er über Heinz Meya zu uns und fungierte in diesen Tagen als eine Art Privatsekretär von Heinz, wie überhaupt Kurts Talente weniger im Inhaltlich-Konzeptionellen, sondern weit mehr im Organisatorischen zu finden waren. Hinzu kam ein durchaus einnehmender, "kumpelhafter" Umgang mit anderen Menschen, der aber auch eine doppelbödige Seite hatte.

Egbert Reinhard

Für mich hat Egbert Reinhard als Person und Politiker eine ungleich größere Rolle gespielt als Heinz Meya. Er war für mich Mentor, Ratgeber, Lehrer, Mitstreiter, Kumpel und Freund in einer Person. Dreißig Jahre lang sind wir einen gemeinsamen politischen Weg gegangen, und auch in seinem Ruhestand (bis zu seinem Tod) hatten wir engen Kontakt.

Egbert, der ein festes links-sozialdemokratisches Weltbild hatte, war ein ebenso sachkundiger wie gewiefter Politiker. Immer wieder überraschte er mit treffsicheren Einschätzungen und Voraussagen politischer Vorgänge, sodass er auch respektvoll "der Fuchs" genannt wurde. Natürlich war auch er nicht ohne Fehl. Seine z. T. rüde Art machte ihn umstritten, und politisch war er in seinen Mitteln zuweilen nicht zimperlich.

Das wiederum schmälert seine Leistungen nicht. Dreißig Jahre lang gehörte er zu den dominierenden SPD-Politikern in GE und darüber hinaus. Mit seinen klaren inhaltlichen Positionen, seinem unermüdlichen Einsatz für mehr Demokratie und Gerechtigkeit und mit seinen Erfolgen (z. B. Erhalt der Alten Post, Fachhochschule für Verwaltung u. v. m.) hat er politische Maßstäbe gesetzt, die heute noch zählen.

Und dass ohne ihn der Umbruch in den 70ern kaum vorstellbar ist, versteht sich fast von selbst.

Niemand (vielleicht außer Kurt selbst) dachte in diesen Tagen daran, dass Kurt Bartlewski einmal Oberbürgermeister werden sollte, geschweige denn daran, welch unrühmliches Ende seine politische Karriere nehmen würde. Doch davon später.

Aus dem ersten Treffen wurden regelmäßige Zusammenkünfte. Hier wurde diskutiert, analysiert und koordiniert. Hier wurden neue Ideen geboren, strategisch-taktische Fragen besprochen und das weitere Vorgehen abgestimmt. Kurz: Diese "Sechser-Gruppe" war die wirkliche Keimzelle der Veränderung!

Die Gruppe wäre höchstwahrscheinlich nicht (v. a. nicht in ihrer Durchschlagskraft) möglich gewesen ohne das fortschrittliche gesellschaftlich-politische Klima jener Zeit. Andererseits wäre *ohne* sie der Umschwung in der Orts-SPD auch nicht möglich gewesen.

Wir waren es, die das allgemeine, mehr diffuse Gefühl nach Veränderung für die Gelsenkirchener Verhältnisse politisch auf den Punkt brachten. Wir setzten es in wirksame politische Aktion um. Die Gruppe war Initiator und Katalysator zugleich, und die Dynamik, die sich aus ihr entfaltete, sollte ungeahnte Kreise ziehen.





Buersche Zeitung vom 31.1.1972: Der samstägliche "Woche zu Woche"-Kommentar, auf den verwiesen wird, war eine Einrichtung, die in der heutigen Lokalpresse undenkbar , wäre. Über eine ganze Zeitungsseite. eng bedruckt, ließ der damalige BZ-Redaktionsleiter die Woche Revue passieren. Da er zudem immer gut informiert war. war die Lektüre dieses journalistischen Kleinods für uns ein "Muss". Auf dem Bild: Karl-Heinz Wittek.

Rege Nachfrage herrschte während der Unterbezirks-Delegiertenkonferenz der Jungsozialisten in Bismarck nach der Ausgabe unserer Zeitung vom 8./9. Januar. Den Delegierten war das Studium des "Von Woche zu Woche"-Kommentars empfohlen worden, der sich mit einem Brief Werner Kuhlmanns (stellvertretender Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Gelsenkirchen) befaßt. Die Juso-Delegierten sollen Brief und Entgegnung auch in ihren SPD-Ortsvereinen bekanntmachen.

20. Fraktionierung

So gut und belebend die Gruppe wirkte, so wurde uns doch relativ schnell klar, dass sie sich im Sinne *organisierter* Kommunikation wesentlich *verbreitern* musste, um die Ziele, die wir uns gesetzt hatten, erreichen zu können. Obwohl alle ihre Verbindungen mit einbrachten, war es doch neben Egbert Reinhard v. a. Heinz Meya mit Assistenz von Kurt Bartlewski, der die vielfältigen Kontakte in die Partei hinein knüpfte und sie zu bündeln begann.

Das hatte zwei Folgen: Einmal schälte sich immer stärker Heinz Meya als *der* für die Gesamtpartei und für die Öffentlichkeit erkennbare "Oppositionsführer" heraus. Zum anderen entstand ein neuer Kreis, genannt der Uhlenkrug-Kreis, weil er sich in regelmäßigen Abständen am Sonntagvormittag in der Buerschen Gaststätte "Uhlenkrug" traf. Der Uhlenkrug-Kreis war so etwas wie ein informeller Ersatz-Parteitag der Veränderungswilligen. So war er auch aufgebaut, bestand er doch aus "Delegierten" aus den diversen Ortsvereinen und Gruppen, die sich uns verbunden fühlten.

Im Uhlenkrug-Kreis wurde nicht nur diskutiert, sondern auch inhaltlich und personell *entschieden*. Hier wurde für die Parteitage und Wahlkreiskonferenzen die Marschrichtung festgelegt. Diese war *verbindlich* und wurde dann auch von den zu uns zählenden Delegierten in den Gremien befolgt. Damit erhöhte sich unser politisches Gewicht enorm.

Es war klar, dass unsere Aktivitäten nicht geheim blieben, und so erfolgte prompt die Gegenreaktion in Form verstärkter Aktivitäten der "Düppeler Schanzen". Witzig war auch, dass beide Seiten öfter "Spione" ausschickten, die beobachteten, wer zu den Treffen der jeweiligen Gruppe ging. Auf diese Weise konnte man schnell feststellen, wer sich zu welcher Seite zählte und wer eventuell falsch spielte.

*

Aus diesen Kreisbildungen ergab sich nun eine regelrechte *Fraktionierung* in der Gelsenkirchener SPD, die jenseits der eigentlich vorgegebenen Willensbildungs- und Entscheidungswege die Politik bestimmte.

Dazu muss gesagt werden, dass informelle Gruppenbildungen in Parteien bzw. in Organisationen (ja überhaupt in jeder menschlichen Gruppe) etwas ganz Normales sind.

Im realen Prozess bilden sich *immer* besondere Interessenslagen, aber auch Sympathien und Antipathien heraus, die sich neben den offiziell vereinbarten Verkehrsformen ihre eigene Kommunikation suchen. Das ist, wie gesagt, normal und unproblematisch.

Problematisch wird es v. a. für eine politische Partei dann, wenn sich diese Gruppen zu *Fraktionen* verfestigen, die die Schlagkraft und das notwendige geschlossene Erscheinungsbild der Partei nach außen hin wesentlich beeinträchtigen oder sogar zunichte machen. Um die Geschlossenheit wiederherzustellen, ist es mit Einheitsappellen und Harmoniebeschwörungen aber nicht getan, sondern es gibt in dieser Situation nur drei Möglichkeiten:

- ► Entweder wird der Konflikt, der der Fraktionierung zugrunde liegt, politisch dadurch gelöst, dass sich die Fraktionen auf einen Konsens einigen.
- ▶ Die zweite Möglichkeit ist, dass sich eine der Fraktionen machtpolitisch durchsetzt.
- ▶ Die dritte und schlechteste Möglichkeit ist, wenn die Fraktionierung zur unversöhnlichen Dauereinrichtung wird. Das wird die Handlungsfähigkeit der Gesamtpartei auf längere Sicht gesehen gravierend beschädigen mit der Konsequenz eines nachhaltigen Bedeutungsverlustes.

Deshalb war uns auch in dieser Zeit schon klar, dass das Auseinanderfallen der GE-SPD in zwei Fraktionen nur vorübergehend akzeptabel war. Wollten wir eine inhaltliche und personelle Neuaufstellung der Partei erreichen, musste zwar eine derartige Übergangssituation in Kauf genommen werden, eine Dauererscheinung aber durfte dieser Zustand auf keinen Fall werden.

Also musste der Konflikt politisch gelöst werden, wobei wir uns von den o. g. drei Möglichkeiten für die zweite entschieden.

21. Von der "Uhle" zum "Lili-Kreis"

Jenseits dieser mehr politiktheoretischen Überlegungen gab es auch ganz handfeste Gründe, warum der Uhlenkrug-Kreis nach unserem Sieg nicht überleben durfte und konnte.

Schon in seiner Entstehungszeit und dann in seinen Hochzeiten gab es immer diejenigen, die schwerpunktmäßig an neuen Inhalten interessiert waren, während für andere die Personalpolitik im Vordergrund stand.

Diese Aussage möchte ich an dieser Stelle noch nicht als Bewertung verstanden wissen, denn die Binsenweisheit, dass Politik von Menschen gemacht wird, impliziert zuerst einmal die prinzipielle Gleichrangigkeit beider Bereiche. Eine neue Politik kann in der Regel auch nur mit und von neuen Personen gemacht werden. Insofern hatte ich auch nie ein Problem damit, über die Neubesetzung von Funktionen und Mandaten zu reden - vorausgesetzt, die Infragekommenden hatten sich inhaltlich ausgewiesen.

Hier aber lag der Hase im Pfeffer. Von Anfang an war der Uhlenkrug-Kreis keine geschlossene ideologische Einheit (etwa im Sinne von "links", so wie es die Jusos zu verstehen meinten), sondern ein Bündnis von Leuten mit z. T. sehr unterschiedlichen Anschauungen, Einstellungen und Motiven.

Ich brachte das damals auf den vergröberten Nenner, dass der Uhlenkrug-Kreis eine Koalition zwischen dem liberalen und dem linken sozialdemokratischen Flügel in Gelsenkirchen sei. Kurzerhand taufte ich ihn in "Lili"-Kreis um ("Lili" = Abkürzung für links-liberal), und überraschenderweise bürgerte sich der neue Name mit rasender Geschwindigkeit in der Parteisprache ein. Fortan wurde fast nur noch vom Lili-Kreis gesprochen, womit ja indirekt die von mir skizzierte Widersprüchlichkeit der Truppe bestätigt wurde.

Tatsächlich war selbst der Begriff "links-liberal" geschönt, da sich z. B. die mächtige IGBE (Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, heute IGBCE) zu einem tragenden Standbein des Lili-Kreises entwickelte. Was die traditionell konservative und "rechte" IGBE dazu veranlasste, bei uns einzusteigen, soll hier nur angedeutet werden. Man muss wissen, dass zu Beginn der 70er Jahre die GE-SPD immer noch eine reine Gewerkschaftspartei war. Mehr oder weniger offen bestimmte die Solidarität zu dieser oder jener Gewerkschaft auch das Abstimmungsverhalten auf dem SPD-Unterbezirks-

Parteitag.

Nun gab es offensichtlich eine intensive Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen Dienst (ÖTV und GdP), der IG Metall und der IG Chemie, welche sich nicht zuletzt an der Gewerkschaftszugehörigkeit der amtierenden Spitzengenossen ablesen ließ - Löbbert: IG Chemie; Urban: IG Metall; Gertzen, Kuhlmann, Nuth: öffentlicher Dienst. In dieser Konstellation fühlte sich die IGBE an den Rand gedrückt und in der SPD nicht richtig berücksichtigt. Es lag also nahe, sich der aufkommenden innerparteilichen Opposition anzuschließen, um die eigene Position zu stärken.

Der dominierende Repräsentant der IGBE im Lili-Kreis war der Gewerkschaftssekretär Heinz Menzel, der dann über zwei Jahrzehnte lang zu den einflussreichen Personen in der GE-SPD zählen sollte. Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich Heinz Menzel nie gemocht habe - und das beruhte auf Gegenseitigkeit. Als Student gehörte ich für Menzel zu den akademischen Spinnern, "die noch nie "ne Schüppe in der Hand gehabt haben". Zum Ausgleich war Menzel in meinen Augen ein bornierter Betonkopf mit spießbürgerlichen Ansichten.

Es mag sein, dass sich diese Einschätzungen in den folgenden Jahren differenzierten, die Distanz zwischen Heinz und mir ist aber immer geblieben - nicht zuletzt auch deshalb, weil Heinz Menzel auch mit unfairen Mitteln immer wieder versuchte, mir Steine in den Weg zu legen.

Nun gut, in der Politik muss man sich nicht mögen, geschweige denn lieben. Wichtig ist, dass man einigermaßen zusammenarbeiten kann. So akzeptierte ich Heinz Menzel als notwendiges Übel, so wie er mich als leider nicht zu verhindernden Faktor in der Gesamtpolitik zu schlucken hatte. Wir beide wollten schließlich Mehrheiten haben, und die waren ohne Kompromisse nicht zu bekommen.

*

Der Niedergang bis hin zum endgültigen Zerfall des Lili-Kreises hatte aus meiner Sicht mehrere Ursachen mit unterschiedlicher Wertigkeit. Nachdem die Riege um Josef Löbbert ins definitive politische Aus geschickt worden war - wie das genau geschah, berichte ich gleich -, gab es schlicht keinen Grund mehr für die Weiterexistenz des Lili-Kreises. Denn einerseits waren mit dem Aus auch die "Düppeler Schanzen" zusammengebrochen, und andererseits konnte man ja schlecht gegen sich selber "konspirieren".

Wir hatten also - übrigens auch aus grundsätzlichen Erwägungen (siehe oben) - ein ureigenes Interesse daran, die Willensbildung der Partei wieder in die dafür vorgesehenen Bahnen zu lenken.

So geschah es, und das war auch gut so.

Indes wurde das relativ jähe Ende des Lili-Kreises (gegen Ende des Jahres 1974) durch interne, immer schärfer zu Tage tretende Widersprüche noch beschleunigt. Gab es, wie ich eben aufgezeigt habe, schon von Anfang an eine gewisse Spannung zwischen den Prioritäten Personal- oder Sachpolitik, so tauchten im Laufe unseres zunehmenden Erfolges immer mehr Leute auf, die den Braten rochen und einfach zu den Gewinnern gehören wollten. Pointierter formuliert: Die Zahl der Trittbrettfahrer und Opportunisten nahm in erschreckendem Maße zu.

Das korrespondierte mit der sich vehement verstärkenden Neigung v. a. bei Heinz Meya und Kurt Bartlewski, endlich zum Durchbruch zu kommen. Für sie hieß das, auch dort Koalitionen zu schmieden, bei denen es nur noch um Stimmenkontingente, aber nicht mehr um Inhalte ging.

*

Ein absoluter Höhe- bzw. Tiefpunkt dieser Entwicklung traf mich wie ein Hammer, und ich nehme an, einigen anderen ging es genauso. Eines Sonntagmorgens betrat ich, nichts Böses ahnend und völlig uninformiert über die geheimen Kungeleien, die sich - nicht ohne Absicht - über meinen Kopf hinweg in den Vortagen ereignet hatten, den Versammlungsraum des Uhlenkrugs. Eine der vielen Sitzungen des Lili-Kreises stand wieder an.

Da sah ich ihn! Ich glaubte, meinen Augen nicht zu trauen, denn inmitten der altbekannten Mitstreiter saß mit treuherzigem Augenaufschlag *Hans Gertzen*. Er, der das sinkende Löbbert-Schiff erkannt hatte, hatte die Seiten gewechselt!

Ich war empört. Nur - alle meine Emotionen nutzten nichts, denn den machtpolitischen Argumenten konnte ich kaum etwas entgegen setzen. Das Argument: Weder wir noch die Löbbert-Gruppe (ohne Gertzen) hatten die Mehrheit auf dem Parteitag. Damit war Gertzen zum Zünglein an der Waage geworden, denn er verfügte über eine ihm treu ergebene Anhängerschaft von ca. vierzig Delegierten. (Deshalb nannte ich ihn von da ab "die innerparteiliche FDP".) Der Deal: Er brachte "seine" Stimmen in unser Lager ein, womit die Mehrheit perfekt war.

Dafür versprach man ihm eine weitere Ratsperiode und eine weitere Runde als MdB - nebenbei auch eine klare Verletzung des Antidoppelmandatsbeschlusses.

Diesem ganzen Konstrukt konnte ich nur vehement widersprechen, indem ich darauf hinwies, dass die Zeit sowieso für uns arbeiten würde. Es würde bei einem Verzicht auf den Deal eben nur länger dauern, dafür aber würden wir die Sache sauber und unbelastet über die Bühne bringen können.

Natürlich drang ich nicht durch, und zwar hautsächlich deshalb nicht, weil wir ja nicht nur den UB-Vorstand, sondern v. a. auch die Ratsfraktion verändern wie auch bei den überörtlichen Mandatsträgern Verschiebungen erreichen wollten.

Wäre es nur um die Parteigremien gegangen, wären weitere zwei Jahre nicht unbedingt ins Gewicht gefallen. Aber es ging um die anstehenden allgemeinen Wahlen, und da gab es eben in 1974/75 gesetzlich vorgeschriebene Wahlkreiskonferenzen zu absolvieren. Nutzte man diese nicht, hieß es, weitere vier bzw. fünf Jahre warten zu müssen - mit all den Unwägbarkeiten, die sich in dieser für die Politik langen Zeit ergeben könnten.

Das leuchtete mir trotz heftiger politischer Bauchschmerzen ein. Zuzugeben ist auch, dass auch ich endlich Licht am Ende des Tunnels sehen wollte. Wir hatten über vier Jahre lang richtig hart gearbeitet. Jetzt wurde es Zeit für einen echten Sieg. Lange Rede, kurzer Sinn: Ich fügte mich zähneknirschend und trug die sich ergebenden Konsequenzen mit.

*

Ungefähr zeitgleich zu Gertzen (es mag etwas früher oder später gewesen sein) wechselte auch Werner Kuhlmann die Pferde. Bei ihm sah und sehe ich die Angelegenheit allerdings anders als bei Gertzen, denn Werner Kuhlmann war der *Einzige* der betroffenen Doppelmandatsträger, der den Beschluss nicht nur verbal anerkannt, sondern ihn auch befolgt hatte. Noch während der laufenden Ratsperiode gab er sein Stadtverordnetenmandat zurück.

Es bleibt dahingestellt, ob Werner Kuhlmann aus politischer Cleverness oder aus Überzeugung handelte. So wie ich ihn kenne, spielte wohl beides eine Rolle.

Auf alle Fälle *handelte* er, während die anderen (Jupp Löbbert sogar explizit in einem WAZ-Interview) deutlich machten, dass sie nicht im Traum daran dächten, den Beschluss zu respektieren.



Dieses Verhalten, das weit über unseren Kreis hinaus ins demokratische Herz der Partei traf, wurde Jupp Löbbert und Heinz Urban nicht verziehen. Das war, so meine ich, einer der entscheidenden Punkte für ihr politisches Scheitern.

Immerhin kann man ihnen trotz ihrer die Partei desavouierenden Haltung in der Doppelmandatsfrage eine gewisse generelle Geradlinigkeit nicht absprechen, auch wenn diese zuweilen einer unpolitischen Sturheit verdächtig nahe kam und sie auch sonst politisch falsch lagen.

Unabhängig davon war also Werner Kuhlmann im demokratischen Ansehen durch diese Vorgänge "geadelt" worden, sodass man, ohne groß zu diskutieren, ein Auge zudrückte, als er 1975 Oberbürgermeister wurde, gleichzeitig aber noch ein letztes Mal eine Runde als Landtagsabgeordneter drehen durfte.

*

OB Werner Kuhlmann auf SPD-Parteitag:

.etzte Periode mit Donnelmandat-Streß

Hauptthema: Vertrauensarbeit in GE entwickeln — Das Rentendebakel wirkt noch stark nach

Wenig Pfeifer enthielt der Organisationsparteitag der SPD Donnerstag abend in der Gesamtschule, Unter dem Eindruck des vom Rentendebakel begleiteten Regierungsstarts warb Unterbezirksvorsitzender Werner Kuhlmann bei den 255 Delegierten um weiteres Vertrauen für die Partei und ihre Mandatsträger. Anhand des Orientierungsrahmens 85 und unter Einbezug kommunaler Erfolge gab er viele Anregungen, die helfen sollen, bei den über 12 000 Mitgliedern und der Bevölkerung die Vertrauensbasis zu stärken.

Dazu sollen die Überwin- und Wahrheit in der Politik, ralangriff auf die Lohntüten meinte gegen Qualitätsbedendung der Arbeitslosigkeit, vor gelte es die Demokratie zu statt. Hans Frey wollte die ken von Heinz Menzel, daß in allem bei der Jugend, eine stärken. Die Partei müsse jersten betrage der Wirtschrehn zur hahre einsehbaren Fällen eine Ausstärkere Demokratiserung von des Mitglied ernst nehmen. Statat und Gesellschaft (Milbe- Ziel sei, ein Konzept für die stimmung), die Festigung der Vertrauensarbeit in Gelsenkirsten zur hahre die hen von Heinz Menzel von Gestellt wissen, sei. Statat und Gesellschaft (Kultbe- Ziel sei, ein Konzept für die Merzen die Kertragen Gerade die zeigte Rudi Schimanski den Mahlet bei dem Gemekratischer Freihelt beitragen. Gerade die zeigte Rudi Schimanski den Arbeitslosigkeit bereite den Vertrauensschwund durch die Arbeitslosigkeit bereite den Vertrauensschwund durch die Renten über alles reden könferen Ausstellen den Süngern sowie Klarheit im Eliäteerhöhung im Bundestag Dafür haben wir uns alle öfden Bürgern sowie Klarheit auf. Zur Zeit finde ein Gene- lentlich verbürgt."

Große Mehrheit: Juso-Alter nicht senken

mommen:

der Unterbezirk wendet sich einschiedung parallel zur Paride Dazu berichtete Meye, daß in NRW 22 Mandate zu vergenetschieden gegen eine Herab-

Mit großer Mehrheit wurden setzung der Juso-Altersgrenze, man nur Kandidaten aufstellen, zwei von Prof. Dr. Meya bedie den Tod der Arbeitsge- die kein Bundes- bzw. Landgründete Initiativanträge angemeinschaften und damit der tagsmandat haben.

Millensbildung parallel zur Par
Willensbildung parallel zur Par-

WAZ vom 29.1.1977

Für Puristen bleibt sicherlich der Makel, dass im Interesse einer machtpolitischen Verschiebung ein inhaltliches Kernstück der "Neuen" (zumindest partiell und zeitweise) auf Eis gelegt wurde. Als Realpolitiker, der eben auch das taktische Vorgehen zu berücksichtigen hat, mache ich indes keinen Hehl aus meiner Auffassung, dass ein derartiges Verfahren dann vertretbar ist, wenn es sich nach der Devise "aufgeschoben, aber nicht aufgehoben" richtet - ehrliche Absicht vorausgesetzt.

Da die Gelsenkirchener SPD ab 1980 bis heute niemandem mehr ein Doppelmandat erlaubt hat (auch Kurt Bartlewski nicht, der Ende der 80er Jahren Landtagsabgeordneter werden, zugleich aber Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion bleiben wollte) ist das Ziel erreicht worden. Insofern halten sich, wenn ich an die Gertzen/Kuhlmann-Episode zurückdenke, meine Gewissensbisse in engen Grenzen.

Überhaupt stellt sich jedem, der politisch tätig ist, ständig die Frage, wie viel Taktik, oder in einem erweiterten Sinn, wie viel Kompromiss gegenüber eigenen Inhalten statthaft ist, und die Entscheidung über die richtige Gewichtung ist durchweg schwer. Dennoch muss man ihr (sogar im Alltagsleben) die Stirn bieten. Kompromisse, die übrigens etwas anderes sind als Opportunismus, sind nie schön, aber sie helfen in der Regel, das Zusammenleben erträglicher zu machen. Wer das nicht versteht, sollte die Finger von der Politik lassen.

Exkurs 4: Trauriges Nachspiel

Hatte sich Werner Kuhlmann, wie oben geschildert, durch sein Verhalten auch bei uns jungen "Revoluzzern" ein gewisses Ansehen erworben, so war es bei Hans Gertzen anders. Hier war es nur die reine machtpolitische Faktizität, die ihn noch einige wenige Jahre umworben machte.

Es verwundert denn auch nicht, dass Ende der 70er alles um ihn herum in einem atemberaubenden Tempo zusammenbrach. Und, wie es oft im Leben ist, kam alles gleichzeitig knüppeldick.

Seine Machtbasis zerbröckelte wie trockener Lehm, seine Ehe zerbrach und obendrein hatte er mit einer plötzlichen Krankheit zu kämpfen. Ich will mir die näheren Umstände ersparen und nur noch, was ihn betrifft, eine kleine Geschichte erzählen.

Als ich 1998 die Nachricht von seinem Tod erhielt, entschloss ich mich, Vergangenheit hin oder her, zu seiner Beerdigung zu gehen. Schließlich war ich SPD-Unterbezirksvorsitzender, und er war, wie immer man es auch bewertete, ein Teil der Gelsenkirchener SPD-Geschichte.

Eingefunden hatte sich ein kleines Häuflein von Menschen; Verwandte und engere Bekannte ohne, soweit ich das beurteilen konnte, SPD-Bezug.

Von der Partei war nur noch Egbert Reinhard da.

Uns beide, die wir immer ausgewiesene innerparteiliche Gegner von Hans Gertzen gewesen waren, berührte es schon, dass von seinem ganzen "Gefolge", seinen "Freunden" und "Kumpels", die ihn bejubelt und durch die Bank von seiner fragwürdigen Klientel-Politik profitiert hatten, keiner den Weg zum Friedhof gefunden hatte.

Nichts war übrig geblieben.

Fin Menetekel?

22. Der Lili-Kreis muss weg!

Schließlich gab es ein Ereignis, welches mich noch stärker prägte als das Gertzen-Wendehalsmanöver. Es überzeugte mich sozusagen ultimativ davon, dass der Lili-Kreis so schnell wie möglich wieder in der Versenkung zu verschwinden hatte.

Der Hintergrund:

1975 gab es zeitgleich zur Kommunalwahl auch die Landtagswahl. Das bedeutete, dass in 1974 die MdL-Kandidaten aufzustellen waren, und wie das nun unter den bekannten Umständen üblich war, fand die "echte" Nominierung nicht auf der Wahlkreiskonferenz (hier wurde nur noch formal nachvollzogen), sondern im Lili-Kreis statt. Wir hatten drei Wahlkreise zu besetzen. Werner Kuhlmann und Egbert Reinhard waren unstrittig. Offen war der dritte Wahlkreis, für den Karlheinz Edelbrock für den Bergbauflügel und Kurt Woiwod als Juso antraten. Es kam zur geheimen Abstimmung, und wider Erwarten gewann Kurt Woiwod!

Wir freuten uns unbändig, zumal es nach den bislang geltenden Kautelen eine endgültige und verbindliche Entscheidung war.

Doch weit gefehlt!

Tatsächlich wurde Heinz Meya anschließend von Menzel und der IGBE so unter Druck gesetzt (bis hin zur Aufkündigung des Bündnisses), dass er in die Knie ging und seinerseits eine "Seelenmassage" bei etlichen Mitgliedern des Lili-Kreises durchführte. Dann wurde kurzerhand auf der nächsten Sitzung eine Wiederholung der Abstimmung angesetzt.

Ergebnis: Jetzt bekam Karlheinz Edelbrock die Mehrheit!

Natürlich wollten wir uns diese Ungeheuerlichkeit nicht bieten lassen, doch als Kurt erklärte, er werde im Interesse des Ganzen die Entscheidung akzeptieren und nicht auf der Wahlkreiskonferenz kandidieren, war die Luft raus.

Ich glaube, dass Kurt Woiwod wegen der prekären Gesamtsituation zurückzog, obwohl er, so mein Eindruck, die Sache nie wirklich hat verwinden können.

Vielleicht liegt hier auch ein wesentlicher Grund, warum er später abdriftete und in einer abenteuerlichen Koalition mit dem bereits seinem Untergang entgegengehenden Hans Gertzen versuchte, neues Terrain zu gewinnen. Das alles misslang gründlich, und Kurt verabschiedete sich wohl nicht nur aus beruflichen Gründen aus Gelsenkirchen.



Gruppenbild vor dem Informationsgespräch zwischen IGBE und Jungsozialisten (stehend v. l.): Reimann, Feige, Funke, Mernitzka, Pr Roth, Rex, Mross, Lasthaus; (sitzend v. l.): Kiehne, Frey, Rein hard, Herzmanatus (Vertreter Unterbezirksvorstand), Woiwod. (WAZ-Bild: Kampert)

In Fragen der Energiepolitik

Volle Übereinsti

Gesnräch zwischen IGBE-Vertretern und Juso-Bundesvorstand

Volle Ubereinstimmung in Fragen der Energiepolitik erzielten | wandten sie sich gegen den am Freitag in einem Informationsgespräch Spitzenvertreter der IG Berghau und Energie und der Jungsozialisten in der SPD im Goldberghaus in Buer, Der Meinungsaustausch ging auf eine Einladung von Karl-Heinz Mross (Gelsenkirchen), IGBE-Hauptvorstandsmitglied und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Gesamthetriebsräte der Ruhrkohle AG, nach Kontakten im vergangenen Wahlkampi zurück.

Gesprächspartner außer Mross nahmen von der IGBE Heinz Rex (Hauptvor-stand, Gesamtbetriebsratsvorbundanlage Westerholt/Berg-mannsglück) und Heinz Feige (stelly, Bezirksleiter), von den Juso deren Bundesvorsitzender Juso deren Bundesvorsitzender Wolfgang Roth und sein Stell-vertreter Loke Mernitzka sowie Geschäftsführer Kiehne und Pressesprecher Heinz Detlef Funke, von dem Gelsenkirche-ner Juso-Vorstand Hans Frey, Kurt Woiwod und Jörg Rei-mann und als Vorsitzender des GE-Arbeitnehmerausschusses

in der SPD Egbert Reinhardt (MdL) teil — erwarten von der Bundesregierung einen umfassenden Energieplan.

Grundlage sollen ihrer Mei- sprächspartner.

nung nach die von der IGBE erarbeiteten Vorschläge zur Sicherung des Steinkohlenberg-baus im Rahmen der zukünfistand, Gesamthedreosratsvor baus in Ranmen der Zustamr-sitzender Bergbau AG Gelsen- gen Energie- und Rohstoffver-kirchen), Hubert Lasthaus sorgung sein. Man sprach sich stellv. Betriebsratsvors. Ver- weiter dafür aus, die Offentlichkeit stärker über die Lei-stungen dieses Industriezwei-ges und die sozialen Probleme zu informieren. Einig waren sich die IGBE- und Juso-Vertreter auch darüber, daß lang-fristig die Grundstoffindustrie und besonders die Energieun-ternehmen in Gemeineigentum zu überführen sind.

MITBESTIMMUNG

Auch in den Fragen der Erweiterung der Mitbestimmung, besonders der wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechte, treffen sich die Vorstellungen der Ge-Schärfstens

Riemer-Versuch, die Montan-Mitbestimmung abzuschaffen". Die Regierung und die SPD-Fraktion wurden aufgefordert, die paritätische Mitbestimmung für alle Großunternehmen einzuführen

FREUNDE SUCHEN

Initiator Karl-Heinz Mross will in dem Gespräch keine "Ein-tagsfliegen" sehen: "Wir befin-den uns in einer Entscheidungsphase. Wir brauchen Freunde für eine Entscheidung in unserem Sinne. Deshalb haben wir die Jungsozialisten als demo-kratische politische Organisa-tion um Mithilfe gebeten."

Mross kündigte an, daß in

konsakten Wochen auch Kontakte mit "anderen de-mokratischen politischen Or-ganisationen" gesucht werden

WAZ Gelsenkirchen vom 10.2.1973

Schade! Kurt war ein politisches Talent. Wäre er weniger sprunghaft gewesen, wäre er für die Partei auch langfristig eine Bereicherung gewesen.

Für mich blieb allerdings nicht nur Kurt auf der Strecke, sondern v. a. der Lili-Kreis. Man bedenke: Hätte er auf der WK-Konferenz kandidiert und gewonnen, wäre die Entscheidung nicht mehr revidierbar gewesen.

Warum? Weil die WKK ein ordentliches Gremium mit klaren rechtlichen Rahmenbedingungen ist und kein mehr oder weniger zufällig zusammen gewürfelter Haufen. Im Grunde konnte der Lili-Kreis trotz seiner schwammigen Struktur nur funktionieren, so lange alle Beteiligten einmal getroffene Entscheidungen auch anerkannten. Die Menzel-Aktion offenbarte hingegen, wie leicht diese Struktur manipulierbar war und in Willkürakte abrutschen konnte. Damit war die an sich schon schwache demokratische Legitimation des Kreises endgültig obsolet geworden.

So verstarb der Lili-Uhlenkrug-Kreis, ohne dass ich ihm eine einzige Träne nachweinte. Er war ein zeitlich befristetes Instrument gewesen, das seinen Zweck erfüllt hatte, nicht weniger, aber beileibe auch nicht mehr. Dass er sich genau zu der Zeit auflöste, als seine Existenz schädlich zu werden drohte, ist kein Zufall, aber dennoch ein Glücksfall.

*

Nachzutragen bleibt, dass es dem Bergbauflügel tatsächlich für eine nennenswerte Zeit gelang, wichtige Mandate zu besetzen.

1975 wurde Karlheinz Edelbrock Landtagsabgeordneter (bis 1995). Heinz Menzel wurde 1976 Bundestagsabgeordneter (bis 1990). Ihm folgte Norbert Formanski, ebenfalls Bergbau, als MdB (bis 2002). Der ebenso umgängliche wie unverbindliche Formanski blieb indes eine folgen- und einflusslose Episode, vielleicht ein fleischgewordenes Zeichen für den allgemeinen Niedergang des Bergbaus.

Auch an Karlheinz Edelbrock mag die Bergbauklientel keine so rechte Freude gehabt haben. Der etwas fahrige Karlheinz, ein menschlich angenehmer Zeitgenosse und für einen IGBE-Mann erstaunlich liberal und kunstinteressiert, war und blieb politisch blass. Eine bestimmende politische Rolle spielte er nie.

Dagegen trat Heinz Menzel als harter und einflussreicher Interessenvertreter auf.

Doch ein Handicap (seine Fistelstimme) wie auch menschliche Defizite (sein sprichwörtlicher Geiz stieß selbst seine Kumpel ab) und sein schmales Politikverständnis verhinderten, dass er zu dem großen, allseits geschätzten Arbeiterführer wurde, für den er sich selbst immer gehalten hat.

*

Politisch gelernt habe ich durch den Lili-Kreis eine ganze Menge.

Ich habe z. B. gelernt, wie jenseits des Bürgerkundebuchs Politik in der Suche nach Mehrheiten tatsächlich funktioniert, was es heißt, wenn, wie man salopp sagt, "gemangelt" wird, was Begriffe wie "politische Kommunikation", "Meinungsführerschaft" und "Willensbildung" wirklich bedeuten.

Gelernt habe ich, und darüber bin ich besonders froh, demokratische Politik *realistisch* zu sehen.

Demokratie ist v. a. in der Theorie etwas Großartiges. Das verführt allerdings schnell dazu, ihre Abläufe zu idealisieren und ihre in der Tat hohen Ansprüche bruchlos auf das Alltagsgeschäft zu übertragen. Wird diese Eins zu Eins-Umsetzung z. B. durch die Niederung profaner Interessen oder durch den egoistischen Streit verschiedener Gruppen gestört, neigt v. a. der Unkundige dazu, sofort das Gesamte in Frage zu stellen.

In Wirklichkeit ist die Demokratie genau für diesen Alltag und für die eben nicht idealen Menschen gemacht. Es geht darum, Konflikte zu regeln und Entscheidungen zu treffen und durchzusetzen, ohne dass man sich die Köpfe einschlägt oder Andersdenkende reihenweise in Gefängnisse sperrt. Und, oh Wunder, das geht sogar - aber nur in der Demokratie!

Gelernt habe ich auch, wie wichtig gerade für die Demokratie klare und geordnete Strukturen sind, die Befugnisse, aber auch Begrenzungen haben, die an Recht und Gesetz gebunden und die kontrollierbar, d. h. immer wieder überprüf- und veränderbar sind. Weil man in der Regel Einzelnen wie auch Gruppen - nicht nur in der Politik - niemals restlos vertrauen darf, bedarf es des Ausgleichs und der Kontrolle von Macht.

23. Turbulenzen an der Basis

Wir nähern uns dem Ende des Dramas, das gleichzeitig der Anfang für ein neues Kapitel der Gelsenkirchener SPD-Geschichte war.

Hatte im Prinzip das Jahr 1971 die programmatischen Weichen für eine innerparteiliche Veränderung gestellt, so waren die Jahre 73/74 die Jahre der *praktischen* Entscheidungen, die den "ideologischen Überbau" in konkrete Machtverschiebungen umsetzten. Diese wurden vorbereitet und getragen durch intensive Basisarbeit.

Mittlerweile hatte sich nämlich in fast jedem der damals 28 Gelsenkirchener SPD-Ortsvereine die grundlegende Fraktionierung abgebildet.

Das heißt: In praktisch jedem Ortsverein gab es zwei Gruppen, die sich jeweils "links" oder "rechts" einordneten - wegen der Übersichtlichkeit der Darstellung sei diese Versimpelung gestattet. Während die "Rechten" um den Erhalt ihrer Bastionen kämpften, wollten die "Linken" die Vorstands- und Delegiertenmandate erobern. Das war in der Regel ein zähes Geschäft, bei dem es kaum um umsturzartige Wechsel, sondern durchweg um kleine Schritte ging, die erst in ihrer Summe zu spürbaren Kurskorrekturen führten.

Um nur ein bezeichnendes Datum zu nennen: Ich brauchte in meinem Ortsverein Bulmke geschlagene sechs Jahre (!), um ordentlich gewählter Delegierter zum Parteitag zu werden. Dabei war es selbstverständlich, dass man trotz der vielen Niederlagen in den diversen OV-Wahlen bei der Stange blieb und die berühmtberüchtigte "Ochsentour" machte (vom Unterkassierer zum Bildungsobmann).

Vergleicht man das mit heute, ist das kaum mehr zu glauben.

Denn sollte heute einmal ein junges Gesicht im Ortsverein auftauchen, so wird alles getan, um ihm/ihr sofort die Funktionen auf dem Silbertablett zu servieren. Natürlich ist es gut, wenn neue Mitglieder möglichst schnell in die Arbeit eingebunden werden. Andererseits hat das für die politische Sozialisation auch Nachteile, denn das in der Politik unbedingt notwendige Durchhaltevermögen wird dadurch nicht gefördert. Doch das ist ein anderes Thema.

*

Die innerparteiliche Konfliktlage führte dazu, dass die ansonsten routinemäßig und lustlos durchgeführten Jahreshauptversammlungen in den OVs zu wahren Rennern wurden.

Jede Gruppe mobilisierte ihre Anhänger, und die Tagungsräume waren plötzlich nicht nur rappelvoll, sondern die Versammlungen wurden auch erheblich länger, ja sie zogen sich z. T. bis nach Mitternacht hin.

Streckenweise spielten sich dramatische Szenen ab, wenn z. B. die damalige Bulmker Stadtverordnete Friedel Pfeiffer (Löbbert-Gruppe) ihre schon betagten und todmüden Genossinnen aus dem Seniorenheim an der Deichstraße händeringend zum Bleiben nötigte, weil die wichtigen Wahlgänge auch um 23.30 Uhr immer noch nicht abgeschlossen waren.

An diesem Beispiel zeigt sich ein Gesetz, das generell für die (zivilisierte) Austragung von Konflikten gilt: Je verbissener der Kampf wird. desto formaler wird er!

Hatte man sich in den ruhigen Zeiten satter innerparteilicher Mehrheiten nur marginal um Satzungsfragen und Wahlmodalitäten gekümmert, so rückten sie jetzt ins Zentrum. Notwendig war das allemal, weil die innerparteiliche Demokratie der damaligen SPD neben anderem darunter litt, dass fundamentale demokratische Grundprinzipien nicht oder nur unzulänglich beachtet wurden. Z. B. waren geheime Wahlen in nicht wenigen Ortsvereinen zum Fremdwort geworden. Das wurde eben zügig per Akklamation erledigt, wollte man doch schnell wieder zu Hause sein oder zum geselligen Teil an der Theke übergehen.

Dem schoben wir einen Riegel vor, weil wir strikt auf die Durchführung demokratischer Verfahren bestanden. Da sich in einer Demokratie auch die Inhaber der Macht dem nicht verschließen können, erlebte die Satzung allüberall eine Renaissance - allerdings mit der nicht vermeidbaren Folge, dass die Versammlungen nun deutlich mehr Zeit ins Anspruch nahmen.

*

In dieser Zeit waren Parteiwahlen vor Ort auch oft verwoben mit der UB-Ebene.

Ich erinnere mich noch besonders an eine Jahreshauptversammlung des Ortsvereins Rotthausen, dem Heimat-OV von Jupp Löbbert und Werner Kuhlmann. Sie fand an einem Sonntag im Saal des Volkshauses Rotthausen statt. Das geschah nicht von ungefähr, strömten doch sage und schreibe mehr als 400 (!) Mitglieder zur Wahlurne. Das waren ca. Zweidrittel aller Ortsvereinsmitglieder!

Heute ist es praktisch nicht mehr vorstellbar, dass bei der Wahl eines simplen Ortsvorstandes plus Delegiertenwahl diese Massen zu bewegen sind - abgesehen davon, dass es solch großen Ortsvereine mit über 600 Mitgliedern auch gar nicht mehr gibt.

Bei dieser Versammlung tauchte der halbe UB-Vorstand auf, um die Abläufe mit Argusaugen zu verfolgen. Wir wollten jede Form von Manipulation im Keim ersticken, während wiederum wir von den anderen minutiös observiert wurden.

Wie das Ganze mit welchen Ergebnissen ausging, kann ich nicht mehr sagen. Generell kann ich aber feststellen, dass eines der positiven Ergebnisse unserer "Revolution" die akribische Beachtung der demokratischen Spielregeln in der SPD war. Dies wirkt auch dreißig Jahre später nach, und es gibt keine SPD-Gruppierung in Gelsenkirchen, für die das nicht selbstverständlich ist.

"Etablierte" und "Fortschrittliche" in **Gelsenkirchens SPD streiten schon lange**

Nun zerbrach auch der Vorstand am Gruppen-Kampf – Die Hintergründe der Parteikrise

Von waz-Redakteur WERNER CONRAD

Es begann harmlos (mil einem Bericht über den SPD-Parteitag in Hannover) und endete mit oliener Konfrontation — mit 101 gegen 93 Stimmen bei fünf Enthaltungen forderte der Unterbezirksparteitag Gelsenkirchen der SPD am 10. Mal den fünfzehnköpfigen Vorstand zum Rücktritt auf. Acht Mitglieder des Vorstandes haben inzwischen die entsprechenden Konsequenzen gezogen, der Rest-Vorstand will die Geschäfte welterführen bis zum Neuwahl-Parteitag, der nach seinen Vorstellungen am 4. August stattfinden soll.

teitührern (teitweise identisch ischen des die Auflich in der Fibrungsspitze in Rat und Verwaltung der Stadt) und den sogenannten Fort- schrittlichen, die mehr Demokratie, stärkere Mitarbeit der kante, stärkere Mitarbeit der Genacium Gelossekiere den Auflich und die Unterbezitksebene Itraf. und mehr Transparenz ihr Banner geschrieben Basis und ment transparenz auf ihr Banner geschrieben haben. Die Auseinanderset-zung nahm offene Formen am 10. Mai an: Den Etablierten wurde Gruppenbildung mit Mandatsabsprachen und man-Mandatsabsprachen und man-gelhafte Vorstandsarbeit vor-geworfen; die Fortschrittlichen ihrerseits sahen sich ebenfalls mit dem Gruppenbildungsvor-wurf konfrontiert. Die massivste Attacke ritt Vorstandsmitglied Oberbürger-meister Löhbart geen den

Vorstandsmitglied Oberburgei-meister Löbbert gegen den Beigeordneten Prof. Dr. Meya, Delegierter und Sprecher der Fortschrittlichen, dem er Verfehlungen im Amt vorhielt. Eine Konkretisierung der dabei gefallenen Beschuldigun-gen "Betrug und Urkundenfäl-schung" ist bisher nicht er-folgt; Meya hat seine Inter-

Manchen war der Termin essenvertretung einem Rechts- über. In diesen Rahmen hinein jedoch zu spät — mehr als die sechs satzungsmäßig notwendigen SPD-Ortsvereine haben darum einen Wahl-Parteitag noch vor den Sommerierien beantragt. Im Hintergrund der Gelsen- Kirchener SPD-Krise stehen seit etwa zwei Jahren schweigen habbe wie lende Ausseinandersetzungen zweischen der Ausseinandersetzungen zweischen den etablierten Parteiführern (teilweise identisch mit der Fibrink sich ein Beanten ablöste, den Beschluß über die Gruppen innerheit betweisen der Statt unterbiieb durch in von den Betroffenen (u. a. OB tenken stagte) der Statt unterbiieb durch in von den Betroffenen (u. a. OB tenken stagte) der Statt unterbiieb durch in von den Betroffenen (u. a. OB tenken stagte) der Statt unterbiieb durch in von den Betroffenen (u. a. OB tenken stagte) der Statt unterbiieb durch in von den Betroffenen (u. a. OB tenken stagte) der Statt unterbiieb durch in von den Betroffenen (u. a. OB tenken stagte) der Statt unterbiieb durch in von den Betroffenen (u. a. OB tenken stagte) der Statt unterbiieb durch in von den Betroffenen (u. a. OB tenken stagte) der Statt unterbiieb durch in von den Betroffenen (u. a. OB tenken stagte) der Statt unterbiieb durch in von den Betroffenen (u. a. OB tenken stagte) van der Stattellung von personellen Alternative (wähl Unterbezirks-Vorschlich und von den Betroffenen (u. a. OB tenken stagte) van der Stattellung von den Betroffenen (u. a. OB tenken stagte) van der Stattellung van den Stattellung van den Stattellung van den Stattellung van den Stattellung van der Stattellung van den Stattellung van den Stattellung van den Stattellung van den Stattellung

bert selbst war schon in mehrere spektakuläre Verfahren verwickelt: 1971 wollte er mit einem sogenannten "Schwarzmehrere Gelsenkirchebuch* ner Jungsozialisten aus der Partei ausschließen, womit er allerdings scheiterte. Neben-folge: Ein Bürger verklagte Löbbert wegen einer im Buch enthaltenen üblen Nachrede erenthaltenen ublen Nachrede er-folgreich auf 3000 DM Schmer-zensgeld. Löbbert erklärte da-nach, diese Summe werde aus einer Bundestags-Versicherung bezahlt. Eine Nachfrage in Bonn ergab, daß eine derartige Kasse nie existiert hat.

In einem anderen Fall ver-klagte Löbbert seinerseits ei-nen Bürger auf Schmerzens-geld — Ergebnis: kostenpflichtige Abweisung der Klage; der Bürger muß allerdings die Beburger mus alterdings die Be-hauptung zurücknehmen, Löb-bert habe seine politische Kar-riere durch Grundstücksmanipulationen und Beförderungen gemacht.

Gegner im Gelsenkirchener SPD-Vorstand







Schul- und Kulturdezernent Prof. Dr. Heinrich Meya

Parteitag fordert UB-Vorstand zum Rücktritt auf Krise in der Gelsenkirchener SPD

Eine parteiinterne Fortsetzung soll jetzt der unge-wöhnlich heftige Streit finden, der am späten Donnerstagabend auf dem Parteitag des SPD-Unterbezirks Gel-senkirchen zwischen Obersenkirchen zwischen Ober-bürgermeister Josef Löbbert (MdB) und dem Schul- und Kulturdezernenten der Stadt. Professor Heinz Meya, ausgebrochen war.

Löbbert hatte Meya Ma chenschaften gegen einen Teil der SPD-Ratsfraktion und Oberstadtdirektor König mit dem angeblichen Ziel vorgeworfen, sich des Stuhls Verwaltungschefs zu bemächtigen. Ursprünglich wollte der OB den Vorwurf am Montag in einer öffentlichen Ratssitzung zur Sprache bringen. Nach mehr als vierstündiger Debatte hat sich gestern am späten Abend die SPD-Ratsfraktion einstimmig (bei Stimmenthaltung von Josef Löbbert) für die Absetzung des Punktes sieben von der Tagesordnung der nächsten Ratssitzung entschieden.

Entbrannt war die Auseinandersetzung über einen Mißtrauensantrag gegen den UB-Vorstand, dem vorgeworfen wurde, er habe gegen die Satzung verstoßen, als er duldete, daß sein Mitglied Löbbert parteiinterne Kontroversen auf die Tagesord-nung einer öffentlichen Ratssitzung brachte. Der Mißtrauensantrag, in dem der UB-Vorstand zum Rücktritt aufgefordert wird, fand die Billigung der Mehrheit des Parteitages.

Als erstes Vorstandsmitglied hat daraufhin gestern Ratsherr Karl-Heinz Mross seinen Rücktritt erklärt.

Westfälische Rundschau vom 12.5.1973 (überregional)

24. Der letzte Akt und ein neuer Anfang

Es war unabweisbar: Langsam, aber sicher neigte sich die Waage zu unseren Gunsten, und das drückte sich auf den Parteitagen aus. Hier die Abfolge des letzten Aktes im erweiterten Telegrammstil.

*

Am 10.5.1973 forderte der Parteitag den alten UB-Vorstand unter Führung von Werner Nuth zum Rücktritt auf. Wieder befolgte nur ein Teil des Vorstandes den Willen des Parteitags. Es verblieb ein "Rumpfvorstand" von sieben oder acht Leuten, unter ihnen - wie sollte es anders sein? - Löbbert, Nuth und Urban. Neuwahlen waren dennoch unumgänglich geworden, sodass der entsprechende Termin auf den 4.8.1973 festgelegt wurde.

*

Im Juli 1973 veröffentlichten die Jusos in einer Auflage von 500 Stück ein von mir geschriebenes Sonderinfo mit dem Titel "Für einen neuen Anfang". In dem Papier wurde noch einmal die Kritik an den innerparteilichen Zuständen pointiert zusammengefasst.

Die Kritik gipfelte in dem auf den alten UB-Vorstand gemünzten Satz: "Politisch ideenlos, ohne Impulsgebung für Partei und Öffentlichkeit, faul und träge schleppt er sich bis zur Neuwahl, um dann das alte Spielchen fortzusetzen." Der letzte Teil des Infos stellte unsere Gegenvorschläge vor und endete mit dem Appell, die Chance für einen Neuanfang zu nutzen.

Unterschrieben wurde die Kampfschrift von Kurt Woiwod, Alfred ("Aki") Broekmann, Gerd Dannapfel, Paolo Lavista, Willi Maszun, Jörg Reimann, Joachim Poß und mir.

*

Auf dem Parteitag vom 4.8.1973 wurde unserem Appell leider nur teilweise gefolgt. Zwar konnte Heinz Meya den UB-Vorsitz erobern, aber in der Gesamtzusammensetzung des Vorstands gab es immer noch (unter Aufbietung der letzten Reserven mit z. T. politisch unmöglichen Personen) eine Mehrheit der Altvorderen. Das war nicht nur für Heinz Meya eine schwierige Situation, die er aber in der Folgezeit zu meistern verstand.



JUNGSOZIALISTEN UB GELSENKIRCHEN





INFO

Nr. II / 1973 (Juli 1973) Auflage: 500

Für einen neuen Anfang

- Stellungnahme der Jungsozialisten zur innerparteilichen Auseinandersetzung in der Gelsenkirchener SPD -
 - 1. Worum geht es beim innerparteilichen Konflikt?
 - Zur Kritik an der bisherigen Arbeit des SPD-Unterbezirksvorstandes
 - 3. Vorschläge zur Verbesserung der Parteiarbeit

Herausgeber: Unterbezirksvorstand der Jungsczielisten in der SPD Gelsenkirchen, Behnhofstr. 72, Telefon 65 237 Verantw. Redakteur: Jörg Reimann, 465 GE, Aldenhofstr. 8 , T.42 209 (Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Herausgebers.)

SPD-Delegierte wählten Samstag:

109 Stimmen: Vorsitz knapp an Prof. Meya

Stellvertreter wieder Kuhlmann und Löbbert

Seit Samstag, 4. August, 11.03 Uhr, ist Prof. Dr. Heinz Meya Seit Samstag, 4. August, 11.03 Uhr, ist Prof. Dr. Heinz Meya Vorsitzender des SPD-Unterbezites Gelsenkirchen. Mit hauchdünner Mehrheit — 109 von 217 abgegebenen gültigen Stimmen Weber et die Wahl gegen den bisherigen UBZ-Vorsitzenden Weber Nuth, der 107 Stimmen erreichte. Starker Beifall im Saal, vor allem aber auf den gutbesuchten Rängen im Saal des Hans-Sachs-Hauses, folgte der Bekanntgabe des Ergebnisses durch den Vorsitzenden der Mandasprätungskommission, Erswin Neumann. Werner Nuth und später auch OB Josef Löbbert gratulierten Meya, der solort die Leitung der Versammlung übernahm, Stellvetrieler wurden Mdl. Werner Kuhlmann (188 Stimmen) und OB Josef Löbbert Mgß (114), deren Gegenkanddat Karl-Heinz Mroß nur 87 Stimmen erhielt.

Atmosphäre. Werner Nuth konterte auf die Frage von Ar-tur Mehring, ob die sieben noch nicht zurückgetretenen Vorstandskollegen dem Be-schluß des Parteitages zum Rücktritt noch vor Eintritt in die Tagesordnung folgen wol-len, mit diesen rhetorischen Ersten von der der der der der Fragen komme man nicht wei-

WAZ vom 6.8.1973

wurden errechnet. Daraufhin wurden errechnet. Daraufhin folgten die Wahlgänge. Das Ergebnis der Wahl der Stell-vertreter wurde um 11.45 Uhr mitgeteilt, die Beisitzer lagen um 14.30 Uhr fest, Nach Wahl der Schiedskommission (Vor-sitz Rolf Conrad, Stellvertreter Der außerordentliche Parlossen den Worstand funktionsfähig
heschluß des Parteitages vom
14. Mai erzwungen, begann gegen 10.45 Uhr in gespannter
Atmosphäre. Werner Nuth
konterte auf die Frage von Arkonterte auf der Schieden wollten der Konter Glauben auch die Frage von Arkonterte auf die Frage von Arkonterte auf der Schieden wollten der Konter Glauben auch die Frage von Arkonterte auf die Frage von Arkonterte auf die Frage von Arkonterte auf der Frage von Arkonterte auf der Frage von Arkonterte auf der Arbeite auch der Arbeite Arbeite Arbeite auch der Arbeite Arbe

Zur Zusammenarbeit bereit

Nach seiner Wahl erklärte Meya, daß für die Zukunft der Nach seiner Wahl erklarte Meya, das für die Zukunft der SPD notwendig sei, alle Querelen und Auseinandersetzungen in die Ecke zu stellen und sachliche Probleme in den Vorder-grund zu rücken. Dazu biele er jedem — und mögen die Fronten noch so verhärtet und verkrustet sein — die Hand zu sachlicher Zusammenarbeit an.

"Entsprechende Antwort"

Professor Meya bog die sich her um eine stärkere Demoschimmrechtsfragen nach einer neuen stärkere Demoseit dem 14. Mai damit ab, daß tei eine mellen seit dem 14. Mai damit ab, daß tei eine mellen stärkere Attraktivität er empfahl, den sieben Mitgliedern des Restvorstandes das Stimmrecht als Vorstandsmitglieder zu lassen, ihnen aber zur Zusammenarbeit mit allen, Offentlichkeit austragen. Man, in aller Form die entsprechendie die Sache über die Person der Antwort zu geben. Dazu stellen. helle der SPD nicht, sondern schade der Partei, wenn man solche Auseinandersetzungen in die Offentlichkeit trage. Man dürfe den Glauben der Funktionäre, Mitglieder und Wähler an die Führungskräfte in der SPD nicht erschüttern. Es gelte, positive gesellschafts-politische Vorstellungen in der Offentlichkeit zu vertreten. Dem Unterbezirk GE wünschte wieder eine gemeinsame Arbeit.

Neuer Vorstand und Delegierte

Der neue Vorstand des SPD-Unterbezirkes GE setzt sich wie folgt zusammen (in Klammern erhaltene Stimmen: Vorsitzender Prof. Dr. Heinz Meya (109), Stellvertreter Werner Kuhlmann, MdL (188), und OB Josef Löbbert (114). Beisitzer: Hans Gertzen, MdB (147), Hans Jakhöfer (129 - neu), Werner Nuth (127), Heinz Dörnemann (115), Heinz Urbahn, MdL (112), Ruth Kowalski Theodor Körner (104), heinz Edelbrock (100 -Willibald Heinrichs (96), Han-nelore Eising (94 — neu), Gu-stav Herzmanatus (92) und Bürgermeister Otto Gorny (91 - neu).

Vom alten UBZ-Vorstand kandidierten nicht wieder Frie-del Pfeiffer, Karl-Heinz Mross und Egbert Reinhard, MdL. Nicht zum Zuge kamen Heinz Manzel (27) Vom alten Nicht zum Zuge kamen Heinz Menzel [97] und Artur Meh-ring (75). Ferner kandidierten ohne Erfolg Woiwod (88), Ha-mer (86), Rossa (86), Ulrike Waltenberg (82), Frey (79), Haufe (79), Kotowski (69) und Reinmuth (49).

Reinmuth (49).

Als Delegierte nehmen am
Landesparteitag am 30. September 1973 teil: Löbbert (120),
Nuth (117), Meya (105), Urban
(105), Ruth Kowalski (89),
Reinhard (85), Dörnemann (83), Hannelore Eising (83), Edel-brock (81), Brosch (79) und Ul-rike Waltenberg (71).



Wie man der obigen Liste der Gewählten und der Nichtgewählten entnehmen kann, unterlagen die beiden Jusokandidaten Woiwod und Frey - ein Ergebnis, das bei dieser Gemengelage nicht überraschen konnte.



Randnotiz:

Zu den "politisch unmöglichen Personen", wie ich sie genannt habe, gehörte ein gewisser Gustav Herzmanatus aus dem Bergbaubereich. Er tanzte noch nicht einmal einen Sommer.

Jahre später tauchte sein Sohn Klaus in der SPD auf, um sich und seine Angetraute sofort für Funktionen und Mandate zu empfehlen. Da beide nicht auf Gegenliebe stießen, war es schnell zu Ende mit der sozialdemokratischen Überzeugung. Klaus Herzmanatus "konvertierte" problemlos und ist heute CDU-Stadtverordneter.

Manchmal ist man sogar für Austritte dankbar.

Zurück zum "Übergangsvorstand".

Dieser letzte Erfolg von Löbbert und seinen Mannen erwies sich rasch als Phyrrussieg, war die "durchmischte" Wahl des Vorstandes doch nur ein finales Aufbäumen vor dem endgültigen Untergang. Inzwischen hatten sich die neuen Koalitionen gebildet (siehe letztes Kapitel), die schlussendlich den dann folgenden Vorstand so besetzten, dass die einst so mächtige Löbbert-Gruppe nur noch Geschichte war.

*

Im Januar 1975 fand die Wahlkreiskonferenz (WKK) zur Aufstellung der SPD-Kandidaten/innen für die Kommunalwahl im Mai 1975 statt. Hier wurde nun für alle Augen sichtbar, wie tiefgreifend sich die Mehrheitsstrukturen in der GE-SPD verändert hatten.

- ▶ Der amtierende Oberbürgermeister Josef Löbbert wie auch der amtierende SPD-Ratsfraktionsvorsitzende Willibald Heinrichs wurden nicht mehr aufgestellt.
- ▶ Die halbe Ratsfraktion wurde durch neue Leute ausgewechselt.
- ▶ Einmalig war der Vorgang, dass drei Jusos (und zwei andere Kandidaten) durch Wahl der Konferenz die von den jeweiligen Ortsvereinen vorgeschlagenen Kandidaten *ersetzten*.

Hintergrund: Obwohl die WKK rechtlich die alleinige und verbindliche Entscheidung über die Kandidaten fällt, ist es in der SPD ein ungeschriebenes Gesetz, dass die von den Ortsvereinen Nominierten auch gewählt werden. Das war so, und das ist noch immer so. Insofern war diese WKK die bislang erste und einzige Ausnahme, die dieser informellen Vereinbarung nicht folgte.

Erklärbar wird dies nur durch den damaligen Einfluss des Lili-Kreises und dem politischen Gewicht der Jusos. So kam es, dass Lutz Dworzak, Hans Frey und Jörg Reimann nach dem Willen der Gesamtpartei für den Rat der Stadt kandidierten. Sie wurden nominiert, obwohl sie von ihren OVs ursprünglich nicht gewollt waren (d. h. von den Resten der Löbbert-Truppe, die in diesen OVs noch Mehrheiten hatten). Doch es war nur eine Frage der Zeit, bis sich auch dieses Problem auflöste.

Insgesamt kandidierten sechs Jusos (dazu kamen Poß, Rauer und Ingo Westen), wodurch zugleich ein *Verjüngungsschub* bei der neuen Ratsfraktion "in spe" stattgefunden hatte, den es, soweit ich das überblicke, in der *gesamten* Geschichte der Gelsenkirchener SPD noch nie gegeben hatte und auch nachher nicht mehr geben sollte.

Mit 146 Stimmen:

SPD-Konferenz wählt Werner Kuhlmann (MdL)

Nur 102 Stimmen für OB Josef Löbbert (MdB) - Solidarität gefordert

Als Spitzenkandidat der Gelsenkirchener SPD wurde MdL Werner Kuhlmann (53) am Sonntagmorgen von der Kreiswahlkonferenz der GE-SPD in der Gesamtschule mit 146 Stimmen gewählt, Sein Gegenkandidat OB Josef Löbbert MdB erhielt 102 der 250 Stimmen. Kuhimanns Wahi, kurz vor II Urt, wurde mit Befall aufgenommen. Er unterstrich In einer anschließenden Erklärung seine Bereitschaft, sich ganz den nun auf ihn zukom-menden Aufgaben des Wahlkamples in Gelsenkirchen und seiner parlamentarischen Arbeit im Landtag zu widmen. Er habe den Vorstand der Gewerkschaft der Polizei bereits davon unterrichtet, daß er für die 1976 anstehende Neuwahl als Bundesvorsitzender nicht mehr kandidieren werde.

Nun komme es darauf an, Gerechtigkeit und Solidarität gen, so bat er, solle man die daß sich alle Genossinnen und — zusammenfinden. Ein SozialGenossen zu gemeinsamer Arbeit für die künftigen Aufgakollektivistischen Zwängen unbeit für die künftigen Aufga-

ben bereit finden. Man müsse terwerfen, sein Gewissen werüber alle unterschiedlichen de nicht vergewaltigt. Solidari-Auffassungen hinweg zu den tät beruhe aber auf Gegensei-Grundwerten des demokrati-tigkeit. Über die persönlichen schen Sozialismus — Freiheit, Empfindungen und Vorstellun-

nate vor sich. Wir wollen uns gemeinsam bemühen, am 4. Mai das Wahlergebnis zu erreichen, das wir uns alle gemeinsam erhoffen", schloß

OB Löbbert zieht seine Kandidatur zurück

Die nach Kuhlmanns Wahl folgende Benennung der 34 Direktkandidaten der SPD brach-Die nach Kuhlmanns Wahl folgende Benennung der 34 Direktkandidaten der SPD brachte eine große Überraschung. In fünf Bezirken wurden aus dem Parteltag heraus Gegenkandidaten benannt: 102 Bismarck-Ost Elly Gayk gegen Fritz Maletzki, in Bulmke-Nord Hans Frey gegen E. O. Glasmeier, in Schalke-Ost Jörg Reimann gegen Ruth Kowalski, in 322 Horst-Süd Lutz Dworzak gegen Reinhard Weispfennig, und in 533 Rotthausen-West H. F. Mundt gegen Josef Löbbert. Um das Mandat in Horst-West bewerben sich Rudl Lenz (OV Nord) und Hans Kaczmarczyk (OV Süd). Kurz vor Eintritt in die Einzelabstimmung, gegen 11.14 Uhr, ging OB Löbbert zu Sitzungsleiter UB-Vorsitzendem Heinz Meya und erklärte, daß er dur seine Kandidatur verzichte. Im Gespräch mit der Redaktion erklärte er, daß er dur seine Kandidatur verzichte, Im Gespräch mit der Redaktion erklärte er, daß er dur seine Kandidatur verzichte. Im Gespräch mit der Redaktion erklärte er, daß er dur seine Kandidatur verzichte. SPD zu verlassen. Bei der Sitzung der Bundestagsfraktion am Montag in Berlin wolle er darüber mit Parteivorsitzendem Brandt und Bundeskanzler Schmidt beraten. und Bundeskanzler Schmidt beraten

ten Löbbert, seinen Entschluß zu revidieren. Auf ihre Bitte hin unterbrach Prof. Dr. Meya men jeweils die Gegenkandidie Konferenz mit Zustimmung

daten mit folgenden Ergebnis-sen zum Zuge: Gayk 134 vor Maletzki 115; Frey 134 vor die Konferenz mit Zustimmung daten mit iorgenuen augennacher Mehrheit auf zehn Minu- sen zum Zuge: Gayk 134 vor ten. Doch 11.29 Uhr zeigte Maletzki 115; Frey 134 vor sich, daß Löbbert dem Rat der Glasmeier 108, Reimann 127 Freunde folgte, die ihm rieten, vor Kowalski 121; Dworzak bei seiner Meinung zu bleiben, 155 vor Weispfennig 93, In Juu bist doch kein Lellek!* Horst-West wurde Lenz mit meinte ein alter Genosse, "Wir 145 vor Kaczmarczyk 88 getreten ausi Wir legen das Amtl wählt.

Zahlreiche Freunde, angefan-gen von Mdl. Heinz Urban und Jahre gearbeitet!" sagten an Karlheinz Neumann, bedräng-ten Löbbert, seinen Entschluß

Danach folgten Zug um Zug

Bartlew..ki, Buer-Mitte-Süd: Bossa, Buer-Mitte-West: Heinz Urban Mdl., Scholven-Bülse: Danach folgten Zug um Zug Salm, Beckhausen-Ost: Bgm. Gorny, Horst-Nord: Haufe, Seim, Bestaller Gorny, Horst-Nord: Haute, Resse: Helmut Eising, Erle-Nordost: Tomberger, Resser Mark: Helmut Kowallek, Erle-Süd: Sewtz, Erle-West: Cassemeier, Uckendorf-Süd: Körtowsky, Uckendorf-Süd: towsky, Uckendorf-Süd: Kör-ner, Rotthausen-Ost: Knieper, Rotthausen-West: H. F. Mundt, Neustadt: Mehring.

Dr. Meya warnt vor Auszug

Bevor die wetteren 29 Direktkandidaten gewählt wurden, wies UB-Vorsitzender Meya auf die den Wahlmännern über-tragene Verantwortlichkeit hin. Man dürfe die Konferenz nicht, wie anschelnend geplant sei, durch Ausziehen sprengen. Man werde feststellen, wer nicht abgestimmt habe. Es set selbstver-ständliche Pilicht, bis zum letzten Wahlgang zu bleiben.

Schon zu Beginn der Konfe-| gewählt: Bismarck-Nord: Scha-Schon zu beginn der konterenz hatte er auf solche zu erper, Hüllen: Reinmuth, Bulmwartende Störmanöver hingeke-Süd: Alma Muchowsky,
wiesen. Bei dieser AbstimAltstadt-Süd: Schoemaker,
mung mußten die Kandidaten Feldmark: Kulik, Heßler: Chrimehr im ersten Gang als die stel Jakhöfer, Schalke-Nord:
Hälfte der abgegebenen StimGalle, Schalke-West: Ossowsker Altstadts/Serie Abb. Gerei. men erhalten. Direktkandidaten

wurden dann über eine Liste Süd:

lällte der abgegebenen Sum Lealle, Schalker-west: Ossows-ten erhalten. ky, Altstadt-Nord: MdB Cert-lrektkandidaten Folgende Direktkandidaten Hassel-Nord: Menzel, Hassel-rurden dann über eine Listel Süd: Rauer, Buer-Mitte-Ost:

Reserveliste

Das Auszählen dieser Ergebnisse dauerte über zwei Stunden. Danach wurde die Reser-veliste gewählt. Auf ihr steht veliste gewählt. Auf ihr steht Werner Kuhlmann auf Platz I, gefolgt von den 34 Direktkan-didaten. Danach kommen Juso-Vorsitzender Poß, DGB-Kreis-vorsitzender Dörnemann (mit 136 Stimmen vor Heidbüchel 91), Hohlberg (119 vor K. H. Neumann 100), Irmgard Trippe und Inno Westen und Ingo Westen.

Willibald Heinrichs, Fraktionsvorsitzender, kandidierte nicht. Er verließ ebenso wie OB Löbbert und der OV Horst-Süd die gegen 18.30 Uhr been-dete Konferenz vorzeitig.

entscheidende Wahlkreiskonferenz Anfang 1975: Bericht der WAZ vom 20.1.1975

Heute: SPD und Jusos

Verstärkt und betont wie selten zuvor schicken die Par-teien Kandidaten ihrer Nachwuchsorganisaltonen in den telen Kandidaten ihrer Nachwuchsorganisationen in den Wahlkampt für die bevorstehende Kommunalwahl. AKTION wird an dieser Stelle die Jung-Kandidaten der drei im Bundestag vertretenen Partelen kurz vorstellen. Dabei wird es sich um die Kandidaten handeln, die sich ausgesprochen als Vertreter ihrer politischen Jugendorganisation verstehen. Daher kann die Zahl der jungen Kandidaten, die noch das Alter für den Nachwuchsverband haben, durchaus größer sein als die der Vorgestellten.





HANS FREY

JÖRG REIMANN

HANS FREY (25), ledig, kandi-diert im Stimmbezirk 104 Bulm-ke-Nord. Er ist Student der Germanistik und Sozialwissenschaf-



DIETER RAUER

ten an der Ruhr-Uni Bochum und steht z. Z. im Lehrer-Ex-amen, Seit 1970 Mitglied im Juso-Vorstand, davon von 71 bis 73 als Vorsitzender, Mitglied im KOMIC e. V.. Seine Schwer-punkte der Ratsarbeit würde er sehen in: Stadtentwicklungspla-nung, Wirtschaftsförderung, nuna. Strukturpolitik, Schulpolitik.

JÖRG REIMANN (29), ledig, kandidiert im Stimmbezirk 111 Schalke-Ost, Er ist Diplom-So-Schalke-Ost. Er ist Diplom-So-zlalwissenschaftler und z. Z. Z. Doktorand. Wahrend des Studiums in Bochum aktive Tätip-keit in studentischen und aka-demischen Gremien der Uni. Seit 1991 hat Reimann Funktio-nen im Juso-Vorstand Gelsen-krichen, z. Z. als stelly. Vorsit-zender, Auf NRW-Ebene ist er Mitglied im Juso-Landesaus-schuß. Weitere Mitgliedschaften beim KOMIC e. V. und in der Ig Druck und Papier.





WAZ 5 4 1975

DIETER RAUER (24), kandi-diert im Stimmbezirk 215 Has-sel-Süd. Er ist ledig, Berufs-schullehrer und z. Z. als Refe-rendar an einer kaufmännischen Schule in Essen tätig. 1971/72 war er Mitglied im Unterbezirksvorstand der Jungsozialisten. Sein Hauptaugenmerk will er, falls er in den Rat kommt, der Schul- und Bildungspolitik so-wie der Stadtplanung widmen.



LUTZ DWORZAK

25. Die Kommunalwahl 1975: Es geht um alles!

Den dicksten Schlussstrich unter der fünfjährigen Kontroverse zogen keine Geringeren als die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Gelsenkirchen. Bisher habe ich ja nur aus dem internen Blickwinkel berichtet, was den falschen Eindruck erweckt haben könnte, dass die ganze Sache in einer höhere Form der Geheimhaltung abgelaufen wäre und die Öffentlichkeit als zu vernachlässigende Größe hätte behandelt werden können.

Dem war keineswegs so.

Tatsächlich nahm die Öffentlichkeit äußerst regen Anteil an den Stürmen in der SPD - wie man den Dokumenten des Buches unschwer entnehmen kann. Breiteste Presseberichterstattung (teilweise auch überregional), Pro- und Contra-Leserbriefe, Kommentare, Hintergrundberichte und Interviews prägten das Bild ebenso wie Erklärungen und Pressekonferenzen gegnerischer Parteien (v. a. der CDU), die aus unseren Konflikten Honig saugen wollten.

Das war nicht zu unterschätzen, ja sogar gefährlich. Eine heillos zerstrittene Partei, die ihre Probleme auf dem offenen Markt austrägt, hat normalerweise keine Chancen, das Vertrauen der Bürgerschaft zu gewinnen. Es gab also nicht unbegründete Befürchtungen, dass die Kommunalwahl der SPD eine deftige Quittung ausstellen könnte.

Ein derartiges Ergebnis wurde aber nicht nur befürchtet, sondern auch erhofft, und zwar nicht nur von den gegnerischen Parteien, sondern auch von Teilen unserer geschlagenen innerparteilichen Kontrahenten bzw. von lokalen und überregionalen SPD-Politikern, die unser "Treiben" mit äußerstem Unbehagen beobachtet hatten. Von einem der Abgewählten soll der Ausspruch stammen: "Wir warten nur das miese Kommunalwahlergebnis ab, und dann jagen wir sie (gemeint waren wir) mit der Peitsche aus dem Hans-Sachs-Haus."

Sicher ist, dass man auch im Bezirk Westliches Westfalen Gewehr bei Fuß stand, um uns nach einer verlorenen Wahl den Garaus zu machen.

Sei's drum, die Peitsche stand im Raum und alarmierte zusätzlich. Sollte unsere "Revolution" Bestand haben, *mussten* wir die Wahl mit einem akzeptablen Ergebnis gewinnen, und das hieß bei den Gelsenkirchener Verhältnissen: Unter einer, wenn auch knappen absoluten SPD-Mehrheit wäre für uns alle nichts mehr drin gewesen.

JUNGE UNION GELSENMIRCHEM Gelsenkirchener JUSO-Kondidaten: SPD-Reform oder Revolution?

Auf dem Bundeskongreß der Jungsozielisten Ende Februar in Wiesbaden haben, wie von den Recklinghäuser Jusos zu erfahren war, auch die Jungsozialisten aus Gelsenkirchen für die sogenannte "Stamokap"-Gruppe gestimmt.

Stamokap - was ist das ?

Für die Vertreter der Theorie des "staatsmonopolistischen Kapitalismus"(Stamokap) hat der Staat in der westlichen Industriegesellschaft lediglich die Funktion eines Püttels des Kapitals; um ihn zu überwinden, bedarf es den Stamokap-Theoretikern zufolge eines breiten "antimonopolistischen Bündnisses" der Sozialisten und Kommunisten. Für Reformen in unserem System gibt es laut Stamokap eine "Systemgrenze", die nur durch "Broberung der politischen und ökonomischen Macht"-im Klartext durch Revolution- gesprengt werden kann.

AUCH DIE GELSENKIRCHENER JUNGSOZI-ALISTEN STIMMTEN PÜR DIE STAMOKAPA GRUPPE IN WIESBADEN!

Gelsenkirchener Jungsozialisten -Vertreter des Stamokap- kandidieren in unserer Stadt in Direktwahlkreisen und auf der Reserveliste!

Die JUNG WUNION fragt: Können Jusos, die unser System durch Revolution sprengen wollen, eine bürgernahe, vernünftige Kommunalpolitik machen?

Wir glauben: H B I H !

Darum: An die JUSDS denken - CDU wählen



verantwortlich für den Inhalt: JUNGT UNION GERSTNKIRGHEN 465 Gelsenkirchen Sparkassenstrasse 4



Nicht nur primitiv in der Aufmachung, sondern auch im Inhalt: So machten Junge Union und CDU 1975 Wahlkampf gegen die SPD und die Jusos. Geholfen hat es ihnen nicht.

Sozialdemokraten zeigen Optimismus

Eine Wählerinitiative wirbt mit prominenten Namen für die SPD

Überfüllter Saal bei Großkundgebung mit dem SPD-Spitzenkandidaten Kuhlmann

Gelsenkirchen. Die Überraschung war perfekt. Ein Belfallssturm in der mit annähernd 700 Personen völlig überfüllten Aula der Metallberufsschule in Alt-Gelsenkirchen brandete auf, als der SPD-Unterbezirksvorsitzende Professor Dr. Meya am Dienstag abend die Bildung einer Wählerinitiative für die SPD, genau 19 Tage vor den Kommunal- und Land-

tagswahlen, bekanntgab. Prominenteste der vorerst 14 nicht parteigebundenen Mitglieder sind der Fußballer Klaus Fichtel, der Generalintendant des Musiktheaters, Günter Könemann, die Sängerin Dorothee Fürstenberg, die Opernsänger Günter von Kannen und Mario Brell, der Künstler Günter Tollmann und der Hasseler Pfarrer Eßrich.

Voller Optimismus präsentierte sich bei der einzigen Großkundgebung der SPD ein rhetorisch brillanter Spitzenkandidat. Mit Geschick parierte Kuhlmann die jüngsten Attacken der Christlichen Demokraten,

Das Wahlergebnis von Schleswig-Holstein hat offensichtlich auch den Gelsenkirchener Sozialdemokraten Auftrieb gegeben, Kuhlmann: "Schleswig-Holstein signalisiert eine Trendwende die sich am 4. Mai in Nordrhein-Westfalen fortsetzen wird." Die "Verunsicherer", sagte Kuhlmann, "seien nun selbst verunsichert."

Beifall auch, als Kuhlmann weitere ergänzende Maßnahmen des Landes gegen die Arbeitslosigkeit ankündigt, die ihm "wie für Gel-

senkirchen geschaffen" erscheinen. Maßnahmen, die Investitionszulagen von insgesamt 20 Prozent in Gebieten mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit und mit überdurchschnittlich vielen arbeitslosen Frauen vorsehen. Es sei nicht mehr zu übersehen, sagt Kuhlmann, "daß der Aufschwung in den Anfängen schon da ist".

Eingehend setzt der SPD-Spitzenkandidat sich mit der CDU in Gelsenkirchen auseinander, die "eigentlich nur noch zweierlei zu bieten" habe, die "angebliche Zerstrittenheit der SPD und die Behauptung, bei den Jungsozialisten gebe es Linksradikale". Kuhlmann: "Spätestens in drei Wochen wird Herr Volmer merken, daß es nur eine SPD in Gelsenkirchen gibt. Doch das weiß er auch selbst. Er tut nur

Entschieden weist Kuhlmann Volmers Kritik an der SPD-Anzeigenkampagne zurück: "Das bezahlen wir von den Mitgliedsbelträgen unserer 11000 Mitglieder in Gelsenkirchen." Und im Hinblick auf die künftige Ratspolitik kündigt er an: "Herr Volmer wird sich umstellen müssen, das fängt beim Altestenrat an."

Noch deutlicher wird Kuhlmann, als er auf jüngste kommunale Ereignisse wie die "Kungelgeschäfte" um die Wahl des Oberstadtdirektors und eines neuen Sozialdezernenten vor dem 4. Mai eingeht: "Die CDU-Fraktion verfährt hier nach dem Grundsatz "Heil dir im Siegerkranz, imm", was du kriegen kannst."



Annähernd 700 Zuhörer kamen zur Großkundgebung der SPD in der Aula der Metallberufsschule an der Overwegstraße, wo am Dienstag abend neben dem SPD-Spitzenkandidaten Werner Kuhlmann die Landtagskandidaten Egbert Reinhard und Karlheinz Edelbrock sprachen.

Um es nicht zu spannend zu machen: Die Peitsche konnte und musste im Schrank gelassen werden, denn alle Hoffnungen der Missgünstigen auf eine Revision der neuen SPD-Situation durch eine verlorene Kommunalwahl zerplatzten wie die Seifenblasen.

Das Ergebnis übertraf alle unsere geheimen Wünsche. Die SPD errang über 63 % der Stimmen und damit das zweitbeste Kommunalwahlergebnis, das die SPD jemals in Gelsenkirchen gehabt hatte. So hießen denn der neue Oberbürgermeister Werner Kuhlmann, der neue Oberstadtdirektor Heinz Meya, der neue Fraktionsvorsitzende Kurt Bartlewski und die aufmüpfigen Jusos um Poß und Frey zogen als frischgebackene Stadtverordnete triumphierend in den Rat ein.

*

Als Erklärung für das in dieser Höhe doch unerwartete Wahlergebnis scheinen mir folgenden Überlegungen plausibel:

- ► Einmal war die Kommunalwahl mit der Landtagswahl gekoppelt, was sich auf die Wahlbeteiligung positiv auswirkte. (Erfahrungsgemäß kam eine hohe Wahlbeteiligung in GE immer der SPD zugute.)
- ▶ Zweitens war die politische Großwetterlage für die SPD günstig, und das betraf sowohl den Bund als auch das Land. Wir hatten damit eine Ausgangsposition, in der die drei großen Buchstaben SPD Rückenwind und nicht, wie es bei vielen anderen Wahlen zuvor und danach war, frontalen Gegenwind hatten.

Trotzdem! Gerade lokale Wahlen haben ihre eigenen Gesetze und Beispiele aus der Vergangenheit - besonders das Wahldebakel von 1999 - zeigen (übrigens nicht nur bei uns), das örtliche Vorkommnisse einen nicht unbeachtlichen Einfluss auf den Ausgang der Kommunalwahlen haben können. Insofern hätte der Topos "zerstrittene Partei" dennoch negativ zu Buche schlagen können.

▶ Ich meine: Des Rätsels Lösung liegt bei dieser Wahl in einem *Paradigmenwechsel.* Was normalerweise als "zerstritten" gleich "handlungsunfähig" wahrgenommen wird, wurde 1975 als lebendiger Aufbruch gewertet. Die große SPD, die bereits verknöchert und unbeweglich schien, hatte es aus sich heraus geschafft, sich zu erneuern. Sie bot neue, unbelastete Personen und frische Inhalte an und stand für Fortschritt und Zukunft. Und das war nicht nur gut für die SPD selbst, sondern v. a. auch für Gelsenkirchen.

Diese Stimmung wurzelte natürlich immer noch in dem offeneren politisch-gesellschaftlichen Klima, das ab Ende der 60er bis Mitte der 70er die Republik durchwehte.

Diskussionen wurden generell nicht mehr als Palaver, der Streit in der Sache nicht mehr als Gezänk und Personalveränderungen nicht mehr als Sakrileg, sondern als Ausdruck demokratischen Verhaltens gesehen. Dabei halfen uns indirekt auch die Medien, denn wir (d. h. die Jusos, Heinz Meya u. a.) hatten über die Jahre hinweg schlicht die bessere Presse gehabt.

► Letzter Punkt: Der Wahlkampf selbst!

Da wir alle wussten, worum es ging, haben wir geackert bis zum Umfallen. Auch das hatte sich gelohnt. Und: Für den Wahlkampf wurden keine Kosten gescheut! Heute darf ich es sagen. Der Wahlkampf verschlang ca. 450.000 DM. Selbst unter Einbeziehung des Landtagswahlkampfes wurde er so zum Teuersten, was sich die Gelsenkirchener SPD jemals geleistet hat. Es dauerte gute fünfzehn Jahre. bis wir die Schulden wieder los waren.

*

Da heute Schulden en masse gemacht werden, ohne zu wissen, wie man wieder aus ihnen herauskommt, möchte ich in einem kleinen Vorgriff auf Band 2 aufzeigen, wie es anders gehen kann.

Der massive Sparkurs, der in den 80er Jahren durch die Verschuldung notwendig geworden war (so musste z. B. das Parteibüro in das MdL-Büro von Egbert Reinhard und mir am Neustadtplatz einziehen), zahlte sich aus. Anfang der 90er waren wir saniert, sodass wir ein großes Projekt in Angriff nehmen konnten.

Vornehmlich Hans-Willi Simon, unser damaliger Schatzmeister, und ich als SPD-Vorsitzender waren nämlich der Meinung, dass wir uns wieder ein eigenes Parteihaus leisten sollten. Das rechnete sich nicht nur, sondern nahm auch eine alte Tradition der GE-SPD auf, die von den Nazis brutal unterbrochen worden war.

Selbstverständlich gab es viele Widerstände gegen das Vorhaben, von denen sich aber weder Hans-Willi noch ich beeindrucken ließen. Gott sei Dank, so meine ich, denn heute ist das August-Bebel-Haus nicht mehr wegzudenken.

Die Moral von der Geschicht':

Man kann für einen guten Zweck auch einmal hohe Schulden machen, vorausgesetzt, man sorgt anschließend konsequent dafür, sich ihrer wieder zu entledigen - selbst wenn es streckenweise weh tut. Nach gelungener Operation kann man dann - oh Wunder - sogar neues Vermögen schaffen. Sind derlei einfache Tatbestände den öffentlichen Händen nicht mehr bekannt?

Exkurs 5: Machen Wahlkämpfe Spaß?

Um das Thema "Wahlkampf" noch einmal aufzugreifen:

In meinem 35jährigen politischen Leben habe ich ungefähr *genau so viele* Wahlen mitgemacht, wie diese Zeit an Jahren zählt. Es sind nämlich ca. 35. Natürlich rede ich von Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen, *nicht* von den Wahlen in der Partei und ihren Gremien, in den diversen Fraktionen, im Landtag und wo auch immer. Diese Zahl ist schier unüberschaubar, da faktisch ständig irgendwo gewählt wurde. (Das ist heute nicht anders.)

Nein, ich rede von den staatlich organisierten Wahlen, die für die Gesamtpolitik so unglaublich wichtig sind. Rein statistisch habe ich also als politischer Aktivist kein Jahr ohne Wahl erlebt. Tatsächlich verteilte sich das etwas anders, weil es zwischendurch immer wieder ein oder zwei wahlfreie Jahre gab, während es wiederum Jahre gab, in denen auf einen Schlag zwei oder drei Wahlen stattfanden. (Auch das hat sich nicht geändert.)

*

Wahlzeiten sind für jeden Politiker eine erhebliche Belastung, denn jede Wahl ist mit einem Wahlkampf verbunden, der nicht nur durchgeführt, sondern auch inhaltlich und organisatorisch geplant und vorbereitet werden muss. Außerdem kostet jeder Wahlkampf viel Geld, das die Partei und die Kandidaten erst einmal aufbringen müssen.

Überhaupt sind Wahlkämpfe kein Zuckerschlecken. Sie zerren an den Nerven, sind z. T. mühselig, fordern einen hohen persönlichen Aufwand mit zumeist wenig Effekt, verlangen eine Engelsgeduld und sind streckenweise gespickt mit frustrierenden Erlebnissen. Das gilt allgemein, und es gilt besonders, wenn man selbst Kandidat ist.

Ich weiß, wovon ich rede. Denn immerhin war ich in sieben Wahlkämpfen selber als Kandidat involviert (zwei Kommunal- und fünf Landtagswahlen), und bei mindestens zehn Wahlkämpfen hatte ich die zentrale Leitung inne.

Wenn behauptet wird, Wahlkampf mache Spaß, dann kann ich das noch augenzwinkernd als beschönigende Propaganda gelten lassen, als Tatsachenbehauptung aber ist sie in meinen Augen abwegig. Ich gebe ehrlich zu:

Mir haben im Prinzip Wahlkämpfe noch nie Spaß gemacht.



Ich habe sie immer als Pflicht empfunden, eine Pflicht, die ohne jede Frage unabdingbar notwendig ist (Wahlen gehören nun einmal zum A und O der Demokratie). Wer aber den Wahlkampf mit dem Nimbus eines besonders großen Vergnügens versieht, der hat entweder einen Hang zum Masochismus, ist unsensibel, oder er lügt.

Natürlich gibt es Abstufungen. Ich erinnere mich an - allerdings rar gesäte - Wahlkämpfe, denen ich gute und sogar schöne Seiten abgewinnen kann. Dazu gehören die Willy-Wahl von 1972, der schon erwähnte Kommunalwahlkampf von 1975, die Landtagswahlen 1980 und 85 und die Kommunalwahl 2004.

Die Willy-Wahl war deshalb außerordentlich, weil die Zeit außerordentlich war. Das galt in abgeschwächter Form ebenso für die 75er Wahl.

Wenn ich mich nicht irre, haben wir in den 70ern den Straßenwahlkampf nicht nur erfunden, sondern auch erstmals im großen Stil durchgeführt. Wir stellten uns mitten unter die Leute, ließen Bands und Straßenkünstler aufmarschieren, und es wurden Würstchen gebraten, Pils gezapft und Kaffee und Kuchen angeboten. Was damals wirklich neu war, hat sich generell durchgesetzt, ohne sich allerdings weiterentwickelt zu haben. War der Infostand mit Bratwürstchen früher eine kleine Sensation, so kann man ihn heute schon fast nicht mehr sehen.

Die Masse der übrigen Wahlkämpfe war in der Regel schrecklich normal und gewöhnlich, und ich wüsste nicht, was es von ihnen Besonderes zu berichten gäbe. Sie waren Teil des politischen Pflichtprogramms, das zu absolvieren war. Selbst von der Schröder-Wahl 1998, die immerhin 16 Jahre Kohl beendete, sind mir außer dem Wahlabend echte Highlights nicht mehr im Gedächtnis. Es gab wohl auch keine.

Der absolute Tiefpunkt aller Wahlkämpfe und Wahlen war für mich und viele andere dagegen die Kommunalwahl 1999 mit dem Vorspiel der Europawahl 1999.

Auf dieses Spießrutenlaufen soll im zweiten Band eingegangen werden.

*

Eine wichtige Bemerkung sei noch hinzugefügt.

Wenn ich hier das Thema etwas despektierlich, aber ehrlich behandelt habe, dann habe ich lediglich *meine* Befindlichkeit wiedergegeben.

Diese ist bitte *nicht* zu verwechseln mit einer abwertenden Haltung gegenüber den vielen, die in den Ortsvereinen und darüber hinaus nur um der Sache und der kandidierenden Personen willen ihre Nerven und ihre Arbeitskraft zur Verfügung gestellt haben und immer noch stellen.

Ich habe immer die vielen Mitglieder der Partei für ihr Engagement gerade auch in Wahlkämpfen geschätzt und bewundert, und zwar nicht nur, weil die SPD ohne ihre Hilfe einpacken könnte, sondern auch, weil ich in den Jahren mitbekommen habe, dass auch sie in den Wahlkämpfen nicht unbedingt "Spaß" empfunden haben.

Aber sie haben es - wie ich - trotzdem gemacht.

Wir haben es gemacht, weil es richtig, wichtig und notwendig war und ist. Auch das ist gelebte Demokratie!

26. Soll und Haben - eine Bilanz der "Revolution"

Am Ende eines jeden Kampfes stellt sich die Frage: Hat es sich gelohnt? Nun gut! Gelohnt hat es sich immer dann, wenn man gewonnen hat. Und das hatten wir. Aber reicht das? Muss man nicht gerade in der Politik tiefer gehen, indem man fragt: Wie ist dieser Sieg in seinen positiven und negativen Auswirkungen zu bewerten? Was an ihm war flüchtig und was von Dauer? Es gilt also, eine Soll und Haben-Bilanz zu ziehen, und das möchte ich jetzt tun.

Fangen wir mit der Haben-Seite an.

*

Meine letzten Bemerkungen zur Wahl 75 (Stichwort: "Paradigmenwechsel") beziehen sich nicht nur auf die Stimmungslage bei der Wahl. Ich bin auch grundsätzlich davon überzeugt, dass die innerparteilichen Auseinandersetzungen mit dem bekannten Ergebnis zu einer positiven Imageauffrischung der GE-SPD geführt haben.

In Wirklichkeit war das neue Image aber nur die äußere Hülle eines tatsächlich veränderten Kerns. Anders gesagt: Die sog. "Revolution" hatte der Ortspartei einen dringend notwendigen *Demokratie-* und *Modernisierungsschub* gegeben, der sie anschließend in die Lage versetzte, besser, intelligenter und offener das aufzunehmen und zu verarbeiten, was sich an anderen Stellen der Gesellschaft und der Politik bereits Bahn gebrochen hatte.

Mehr noch: Durch den Ablauf der Kontroverse fand auch ein *Lern-prozess* statt. Der Partei (und der Öffentlichkeit) wurden zwei Modelle der Konfliktbewältigung vorgeführt.

- ▶ *Hier* ein autokratisches Beharren auf dem, was gewesen war, und ein Verteidigen des Bestands mit autoritären, administrativen und bürokratischen Mitteln.
- ▶ *dort* die Mobilisierung demokratischer Strukturen von unten mit neuen Aktionsformen und dem Willen zur Weiterentwicklung.

Indem sich die Partei für den zweiten Weg entschied, entschied sie sich für ihre eigene Zukunft. Damit hatte die Gelsenkirchener Partei an *politischer Kultur* gewonnen, ein Vorgang, der insgesamt nicht unterschätzt werden darf.

Verändert hatte sich auch der Organisationscharakter der GE-Partei.

War sie noch bis Ende der 60er faktisch eine reine Gewerkschaftspartei, in diesem Sinne also eine geschlossene Gesellschaft gewesen, so begann sie ernsthaft erst in den 70ern, sich auch für andere zu öffnen.

Pointiert kann man sagen, dass das Godesberger Programm von 1959 erst in den 70ern in der GE-SPD angekommen war - auch eine Folge der "Revolution".

*

Was ist sonst noch von dem, was wir damals als Jusos auf unsere Fahnen geschrieben haben, übrig geblieben? Ich glaube, eine ganze Menge.

Hier die wichtigsten Stichwörter:

- ▶ Von 1980 bis heute gibt es *keine* Doppelmandate mehr in der Gelsenkirchener SPD, und ich wage die Prognose, dass es sie auch in überschaubarer Zukunft nicht geben wird. Das Doppelmandatsverbot hat dazu geführt, dass sich die Spitze der SPD inhaltlich und personell verbreitert hat und dass die Balance der Macht ausgewogener ist als früher.
- ▶ Seit dreißig Jahren gibt es *keine* Verquickung mehr von Parteivorsitz und Stadtverwaltung. Auch Anfang 76 machten wir Jusos Druck, damit Meya wegen des Wechsels in das Amt des Oberstadtdirektors vom Parteivorsitz zurücktrat. Als OB Kuhlmann kandidierte, gab es Widerstand, und ich brachte als Alternative Egbert Reinhard ins Gespräch. Der Versuch scheiterte zwar, aber als dann Jochen Poß Nachfolger von Kuhlmann als Vorsitzender wurde, hatte sich der Grundsatz endgültig durchgesetzt. Dieser Grundsatz war so nachhaltig, dass Frank Baranowski, als er 2004 Oberbürgermeister wurde, den Vorsitz freiwillig an Dietmar Dieckmann abgab, der selbst wiederum keinerlei Verquickung mit der Verwaltung hat.
- ▶ Die Beachtung und Erfüllung der Satzung, d. h. also der demokratischen Spielregeln ist zur selbstverständlichen Umgangsform in der Partei geworden.
- ▶ Der Wandel der Partei von einer geschlossenen, auch in sich geheimniskrämerischen Organisation zu einer offenen Gemeinschaft hat erhebliche Fortschritte gemacht. Die Partei hat sich Milieus geöffnet, die nicht "klassisch" sozialdemokratisch sind. Es ist ihr bis jetzt gut bekommen.

Rechts: RN 19.2.76

Frey über UB-Vorsitz: Auch Reinhard möglich

Gespräch zwischen Jungsozialisten und Kuhlmann

Unten: RN vom 12.2.1976

Im letzten Absatz des Artikels findet sich auch der Name Heinz Dieter Klink, heute Direktor des RVR.

Gelsenkirchen. Zwischen dem Juso-Vorstand und Werner Kuhlmann wird in den nächsten Tagen ein Gespräch über Kuhlmanns beabsichtigte Kandidatur zum SPD-Unterbezirksvorsitzenden den. Diese Ankündigung machte Mittwoch Juso-Chef Hans Frey. Bekanntlich haben sich die Jungsozialisten auf ihrer letzten Delegiertenkonferenz gegen eine Verbindung der beiden Funktionen Oberbürgermeister/Parteivorsitzender gewandt (RN 12. 2. 76).

Frey betonte gegenüber Pressevertretern, er könne die vielfach vorherrschende Meinung nicht teilen, daß Kuhlmann die einzig mögliche personelle Alternative zu dem

jetzigen Vorsitzenden Heinz Meya sei, der nicht mehr kandidieren wird. Er könne sich vorstellen, daß diese Funktion auch von Egbert Reinhard (MdL) ausgeübt werden

Frey stellte bei der Gelegenheit ein Positionspapier vor (das allerdings noch im Juso-Vorstand diskutiert werden wird). Dort heißt es u. a., daß Bündnisse mit rechten Gruppierungen in der Partei nicht infrage kommen. Gegenüber liberalen und linken Flügeln sei man jedoch offen. Man stehe nach wie 'vor zum Bündnis mit Meya/Kuhlmann, behalte sich jedoch vor, zu bestimmten Sach- und Personenfragen kontrovers Stellung zu nehmen.

Antrag der Jungsozialisten bringt Kuhlmann in die Klemme

Partei-Nachwuchs gegen beabsichtigte Doppelfunktion OB/Parteivorsitz

Bismarck, Zu ihrer ersten Delegiertenkonferenz 1976 waren die Jung-sozialisten am Dienstagabend im Fritz-Steinhoff-Haus angetreten, um ihr Arbeitspapier 76 zu beraten und zu beschließen. Das taten die 52 an-wesenden Jusos zu Beginn einmü-

tig. Eigentlicher Höhepunkt der Konferenz aber war ein vom neuen Juso-Vorstand eingebrachter Initiativantrag. In ihm fordert der SPD-Nachwuchs Oberbürgermeister Werner Kuhlmann auf, bei den beMärz nicht wie geplant für die Funktion des Unterbezirksvorsitzenden zu kandidieren. Die Jusos hal-ten die Doppelfunktion UB-Vorsitz und OB nicht für geeignet, die wei-tere Demokratisierung der Partei voranzutreiben.

Juso-Vorsitzender und Stadtver-

ordneter Hans Frey begründete den Antrag vor der Versammlung, fügte aber ausdrücklich hinzu: "Dieser Antrag richtet sich auf keinen Fall gegen die Person Kuhlmanns. Hier

vorstehenden Parteiwahlen am 6. | geht es nur um eine Amterkombination, die wir nicht für gut halten. Schließlich haben wir es auch begrüßt, daß Heinz Meya nach seiner Wahl zum Oberstadtdirektor nicht erneut für den Parteivorsitz kandi-diert." Die Delegierten schlossen diert. Die Delegierten schlossen sich einmütig dieser Auffassung an. Nun will der •uso-Vorstand ein Ge-spräch mit dem OB herbeiführen, um ihn zu einer Nichtkandidatur zu bewegen.

Das Arbeitspapier 76, das im we-sentlichen die Fortführung der ver-schiedenen Arbeitskreise wie Arschiedenen Arbeitskreise wie Af-beitskreis Ausländer, Kommunalpo-litik, Betriebsarbeit und Schulung vorsieht, war bereits in einer Kon-ferenz der Juso-Arbeitsgemein-schaftsleiter diskutiert worden, so daß man es nur noch endgültig zu beschließen, hatte. Darüber hinaus sehen die Jungsozialisten den vesseineben, natte. Darüber hinaus sehen die Jungsozialisten den Schwerpunkt ihrer Arbeit im Bun-destagswahlkampf und in einem möglichen Kommunalwahlkampf, der bei einer Gebietsänderung er-forderlich würde.

Folgende Jungsozialisten werder Gelsenkirchen bei der im April oder September stattfindenden Konoder September stattlindenden Kon-ferenz des Bezirks westliches West-falen vertreten: Hans Frey, Ernst Sott, Alfred Broekmann, Paolo Lavi-sta, Angelika Krafft. Wolf-Jürgen Boos, Karl Schwatz, Erika Ananias, Wolfgang Bischof. Wolfgang Groth, Dieter Gerhard, Gerd Knieschewski, Heinz Dieter Klink, Klaus Radowski



Begründet den Initiativantrag: Juso-Vorsitzender und Stadtverordneter Hans Frey; links Versammlungsleiterin Heike Peters und rechts Stadtverordneter Jorhen Poß RN-Foto: Witteck | und Monika Kellermann

- ▶ Im Innenverhältnis ist besonders herauszuheben, dass ab 1976 Vertreter der Ortsvereine und der Arbeitsgemeinschaften an den Sitzungen der SPD-Ratsfraktion teilnehmen. (Dort, wo die Gemeindeordnung Nichtöffentlichkeit vorschreibt, gibt es gesonderte Regelungen.) Parteiöffentliche Ortsvereinsvorstandssitzungen und Parteitage, die Gästen offen sind, sind an der Tagesordnung. Mitwirkung ist erwünscht, nicht Abschottung.
- ► Schließlich das, was ich als *Individualisierung* des politischen Prozesses bezeichne, eine Individualisierung, die in diesem Fall nicht gleichbedeutend ist mit dem Abbau von Solidarität. Was ich damit meine, will ich an meiner eigenen Person verdeutlichen.

Bei der Kandidatenaufstellung zur Landtagswahl trat ich 1979 zum ersten Mal an. Einer meiner insgesamt vier Gegenkandidaten war der Favorit Heinz Dörnemann, damals DGB-Kreisvorsitzender.

Gewählt wurde ich, und zwar mit sehr deutlicher Mehrheit. Noch in den sechziger Jahren wäre es völlig unmöglich gewesen, dass ein Juso, der nur seine Person einbringt, gegen der Repräsentanten der Gewerkschaften irgendeine Chance gehabt hätte. 1979 sah die Gelsenkirchener Partei das schon anders.

Es wurde nicht mehr vorrangig nach der Gruppenzugehörigkeit gefragt, sondern in erster Linie nach der Person.

Das signalisierte eine Entwicklung, die der Partei auch bei anderen Personalentscheidungen gut zu Gesicht gestanden hat. Ich meine: Ohne die Veränderungen in den 70ern wäre das nicht möglich gewesen.

- ▶ Auf der Haben-Seite der "Revolution" ist auch, so wage ich es zu sagen, Folgendes zu verbuchen: Dabei bin ich mir sehr wohl bewusst, dass ich jetzt in den Bereich der *reinen Spekulation* eintrete. Trotzdem behaupte ich, dass die SPD in Gelsenkirchen *ohne* die Ereignisse Anfang der 70er schon eher ihre absolute Mehrheit verloren hätte und nicht erst 1999. *Die Veränderung von 1975 war die Grundlage, um der Gelsenkirchener SPD noch einmal ein Vierteljahrhundert der absoluten Mehrheiten einzubringen* und zwar trotz schleppenden Strukturwandels, trotz fast durchgehend schlechter Position der SPD im Bund, trotz radikaler Verschiebung der Parteienlandschaft und trotz sich zuspitzender Sozialprobleme.
- ► Schlussendlich muss ein Faktum herausgehoben werden! Die Veränderung in der SPD von 1975 hatte nicht nur die Partei nach vorne gebracht. sondern auch *Gelsenkirchen* insgesamt!

Ich halte es nicht für übertrieben zu sagen, dass ab 1976 alles in allem und trotz Fehler, die zweifellos auch zu registrieren sind, die örtliche SPD eine *qualifiziertere*, d. h. den neuen Bedürfnissen einer modernen Gesellschaft *adäquatere* Politik gemacht hat.

Durch die Konzentration auf ein Mandat kümmern sich z. B. die überörtlichen SPD-Abgeordneten bis heute viel mehr um ihre *originären* Aufgaben in der Landes- bzw. Bundespolitik, als es früher der Fall gewesen war. Das hat u. a. die Folge, dass die Stadt bedeutend mehr von der Landes- und Bundespolitik profitiert.

Auch für die Kommunalpolitik der SPD gilt, dass sie ab 75 moderner und besser geworden ist. Im zweiten Band werde ich detailliert auf diese Zusammenhänge eingehen.

*

Am Ende des Haben-Kontos bleibt festzustellen, dass sich auch ein großes Vermögen nicht endlos konservieren lässt - erst recht nicht in der Politik. Es wird aufgezehrt, und wenn nicht wieder Neues an seine Stelle tritt, dann verschwindet es irgendwann. Die Gelsenkirchener Partei hat auch nach der "Revolution" immer wieder, wenn auch deutlich kleinere Innovationsschübe erlebt.

Dass diese nicht ausreichten, um das Debakel von 1999 zu verhindern, steht auf einem anderen Blatt.

*

Auf der Soll-Seite der Veränderung stehen v. a. Halbherzigkeit, Inkonsequenz und Illusionen.

Ich bin der Meinung, dass ein wesentlicher Teil des damaligen Elans verpufft ist bzw. sich nicht zur vollen Blüte entfalten konnte, weil *nicht konsequent* genug erneuert wurde. Okay! Auch bei den historisch echten Revolutionen ist es ja so, dass die alte Gesellschaft nie ganz verschwindet, weil zum Großteil die Menschen dieselben bleiben. Es bleibt den "Neuen" gar nichts anderes übrig, als auf einen Teil der alten Eliten zurückzugreifen, soll das neue politische Gebilde nicht sofort wieder in sich zusammenbrechen.

Ich will die Sache wahrlich nicht zu hoch hängen, denn gemessen an den wirklichen Umwälzungen in der Geschichte war das, was wir gemacht haben, weniger als ein Mini-Revolutiönchen. Nichtsdestotrotz lassen sich gewisse Parallelen ausmachen, und zwar genau an der Stelle, bei der es um die Übernahme von Altlasten geht.

Es mag überraschen, aber damit meine ich nur am Rande die Klientel, für die der Name Gertzen steht. Es war nur eine Frage der Zeit, wann sich das Patronagesystem dieser Prägung selber überlebte.

- ▶ Ich meine vielmehr Werner Kuhlmann, den ich durchaus, wie schon gesagt, in einer Art schätze, der aber auch viele politische Scherbenhaufen hinterlassen hat, die nach seinem (erzwungenen) politischen Rückzug und selbst nach seinem Tod noch nicht gänzlich abgeräumt waren. Nur ein Beispiel: Viele der z. T. hasserfüllten Affekte von Teilen der Gelsenkirchener Grünen lassen sich bis heute auf seine damalige Amtszeit zurückführen.
- ▶ Ich meine die Strömung, die Heinz Menzel repräsentierte, eine Strömung, bei der man tatsächlich von politischem Beton sprechen konnte. Übrigens ein Vorwurf, der von gewissen Kreisen zu Unrecht, weil immer pauschal gegen die *ganze* SPD erhoben wurde und wird.
- ▶ Ich meine Kurt Bartlewski, dessen einnehmende Kumpelart, die zweifellos politisch oft wertvoll war, mich lange darüber hinweg getäuscht hat, dass er sich in Fahrwassern bewegte, welche an die von Gertzen erinnerten. Dem entspricht sein politisch fragwürdiger Abgang als Oberbürgermeister, seine unberechtigte Verbitterung und schließlich sein Austritt aus der SPD.
- ► Schließlich meine ich nicht wenige der sog. "mittleren Funktionärsschicht", die sich opportunistisch anhängten und dann ihre alten Spielchen fortsetzten, so als wäre zwischendurch nichts geschehen.

*

Um es auf den Nenner zu bringen: Ich glaube, dass nach der internen Wende *zu viel* von dem übrig geblieben ist, was andere und ich an der Löbbert-Gruppe bekämpft haben. Die Folge davon war, dass viele anschließende Konflikte in der SPD in den nicht oder nur unzureichend bewältigten Altlasten wurzelten. Insofern blieb der Umschwung Mitte der 70er Stückwerk.

Aber: Ich bin mir selbst nach über drei Jahrzehnten nicht sicher, ob man all das hätte verhindern können. Ich neige sogar mehr zu der Auffassung, dass man es *nicht* hätte vermeiden können. Es fehlten einfach die Menschen, die Mittel und die Möglichkeiten, das Großreinemachen im SPD-Haus mit einer Grundsanierung zu verbinden. Doch theoretisch angenommen, selbst das wäre gelungen, so hätte es auch unter dieser Bedingung keine Garantie für eine stets lupenrein saubere und makellose sozialdemokratische Politik in Gelsenkirchen gegeben.

Dafür ist Politik zu interessengeleitet und zu gruppenorientiert, und auch die Menschen, die sie machen, sind nie ohne Fehler und Irrtümer. Beispiele für diese These liefern auch wir, die wir damals neu waren

*

Damit bin ich bei den Illusionen, wobei ich hier nur von mir sprechen will.

In der Tat habe ich am Anfang meiner politischen Laufbahn geglaubt, Teil einer Bewegung zu sein, die, um es ironisch zu sagen, der Menschheit ein goldenes Zeitalter bescheren würde - oder sich zumindest darum entsprechend bemühte.

Mit dieser Einstellung bin ich auch an meine ersten Auseinandersetzungen in der SPD herangegangen. Ich wollte aus der GE-SPD eine konsequent demokratisch-sozialistische Partei machen (was immer das auch sein mag). Dabei ging es doch objektiv "nur" um Demokratisierung und Modernisierung. Gerade den letzten Begriff hätte ich damals empört abgelehnt. Heute bin ich stolz darauf, dass wir die Partei "nur" demokratisiert und modernisiert haben.

Mit anderen Worten: Je tiefer ich in die Politik einstieg, was ja auch bedeutete, dass sich der Blick für die tatsächlichen Gegebenheiten schärfte, desto schneller schliff sich mein ursprünglich eher naives, idealistisch-abstraktes und auch partiell überhebliches Politweltbild ab. Durch diesen Vorgang begriff ich auch das Janusgesicht politischer Illusionen. Illusionen können beflügeln und unempfindlich machen gegenüber den grauen Wirklichkeiten. Gleichwohl führen sie auf Dauer in die Irre und sind ein idealer Nährboden für erschütternde Enttäuschungen.

In dieser Konstellation gibt es mehrere Alternativen.

Die eine: Der idealistische Romantiker, der mit den besten Absichten die Welt verbessern wollte und jämmerlich Schiffbruch erlitt, bleibt dennoch der alte Naivling, nur dass er jetzt alles in Grund und Boden verdammt und die Welt verachtet. Die andere Alternative ist die Verwandlung des Enttäuschten in einen zynischen Techniker der Macht, der weitermacht, aber nichts mehr von dem glaubt, was er vorgibt zu vertreten.

Beide Typisierungen habe ich kennen gelernt, und für beide gibt es konkrete Beispiele (Namen nenne ich hier nicht).

Die einen, die sich verbittert abwandten, weil das Paradies nicht kam, und andere, die zumeist aus materiellen Gründen dabei blieben, ohne dass sie noch irgendeinen echten Bezug zur Sache hatten

*

Ich gehöre weder zu der einen noch zu der anderen Gruppe, bin also, wenn man so will, die dritte Möglichkeit.

In der Tat habe auch ich meinen Erwartungshorizont an das politische Tun erheblich gesenkt. Trotzdem messe ich dem politischen Engagement, vorausgesetzt, es ist demokratisch, nach wie vor einen hohen Stellenwert bei. Inzwischen meine ich sogar, dass ein bescheidenerer Erwartungshorizont eine bessere Politik hervorbringt als die viel beschworenen Visionen. In diesem, aber nur in diesem Sinn hat Helmut Schmidt Recht, wenn er sagt: "Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen."

Um nicht missverstanden zu werden:

Man darf, sollte und müsste sich als guter Politiker auch große Perspektiven erlauben (auch und gerade ein Helmut Schmidt wird sie haben), wenn sie denn als das verstanden werden, was sie sind - als über den Tag hinausweisende Leitlinien, die erwünschte Entwicklungen, aber keine Heilserwartungen angeben.

So verstanden habe ich meinen ursprünglichen Ansatz als Jungsozialist über meine ganze sonstige Politikerzeit bis heute "hinübergerettet", und mir fällt kein Grund ein, warum ich nicht dabei bleiben sollte. So empfinde ich mich denn als pragmatischen Politiker mit festen Grundsätzen, klarer Wertorientierung und übergreifenden Perspektiven, der zudem immer den Hang dazu hatte, wider den Stachel zu löcken und hier und da gegen den Strom zu schwimmen.

Ob diese Selbsteinschätzung stimmt, mögen andere beurteilen. Ich jedenfalls ordne mich so ein und kann mit ihr gut leben, auch wenn diese Grundhaltung wahrscheinlich mit dafür verantwortlich ist, dass ich eine "richtige" politische Karriere - jedenfalls in Düsseldorf - nicht gemacht habe.

27. Abschied auf Raten

Als ich am Anfang davon sprach, dass der Juso-Bundeskongress 1975 in Wiesbaden das Ende meiner Juso-Zeit markierte, war ich nicht ganz präzise. Korrekt muss es heißen, dass dieser Kongress das Ende meiner *überregionalen* Juso-Tätigkeit (Bezirk, Land und Bund) bedeutete. In Gelsenkirchen dauerte der Abschied etwas länger, und er war vielleicht auch noch um einige Grade schmerzhafter. Schon als ich für ein letztes Mal den Juso-Vorsitz übernommen hatte, war mir untergründig klar gewesen, dass es für mich und meine politischen Ansprüche in diesem Rahmen immer weniger Perspektiven gab.

Hinzu kam: Um mich herum tummelten sich neue, frische Leute (Gott sei Dank), deren politische Sicht schon wieder anders war als meine. Für diese war ich, so paradox es für einen damals Sechsundzwanzigjährigen klingen mag, schon so etwas wie ein Polit-Senior, der zwar anerkannt und geachtet, aber doch irgendwie und irgendwann abgängig war.

Merkwürdigerweise hatte ich von mir genau denselben Eindruck! Ich war jetzt Mitglied des Stadtrates und stand kurz davor, näher an die Parteispitze heranzurücken - was u. a. auch bedeutete, dass ich mehr Verantwortung zu übernehmen hatte. Der frühere z. T. "spielerische" Umgang mit der Politik, die berühmte "Leichtigkeit des Seins" wich schleichend einem Bewusstsein darüber, dass Politik insgesamt eine verdammt ernste Angelegenheit ist. Ich spürte plötzlich das Eingebundensein in verschiedene Loyalitäten, die nicht unbedingt deckungsgleich waren.

Kurz: Ich musste mich entscheiden. Wollte ich "Berufsjugendlicher" bleiben, oder wollte ich in politische Bereiche vorstoßen, in und mit denen weit mehr Gestaltung möglich war als bei dem, was ich bisher gemacht hatte? Offen gesagt, die Entscheidung fiel mir nicht schwer, denn ich hatte mittlerweile schon so viel von "echter" Politik mitbekommen, dass ich dort unbedingt einsteigen wollte - wobei ich faktisch ja bereits eingestiegen war.

So kam es, wie es kommen musste und auch sollte.

Der Generationenwechsel, der sich schon etwas länger, aber unspektakulär in den Arbeitsgemeinschaften der Juso-Organisation vollzogen hatte, trat im November 1976 durch die Wahl des neuen Unterbezirksvorstands der Jungsozialisten offen zu Tage.

Heinz-Dieter Gebhard neuer Jungsozialisten-Vorsitzender

Bei der Vorstandswahl zeichnete sich ein "Generationswechsel" ab

Kurt Wolwod abgewählt / Mehr Zurückhaltung bei Konflikten in der SPD?

Gelsenkirchen. Bei der Neuwahl des Unterbezirksvorstandes der Jungsozialisten hat sich am Wochenende ein "Generationswechsel" vollzogen. In nahezu alle Funktionen rückten jüngere Mitglieder nach. Der bisherige stellvertretende Vorsitzende Kurt Wolwod erhielt keine Mehrheit, als er sich trotz interner Konflikte als einziger Vertreter des alten Funktionärkörpers zur Wiederwahl stellt. Mit 70 von 81 Stimmen wählten die Delegierten den Studenten Heinz-Dieter Gebhard zum Unterbezirksvorsitzenden. Gebhard hatte keinen Gegenkandidaten.

Heike Peters und Karl Schwarz wurden Stellvertreter. Als Beisttzer gehören dem neuen Vorstand Karl-Otto Schallaböck, Harald Kramer, Angelika Krafft und Wolfgang Göbel an. Nur um eine Stimme versehlte Kurt Woiwod seine Wahl als Beisitzer, nachdem er zuvor als Mitbewerber für ein Stellvertreteramt deutlich unterlegen war.

Der neue Vorstand, der am Dienstag (19.30 Uhr im DGB-Jugendheim) zu seiner konstitutierenden Sitzung zusammentritt, wird, wie sich in Stellungnahmen seiner Mitglieder abzeichnete, in der Jugendpolittk voraussichtlich einen schärferen Konfrontationskurs zur SPD steuern, sich künftig in Personalfragen der Mutterpartie jedoch mehr Zurückhaltung auferlegen. Projektarbeit und Engagement im Schüler- und Lehrlingsbereich wurden als Schwerpunkte künftiger Aktivitäten genannt.

Selbstkritisch merkte der bisherige Unterbezirksvorsitzende, der SPD-Stadtverordnete Hans. Frey, der sich nicht zur Wiederwahl stellte, in seinem Rechenschaftsbericht an, daß es den Jungsozialisten nicht gelungen sei, "eine neue Perspektive" für ihre Arbeit in der SPD zu finden. Die Wahl führender Jungsozialisten in wichtige Parteifunktionen bezeichnete Frey als einen sinnvollen "Aderlaß".

Die Politik der SPD-Ratsfraktion etwa, der fünf Jusos angehören, habe wesentliche Forderungen des Parteinachwuchses aufgegriffen. Not täte jetzt eine Weiterentwicklung der kommunalpolitischen Programmatik der Jusos, meinte Frev.

Zum Verhältnis zur "Mutterpartei" betonte der scheidende Vorsitzende, die Jungsozialisten dürften nicht der Gefahr erliegen, sich bei parteinternen Konflikten ausschließlich an Personen zu orientieren. Ihre Aufgabe bleibe es, zu einer Stärkung "linker" sozialdemokratischer Positionen in der Gelsenkirchener SPD beizutragen.

Einmütig forderte die Delegiertenkonferenz die SPD-Ratsfraktion auf, in der nächsten Sitzung des Jugendwohlfahrtsausschusses Verabschiedung eines "fertigen" Konzeptes für das Kommunika-"fertigen" tionszentrum an der De-la-Chevallerie-Straße zu verhindern, um die Mitbestimmung der verschiedenen beteiligten Interessengruppen zu wahren. Begrüßt wurde die Einhaltung des SPD-Wahlkampfversprechens, einen kommunalen Jugendhilfeplan vorzulegen. Der jetzt in der vierten Fassung vorliegende Entwurf dürfte freilich nicht nur einen "Maßnahmekatalog" umfas-

In einem weiteren Antrag solidarisierten sich die Jungsozialisten mit einer Aktion gegen die Berufsverbote, die die Landesschülerverretung am 18. Dezember in Essen veranstaltet. Zu der Kundgebung werden die Jusos voraussichtlich eine Busfahrt organisieren.





NICHT MEHR FREY

Im Forum der Gesamtschule Berger Feld beginnen die Jungsozialisten am Samstag, 27. 11., um 14.30 Uhr ihre Jahres-



hauptversammlung. Bei den Neuwahlen zum Vorstand wird der bisherige Vorsitzende, Ratsmitglied Hans Frey (Bild), nicht wieder kandidieren.



Der neue Jungsozialisten-Vorstand, der am Wochenende bei der Jahreshauptversammlung in der Gesamtschule ge-wählt wurde (von rechts): Vorsitzender Heinz-Dieter Gebhard mit seinen Stellvertretern Heike Peters und Karl Schwarz. Links das ehemalige Vorstandsmitglied Paolo Lavista, den die Delegiertenkonferenz als Kandidat für den Juso-Bezirksvorstand nominierte. Als Kandidat für den Juso-Landesausschuß wurde Alfred Broekmann aufgestellt. Karl-Otto Schallerböck wird die Gelsenkirchener Jungsozialisten voraussichtlich im Bezirksausschuß vertreten. An der Jahreshauptversammlung nahmen als Gäste OB Kuhlmann, Oberstadtdirektor Prof. Meya, Jochen Poß und Eg-Foto: M. Lechtenbörger

Kurt Woiwed nicht mehr im Vorstand

Dieter Gebhard ist neuer Juso-Vorsitzender

Eine kleine Sensation und einen "Generationswechsel" brachte die Jahreshauptversammlung der Jungsozialisten am Samstag in der Gesamtschule. War die Niederlage von Kurt Woiwod (31 Stimmen) gegen Karl Schwarz (38) im Kampf um den Posten eines stellvertretenden Vorsitzenden noch vorherzusehen, so war das Scheitern seiner Kandidatur als Beisitzer (es fehlte ihm eine Stimme) die Uberraschung.

Karl Schwarz (Bismarckrung. Alle anderen Vorstands-

Dem neuen Unterbezirksvor-stand gehört nun keiner der Stimmen der 81 anwesenden Alt-Jusos mehr an, zumal Pao-Delegierten (aufgestellt waren lo Lavista beauftragt wurde, 89). Seine Stellvertreterin Hei-für den Bezirksvorstand zu ke Peters (Buer-Mitte I) bekam kandidieren. Lediglich der 53 Stimmen, Neue Beistitzer neue Vorsitzende, Dieter Geb-sind Karl-Otto Schallaböck hard (Erle Nord), hat ein hal-bes Jahr und sein Stellvertre-rald Kramer (beide Schalke) und Wolfgang Göbel (Ucken-Ost) ein Jahr Vorstandserfah- dorf-Süd). Für den Landesausschuß (Jörg Reimann kandimitglieder sind mehr oder we- dierte nicht mehr) wurde Alniger unbeschriebene Blätter. | fred Broekmann nominiert, Be-

zirksausschuß: Frey, Knischewski. Schallahöck.

Aufmerksame Zuhörer waren Unterbezirksvorsitzender Werner Kuhlmann, schaftsabgeordneter Egbert Reinhard, Oberstadtdirektor Dr. Heinz Meya und Juso-Bezirksvorsitzender Kuhne.

WAZ 29.11.76

Die uns nachfolgende Juso-Spitze: Heike Peters und Dieter Gebhard. die dann auch ein Ehepaar wurden.

2008!

Heike Gebhard ist heute Landtagsabgeordnete und stellv. UB-Vorsitzende, Dieter Gebhard ist Stadtverordneter und ein wichtiger Mann im Landschaftsverband Westfalen-

Personen kommen und gehen - so ist es nicht nur in der Politik.

Mit Heinz-Dieter Gebhard und Heike Peters (heute: Heike Gebhard), die übrigens auch noch für einige Jahre Juso-Landesvorsitzende war, wurden die neuen Leute nun auch in der Spitze für alle sichtbar. Von der alten Führungsriege warf allein Kurt Woiwod noch einmal den Hut in den Ring - und unterlag bezeichnenderweise nicht nur beim stellvertretenden Vorsitz, sondern sogar als Beisitzer. (Kurt, der sich schon zu diesem Zeitpunkt durch seine Eskapaden weitgehend politisch isoliert hatte - auch bei mir und Jochen Poß -, wollte es in Verkennung der Sachlage wohl unbedingt noch einmal wissen. Er hätte es besser gelassen.)

Damit, so scheint es an dieser Stelle, war alles in Butter. Der (fast) reibungslose Übergang war gelungen, und die neuen Claims abgesteckt.

Allerdings nicht ganz!

*

Obwohl ich mich nun intensiv meinen neuen Betätigungsfeldern widmete, warf ich natürlich nach wie vor ein wachsames Auge auf die Jusos, denn bekanntlich rostet eine alte Liebe nicht. Dabei fielen mir Tendenzen auf, die ich zutiefst missbilligte. Vor allem, so meine Meinung, driftete der Juso-Bezirk WW (auch hier gab es neue Leute) immer stärker in das Lager der Stamokaps ab bzw. fungierte zunehmend als nützlicher Idiot dieser Truppe.

Diese Tendenzen hatten sich natürlich schon vorher angekündigt. Ich erinnere an meine Abwahl als Bundesausschussmitglied 1974, die ja nicht nur mich, sondern v. a. die von mir vertretene "Bundesvorstandslinie" treffen sollte. Wortführer der neuen Richtung waren in erster Linie die Münsteraner.

Hier einige Namen von Münsteraner Genossen, die illustrieren sollen, wer damals ach so links war und was aus ihnen geworden ist: Manfred Degen (bitte *nicht* verwechseln mit dem namensgleichen Ex-MdL Manfred Degen aus Marl), der lange Jahre Leiter des NRW-Büros in Brüssel war, Ulla Ohlms, zeitweise Referentin im NRW-Wissenschaftsministerium, Fritz Vahrenholt, heute ein Top-Manager, den ich sehr schätze, und Wolf-Michael Catenhusen, ehemals MdB und Staatssekretär.

Sie und andere schwangen das inhaltliche Zepter, während der amtierende Juso-Bezirksvorsitzende Klaus Heimann und sein Umfeld überfordert waren.

Klaus Heimann und Co. konnten der ideologisch-intellektuellen Wortgewalt der Münsteraner kein Paroli bieten und flüchteten sich deshalb in eine halbgare, ja zwielichtige "Position", bei der der Juso-Bezirk WW das "Zentrum" des Bundesverbandes spielen wollte - angeblich, um zwischen den Fraktionen auszugleichen -, faktisch aber von den Stamokaps innerverbandlich vereinnahmt wurde.

Nun war es gerade der Juso-Unterbezirk Gelsenkirchen gewesen, der dieser Strömung stets eine deutliche Absage erteilt hatte. Das sah ich plötzlich gefährdet, weil sich in meinen Augen die neue Juso-Führung in GE zu willig vor den Karren dieser Kräfte spannen ließ. Auf den Bezirk hatte ich keinen Einfluss mehr, aber in Gelsenkirchen galt mein Wort bei den Jusos immer noch etwas.

Also griff ich ein. Mit Hilfe von anderen, aktiven Jusos, die ebenfalls mit dem Kurs nicht einverstanden waren (z. B. Wolfgang Goebel, der noch heute zusammen mit Alfred Hirt das SPD-Banner in Ückendorf hochhält), verschaffte ich dem amtierenden Juso-Vorstand schon kurz nach dessen Wahl eine deftige Abstimmungsniederlage mit der Folge, dass der Vorstand, gerade erst gewählt, wieder geschlossen zurücktrat. (Seit dieser Zeit kursierte auch das Wort, dass es meine Spezialität sei, Vorstände zu stürzen - nun gut, es war, glaube ich, innerhalb von drei Jahren der dritte oder vierte Vorstand, den ich, natürlich immer zusammen mit anderen, in die Wüste geschickt hatte.)

Ich will die Sache hier nicht auswalzen, weil sie politisch auch zu unbedeutend ist. Ich möchte nur feststellen, dass sich meine Aktion in Wirklichkeit gar nicht gegen die Gebhards gerichtet hatte, sondern v. a. gegen einen Aktivisten, dessen Namen zu nennen zu viel der Ehre wäre. Dieser für mich obskure, weil sektiererische Genosse mischte plötzlich aus der zweiten Reihe heraus kräftig mit und drohte, dominant zu werden.

Es galt, dem Einhalt zu gebieten.

*

Die Wogen glätteten sich trotz der Aufregung wieder recht schnell. Bei der Neuwahl gab es eine Bestätigung für Dieter Gebhard, die ihm gegönnt war. Besagter Aktivist aber setzte sich relativ flott wieder von Gelsenkirchen ab, und damit hatte ich *mein* Ziel erreicht. Natürlich blieben kleinere (vielleicht auch größere) Wunden bei diversen Beteiligten zurück.

Während ich vom Bezirk als "Juso-Veteran" beschimpft wurde, der sich "nicht lösen könnte", gab es bei Anderen Vorbehalte zu meiner Person, die sich jahrzehntelang hielten und vielleicht auch heute noch nicht gänzlich überwunden sind.

In der Rückschau will ich übrigens gar nicht abstreiten, dass bei diesen Geschehnissen Motive eine Rolle mitgespielt haben, die bei mir tatsächlich etwas mit einem schwierigen Ablösungsprozess von den Jusos (gerade den Gelsenkirchener Jusos) zu tun gehabt hatten.

Andererseits sind die GE-Jusos nach dieser Zeit nie, auch nicht in ihren schwierigsten Zeiten ins politische Nirwana abgesackt, wobei ich mir einrede, dass die damalige Aktion vielleicht ein bisschen dazu beigetragen hat.

Geschenkt!

Auch hier hat sich der Wind schon lange gelegt.

28. Die Gelsenkirchener Jungsozialisten "nach Frey"

Ungefähr ab 1978 war dann für mich endgültig und unwiderruflich Schluss mit dem Juso-Dasein, u. a. auch deshalb, weil ich mich von da an *nie mehr wieder* in interne Juso-Angelegenheiten eingemischt habe.

Dennoch bleibt die Juso-Zeit für meine politische Sozialisation prägend. Es kommt nicht von ungefähr, dass ich mich in welchen Funktionen und Mandaten und in welchem Alter auch immer bemüht habe, den Jungsozialisten offen, positiv und fördernd zu begegnen, und wenn es irgend ging, habe ich ihnen geholfen. Ich hoffe, das ist trotz mancher Kommentare meinerseits über die "schwachen" Jusos (die ich selten und immer nur intern geäußert habe) zur Kenntnis genommen worden.

Es bleibt anderen Chronisten überlassen, die "Juso-Ära nach Frey" (ich bitte mir die Unbescheidenheit nachzusehen) zu dokumentieren und zu kommentieren. Denn selbst, wenn ich derartiges vorhätte, ich könnte es gar nicht leisten, weil meine folgenden "Jobs" (MdL, SPD-Vorsitzender, Mitglied im SPD-Landesvorstand, die Landtagsfunktionen usw.) dazu geführt haben, dass die Jusos für mich zu einem Randphänomen wurden.

Das eventuell harte Wort soll niemanden verletzen, da ich erstens nur von *meiner Wahrnehmung* spreche. Zweitens muss wohl auch der historischen Wahrheit Rechnung getragen werden, dass die Jusos sowohl überregional wie auch lokal nie mehr wieder eine derart überragende Rolle gespielt haben wie in den Jahren zwischen 1970 und 1975.

Das lag nun nicht daran, dass wir alle so toll, unsere Nachfolger hingegen allesamt Pfeifen gewesen waren, sondern entscheidend war, dass wir in einer Zeit agierten, die für uns wie geschaffen war. Wir waren einfach zur richtigen Zeit am richtigen Ort. Und gut waren wir eben auch!

Ab 1976 war es also um die öffentliche Resonanz und die politische Durchschlagskraft der Jusos zunehmend schlechter bestellt. (So kenne ich seit über dreißig Jahren keine Tagesschau mehr, die über einen Juso-Bundeskongress berichtet hätte). Das heißt jedoch nicht, dass die Jusos überhaupt keine Relevanz mehr gehabt hätten. Sie waren und sie sind präsent, wenn auch nicht mehr, wie gesagt, in der alter Größe.

...

Was Gelsenkirchen betrifft, haben die Jusos nach ihrer großen Zeit sogar weitere politische Persönlichkeiten hervorgebracht, für die man in der Gelsenkirchener SPD (und darüber hinaus) nur dankbar sein kann

Ohne jede Frage gehört Heike Gebhard dazu, die nach der Ära Poß und Frey die Juso-Geschicke mitbestimmte, dann aus familiären Gründen eine längere politische Pause einlegte, um schließlich nach ihrem Comeback heute als kompetente und rührige Landtagsabgeordnete ihr Wort zu machen.

Dazu gehört Markus Töns, der Ende der 80er Jahre als stellvertretender Juso-UB-Vorsitzender nun seinerseits wieder eine neue "Nach-Gebhard"-Generation stellte und heute ebenfalls als sachkundiger und quirliger Gelsenkirchener Landtagsabgeordneter eine wichtige Rolle spielt.

Und? Na klar!

Wissen Sie noch, dass es einmal Ende der 80er Jahre einen Gelsenkirchener Juso-Vorsitzenden gab, der fast still, fast bescheiden, aber äußerst konsequent und immer hart an der Sache die Fahne der guten Sache aufrecht hielt? Natürlich - ich spreche von Frank Baranowski, unserem jetzigen Oberbürgermeister, der hoffentlich (woran ich nicht zweifele) auch der nächste OB sein wird.

Auch Frank Baranowski repräsentiert wie Markus Töns eine Generation der Jusos, die anders als die der Gebhards und völlig anders als die von Frey und Poß war. Dennoch haben auch diese Generationen zweifellos ihre Qualitäten, wären doch sonst ein Frank Baranowski, eine Heike Gebhard und ein Markus Töns politisch kaum erklärbar. Mein Fazit

Liebe SPD, pflege deine Jusos, denn andere hast du nicht!

Verdirbt Politik den Charakter? Nein! Kann Politik den Charakter verderben? Ja!

Nachwort oder Ein Plädoyer für die Politik

Ich schließe nicht aus, dass es nach der Lektüre meines Buches hier und da Menschen gibt, die ihre liebevoll gepflegten Vorurteile über "die" Politik bestätigt sehen. Die Ränkespiele, die harten Bandagen, das Gezerre um Positionen und Posten, der Dauerstreit, die ständigen Kompromisse etc., meine Güte, das ist doch schrecklich, oder? Diesen Menschen möchte ich mein Nachwort widmen.

Die Frage, verdirbt Politik den Charakter, habe ich verneint, weil sie einen Automatismus unterstellt, den es nicht gibt. "Die" Politik ist nicht a priori schlecht, genauso wenig, wie sie per se gut ist.

Zu allererst ist Politik eins: Sie ist schlicht *notwendig* und überall da unverzichtbar, wo es um die Regelung von Beziehungen in menschlichen Gruppen geht.

*

Schon die Steinzeitsippe musste entscheiden, wer was macht, wie die Beute verteilt wird und wie man mit Kindern, Alten und Kranken umgeht. Nur in dem utopischen Reich "der Freien und Gleichen" (Marx), in dem unbegrenzte Ressourcen zur Verfügung stehen und alle Menschen höchsten ethischen und moralischen Ansprüchen genügen, ist Politik und damit auch der Staat überflüssig.

Solange wir diesen Zustand nicht haben, und es gibt keinen Grund anzunehmen, dass er sich in den nächsten Jahrhunderten einstellen wird, solange kommen wir um Politik nicht herum.

Im Umkehrschluss heißt das auch: Alle, die mit Politik nichts zu tun haben wollen, sind gleichwohl von ihr nicht nur betroffen, sondern sie werden gerade wegen ihrer Abstinenz zu einem Spielball, der von anderen beliebig herumgeworfen wird.

Politik ist also *unvermeidlich*, sodass logischerweise nicht die Politik "als solche" zur Disposition gestellt werden kann - ebenso wenig wie die Kategorie der "Macht", die untrennbar mit Politik als Gestaltungskompetenz verbunden ist. In Frage gestellt werden kann nur die *Art*, wie Politik gemacht bzw. wie Macht ausgeübt wird.

Hier gibt es in der Tat sehr unterschiedliche Möglichkeiten, und die diversen Staats- und Regierungsformen der Vergangenheit und der Gegenwart zeigen eine Bandbreite, die von der grausamsten Diktatur bis zu einem humanen Gemeinwesen reicht.

Dabei ist zu berücksichtigen: Jedes politische System hat *strukturelle* Voraussetzungen, die bestimmte Verhaltensweisen vorgeben, Sie bestimmen wesentlich, ob und in welchem Maße sich Menschen innerhalb dieses Systems in Schuld und/oder gar Verbrechen verstricken. Damit ist die persönliche Verantwortung *nicht* aufgehoben, denn jeder Einzelne ist und bleibt für seine Taten verantwortlich. Aber es bedeutet doch, dass ein rein individualistischer Ansatz nicht ausreicht, um Systeme in ihrer Gesamtheit zu erklären.

Zum Beispiel: Wenn es eine Diktatur gibt, *muss* es *unvermeidlich* eine Geheimpolizei geben, die willkürlich Menschen einsperrt, foltert und umbringt. Ob man sich nun dieser staatlichen Terrororganisation als diensteifriger Lakai zur Verfügung stellt, oder ob man versucht, sich mit einem anständigen Beruf (z. B. als Lokführer) durch das Unrechtssystem zu schlagen, ist schon ein Unterschied - wobei es eben nicht ausgeschlossen ist, dass dieser Lokführer auch in die Situation geraten kann, politische Gefangene zur Exekution transportieren zu müssen.

Ein anderes Beispiel:

In einem System, das dem obersten Herrscher Macht auf Lebenszeit gewährt, ist gegen dessen Willen eine vorzeitige Veränderung in der Führung nur durch Mord möglich. Entsprechend finden sich Kaiser-, Königs- und Fürstenmorde (auch Päpste gehören dazu und natürlich alle sonstigen Alleinherrscher) zuhauf in der Geschichte.

Dagegen muss man gegen einen deutschen Bundeskanzler, der überfällig ist, nicht derart drastisch vorgehen - das gilt sogar, wenn er weiblich ist und von der CDU kommt. Er/sie verliert die Macht, wenn er/sie keine Mehrheit mehr im Bundestag hat.

Und das Beste ist: In der Demokratie kann man offen für diese Machtveränderung eintreten und sogar aktiv für sie arbeiten, ohne um Leib und Leben fürchten zu müssen. Es kommt mithin ganz *entscheidend* auf die Struktur eines Systems an.

Deshalb bin ich ohne Wenn und Aber für eine soziale und freiheitliche Verfassungsdemokratie westlicher Prägung.

*

Wir alle haben das Privileg, in einem derartigen Gemeinwesen leben zu dürfen. Das ist ein Privileg, das nicht vom Himmel gefallen ist, sondern von unseren demokratischen Vorfahren zum großen Teil mit dem Einsatz ihrer Freiheit und sogar ihres Lebens hart und bitter erkämpft werden musste.

Sie werden vielleicht bemerkt haben, dass der Satz "Demokratie muss man leben!" zu meinen Lieblingssätzen gehört. Damit meine ich: Demokratie ist nicht etwas, was einmal da ist und dann ohne weiteres Zutun bis zum Sankt Nimmerleinstag weiter existiert. Nein, Demokratie muss immer wieder neu erarbeitet und erkämpft werden. Viele Menschen scheinen das vergessen oder - noch schlimmer - nicht begriffen zu haben.

*

Abschließend möchte ich noch auf ein Argumentationsmuster eingehen, das beliebt, aber nichtsdestotrotz tendenziell demokratiefeindlich ist. Es beruht im Wesentlichen auf einer Trennung zwischen der Demokratie "an sich", die gut sei, und der tagtäglich real erlebbaren Demokratie mit ihren Parteien, Konflikten, Ärgernissen und zuweilen auch Skandalen. Diese Demokratie wiederum sei ja ganz furchtbar. Natürlich ist das ein rhetorischer Taschenspielertrick, dessen immanente Logik ungefähr so überzeugend ist wie die Aussage, "der" Kuchen sei eine Köstlichkeit, aber jeder konkrete Kuchen, der - wo und wann auch immer - auf den Tisch kommt, sei miserabel.

Natürlich gibt es real keine Demokratie, die makellos ist, einfach deshalb, weil die Menschen, die sie machen, nicht makellos sind. Es zeichnet ja gerade eine Demokratie aus, dass Missstände offen gelegt und diskutiert werden, dass Interessengegensätze als solche erkannt und genannt werden und dass das vermeintliche oder tatsächliche Fehlverhalten von Politikern zum Gegenstand der öffentlichen Debatte wird. Wer aus dem Vorteil der Demokratie, dass Kritikwürdiges eben nicht verkleistert bzw. Vertuschtes doch irgendwann ans Tageslicht kommt, den Schluss zieht, der demokratische Alltag sei "schlecht", der stellt die Dinge auf den Kopf.

Und er übersieht bewusst oder unbewusst, dass die gesamte Gesellschaft keineswegs so sauber ist, wie sie sich in Abgrenzung zur Politik gerne selber darstellt. Ich behaupte sogar, dass die meisten demokratischen Politiker weit seriöser sind als ihr Ruf.

Und zwar nicht, weil sie "besser" sind, sondern weil sie in einem Maße unter öffentlichem Kuratel stehen, wie es sonst in keinem anderen Bereich der Fall ist.

Jeder Wirtschaftsboss, jeder Journalist, jeder Arzt, jeder Generalintendant, aber auch jeder Handwerker, jeder Kleingewerbetreibende, jeder Vertreter usw. (man könnte jetzt eine unendliche Liste aufstellen, wobei ich natürlich auch das weibliche Geschlecht meine) sollte sich zuweilen an die eigene Nase packen und sich überlegen, ob er selber den moralischen Ansprüchen gerecht wird, die er an andere stellt - z. B. an Politiker.

Anders gesagt: Zu den demokratischen Tugenden gehört nicht nur die Kritik, sondern auch die Selbstkritik. Würden mehr Menschen diesen Grundsatz beherzigen, wäre die Diskussion über weite Strecken auch deutlich rationaler.

*

Demgegenüber ist es wiederum beruhigend, dass es eine große Anzahl von redlichen und anständigen Menschen gibt, die unsere Demokratie tragen - sei es in einer aktiven politischen Rolle als Ortsvereinsfunktionär bis hin zum Kanzler, sei es in einer nicht ausdrücklich politisch ausgewiesenen Rolle als kritischer Staatsbürger, der weiß, was er an unserer Ordnung hat. Nicht der "Politikverdrossene" ist der Generalfall der Republik, sondern der Mensch, der sich als Mitglied einer freien Zivilgesellschaft fühlt und sich auch so verhält.

*

Allerdings gibt es nicht wenige Alarmzeichen, die auf eine eher schleichende Erosion der Demokratie hinweisen: Die zunehmende Privatisierung, die allgemeine Organisationsmüdigkeit, der z. T. erschreckend niedrige Bildungsstand über politische und geschichtliche Zusammenhänge, die Verflachung der Medien u. v. m. geben keinen Anlass, sich in Sicherheit zu wiegen.

Auch und gerade hier gilt: Demokratie ist und bleibt eine anstrengende Veranstaltung, die stetes Bemühen voraussetzt und ständigen Reformwillen erfordert. Im 21. Jahrhundert wird es sich erweisen, ob die Demokratie endgültig und allgemein zu einem politischen Langzeitmodell für ein humanes Zusammenleben wird oder nicht. Sollte etwas anderes an ihre Stelle gesetzt werden, so kann ich mir trotz großer Fantasie nicht vorstellen, dass es besser wäre.

Ausblick

Wie bei einer großen Oper ist das vorliegende Buch WILDER HONIG "nur" die Ouvertüre zum eigentlichen Kerngeschehen meines Politikerlebens, welches sich nach dem Juso-Auftakt immerhin noch über viele weitere Abschnitte und über einen deutlich längeren Zeitraum erstreckt hat.

Dementsprechend wird der zweite Band umfangreicher, noch vielfältiger und hoffentlich auch noch vielschichtiger sein, weil er eine viel größere Palette umschließt. Schließlich war ich Stadtverordneter, Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der Gelsenkirchener SPD. Sie können sich vorstellen, dass damit ein Facettenreichtum und eine Ereignisfülle verbunden ist, die es in sich hat.

Trotzdem brauchen Sie keine Angst zu bekommen.

Ich habe auch beim Folgeband nicht die Absicht, Sie mit einem schweren, unlesbaren Wälzer zu erschlagen. Ich werde nicht nur akribisch darauf achten, dass aus dem Wust der Ereignisse nur diejenigen herausgefiltert werden, die wirklich wichtig bzw. tatsächlich erzählenswert sind, sondern ich werde mich auch wie gehabt um einen flüssigen und lockeren Schreibstil bemühen.

Also: Sollte dem geschätzten Publikum mein **WILDER HONIG** als Vorspeise gemundet haben, so empfehle ich die Fortsetzung mit einem opulenten *Mehr-Gänge-Menü*!

Wann ich es serviere, und welchen Titel es tragen wird, steht noch nicht fest. Ich gehe aber mit großer Wahrscheinlichkeit davon aus, dass in nicht allzu ferner Zukunft erneut getafelt werden kann.

Anhang

Personenverzeichnis

Literaturverzeichnis

Personenverzeichnis

Vorbemerkung:

Im Gegensatz zu dem sonst üblichen Verfahren habe ich diesmal zwar die im Text erwähnten Namen angeben, aber ganz bewusst nicht deren Fundstellen. Beachten Sie zudem, dass ich in bestimmten Fällen auch Namen aufgenommen habe, die nur in den Abbildungen erwähnt werden. Ich empfehle: Lesen Sie das Buch, und Sie werden finden, was Sie suchen. Ja, das alles - und noch viel mehr!

Α

Adenauer, Dr. Konrad Albers, Prof. Dr. Detlef Antwerpes, Dr. Franz-Josef

Aulich, Bernd

В

Bandilla, Isolde Baranowski, Frank Bartlewski, Kurt Benneter, Klaus-Uwe

Beuys, Josef Bischof, Wolfgang Bitzan, Helmut Blank, Peter

Börstinghaus, Ulf Brandt, Willy

Broekmann, Alfred Brüggemann, Fritz

Bublitz, Detlef Büssow, Jürgen

C

Catenhusen, Wolf-Michael Clement, Wolfgang Conrad, Werner

ח

Dammeyer, Prof. Dr. Manfred

Dannapfel, Gerd Degen, Manfred (Marl) Degen, Manfred (Münster)

Depner, Manfred Dieckmann, Dietmar Dörnemann, Heinz Dreher, Siegfried Dutschke, Rudi Dudzik, Reinhard Dworzak, Lutz

Ε

Edelbrock, Karl-Heinz

Eichel, Hans
Eichengrün, Ernst
Eifert, Günter
Eifert, Hilde
Eigenbrod, Bernd
Engelmann, Bernd
Ermrich, Roland

F

Feige, Heinz Formanski, Norbert Funke. Detlef

Esbach, Anne

G

Gansel, Norbert Ganz, Manfred Gebhard, Heike

Gebhard, Heinz-Dieter Geldermann, Helgard

Gertzen, Hans Lante, Rainer Girgensohn, Jürgen Lasthaus. Hubert Glasmeier, Ernst-Otto Lavista, Paolo Goebel, Wolfgang Leichtweis. Manfred Gorny, Otto Linde. Erdmann Grass. Günter Lizium. Karin Greiffer, Vera Löbbert, Josef Н М Haertel, Dr. Klaus Marx, Karl Hamer. Heinz Marzok, Peter Hassel. Kai-Uwe von Maszun, Willi Heimann, Klaus Matzkowski, Bernd Heinemann, Hermann McCarthy, Joseph Heinrichs. Willibald Meckelburg, Wolfgang Hellwig, Helmut Menzel. Heinz Herzmanatus, Gustav Mernizka, Loke Herzmanatus, Klaus Meva. Prof. Dr. Heinrich Hirt. Alfred Mross, Karl-Heinz Hovenga, Wolfgang Muchowski, Alma J Müntefering, Franz Jakobs-Samolis, M. Ν Jüttner, Wolfgang Neubach, Werner K Neuberg, Dieter Kalender, Gregor Neuberg, Hanna Kappler, Jochen Neumann, Kurt Kartal, Dr. Rana Nickel, Werner Kasperek, Dr. Bernhard Nuth, Werner Kiehne, Wolfgang Kleine-Geldermann, Alois Obier, Uwe Klink. Heinz Dieter Ohlms, Ulla Kniola, Franz-Josef Kolodzinski, Klaus Paziorek, Peter Koreen, Maegie Peters, Heike Krause, Peter (siehe Gebhard, Heike) Krug, Michael Pfeiffer, Friedel Küchenhoff, Prof. Dr. Erich Pfeiffer, Fritz Kuhlmann, Werner Pflug, Hans Kurschat-Lisberg, Helene Plevka, Walter Plückthun, Berthold Lafontaine, Oskar Poß, Joachim Lange, Bruno Priamus, Dr. Hans-Jürgen R

Raschdorf, Dieter Rau, Johannes Rauer, Dieter Reimann, Jörg Reinhard, Egbert Römer, Norbert Roth, Wolfgang Rudolph, Dr. Karsten

Rutz, Siegfried

S

Salinas,?

Scharping, Rudolf Scharping, Rudolf Schmalstieg, Herbert Schmidt, Helmut Schneegans, Margret Schreiner, Ottmar Schröder, Gerhard Schröder, Rolf Schulte, Gerd Schulz, Winfried Schwarz, Karl Schwarzkopf, Klaus Simon, Hans-Willi

Sott, Ernst Spiegelberg, Fritz Spiegelberg, Ullrich

Skrotzki, Bernd

Strasser, Prof. Dr. Johano

Strauß, Franz-Josef

Strehl, Klaus Strobel, Eberhard Stuchels, Ullrich

Т

Tachiojanni, Doris Thieser, Dietmar Töns, Markus Totzek, Manfred

U

Urban, Heinz

٧

Vahrenholt, Dr. Fritz Voigt, Karsten D. Vollmann, Wilhelm

W

Waltenberg, Ulrike Walter, Heinrich Wand, Kurt Weckmann, Peter Wehner, Herbert

Weispfennig, Karl-Heinz

Westen, Dr. Ingo

Wieczorek-Zeul, Heidemarie

Wittek, Karl-Heinz Wittke, Oliver Woiwod, Kurt Wolf, Karl-Heinz Wurmes, Michael

Υ

Ypsilanti, Andrea

Z

Zins, Itta

Zöpel, Dr. Christoph

Literaturverzeichnis (kleine Auswahl)

Bundesvorstand der Jungsozialisten (Hrsg.)
Bundeskongressbeschlüsse 1969-1976
Bonn 1978

Freimut Duve (Hrsg.)

DER THESENSTREIT UM STAMOKAP

Reinbek 1973

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.),
PROGRAMME DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE.
MIT EINEM VORWORT VON WILLY BRANDT
Bonn 1978

Norbert Gansel (Hrsg.)

ÜBERWINDET DEN KAPITALISMUS ODER

WAS WOLLEN DIE JUNGSOZIALISTEN?

Reinbek 1971

Susanne Miller/Heinrich Potthoff KLEINE GESCHICHTE DER SPD Bonn 1991

Wolfgang Roth (Hrsg.)

KOMMUNALPOLITIK - FÜR WEN?

ARBEITSPROGRAMM DER JUNGSOZIALISTEN
Frankfurt am Main 1971

Karsten Rudolph, Stefan Lennardt, Martin Wilke LINKSWENDE. 25 JAHRE LINKE JUSOS.
MIT EINER NACHBEMERKUNG VON GERHARD SCHRÖDER Essen 1994

SOZIALDEMOKRATIE UND SOZIALISMUS HEUTE. BEITRÄGE ZUR ANALYSE UND VERÄNDERUNG SOZIALDEMOKRATISCHER POLITIK Köln 1968 Ich danke allen Inserenten und Sponsoren, die zur Finanzierung des Buches beigetragen haben.



Beachten Sie bitte die folgenden Anzeigen!



Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum – besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.

Willy Brandt (1992)

SPD Gelsenkirchen, Gabelsbergerstr. 15, Tel: 0209/179110 - www.spd-ge.de - info@spd-ge.de



Schon Rudi Dutschke und Johannes Rau wussten:

Wo das af ist, da ist vorne!

Das aktuelle forum nrw ist ein gemeinnütziger Verein und vermittelt politische Erwachsenenbildung als anerkannter Träger nach dem Weiterbildungsgesetz des Lands Nordrhein-Westfalen. Wir arbeiten auf lokaler Ebene im Stadtteil und auf europäischer Ebene in internationalen Projekten. Durch Öffentlichkeitsarbeit machen wir auf Problemfelder aufmerksam und entwickeln und dokumentieren Lösungsansätze.

aktuelles forum

Seminare Projekte Studienreisen Kongresse Events

Machen Sie mit. Programm anfordern.

aktuelles forum nrw e.V. Hohenstaufenallee 1-5 45888 Gelsenkirchen : +49 (0) 209.15 51 00

■: +49 (0) 209.15 51 00 ■: +49 (0) 209.15 51 029 info@aktuelles-forum.de www.aktuelles-forum.de Im Jahr 2008 feierte das af (aktuelles forum), renommierter Träger der politischen Weiterbildung, sein 40jähriges Jubiläum. Aus diesem Anlass schuf Hans Frey ein Buch, das anhand der Geschichte des af auch ein Stück Geschichte des Landes NRW und der gesamten Republik lebendig macht. Ein Muss für alle. die mehr wissen wollen.





Hans Frey (Hrsg.) 1000 FEUER - 1000 ZEICHEN Die Anthologie der Gewinner Kurzgeschichten und Lyrik



HIER IST SIE!
Die Anthologie
der Gewinner.
Lesen Sie.
Es lohnt sich.
Garantiert.

DIN A5 Format, Paperback, 4farbiges Cover, mit Collagen und Zeichnungen von Heribert Leppert, 150 Seiten, ISBN 978-3-86931-051-0

2008 startete gelsenART e. V. einen Kurzgeschichtenwettbewerb mit unerwartetem Erfolg! Aus 403 Beiträgen wurden zwanzig Jury-Preise und ein Publikumspreis ausgewählt. In diesem Band finden Sie alle prämierten Texte: Eine Kollektion, die es in sich hat.

ERHÄLTLICH bei kitoART, GE, Klosterstr. 17 und in der Buchhandlung JUNIUS. Oder einfach anrufen - 0209/209266.